

Stenographisches Protokoll

71. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 11. Dezember 1984

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung

Beratungsgruppe III: Äußeres

Inhalt

Nationalrat

Angelobung des Abgeordneten Josef Kirchnopf (S. 6135)

Geschäftsbehandlung

Erklärung des Bundesministers für Inneres Blecha im Sinne des § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung über die Vorfälle in der Hainburger Au (S. 6212)

Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 6214)

Redner:

Graf (S. 6214),
Wille (S. 6217) und
Grabher-Meyer (S. 6217)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Friedensmechanismen angesichts der Ereignisse um Hainburg (S. 6216) – Ablehnung (S. 6219)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Wille, Grabher-Meyer und Genossen betreffend die Notwendigkeit der allseitigen Anerkennung rechtsstaatlicher Grundsätze auch im Zusammenhang mit den Bewilligungen für den Bau des Kraftwerkes Hainburg (S. 6218) – Annahme E 36 (S. 6219)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 d. B.); Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatter: Konecny (S. 6135)

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Spezialberichterstatter: Gärtner (S. 6137)

Redner:

Dr. Neisser (S. 6138),
Dr. Nowotny (S. 6145),
Dr. Stix (S. 6150),
Mag. Schäffer (S. 6154),
Matzenauer (S. 6160),
Peter (S. 6168),
Dr. Höchtl (S. 6172),
Arnold Grabner (S. 6175),
Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst (S. 6178),
Dr. Seel (S. 6180),
Bundesminister Dr. Fischer (S. 6184),
Dr. Blenk (S. 6189),
Adelheid Praher (S. 6194),
Bundesminister Dr. Moritz (S. 6197),
Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 6202),
Brennsteiner (S. 6206),
Steinbauer (S. 6209),
Dr. Stippel (S. 6219),
Johann Wolf (S. 6222),
Probst (S. 6225),
Schuster (S. 6228),
Dr. Preiß (S. 6231) und
Dr. Schüssel (S. 6233)

Annahme der Beratungsgruppen VI und XIV (S. 6236 und S. 6237)

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres

Spezialberichterstatter: Arnold Grabner (S. 6237)

Redner:

Dr. Steiner (S. 6238),
Marsch (S. 6245),
Peter (S. 6249),
Bundesminister Mag. Gratz (S. 6252),
Dr. Ettmayer (S. 6256),
DDr. Hesel (S. 6259),
Dr. Jankowitsch (S. 6263) und
Dr. Kohl (S. 6268)

6134

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dr. Steiner und Genossen betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über fortgesetzte Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit unter besonderer Berücksichtigung des zehnten Jahrestages des Beginnes des KSZE-Prozesses (S. 6267) — Annahme E 33 (S. 6272)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dr. Steiner und Genossen betreffend die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile (S. 6266) — Annahme E 34 (S. 6272)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Khol und Genossen betreffend die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Nicaragua (S. 6271) — Ablehnung (S. 6273)

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 6272)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Ortsumfahrung von Untergrünburg — B 140 Steyrtalstraße (1053/J)

Steinbauer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Konferenzakquisition für das österreichische Konferenzzentrum (1054/J)

Burgstaller und Genossen an die Bundesregierung betreffend finanzielle Absicherung des Bergrettungsdienstes (1055/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (933/AB zu 945/J)

des Bundesministers für Landesverteidigung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stummvöll und Genossen (934/AB zu 970/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 5 Minuten

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Angelobung

Präsident: Von der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß an Stelle der Abgeordneten Ottolie Rochus Herr Josef Kirchknopf in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein bereits vorliegt und der Genannte im Hause anwesend ist, werde ich sogleich seine Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Frau Schriftührer wird Herr Kirchknopf seine Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr die Frau Schriftührer, Abgeordnete Edith Dobesberger, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

(*Schriftführerin Edith Dobesberger verliest die Gelöbnisformel. — Abg. Kirchknopf leistet die Angelobung.*)

Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte. (*Allgemeiner Beifall.*)

Einlauf

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 933/AB und 934/AB eingelangt sind.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen VI: Unterricht und Kunst, sowie XIV: Wissen-

schaft und Forschung, des Bundesvoranschla- ges zusammengefaßt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VI

Kapitel 12: Unterricht (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 13: Kunst (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 71: Bundestheater

Beratungsgruppe XIV

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe VI ist der Herr Abgeordnete Konečny. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Konečny: Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses zur Beratungsgruppe VI, die die Kapitel 12: Unterricht, 13: Kunst und 71: Bundestheater, umfaßt.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 in seiner Sitzung am 21. November 1984 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Dr. Zittmayr in Verhandlung gezogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1985 ist für das Unterrichts- und Kunstdbudget ein Gesamtausgabenrahmen von 36 746 006 000 S vorgesehen. Hierzu entfallen auf den Personalaufwand 13 025 330 000 S und auf den Sachaufwand 23 720 676 000 S. Gegenüber dem BVA 1984 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 983 743 000 S und im Sachaufwand eine solche von 978 612 000 S.

6136

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Konečny

Die Bundestheater sind mit 1 834 919 000 S präliminiert. Auf den Personalaufwand entfallen 1 516 844 000 S und auf den Sachaufwand 318 075 000 S. Die Steigerung gegenüber dem BVA 1984 beläuft sich auf 95 670 000 S.

Im einzelnen stellt sich das Unterrichts- und Kunstbudget wie folgt dar:

Die um 983 743 000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor der Kapitel 12 und 13 sind bedingt durch Personalvermehrungen. Die wesentlichsten Aufstockungen im Personalaufwand sind bei den Ansätzen „Allgemeinbildende höhere Schulen“, und zwar um 267 805 000 S, „Technische und gewerbliche Lehranstalten“, und zwar um 268 902 000 S, „Sozialakademien — Lehranstalten für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe“, und zwar um 179 813 000 S, sowie bei „Handelsakademien und Handelsschulen“ und 184 586 000 S vorgenommen worden.

Im Sachaufwand des Unterrichts- und Kunstsressorts ist eine Steigerung um 978 612 000 S, und zwar auf nunmehr 23 720 676 000 S vorgesehen.

Die Steigerung bei den „Aufwendungen, Gesetzliche Verpflichtungen“ von 19 080 762 000 S auf 19 819 319 000 S ist größtenteils auf die Erhöhung des Stellenplanes für Pflichtschullehrer zurückzuführen. Die wesentlichsten Aufstockungen sind bei den Ansätzen „Allgemeinbildende Pflichtschulen“, und zwar um 626 000 000 S, und bei „Berufsbildenden Pflichtschulen“, und zwar um 47 479 000 S, vorgenommen worden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt wurde auf gewisse Bereiche des allgemein- und berufsbildenden Schulwesens gelegt:

So erfuhr der Sachaufwand für „Allgemeinbildende höhere Schulen“ eine Steigerung von 849 640 000 S im Jahre 1984 auf 939 688 000 S im Jahre 1985.

Der Sachaufwand für das berufsbildende Schulwesen konnte von 964 095 000 S auf 1 054 478 000 S angehoben werden. Von dieser Erhöhung waren insbesondere die technischen und gewerblichen Lehranstalten sowie die Sozialakademien, Lehranstalten für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe betroffen.

Die Sachaufwandskredite für die Lehrer- und Erzieherbildung erfuhren eine Erhöhung von 256 524 000 S im Jahre 1984 auf 286 342 000 S im BVA-Entwurf 1985.

Bei den Förderungsausgaben der „Erwachsenenbildung“ wurde ein Schwerpunkt für den Einsatz von stellenlosen Lehrern gesetzt.

Im Bereich der Förderungsausgaben bei der „Sportförderung“ ist gegenüber dem BVA 1984 eine Steigerung von 13 151 000 S zu verzeichnen, wobei als Schwerpunkt dieser Aufstockung die Sanierung des Wiener Stadions gesetzt wurde.

Auf dem Kunstsektor kam es beim Ansatz „Musik und darstellende Kunst“ zu einer Erhöhung von 34 053 000 S. Der Schwerpunkt bei diesem finanzgesetzlichen Ansatz liegt bei den Privattheatern.

Das Kreditvolumen bei den Bundestheatern hat sich von bisher 1 739 249 000 S im Jahre 1984 auf 1 834 919 000 S im Jahre 1985 ausgeweitet. Der Personalaufwand erfuhr eine Steigerung auf 1 516 844 000 S, und der Sachaufwand beträgt für das Jahr 1985 318 075 000 S.

Die Einnahmen bei den Kapiteln 12 und 13 stiegen von 506 985 000 S im Jahre 1984 auf 535 932 000 S im BVA-Entwurf 1985.

Die Einnahmen bei den Bundestheatern betragen für das Jahr 1985 373 064 000 S.

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß ein Betrag von 101 866 000 S im Konjunkturbelebungsprogramm des Konjunkturausgleich-Voranschlages für die Kapitel 12 und 13 „Unterricht und Kunst“ vorgesehen ist.

Bei der Abstimmung am 23. November 1984 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Matzenauer und Peter mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Abänderungsantrag war wie folgt begründet:

Mit dem Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich einzelner Bundesministerien getroffen werden, wurde auch die Bezeichnung des bisherigen Bundesministeriums für Unterricht und Kunst erweitert.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Natio-

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

6137

Konečny

nalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 12: Unterricht, dem Kapitel 13: Kunst, und dem Kapitel 71: Bundestheater, samt den zu den Kapiteln 12 und 13 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 (400 der Beilagen) mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XIV ist Herr Abgeordneter Gärtner. Auch ihn ersuche ich um seinen Spezialbericht.

Spezialberichterstatter Gärtner: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIV Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung.

In dem von der Bundesregierung eingebrachten Bundesvoranschlag für 1985 ist für den Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ein Gesamtausgabenrahmen von 12 763 900 000 S vorgesehen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 ergibt dies eine Steigerung von 8,87 Prozent.

Im einzelnen entfallen auf den Personalaufwand 5 728 625 000 S und auf den Sachaufwand 7 035 275 000 S.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 7,89 Prozent und im Sachaufwand von 9,68 Prozent.

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget beträgt 2,76 Prozent.

Der größte Anteil des Personalaufwandes entfällt mit 4 563 871 000 S auf die Universitäten.

Die Budgetrichtlinien für den Bundesvoranschlag 1985 sahen eine 10prozentige Kürzung bei den Förderungen (Investitions- und Forschungsförderungen minus 5 Prozent) vor; die Kreditmittel für den Forschungsblock liegen über den Budgetrichtlinien und betragen für 1985 1 427 857 000 S.

Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung sowie der Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft liegen bei 223 057 000 S beziehungsweise 359 375 000 S.

Die Kredite für die Österreichische Akademie der Wissenschaften wurden um 12,2 Prozent erhöht.

Die unmittelbar für die Universitäten — inklusive Personalaufwand — ausgewiesenen Ausgaben steigen im Jahre 1985 auf 7 472 152 000 S.

Für das Universitätszentrum Wien-Althanstraße, in welchem die Wirtschaftsuniversität Wien und das Zoologische Institut der Universität Wien aufgenommen sind, ist im Haushaltsjahr 1985 ein Betrag von 485 100 000 S im Ansatz vorgesehen.

Im Bereich der Wissenschaftlichen Anstalten wurde für den Vollzug des Lagerstättengesetzes im Bundesvoranschlag 1985 wie in den Vorjahren ein Betrag von 10 000 000 S veranschlagt.

Für den Bereich der Bibliotheken ist eine Steigerung von 12,16 Prozent vorgesehen.

Der Gesamtaufwand der Kunsthochschulen steigt um 13 Prozent.

Für Denkmalschutz und Denkmalpflege — Bundesdenkmalamt wurden für 1985 insgesamt 175 567 000 S in den Bundesvoranschlag aufgenommen.

Die Einnahmenentwicklung im Rahmen des Kapitels 14 weist eine Erhöhung von 10,3 Prozent auf.

Bei der Abstimmung am 23. November 1984 wurden die finanziellen Ansätze der zur Beratungsgruppe XIV gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung, samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 (400 der Beilagen) wird mit dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Berichterstattern.

6138

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Präsident

Wir kommen zur Debatte.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neisser. Ich erteile es ihm.

9.15

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bildungspolitische Diskussionen — und auch Budgetdiskussionen gehören dazu — in den achtziger Jahren finden in einer anderen Atmosphäre statt als in den siebziger Jahren. War es in den siebziger Jahren vor allem die Bildungseuphorie, die solche Diskussionen gekennzeichnet hat: Bildung als Bürgerrecht, Bildung für alle, die Bildungsgesellschaft als die Vision der Zukunft waren Parolen, so ist heute diese Diskussion zunehmend von einem Realismus geprägt.

Die Notwendigkeit der Bildungspolitik als Priorität in der Politik wird wohl anerkannt. Die Grenzen und Schranken der Umsetzbarkeit bildungspolitischer Vorstellungen werden aber immer deutlicher. Eines der wesentlichen Probleme der heutigen Bildungspolitik ist es, Erwartungen, die wir jahrelang mit dem politischen Offer einer Bildungspolitik in der Bevölkerung, in der Öffentlichkeit erweckt haben, auch zu erfüllen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist parlamentarische Gepflogenheit, an einem Tag die Kapitel Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung zu behandeln. Der Praxis gemäß ist es eine Art erratische Zweisamkeit, in der diese Diskussion stattfindet. Ein Teil der Redner spricht zum Unterrichtskapitel, ein Teil spricht zum Kapitel Wissenschaft und Forschung.

Ich meine, man sollte gerade anlässlich dieser Diskussion einmal die Einheit und die Verbindung zwischen diesen beiden Bereichen unterstreichen, nämlich die Einheit und die Verbindung, die sich zwischen dem sekundären Bildungsbereich, den allgemeinen und berufsbildenden höheren Schulen, auf der einen Seite und dem tertiären Bildungsbereich, den Universitäten und den Kunsthochschulen, auf der anderen Seite ergibt. Denn, meine Damen und Herren: Viele der Probleme und viele der Diagnosen finden wir in beiden Bereichen mit einer gewissen Parallelität. In beiden Bereichen beklagen wir die zunehmende Verbürokratisierung, in beiden Bereichen beklagen wir die Überfrachtung der Lehrinhalte, in beiden Bereichen beklagen wir das System, das zuwenig erzieherische Qualität bietet.

Wenn wir uns heute die Frage stellen: Wie steht es mit den Universitäten, wer studiert dort, welche Qualität haben diese Universitäten?, so müssen wir diese Frage immer auch in folgendem Zusammenhang sehen: Welche Qualität haben heute unsere allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen, welche Studenten stellen sie der Universität zur Verfügung? Ich glaube, gerade in einer Zeit, in der man die Öffnung der Universitäten als bildungspolitisches Ziel immer wieder artikuliert, ist eine solche Betrachtungsweise notwendig.

Die mir vorgegebene Zeitgrenze meines Debattenbeitrags verhindert, daß ich weiter versuche, Grundsätzliches zu dieser Verbindung zwischen sekundärem und tertiärem Bildungsbereich zu sagen. Ich würde mir nur wünschen, daß man vielleicht in einer der kommenden Debatten einmal ganz bewußt als Ziel auch diese Verbindung herauszustellen versucht.

Es war gerade die Entwicklung im Bereich unserer Mittelschulen, die dazu geführt hat, daß der Studentenstrom an die österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen unverändert anhält. Und diese Tatsache stellt die Universitäten vor eine äußerst schwierige Frage.

Meine Damen und Herren! Vieles von dem, was wir heute als Mangel in der Universitätslandschaft feststellen müssen, hat seine Ursache darin — und das möchte ich als ersten Kritikpunkt formulieren —, daß die Universitätspolitik in Österreich zuwenig verantwortungsvolle Vorausschau aufgewiesen hat.

Wir wissen seit Jahren, und wir wußten es besonders in den siebziger Jahren, daß diese Explosion der Zahl der Studierenden an den österreichischen Universitäten zunehmen wird. Die Steigerungsraten liegen bei 10 Prozent. Jährlich kommen 10 000 bis 15 000 Studierende mehr an die österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen.

Und unter diesem Gesichtspunkt ist jedes Budget, das sich mit Wissenschaft und Forschung beschäftigt, zu sehen und auch kritisch zu sehen.

Meine Damen und Herren! Es ist gar keine Frage; gewisse Zahlen und Steigerungen sind außer Streit zu stellen. Das Budget für Wissenschaft und Forschung wächst für das Jahr 1985 im Vergleich zum Jahr 1984 um mehr als eine Milliarde. 12,7 Milliarden Schilling wendet die Republik Österreich für dieses Anlie-

Dr. Neisser

gen auf. Die Steigerungsrate des Ressorts ist mit 9 Prozent über der des Gesamtbudgets, da die Steigerungsrate des Gesamtbudgets nur 6 Prozent beträgt.

Herr Bundesminister! Für Sie persönlich ein Anlaß, zufrieden zu sein. Im Gesamtspektrum der Ressorts kommen Sie noch relativ gut weg.

Die Frage — ich glaube, wenn man ein Budget kritisch analysiert, muß man gerade das in den Mittelpunkt stellen — lautet: Ist dieses Budget geeignet, der Wissenschaft und Forschung das zu geben, was sie auf Grund der realen Anforderungen benötigt?

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang ein paar erläuternde und kritische Bemerkungen zur Situation der österreichischen Universitäten.

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns weiter geradewegs auf dem Weg zur Massenuniversität. Ob dieses Wort jetzt goutiert wird oder nicht, es ist Realität. Die Zahl der Studierenden nimmt von Jahr zu Jahr zu. Das ist ein Prozeß, der politisch gewollt wurde. Die Öffnung der Universitäten war für uns ein gemeinsames bildungspolitisches Anliegen.

Es ist gar keine Frage, daß Versuche einer Rückkehr zur Eliteuniversität nicht die Antwort sein können und nicht die Lösung sein werden. Aber es ergibt sich für uns jetzt die erhöhte Herausforderung, dafür Vorsorge zu treffen, daß diese Massenuniversität auch ohne wesentlichen Qualitätsverlust bewältigt werden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das waren die Probleme der Wissenschaftspolitik der letzten Jahre, und das werden die Probleme der Wissenschaftspolitik der nächsten Jahre sein. Hier besteht gar kein Zweifel.

Ich möchte an einigen Fakten illustrieren, was sich an Veränderungen innerhalb der Universitäten getan hat.

Im Jahre 1970 waren es noch 5 151 Betreuer, Universitätslehrer, die für 51 000 Studierende zur Verfügung standen. Im Jahre 1984 ist bei der Zahl der Betreuer eine nicht unerhebliche Steigerung feststellbar: es sind jetzt 8 076. Aber, meine Damen und Herren, nicht mehr für 51 000 Studierende, sondern für 142 000 Studierende. Und der Indikator, der sich daraus ablesen läßt, nämlich aus dem Verhältnis zwischen Lehrenden und der Anzahl der Studierenden, die zu betreuen sind, gibt zu denken. Das Verhältnis war im

Jahre 1970 noch 1 zu 10, es ist im Jahre 1984 1 zu 17 im Durchschnitt. Es gibt aber Universitäten, die besonders schlecht dran sind. Die Wirtschaftsuniversität in Wien hat hier beispielsweise eine Verhältniszahl von 1 zu 70.

Ein zweites Beispiel. Das Lehrangebot an den Universitäten, die Summe aller Lehrveranstaltungen, Vorlesungen, Übungen, Praktika und dergleichen, ist zwischen dem Studienjahr 1979/80 und dem Studienjahr 1982/83 von 70 000 auf 80 000 Wochenstunden gestiegen; zweifellos eine Steigerung von 14 Prozent. Man muß allerdings berücksichtigen, daß genau im selben Zeitraum die Zahl der Studierenden von 108 000 auf 128 000 gestiegen ist, also in etwa eine Zunahme von 20 Prozent erfahren hat.

Herr Bundesminister! Bei dieser Argumentation muß man sich natürlich auch eines vor Augen halten: Nicht alle Universitäten haben von dieser Steigerung profitiert, sondern es gab Universitäten, wo dieses Lehrangebot nicht unerheblich zurückgegangen ist.

Ich verweise auf den von Ihnen vorgelegten Hochschulbericht 1984, Seite 81, dem Sie entnehmen können, daß es eine rückläufige Entwicklung etwa an den Universitäten Graz, an der Technischen Universität Graz, an der Montanuniversität Leoben und an der Universität für Bodenkultur in Wien gegeben hat. Und gerade dieser Rückgang ist mit einer Wurzel des Unbehagens, das zuletzt auch bei einer Demonstration und bei einer öffentlichen Manifestation der Studierenden deutlich geworden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe mehrfach in Budgetdebatten betont, daß es auch nicht die Vorstellung der Österreichischen Volkspartei ist, der knappen personellen Situation an den Universitäten durch eine expansive Planstellenpolitik zu begegnen. Da haben wir unsere Grenze, das ist gar keine Frage.

Aber was mich etwas nachdenklich stimmt, Herr Bundesminister, ist, daß sich leider die Fälle häufen, daß die Vergabe der zur Verfügung stehenden Planstellen eigentlich in einer Art und Weise verzögert wird, die ich nicht für vertretbar halte.

Ich habe unlängst in einer steiermärkischen Zeitung gelesen, daß an der Universität Graz Ordinariate, wie etwa das für Geologie und Paläontologie oder das für Experimentalphysik, seit dem Jahre 1979 nicht mehr besetzt sind.

6140

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Neisser

Mir ist ein Fall von der Universität für Bodenkultur bekannt, wo das Ordinariat für Forsttechnik im Jahre 1982 durch Emeritierung des früheren Professors frei geworden ist und bis heute keine Entscheidung über die Nachfolgeberufung herbeigeführt wurde, obwohl neun Monate nach der Emeritierung die Berufungskommission einen Vorschlag erstattet hat. Es geschah zwei Monate nichts, dann fanden Verhandlungen mit dem Erstgereichten statt, einem Beamten der oberösterreichischen Landesregierung. Diese Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, wobei ich mich wirklich fragen muß: Ist wirklich das Angebot, das Sie für die Universitäten machen können, so dürfzig, daß es nicht einmal ein Beamter der oberösterreichischen Landesregierung als attraktiv empfindet, auf die Universität überzuwechseln?

Es gab dann wieder zwei Monate Pause. Dann verhandelte man mit dem Zweitgereichten, einem Kandidaten aus der Bundesrepublik Deutschland. Die Verhandlungen schienen zunächst erfolgreich zu sein, waren dann plötzlich wieder aus, ohne daß eine Einigung zustande kam. Seit Juli 1984 wartet man eigentlich darauf, daß man mit dem Drittgereichten verhandelt. Es ist von Ihrer Seite kein Versuch unternommen worden, mit diesem Mann in ein Gespräch zu kommen.

Seit mehr als zwei Jahren, seit zweieinhalb Jahren, ist dort ein Ordinariat frei. Die Lehrveranstaltungen werden durch Assistenten, durch Lehraufträge und dergleichen betreut.

Es ist Ihre Aufgabe, Herr Minister — ich bitte, das richtig zu verstehen: das ist jetzt kein Vorwurf an Ihre Beamenschaft, sondern dafür sind primär Sie politisch verantwortlich —, dafür zu sorgen, daß die Berufungsverhandlungen so geführt werden, daß sie möglichst rasch auch zu einem Ergebnis führen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Gerade unter dem Gesichtspunkt der steigenden Studentenzahl ist natürlich auch die Raumnot an den österreichischen Universitäten zu sehen. Man muß sich vor Augen halten, was sich hier alles geändert hat.

Die Universität für Bodenkultur ist bei ihrer Gründung für 1 500 Studierende konzipiert gewesen. Momentan hält sie bereits bei 4 000 Hörern.

Ich darf in Anknüpfung an die schon erwähnte Demonstration der Studenten einen kleinen Stimmungsbericht von der Sozialwis-

senschaftlichen Fakultät der Universität Graz geben, die Studenten haben uns das auch in einem Brief mitgeteilt. Es heißt dort:

Hörsäle mit 100 Sitzplätzen sind bis zu 150 und mehr Studenten überfüllt. Ein geregelter Übungsablauf ist nicht mehr gewährleistet. Durch die Kürzungen kommt es nun zu Zusammenlegungen von Übungsgruppen bis zu 400 Hörern, was einem Ausschluß von mehr als der Hälfte der Hörer von den Übungen zur Folge hat.

Herr Bundesminister! Ich gebe zu, das ist nicht die allgemeine Situation an den österreichischen Universitäten. Ich habe auch immer wieder betont: Wenn man über die österreichische Universitätslandschaft spricht, dann muß man sich sehr wohl dessen bewußt sein, daß es einen Komplex von unterschiedlichen Situationen gibt. Es gibt eine Reihe von Universitäten, wo die Raumfrage relativ gut gelöst ist, aber es gibt auch solche Fälle, wo dies in der drastischen Form in Erscheinung tritt, wie ich es jetzt eben verlesen habe.

Natürlich freuen wir uns alle darüber, daß laut Budget für das Jahr 1985 die Bibliotheken wieder 50 Millionen Schilling mehr bekommen, Herr Bundesminister. Nur besteht bei Gott kein Grund, vor Freude zu erstarren, denn die Bibliotheken befinden sich, was die Finanzierung anbelangt, seit Jahren in einer Sackgasse. Und es ist für uns von der Österreichischen Volkspartei geradezu mit einer gewissen Tragik verbunden, daß wir bei der UOG-Debatte des Jahres 1975 diesem Teil unsere Zustimmung gegeben haben, weil wir geglaubt haben, daß das, was dort als Reform des Bibliothekswesens verankert ist, sinnvoll ist. Gerade dieser Teil wurde bis heute nicht erfüllt.

Ich habe schon Ihrer Amtsvorgängerin mehrfach vorgehalten, daß dieses 5-Jahres-Konzept, das als Übergangsphase im UOG vorgesehen ist, nicht realisiert worden ist. Das, was wir heute als Problem haben, ist symptomatisch für die allgemeine Situation.

Ich weiß schon, Sie haben es besonders schwer, aber man hat es eben in der Mitte der siebziger Jahre bei einer guten wirtschaftlichen Lage verabsäumt, den Universitäten und der Wirtschaft jenen finanziellen Impuls zu geben, der damals noch möglich war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was kann in dieser zum Teil prekären Situation getan werden? — Ich habe schon mehrfach betont, daß die finanzielle Knapp

Dr. Neisser

heit des Budgets und der Staatsmittel evident ist. Es ist auch nicht mein Anliegen, hier nach mehr Mitteln aus dem Budget zu rufen. Wobei man sich natürlich bei einer Sparpolitik schon auch überlegen muß, ob es nicht doch gewisse Schwerpunkte gibt. Ein Studentenfunktionär hat es drastisch, aber treffend formuliert, als er gemeint hat: Sparen mit Hirn, aber nicht sparen am Hirn.

Was kann man tun? — Herr Bundesminister, ein paar Anregungen. Ich glaube, es wäre unbedingt notwendig, durch kurzfristig wirksame Maßnahmen Überbrückungshilfen für die Engpässe der nächsten drei bis fünf Jahre an den Universitäten zu schaffen. Wir könnten im personellen Bereich manche Entlastungen herbeiführen, wenn wir beispielsweise ein Tutoren-System schaffen würden, wo Studierende der höheren Semester einen Teil der Lehraufgaben für die Studienanfänger übernehmen. Das ist eine Maßnahme, die relativ unbürokratisch durchzuführen ist. Sie ist nicht kostenlos, das gebe ich zu. Aber es wäre auch das zu finanzieren. Wir haben genügend Modelle. Es ist ja auch von Ihrer Seite dieser Gedanke schon einmal positiv akzeptiert worden. Es würde dazu führen, daß diejenigen, die die Forschungslast an den Universitäten tragen, entlastet werden und wieder mehr Zeit für Forschung hätten.

Zweiter Gedanke. Herr Bundesminister! In einer Zeit, in der die staatlichen Mittel knapp werden, muß man alles tun, um den Universitäten die Beschaffung von eigenen Mitteln zu erleichtern, ihre eigene Verfügungsmacht zu stärken. Hilfe zur Selbsthilfe, ein oft zitiertes allgemeinpolitisches Prinzip, meine ich, sollte auch für die Universitäten in verstärktem Maße gelten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Selbständigkeit in der Verfügung der Planstellen und der Mittel. Es ist ohne größere Korrekturen zu machen. Wenn Sie die Verfügung über die Inlandsdienstreisen den Universitäten übertragen haben, daß es jetzt nicht eines komplizierten ministeriellen Verfahrens bedarf, so ist das positiv. Aber das ist nur ein kleiner Schritt. Es wäre ohne weiteres möglich, genügend weitere Schritte zu setzen.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Gedanke, der, so glaube ich, in Österreich noch viel zuwenig ausgenutzt wurde: In anderen Ländern haben die Universitäten die Möglichkeit, Spenden von allen möglichen Seiten zu bekommen, und zwar begünstigt für den Spender. Ich glaube, hier liegt noch ein gewisses Feld und darin eine Möglichkeit, den Universitäten mehr Mittel zuzuführen.

Ein dritter Gedanke. Man sollte für die Universitäten Anreize schaffen, aber auch für die außerhalb der Universität Befindlichen, sich zusätzliche Mittel zu beschaffen.

Ich habe hier schon bei der letzten Debatte über den Forschungsbericht darauf hingewiesen: Eine Begünstigung der Vertragsforschung wäre ein richtiger Weg, wo kleinere und mittlere Unternehmen die Möglichkeit hätten, Universitäten Forschungsaufträge zu geben über Dinge, die sie erforscht haben wollen und die sie auch dann in der betrieblichen Praxis umsetzen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber die heutige Debatte nicht vorübergehen lassen, ohne auch einige Überlegungen und Gedanken zur Situation derjenigen zu bringen, die an den Universitäten studieren. Ich möchte die Studentenpolitik deshalb herausstreichen, weil ich das Gefühl habe, daß gerade auch in parlamentarischen Debatten eher die Tendenz besteht, dieses Thema ein bißchen stiefmütterlich zu behandeln, und weil ich meine, daß auch die Gefahr von Seiten des Politikers besteht, die Situation der heutigen Studierenden etwas klischeehaft zu beurteilen.

Meine Damen und Herren! Wir haben zwar die Universitäten für die Studenten geöffnet, ich meine aber, wir haben die Politik selbst für die Studierenden noch zuwenig geöffnet. Es gibt zwei konkrete Ereignisse, die mich motivieren, diesem Thema heute einen besonderen Stellenwert einzuräumen.

Am 14. November 1984, also in diesem Jahr, gab es in Österreich Studentenproteste, die kein Alleingang der Studenten waren, sondern die mit Billigung der Assistenten und der Professoren organisiert waren; die übrigens — das weiß jeder, der sie beobachtet hat — in einer bemerkenswerten demokratischen Disziplin stattgefunden haben.

Diese Demonstration, diese offenkundige Manifestation der Studentenschaft hat ihr Motiv nicht nur in der seit Jahren leidigen Stipendiensituation gefunden, sondern auch in Dingen, die im Forderungskatalog drinnen stehen und die sehr wohl das Wesen der Universität unmittelbar tangieren, wie etwa die unzureichende Ausstattung mit Lehrbuchtragen, die desaströse Situation im Bibliotheks- wesen und dergleichen mehr.

Ein zweiter Anlaß ist es aber noch, der mich bewegt, etwas näher auf diese Studentenfrage einzugehen.

6142

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Neisser

Meine Damen und Herren! Vor einiger Zeit ist die Arbeit eines wissenschaftlichen Instituts veröffentlicht worden, die eine Repräsentativerhebung der politischen Einstellungen und der Lebensverhältnisse der Studierenden in Österreich enthält. Ich bin mir dessen bewußt, daß viele dieser Untersuchungen wahrscheinlich vom Methodischen her ihre Probleme haben und kritisiert werden können. Ich meine aber, daß diese Untersuchung doch im wesentlichen die Tendenz und die grundsätzliche Einstellung widerspiegelt, die derzeit die Studierenden in Österreich haben.

Meine Damen und Herren! Man soll hier nicht quantitativ argumentieren und sagen, was sind die 140 000 Studierenden in Österreich im Hinblick auf die Gesamtzahl des Volkes, auf die Gesamtheit des Souveräns. Nein, das kann mir in der Politik deshalb nicht gleichgültig sein, weil diese 140 000 Studierenden, zum Großteil zumindest, als künftige Akademiker Führungsrollen in unserer Gesellschaft wahrnehmen werden und die Stabilität und die Beurteilung unserer Gesellschaft ganz wesentlich von diesen Meinungsbildnern her geprägt werden.

Lassen Sie mich aus diesem Grund ein paar signifikante Punkte dieser Repräsentativerhebung hier erwähnen, zur Illustration, als ein Stimmungsbild, in dem sich heute der Student und die Studentin in Österreich befinden.

Die Arbeitsplatzunsicherheit hat rapid zugenommen, Arbeitsplatzunsicherheit als Element des Bewußtseins derjenigen, die heute studieren. Ich glaube, man kann Akademikerbeschäftigungssprobleme nicht mehr so einfach abtun, indem man sagt, die Bildung sei ein Wert an sich oder man habe die Studenten gewarnt, sie hätten halt etwas anderes studieren sollen. Das ist heute ein ganz wesentlicher Unsicherheitsfaktor im Bewußtsein der Studierenden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was ich aber noch für problematischer halte, ist, daß diese Verunsicherung auch politische Einstellungen beeinflußt. Drei Viertel der österreichischen Studenten sind der Auffassung, die politischen Parteien seien heute gar nicht mehr in der Lage, zukunftsweisende Konzepte zu entwickeln. Das ist wohlgemerkt nicht nur eine Kritik der Grünen und der Alternativen, sondern das ist ein Sample, das quer durch die Studierenden geht. Es ist eigentlich nur mehr jeder Vierte bereit, sich überhaupt für eine politische Partei zu engagieren, obwohl die Mehrheit zum Ausdruck

bringt, daß sie eine starke Präferenz für die direkte Demokratie und für die Mitbestimmung hat. Es ist auch interessant — das ist ein zum Teil widersprüchliches Spektrum, das sich hier ergibt —, daß 87 Prozent etwa die Marktwirtschaft und das freie Unternehmertum unterstützen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten aus solchen Untersuchungen schon die Konsequenz ziehen, in der Studentenpolitik etwas sensibler und auch etwas glaubwürdiger zu werden. Und daher sind Stilfragen hier besonders wichtig. Herr Bundesminister, Sie haben in einem Punkt kein gutes Beispiel dafür gesetzt, und zwar in der Frage der Änderung der derzeitigen Stipendiensituation.

Ich möchte das an einem Beispiel illustrieren: Wir haben am 2. März 1983 im Hohen Haus eine Novelle zum Studienförderungsgesetz beschlossen, die damals eine zehnprozentige Erhöhung der Stipendien mit sich gebracht hat. Beim Vollzug dieser Novelle hat sich herausgestellt, daß diese zehnprozentige Steigerung gar nicht allen zugute kommt, sondern daß es bestimmte Gruppen gibt, denen dadurch sogar Verluste erwachsen. Ich gebe zu, das ist damals bei der Beschlusffassung in der vollen Auswirkung gar nicht erkannt worden. Es hat damals eine Unruhe unter den Studenten gegeben. Ich habe einer Zusage Rechnung tragend mit Kollegen von mir am 15. Juni 1983 im Parlament einen Initiativtrag eingebracht, der den Versuch darstellt, einen Teil dieser sozialen Ungerechtigkeit auszugleichen. Was ist geschehen?

Sie haben unter voller Ausnützung der geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten zunächst einmal fast ein Jahr lang verhindert, daß dieser Antrag auf die Tagesordnung des Ausschusses kommt. Er wurde also nicht behandelt. Am 25. Oktober 1984 ist nun endlich im Wissenschaftsausschuß dieser Punkt auf der Tagesordnung gestanden, aber nicht etwa mit einer meritorischen Behandlung, sondern Sie haben die Einsetzung eines Unterausschusses verlangt, damit Sie eine Regierungsvorlage einbringen können, um das Stipendiensystem zu reformieren. Sicher mit anderen Punkten, die noch geändert werden sollten, das ist gar keine Frage.

Wir stehen heute vor folgender Situation: Sie haben eine Reform angekündigt, wir wissen jedoch nicht, wann Sie diese Regierungsvorlage ins Parlament einbringen werden. Bevor nämlich diese nicht eingebracht wurde, besteht offensichtlich keine Möglichkeit, im Ausschuß auch diese Materie zu behandeln.

Dr. Neisser

Sie haben ein Budget für das Jahr 1985 vorgelegt, bei dem der Ansatz für die Stipendien eine Steigerung von 500 auf 520 Millionen Schilling aufweist. Bitte, das sind 5 Prozent, da ist überhaupt keine Novelle drinnen, da ist nicht ein Funke einer Novelle drinnen! Ich frage Sie daher: Wann werden Sie die Regierungsvorlage einbringen? Wann wird diese Neuregelung der Stipendien in Kraft treten?

Ich habe in diesem Punkt wirklich, ohne mich jetzt besonders anbiedern zu wollen, Verständnis für den Unmut der Studierenden. Wenn man nämlich zurückblickt, welche Erfahrungen die gemacht haben, dann kann man diesen ihren Unmut auch verstehen.

Da gab es den Dr. Kreisky, der ihnen gesagt hat, man werde jedes Jahr einmal zusammenkommen und über die Angleichung der Stipendien reden müssen. Einmal sind sie zusammengekommen, aber von jedem Jahr einmal war gar keine Rede.

Dann kam die Frau Minister Firnberg, die — das ist im Stenographischen Protokoll nachzulesen — gemeint hat, man müßte alle zwei Jahre einmal über diese Problematik der Angleichung reden. Man hat nicht einmal alle zwei Jahre einmal darüber geredet.

Hier hat sich viel an Unmut aufgestaut, weil die Studenten verständlicherweise diese Hinhaltetaktik — dieser Eindruck ist nämlich entstanden — nicht länger hinnehmen konnten. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich im letzten Teil meiner Ausführungen noch etwas zum Problem der Forschung und der Forschungspolitik sagen.

Wir befinden uns in Österreich in einer Situation, die charakterisiert ist durch die Gefahr einer Stagnation der Forschung. Es hat Bundesparteiobmann Dr. Mock in seiner Eröffnungsrede anlässlich dieser Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß Österreich nach einer OECD-Statistik über Forschungsausgaben nun den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben am Bruttonationalprodukt revidieren mußte, und zwar von 1,4 Prozent auf 1,2 Prozent. Österreich ist damit in die dritte und schlechteste Kategorie abgerückt. Es ist gleichsam Schlußlicht geworden mit Island, Dänemark, Jugoslawien und Italien.

Meine Damen und Herren! Was bedeutet das in der Realität der Forschungspolitik? — Das bedeutet, daß die Forschungsförderungs-

fonds nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Präsident des Fonds für wissenschaftliche Forschungsförderung hat unlängst darauf hingewiesen, daß wichtige Forschungsausgaben aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden müssen, daß neue Vorhaben wegen Geldmangel gar nicht mehr in Angriff genommen werden können. Dieser Fonds erhält 1985 weniger Mittel als 1975, wenn man die Teuerungsrate mitberücksichtigt. Diese Fakten sprechen eine deutliche Sprache.

Wenn Sie daran denken, welche Steigerungsraten es etwa bei den Büchern und bei den Geräten, die für die Forschung essentiell sind, in der Zwischenzeit gegeben hat, dann können Sie sich das Dilemma dieser Einrichtung vorstellen.

Es besteht heute eine echte Gefährdung für die Grundlagenforschung in Österreich, die an den Universitäten betrieben wird, die zweifellos weniger spektakülär ist als die Forschung über das Waldsterben und über die Mikroelektronik. Das sollte uns doch nachdenklich stimmen, was der Präsident dieses Fonds gesagt hat, als er davon gesprochen hat, es bestünde die Gefahr einer Verunsicherung und Entmutigung der Forscher. Wie soll man bei einer solchen Situation noch von einem Forschungsklima in Österreich reden!

Herr Bundesminister! Sie haben selbst darauf hingewiesen, daß auch die Forschungsausgaben, die in den letzten Jahren im Bereich der Privatwirtschaft getätigten worden und die gestiegen sind, nun offensichtlich wieder im Rückgehen begriffen sind. Von den 17 Milliarden Schilling, die Österreich für Forschung und Entwicklung aufgewendet hat, sind in etwa 50 Prozent auf die Privatwirtschaft entfallen. Es zeigen sich jetzt offensichtlich wieder rückläufige Tendenzen.

Herr Bundesminister! Das kann nie dazu dienen, daß Sie jetzt quasi einen Vorwurf an die Privatwirtschaft richten und die Leistungen der öffentlichen Hand hervorstreichen, sondern das muß für Sie eine Herausforderung sein, der Privatwirtschaft jede Möglichkeit zur Stimulanz zu geben, um Forschung und Entwicklung wieder in einem gesteigerten Ausmaß zu betreiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn in unseren großen Vorbildländern, wie etwa in der Schweiz, beträgt der Anteil der Privatwirtschaft an Forschung und Entwicklung 75 Prozent der Gesamtausgaben und in Japan immerhin 59 Prozent. Ich

6144

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Neisser

möchte in diesem Zusammenhang aber noch etwas anderes sagen.

Herr Bundesminister! Forschungspolitik soll nicht auf eine bloße Ankündigungspolitik reduziert werden. Sie muß immer auch umsetzbare Initiativen enthalten und muß zu transparenten Ergebnissen führen. Ich habe das Gefühl, daß wir in der Forschungspolitik Gefahr laufen, uns auf eine Ankündigungspolitik zu beschränken. Lassen Sie mich das an einem Beispiel charakterisieren.

Es gibt eine große Forschungsinitiative gegen das Waldsterben, sie wird groß propagiert. Die Problematik in Österreich liegt schon einmal darin, daß Ihre Möglichkeiten auf diesem Gebiet sehr, sehr beschränkt sind. Ich möchte die gestrige Diskussion in Erinnerung rufen, wo von mehreren Rednern meiner Fraktion zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft der Land- und Forstwirtschaftsminister in Pflicht genommen und aufgefordert wurde zu sagen, was er hier schwerpunktartig tut.

Die Antwort war eher dünn — das möchte ich auch sagen —, wir haben sie bis heute nicht erhalten. Und bloße Ankündigungen helfen nichts. Das Unbehagen in der Wissenschaft wird hier sehr deutlich. Ich habe in der Zeitung gelesen, es hat unlängst in München eine große Veranstaltung zu diesem Thema stattgefunden, an der österreichische Professoren teilgenommen haben. Ein Wiener Professor hat zum Thema „Forschung gegen das Waldsterben“ gesagt, die Maßnahmen zielen mehr auf die Einbildung ab, etwas getan zu haben, als auf die erwünschte Wirkung. Ein anderer hat gemeint, Halbherzigkeit und Schwächlichkeit in der Umweltpolitik seien gerade auch für den Sektor der Forschung charakteristisch.

Ich weiß schon, das Problem ist sehr kompliziert und ist auch sehr komplex. Es ist wahnsinnig schwierig, aus der Vielfalt möglicher Ursachen des Phänomens des Waldsterbens nur einigermaßen etwas rational und nachweisbar herauszuholen.

Herr Bundesminister! Ich bitte Sie aber bei diesem Thema, nicht bei einer bloßen Ankündigungspolitik zu bleiben. Wir und die österreichische Bevölkerung haben wirklich nichts davon, wenn in einigen Jahren der Großteil des Waldes kaputt ist und wir dann endlich wissen, warum das so gekommen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte aber im Zusammenhang mit

dem Thema Forschung an Sie auch die Bitte richten, alles zu unternehmen, die Mittel der Forschungsförderung möglichst effizient zu gestalten.

Sie haben — ich habe das begrüßt — mit dem Feld der Mikroelektronik eine Schlüsseltechnologie in den Mittelpunkt Ihrer Forschungskonzeption gestellt. Sie werden für das Jahr 1985 — das haben Sie im Ausschuß gesagt — aus Ihrem Ressort 30 Millionen Schilling zur Verfügung stellen, aus der Innovationsförderung 250 Millionen Schilling.

Herr Minister! Wenn das Wirklichkeit wird, was ich an Ankündigung habe, wie diese Mittel vergeben werden sollen, so möchte ich an Sie doch die Aufforderung richten, hier keinen Förderungsmodus zu verwirklichen, der aufwendig und der kompliziert ist.

Wie sich die Diskussion derzeit abspielt, soll das Ganze so vor sich gehen: Da ist einmal ein Antrag bei Ihnen, beim Wissenschaftsministerium einzubringen; dieser Antrag ist durch Beamte zu prüfen. Dann ist er an das nunmehr zuständige Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr — früher war es das Bundeskanzleramt — weiterzuleiten; dort findet wieder eine Begutachtung statt, offensichtlich durch eine Evidenzstelle für Sonderförderungen. Anschließend wird das Ganze einer Technologieförderungskommission vorgelegt. Und letztendlich entscheidet der Minister. Und dann heißt es noch, die Entscheidung soll tunlichst sechs Monate nach Vorliegen des vollständigen Förderungsantrages erfolgen.

Herr Bundesminister! Das ist kein einfacher und unbürokratischer Weg einer Forschungsförderung! Ich richte an Sie wirklich die Frage: Wir haben doch das so bewährte System der Forschungsförderung durch die Forschungsförderungsfonds — warum versuchen Sie nicht, dieses ganze Konzept etwa durch den Fonds für die gewerbliche Forschungsförderung zu realisieren? (*Beifall bei der ÖVP.*) Dort haben Sie alles auf einem Fleck. Dort können Sie die Experten organisieren, dort haben Sie Leute, die in der administrativen Abwicklung solcher Anliegen Erfahrung haben. — Bitte, warum geschieht das nicht? — Noch etwas anderes in diesem Zusammenhang.

Soweit ich den Entwurf der Richtlinien dieser Forschungsförderung kenne, möchte ich schon etwas sagen. Da gibt es einen Satz drinnen, der da lautet: Bevorzugt behandelt werden Projektanträge, bei denen entsprechende

Dr. Neisser

sozialwissenschaftlich fundierte Begleitmaßnahmen unter Mitwirkung der Belegschaftsvertretung bei der Einführung neuer Technologien auf betrieblicher Ebene eingeplant sind.

Meine Damen und Herren! Die Mitwirkung der Belegschaftsvertretung bei der Einführung neuer Technologien ist eine Frage, die sicher jede Reform der Mitbestimmung befassen wird. Nur: Was ich für problematisch halte, das ist, sozusagen im Wege der Förderungsbedingungen schon etwas zu realisieren. Herr Bundesminister, da wird man nachdenklich, wenn man das liest! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte in diesem Zusammenhang an Sie noch einmal die Bitte und das Ersuchen wiederholen — ich habe es hier schon mehrfach getan —: Wir haben seit Jahren von Ihnen eine Zusage, daß über das Paket der noch offenen Maßnahmen der indirekten Forschungsförderung weiter verhandelt werden soll. Ich habe einen Brief von Ihnen, wo Sie mir im Frühjahr zusagen, daß Gespräche mit dem Finanzminister stattfinden. Ich habe hier am 24. September bei der Behandlung des Forschungsberichtes dieses Anliegen wieder vorgebracht. Ich möchte Sie jetzt noch einmal ersuchen, möglichst rasch dafür zu sorgen, daß diese Gespräche mit dem Finanzminister in Gang gesetzt werden.

Die eine Maßnahme, die Sie im letzten Abgabenänderungsgesetz vorgesehen haben, war nicht in dem Paket drin und ist eine ganz kleine Maßnahme, die in dem Gesamtpektrum keine besondere Rolle spielt.

Ich möchte an Sie noch einmal das Ersuchen richten, möglichst bald am Beginn des nächsten Jahres dieses Themas wieder zum Verhandlungsgegenstand zu machen, weil ich nach wie vor glaube, daß in der indirekten Forschungsförderung, die die Unternehmer motiviert, die sie stimuliert, die Chance der Zukunft liegt. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf.*)

Meine Damen und Herren! Bildung ist teuer, aber noch immer die beste Innovation für die Zukunft. — Mit diesem Satz hat man das Anliegen und den Vorrang der Bildungspolitik immer gerechtfertigt. Es soll kein Schlagwort bleiben. Ich glaube, daß wir trotz bürokratischer Hemmnisse in diesem Land genügend Potential für die Kreativität haben. Wir haben nach wie vor Spitzenleistungen in unserer Forschung.

Herr Bundesminister! Es ist die Aufgabe einer verantwortlichen Wissenschaftspolitik, daß sie all denjenigen, die einen Beitrag dazu leisten, Mut geben soll. Das ist eine Frage nicht nur des Geldes — vielleicht sogar zu einem geringeren Teil eine des Geldes —, sondern auch des Klimas und der Umstände, unter denen sich Wissenschaft und Forschung abspielen. Hier gäbe es noch viel zu tun. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{9.56}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Nowotny.

^{9.56} **Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Neisser, konnte bei aller Kritik auch nicht umhin, doch anzuerkennen, daß dieses Wissenschaftsbudget 1985 mit einem Zuwachs von über 1 Milliarde Schilling oder eben fast 9 Prozent eine deutliche Ausweitung aufweist, daß damit der Anteil des Wissenschaftsressorts am gesamten Volkseinkommen, daß damit der Anteil des Wissenschaftsressorts an den Gesamtausgaben dieses Staates angestiegen ist. Ich glaube, das sollte man hier nicht ganz untergehen lassen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Personell bedeutet das eine Zunahme um 318 Planstellen, für die Universitäten eine Ausweitung der Mittel um 18,6 Prozent, für Bibliotheken eine Ausweitung um 12,2 Prozent.

Im Bereich der Bauvorhaben sind große Bauten fertig geworden oder in Fertigstellung begriffen, gerade auch Bauten, die in der Mitte der siebziger Jahre begonnen wurden, wo angeblich, nach der Meinung des Kollegen Neisser, so große Versäumnisse auftraten.

Es ist immerhin festzustellen, daß trotz der massiven Ausweitung der Studentenzahlen der Aufwand je inskribierten Studenten in Österreich von 1984 auf 1985 von 62 900 S auf 65 600 S ansteigen konnte. Der österreichische Staat gibt je inskribierten Studenten 65 600 S aus! Auch eine Zahl, glaube ich, die man nicht so ganz übersehen sollte.

Es ist natürlich richtig: Budgetzahlen sagen noch nicht alles, und wir sind sicherlich nicht in der Gefahr — wie das der Kollege Neisser ausgedrückt hat —, vor Freude zu erstarren, aber ich glaube, es ist dennoch, was wir hier zeigen können, eine sehr eindrucksvolle Entwicklung des Wissenschaftsbudgets, eine eindrucksvolle Entwicklung, zu der wir uns bekennen und die wir begrüßen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

6146

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Nowotny

Ich sage das auch gerade deshalb, weil wir ja im Wissenschaftsbereich in letzter Zeit eine etwas eigenartige Entwicklung sehen, die natürlich nicht isoliert zu betrachten ist von den herankommenden Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft und auch von anderen politischen Überlegungen. Wir haben hier das Phänomen, daß wir bedeutsame Ausweitungen der Mittel für Wissenschaft und Forschung haben — übrigens auch natürlich für die Stipendien, für die gewaltige Mittel aufgewendet werden —, daß diese massiven Ausweitungen aber nicht einmal ignoriert werden, sondern stillschweigend als quasi etwas Selbstverständliches hingenommen werden und dort wie selbstverständlich zur Tagesordnung übergegangen wird.

Ich möchte doch feststellen: Diese gewaltigen Mittel für Wissenschaft und Forschung sind nichts Selbstverständliches! Es ist Geld, das vom Steuerzahler aufgebracht wird, es sind Mittel, die gegen andere alternative Verwendungszwecke vom Wissenschaftsminister erkämpft werden mußten, und man muß auch deutlich sehen, daß in anderen Staaten die Wissenschaftsminister nicht so erfolgreich waren wie in Österreich, daß in anderen Staaten die Mittel für Wissenschaft und Forschung nicht nur relativ, sondern zum Teil sogar absolut zurückgegangen sind und daß wir in Österreich eine ganz andere und sehr viel positivere Entwicklung genommen haben als die meisten anderen Staaten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Am absurdesten ist ja diese Kritik im Bereich der Lehraufträge, wo gerade die Demonstrationen, auf die sich der Kollege Neisser bezogen hat, den Eindruck erweckt haben, als ob es zu einer Kürzung der Lehraufträge gekommen sei.

Tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall. Die Zahl der Lehrauftragsstunden ist vom Wintersemester 1983 auf 1984 um 440 gestiegen und beträgt jetzt insgesamt 14 458. Die Budgetmittel sind im selben Zeitraum von 355 auf 414 Millionen Schilling angestiegen. Also genau das Gegenteil von dem, was hier behauptet wurde.

Was natürlich geschehen ist, ist, daß das Ministerium nicht alle Anträge, die von den Universitäten gekommen sind, genehmigt hat. Das ist ein Vorgang, der jedes Jahr stattfindet, der aber auch sein muß, weil jeder, der sich hier ein bißchen auskennt, bekanntlich weiß, daß die Universitäten leider die Tendenz haben, unangenehmen Entscheidungen auszuweichen und diese auf das Ministerium

zu verlagern. Wir hatten vorige Woche erst eine Tagung in Klagenfurt, anlässlich derer dies von Vertretern aller an Universitäten tätigen Gruppen bedauert wurde.

Auf jeden Fall muß man doch sehr deutlich sagen, daß gerade dieser ganze Wirbel um die Lehraufträge wirklich ein Beispiel einer Desinformationskampagne war, auf die manche gutgläubig oder weniger gutgläubig hineingefallen sind. Ich bedauere diese Art einer unseriösen Diskussion, vor allem deshalb, weil diese Art eine ersthafte Behandlung der Probleme behindert, eine ernsthafte Behandlung, die für diese Probleme sicherlich notwendig ist.

Es ist zweifellos richtig, daß die Universitäten heute in einer sehr schwierigen Phase ihrer Entwicklung stehen. Das kann ich Ihnen als jemand, der unmittelbar drinnensteht, sicherlich aus eigenem Erleben bestätigen.

Wir haben eine starke Zunahme der Studentenzahlen. Seit 1979 ist die Zahl der Studenten von 108 000 auf 145 000 angestiegen. Im Jahr 1990 rechnen wir mit einer Studentenzahl von etwa 175 000.

Man muß sich einmal diese Größenordnung vorstellen: Heute schon sind an den Universitäten etwa 160 000 Menschen tätig, eine Zahl, die höher ist als die Zahl der Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie. Wir haben hier gewaltige Größenordnungen erreicht, eine Entwicklung, die sich auch international abzeichnet. Nach Prognosen des Hudson-Instituts in Amerika wird bis zur Jahrtausendwende der universitäre Sektor den industriellen Sektor zahlenmäßig übertreffen. Ich halte diese Entwicklung für richtig, ich halte sie für zukunftsorientiert.

Ich glaube daher, daß der Begriff „Massenuniversität“ falsch ist. Es ist die „offene Universität“, die wir hier sehen, und ich möchte sehr deutlich sagen, daß wir uns zu dieser offenen Universität bekennen und daß wir glauben, daß sie als Chance für die Gesellschaft gesehen werden sollte und nicht immer nur als Gefährdung und als Gefahr, wie das von konservativer Seite häufig geschieht.

Zweifellos aber wird der Zeitraum 1985 bis 1995 einer der schwierigsten an den österreichischen Hochschulen sein, weil eben hier sehr starke Jahrgänge auf die Hochschulen zukommen, nachher werden wir dann wieder etwas schwächere Jahrgänge haben, sodaß die Situation aus dieser Sicht etwas entschärft wird.

Dr. Nowotny

Das wird speziell natürlich hohe Anforderungen für die großen Studienrichtungen, die sehr umfangreiche Möglichkeiten der Wissensverwertung haben, also etwa für die Wirtschaftswissenschaften, für das Jusstudium und so weiter, bringen, und es wäre falsch, hier irgendeine Schönfärberei zu betreiben.

Man muß sich aber auch gleichzeitig darüber klar sein, daß die Lösung des Problems sicherlich nicht darin liegen kann, daß dann, wenn nun die Universitäten einfach Forderungen an Parlament und Regierung stellen, diese Forderungen, wie es offensichtlich dem Stil der Österreichischen Volkspartei entspricht, von der ÖVP aufgenommen werden, die zwar generell immer für Budgeteinsparungen ist, aber natürlich zu jedem Kapitel zusätzliche neue Forderungen stellt.

Herr Kollege Neisser! Auch wenn Sie gesagt haben, Sie verlangen nicht mehr Geld, auch Steuerbegünstigungen kosten etwas, und wenn Sie zusätzliche Stipendien verlangen, heißt das, daß Sie wieder zusätzliche Ausgaben verlangen.

Ich muß halt auch wieder feststellen: So wie bisher bei jedem Budgetkapitel hat die ÖVP auch beim Budgetkapitel Wissenschaft die Taktik verfolgt, für dieses spezielle Kapitel mehr Ausgaben zu verlangen, um dann am Ende wieder zu sagen, aber in Wirklichkeit sollte es Einsparungen geben. Das geht halt leider nicht; das muß man Ihnen in jedem Fall sagen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Die Lösung muß sicherlich darin bestehen, daß alle im Hochschulwesen Tätigen ihren Teil dazu beitragen. Das betrifft den Staat, das betrifft aber auch natürlich die Universitäten.

In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden: Dieses heute vor uns liegende Budget 1985 zeigt, daß die Republik Österreich bereit ist, den Ausbau der Hochschulen fortzusetzen, es zeigt, daß dieser Staat, die Steuerzahler, gewaltige Mittel für die Universitäten bereitstellen.

Ich glaube aber, daß man fairerweise verlangen kann, daß das auch von den Universitäten anerkannt wird und daß die Universitäten — und zwar alle Beteiligten an den Universitäten: Professoren, Assistenten und Studenten — auch ihren Beitrag dazu leisten, etwa im Sinne einer höheren Flexibilität, etwa im Sinne einer besseren Auslastung der an den Universitäten bestehenden Ressourcen. Ich möchte aber hinzufügen, daß in den

meisten Fällen von den an den Universitäten Tätigen sicherlich und tatsächlich gewaltige Arbeitsleistungen erbracht werden, daß der österreichische Wissenschaftsbetrieb ohne diese Arbeitsleistungen ja gar nicht funktionieren könnte und daß man das sicherlich auch mit Respekt feststellen muß.

Herr Präsident! Hohes Haus! Auf andere Bereiche des Wissenschaftsbudgets werden noch meine Kollegen eingehen. Ich möchte mich hier jetzt nur noch auf einen Bereich beziehen, der einen zentralen Problembereich für die gesamte Gesellschaft darstellt, nämlich auf den Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik. Es ist das eine Problematik, die sicherlich nicht nur im Wissenschaftsministerium angesiedelt ist, aber immerhin entfallen 1985 von den 7,5 Milliarden Schilling, die der Bund an direkten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung ausgibt, rund 88 Prozent auf das Wissenschaftsministerium, wobei diese 7,5 Milliarden übrigens gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 600 Millionen Schilling bedeuten, dies entspricht einem Anstieg um 9,1 Prozent, also bezogen auf das Sozialprodukt ein überproportionaler Anstieg.

In diesem Jahr ist eine Reihe von neuen Initiativen verwirklicht worden, etwa der Forschungsschwerpunkt Mikroelektronik, der einerseits Schwerpunkte auf der Universitäts-ebene hat, andererseits Schwerpunkte im Bereich der Fertigungsüberleitung im Ausmaß von 250 Millionen Schilling. Auch hier ist es, glaube ich, wichtig, anzumerken, daß dies — pro Kopf gesehen — bedeutet, daß die Forschungsförderung in Österreich intensiver ist als etwa die im EG-Raum, bezogen auf das bekannte Esprit-Programm. Allerdings ist es richtig, daß wir die Akzente zum Teil ein bißchen anders setzen.

Wenn hier der Herr Kollege Neisser kritisiert hat, daß im Rahmen der Forschungsförderung auch auf die Interessen und die Entwicklung der Belegschaften Rücksicht genommen werden muß, dann würde ich sagen, genau das ist der Akzent, den wir anders setzen wollen, weil wir glauben, daß die Entwicklung von Technik, von Technologie eben nur sinnvoll gesellschaftspolitisch gesehen werden kann, wenn auch die Interessen derer berücksichtigt werden, die unmittelbar davon betroffen sind, und das sind eben nun einmal die Belegschaften. Ich möchte daher gerade dem Herrn Minister dafür danken, daß er genau diese Akzentsetzung vorgenommen hat. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

6148

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Nowotny

Wir haben weitere Schwerpunkte im Bereich der Biotechnologie, im Bereich Forschungsinitiative gegen das Waldsterben, ein Schwerpunkt Werkstofftechnik ist geplant. Wir haben daneben die Ausgaben für das Forschungszentrum Seibersdorf, Wissenschaftsförderungsfonds, Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft, der immerhin — und dies ist alles vom Berichterstatter genannt worden — mit 360 Millionen Schilling dotiert ist.

Daneben gibt es Mittel von seiten der Nationalbank, daneben gibt es Mittel über die Investkredit AG.

Nun ist es sicherlich so, daß die Forschung ein Bereich mit einem fast unendlich großen Geldbedarf ist. Aber ich glaube, man kann sagen, daß es uns in Österreich gelungen ist, ein System zu entwickeln, daß kein Projekt, das interessant und für die österreichische Wirtschaft zukunftsträchtig ist, an Geldmangel scheitern muß. Das ist immerhin ein wesentlicher Erfolg, auf den wir stolz sein können. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Gleichzeitig sehen wir natürlich immer mehr, daß Forschungsförderung sicherlich nicht nur eine Sache des Geldes ist. Es ist auch eine Frage der organisatorischen Voraussetzungen, der Kontakte, nicht zuletzt auch der Mentalität, und hier sind auch in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Vorarbeiten geleistet worden, und es zeigt sich ja auch bereits eine Vielzahl von Erfolgen.

Man muß sich aber bewußt sein, daß wir gerade bei der Forschungsförderung vielfach sehr lange Ausreifungszeiten haben. Das ist eben kein Gebiet, wo man so spektakuläre Schnellschüsse starten kann, sondern das ist wirklich ein Gebiet für geduldiges, kontinuierliches, seriöses Arbeiten.

Aber ich möchte darauf hinweisen, wir hätten etwa in Österreich die Produktion mikroelektronischer Bauteile nicht aufnehmen können, wenn dem nicht massive Förderungen aus dem Bereich der Forschungsförderung vorangegangen wären. Wir hätten große Erfolge im Bereich des Maschinenbaus, im Bereich der chemischen Industrie nicht realisieren können, wenn nicht vorher entsprechende Forschungsmittel sowohl an die Universitäten wie auch an die Unternehmen selber gegangen wären.

Ich glaube, man muß sehr deutlich sagen, daß zwischen Einsatz und Erfolg ein relativ langer Zeitraum liegen kann, daß sich aber

die österreichische Forschungsförderung auch heute schon in ihren praktischen Auswirkungen bewährt.

Hohes Haus! Die Wissenschaftspolitik steht neben diesem unmittelbar ökonomischen Einsatz in Zukunft aber auch vor anderen Herausforderungen von erheblicher Tragweite, auf die ich gerade im Rahmen dieser Budget-debatte kurz eingehen möchte.

Es ist die Frage: Wie sind denn die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung gesellschaftspolitisch, wenn Sie wollen, ethisch, zu bewerten? Oder einfach gesagt: Soll alles, was forschbar ist, was technisch wissenschaftlich machbar ist, auch tatsächlich gemacht werden? Das ist eine Frage, die sicherlich hier nicht im einzelnen behandelt werden kann. Ich möchte aber doch grundsätzlich dazu festhalten, daß aus unserer Sicht für den politischen Bereich eine Verpflichtung besteht, zur wissenschaftlich-technischen Entwicklung Stellung zu nehmen und notfalls auch einzutreten. Wobei eine wesentliche Voraussetzung dafür zunächst einmal das Vorhandensein seriöser Informationen ist. Ich begrüße es daher, daß von seiten des Wissenschaftsministeriums eine Stelle für Technologiefolgen-Abschätzung eingerichtet wird, die eben diese Informationen verschaffen soll.

Die Wissenschaftspolitik hat darüber hinaus aber zweifellos gerade auch die Pflicht, wenn ich so sagen darf, kühlen Kopf zu bewahren, gegen Sensationshascherei aufzutreten, gegen Science-fiction-Ängste, die zurzeit gerade im Zusammenhang mit der Gen-technik sehr populär sind und wo schon die Gefahr besteht, daß eine allgemeine Wissenschaftsfurcht, letztlich eine Wissenschaftsfeindlichkeit gezüchtet wird, die schließlich auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung einschränken und gefährden könnte.

Ich glaube, in Österreich kann man feststellen, daß die primäre Aufgabe der Politik und im speziellen der Wissenschaftspolitik sicherlich nicht darin liegen kann, wissenschaftlich-technische Entwicklungen zu verhindern, sondern im Gegenteil im Fördern der wissenschaftlichen Dynamik und im Nutzbar machen für die gesellschaftliche Entwicklung.

Gerade die Sozialdemokratie hat ja in ihrer Geschichte immer diese positive Rolle der Wissenschaft betont, gleichzeitig aber auch die soziale Verantwortung, die mit Wissenschaft verbunden ist. Das muß auch unsere weitere Position sein: Keine blinde Wissen-

Dr. Nowotny

schaftsgläubigkeit, aber auch keine Wissenschafts- und Technologieangst oder eine Abwehr gegenüber diesen neuen Entwicklungen, sondern eine Nutzbarmachung der Wissenschaft für die Gesellschaft, für die Menschen, wie wir das konkret am Beispiel des Mikroelektronik-Programms zu zeigen versuchen.

In diesem Sinn ist die Wissenschaftspolitik tatsächlich eine der Schaltstellen für die langfristige Entwicklung unserer Gesellschaft und daher zweifellos — in diesem Sinne stimme ich auch mit dem Kollegen Neisser überein — der Hochschulbereich einer der sensibelsten Bereiche unserer Gesellschaft überhaupt. Es ist sicherlich für jeden, der eine etwas längerfristige Perspektive verfolgt, die Entwicklung der Hochschulen von zentralem Interesse.

Ich möchte daher auch noch kurz eingehen auf die Studie über die gesellschaftspolitische Einstellung der Studenten, die Kollege Neisser erwähnt hat, aus der sich überwiegend eine, wenn Sie so wollen, resignative, pessimistische Tendenz ergibt, die man sicherlich falsch finden kann, die man auch als unberechtigt empfinden kann — sie ist zum Beispiel sicherlich unberechtigt in bezug auf die Arbeitsplatzsituation, weil die Arbeitslosenrate von Akademikern weit unter der der Gesamtwirtschaft liegt —, aber man muß sich als Politiker auch mit unberechtigten und unbegründeten Ängsten einer Gruppe auseinandersetzen.

Das gilt selbstverständlich auch für die gesellschaftspolitische Diskussion an Hochschulen, die speziell von Studenten geführt wird, wobei ich bei dieser Gelegenheit aber doch etwas dazu sagen will.

Selbstverständlich haben Angehörige von Hochschulen das Recht, zu gesellschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen, so wie eben jeder andere Staatsbürger auch. Es besteht aber kein Grund und auch keine Berechtigung für einzelne Angehörige der Hochschulen, seien es jetzt Professoren, Assistenten, Studenten, wer immer, oder seien es auch Gruppen wie die Österreichische Hochschülerschaft, sich hier eine größere Kompetenz, eine größere Weisheit zuzubilligen, als dies anderen Staatsbürgern zukommt.

Gerade in gesellschaftspolitischen Fragen war ja die Rolle von Hochschulen in der Vergangenheit oft sehr zweifelhaft und oft sehr unglücklich, wenn ich nur an die dramatische und makabre Rolle denke, die die Hochschu-

len etwa politisch in der Ersten Republik gespielt haben.

Ich glaube, es sollten manche Angehörige von Hochschulen gerade diese historischen Erfahrungen zum Anlaß nehmen für eine gewisse Vorsicht, für eine gewisse Zurückhaltung, für eine gewisse Selbstbesinnung.

Damit im Zusammenhang steht auch das Problem von Gutachten und von Expertenmeinungen, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit zum Teil zu erheblicher Verwirrung geführt haben.

Man muß sehr klar unterscheiden, ob ein Wissenschaftler in seiner Fachkompetenz spricht, in der er von seinen Kollegen überprüft und beurteilt werden kann, oder ob ein Wissenschaftler eine allgemeine gesellschaftspolitische Stellungnahme abgibt, zu der er natürlich berechtigt ist, zu der er aber keine größere Kompetenz hat als irgendein anderer Staatsbürger.

Darin liegt ja genau der Grund für die Abwertung von Experten, von Wissenschaftlern, die wir in letzter Zeit sehen: daß leider sehr viele Wissenschaftler nicht der Versuchung widerstehen können, als Experten auf Gebieten aufzutreten, für die sie fachlich nicht ausgewiesen sind und womit sie letztlich dem Ansehen der Wissenschaft insgesamt Schaden zufügen.

Ich glaube, das ist ein Punkt, den man einmal sehr deutlich diskutieren muß, und ich möchte es auch ganz klar sagen: Die Aufgabe, zwischen verschiedenen Graden von Unsicherheit zu unterscheiden, zwischen verschiedenen Vorteilen und Nachteilen eines Projektes abzuwägen und dann letztlich Entscheidungen zu treffen, kann dem durch eine Wahl legitimierten Politiker niemand abnehmen. Das ist ja der Sinn demokratischer Prozesse. Hier muß sich eben die Demokratie als entscheidungs- und handlungsfähig erweisen. Das können keine Gutachten ersetzen, und hier liegt letztlich die wichtigste und eigenständige Verantwortung eines Politikers.

Gerade dieses Verhältnis von Wissenschaft und Politik müssen wir noch sehr deutlich klarstellen, müssen wir diskutieren. Es wird über diese Problematik in zunehmendem Maße auch in anderen Gremien gesprochen werden. Wir haben im Akademischen Rat darüber gesprochen. Es wird sich die Akademie der Wissenschaften damit befassen, und ich gebe ganz gerne zu: Wir sind hier sicherlich noch mitten in der Diskussion, und wer sagt,

6150

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Nowotny

daß er für alle diese Probleme fertige Antworten hat, gibt zweifellos mehr, als er hat.

Hohes Haus! Das gilt generell für den Bereich der Wissenschaftspolitik. Wir haben hier Probleme, die in allen Industriestaaten, vor allem in europäischen Industriestaaten, sehr ähnlich sind. Aber die österreichische Wissenschaftspolitik hat jedenfalls meines Erachtens unter allen vergleichbaren Staaten die besten Voraussetzungen, die künftigen Herausforderungen zu bewältigen.

Es ist uns in Österreich gelungen, die Offenheit der Hochschulen, und zwar sowohl die materielle wie auch die geistige Offenheit, zu bewahren. Ich betone: auch die geistige Offenheit, wenn man daran denkt, welche verheerenden Wirkungen etwa der Radikalerlaß auf das geistige Klima an deutschen Hochschulen ausgeübt hat.

Wir konnten zweitens den Ausbau der Hochschulen auch in wirtschaftlich schweren Zeiten fortsetzen, während in anderen Staaten der Ausbau gestoppt und zum Teil rückgängig gemacht wurde, und wir sind dabei, eine positive Verknüpfung zwischen wissenschaftlich-technischer Entwicklung einerseits und ökonomisch-gesellschaftlicher Entwicklung andererseits zu erreichen.

Hohes Haus! Das Wissenschaftsbudget 1985, das uns vorliegt, ist der Ausdruck dieser positiven Entwicklung. Wir werden ihm daher zustimmen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{10.20}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Stix.

^{10.20}

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Einer jener Maßstäbe, der an die Arbeit einer Bundesregierung angelegt wird, ist der, ob sie in ihrer tatsächlichen Arbeit jenen Absichtserklärungen entspricht, die sie selbst in ihrer Regierungserklärung ausgesprochen hat. Das gilt selbstverständlich auch für den Bereich Wissenschaft und Forschung.

Wenn man sich daraufhin die Regierungserklärung des Jahres 1983 ansieht, dann findet man darin ausgedrückt, daß Wissenschaft und Forschung einer ganz besonderen Schwerpunktbildung unterzogen werden sollen. An dieser Absichtserklärung haben wir auch das Wissenschaftsbudget für das Jahr 1985 zu messen.

Man darf sagen: So wie auch schon für das

Budget 1984 hat in bezug auf das Budget 1985 tatsächlich eine Schwerpunktbildung im Bereich Wissenschaft und Forschung stattgefunden. Während sich die durchschnittlichen Ausgaben des Budgets um rund 5 Prozent erhöhen, erhöhen sich die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um beinahe 9 Prozent.

Wir stellen daher seitens der freiheitlichen Fraktion mit Genugtuung fest, daß sich in diesem Bereich die Regierungsarbeit voll und ganz auf der Linie der Regierungserklärung bewegt. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Es verdient aber ein größerer Zeitraum ins Auge gefaßt zu werden, denn in den gesamten siebziger Jahren — auch damals haben wir Freiheitlichen als Opposition wiederholte Male dem Wissenschaftsbudget zugestimmt — hat es bis jetzt herauf eine Schwerpunktbildung in diesem Bereich gegeben.

Zwei Zahlen zum Vergleich: Das nominelle Bruttoinlandsprodukt, wenn man es im Jahr 1970 mit Hundert gleichsetzt, hat sich 1983 verdreieinhalbacht. Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in dem gleichen Zeitraum haben sich verfünfacht. Die Planstellen an unseren Universitäten und Kunsthochschulen sind von 8 600 auf jetzt über 13 000 angewachsen. Zugegeben, immer noch zuwenig im Verhältnis zu den angewachsenen Studentenzahlen, aber eindeutig eine weit überdurchschnittliche Entwicklung.

Ich möchte aber heute über die Schwerpunktbildung im engeren Bereich der Forschungspolitik sprechen. Es wurde schon von den Vorrednern darauf hingewiesen, daß wir neue Schwerpunktgebiete haben, und diese neuen Schwerpunktgebiete konzentrieren sich auf die drei Bereiche Mikroelektronik, Materialwissenschaften und Biotechnik. Lassen Sie mich zunächst einige allgemeine Bemerkungen dazu machen.

Alle diese drei Schwerpunktgebiete sind in jener Gesamtentwicklung, die wir derzeit weltweit beobachten, eindeutig enthalten. Sie liegen im Zug der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sie liegen aber auch im Zug, Österreich für den internationalen Wettbewerb auf allen diesen Bereichen fit zu machen.

Ein zweiter allgemeiner Gesichtspunkt, der hervorgehoben zu werden verdient, ist der, daß in allen diesen drei genannten Bereichen Österreich auch mithalten kann, obwohl es zu den kleineren Industriestaaten in dieser Welt zählt. Es kann in allen diesen drei Bereichen Praktisches leisten.

Dr. Stix

Die dritte allgemeine Bemerkung muß die vielfältigen Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit anzielen. Auch hier kann Österreich in allen drei Bereichen mit halten.

Lassen Sie mich nur eine kurze Abschweifung ganz allgemein zur internationalen Kooperation machen. Soweit sich Österreich daran beteiligt hinsichtlich Wissenschaft und Forschung, kann man von sehr schönen Ergebnissen sprechen und berichten. Es gibt hier vor allem zu erwähnen die EG-Cost-Projekte, an denen sich Österreich beteiligt und wo wir Österreicher uns jetzt in jüngster Zeit entschieden haben, auch bei der radarmäßigen Erfassung des Wettergeschehens im europäischen Bereich mitzumachen. Von Seiten der freiheitlichen Fraktion kann das alles nur begrüßt werden.

Ich begrüße darüber hinaus aber auch persönlich die Absicht Österreichs, die Vollmitgliedschaft an der ESA, also an der Europäischen Weltraumagentur, in einem stufenweisen Prozeß anzustreben.

Nun zu den Schwerpunktbereichen im einzelnen.

Für Mikroelektronik wird ein enormes Finanzvolumen bereitgestellt werden. In den Jahren 1985, 1986 und 1987 werden insgesamt über 900 Millionen Schilling, also beinahe 1 Milliarde Schilling, an Finanzmitteln für den Bereich der Mikroelektronik mobilisiert werden.

Wie bedeutend der Bereich Mikroelektronik ist, mag aus einem Zitat hervorgehen, das ich der Arbeit von Fritz Paschke „Mikroelektronik — Chancen und Risiken“, erschienen in diesem Jahr, entnehme. Paschke schreibt: „Ein Vergleich der Mikroprozessortechnik mit der Technik der ersten röhrenbestückten Großrechnergeneration ENIAC weist eine Verhundertfachung der Verarbeitungsleistung bei Verringerung der Ausfallswahrscheinlichkeit auf ein Tausendstel, des Preises auf ein Hunderttausendstel, des Energiebedarfes auf ein Millionstel und des Gewichtes beziehungsweise Volumens auf ein Zehn-millionstel aus. Wahrhaft eine Revolution, in der wir noch stehen, denn heute wird weltweit an einer Submikrometertechnik gearbeitet, die einen weiteren Schub in die Richtung auf Verbilligung bei Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Verringerung von Energiebedarf und Volumen verspricht.“

Ich zitiere weiter: „Der Verbrauch an elek-

tronischen Geräten, die mit mikroelektronischen Bauelementen bestückt sind, wird heuer im freien Westen über 7 Billionen Schilling liegen und mit 10 bis 20 Prozent p. a. wachsen.“

Ein Wachstumsmarkt allerersten Ranges. Und Österreich wird versuchen, darin mitzuhalten.

Die Forschung im Bereich Mikroelektronik ist in zwölf Unterbereiche eingeteilt, und diese reichen von der Befassung mit modernsten Meßverfahren einerseits über die Robotertechnik bis hin zu der Arbeit an Problemen der künstlichen Intelligenz.

Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß sowohl die österreichische Wissenschaft wie die österreichische Industrie auch in diesen Bereichen schon ganz beachtliche und international durchaus sehenswerte Leistungen zu bieten haben.

Man kann schwer über den Bereich Mikroelektronik diskutieren, ohne die Fragen der Arbeitswelt mit zu berücksichtigen. Die große Frage lautet: Sind die Mikros Jobkiller, bedeutet Mikroelektronik Arbeitsplatzvernichtung?

Es gibt neuere Studien auf diesem Gebiet, und alle diese neueren Studien lassen erkennen, daß zumindest für Österreich und konkret auf unsere Situation bezogen Panik nicht angebracht ist. Etwa eine jüngste Studie der Industrie kommt zu folgenden Erkenntnissen — ich darf das zitieren aus den Darlegungen von Dr. Tritremmel in der „Industrie“ —:

„Vorweg die wichtigsten Erkenntnisse:

Vielen österreichischen Industriebetrieben ist es mit Hilfe der Mikroelektronik gelungen, die Grundlage für eine verbesserte einzelwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Tausende zusätzliche und vor allem interessante Arbeitsplätze konnten neu installiert werden. Die Legende vom Jobkiller-Effekt bleibt unter dem Strich eine solche . . .“

Oder andere Studien, die in Amerika ange stellt wurden. Ich entnehme Aussagen des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Lawrence zu diesem Thema der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 7. Dezember, wo es unter dem Titel „Die neuen Informationstechniken sind keine Arbeitsplatzkiller“ unter anderem heißt — ich zitiere —:

6152

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Stix

„Wenn tatsächlich die neuen Technologien die wesentliche Ursache für die Arbeitslosigkeit sind, könnte man auch davon ausgehen, daß die Länder, die sie am raschesten einführen, auch die größten Beschäftigungsprobleme erleben. Dabei kam es aber genau in den Ländern zum geringsten Anstieg in den Arbeitslosenzahlen, in denen die neuen Technologien am raschtesten aufgenommen wurden, nämlich in Japan und in den Vereinigten Staaten, während die zurückbleibenden europäischen Volkswirtschaften wie Deutschland und Großbritannien eine verhältnismäßig größere Zunahme der Arbeitslosigkeit und sehr geringe Zuwächse bei den Beschäftigungszahlen hatten.“

Also auch hier der deutliche, und zwar empirische Hinweis, daß es durch Einführung der Mikroelektronik im Wirtschaftsprozeß keineswegs zu der befürchteten Arbeitsplatzvernichtung kommen muß.

Es zeigen ja auch einige grundsätzliche Überlegungen, daß die Angst vor der Freisetzung von Arbeitskräften langfristig eine unbegründete ist. Denn seit Entwicklung unserer Wirtschaft von ihren Anfängen an hat ja jede Produktivitätssteigerung und jede Rationalisierung Arbeitskräfte freigesetzt, und das ist gut so, denn wäre dem nicht so, würden wir heute alle miteinander noch in der Landwirtschaft tätig sein. Daß wir das nicht sind, sondern in anderen Wirtschaftsbereichen tätig sein können, verdanken wir nur der Freisetzung von Arbeitskräften durch Produktivitätssteigerung.

Freilich mußte dann immer dreierlei geschehen: Es mußten neue Güter, Produktionsbereiche und Dienstleistungsbereiche gefunden werden, es mußte von anderen Gütern pro Kopf mehr erzeugt werden, und es mußte schließlich schrittweise mehr Freizeit gegeben werden.

Alle diese drei Wege wurden in der Vergangenheit beschritten, und es ist auch jetzt erkennbar, daß diese Entwicklung auf allen drei Wegen parallel voranschreitet. Die neue Produktivkraft, die uns durch die Mikroelektronik zuwächst, wird sich sicherlich teilweise in mehr Gütern, teilweise in neuen Gütern und Dienstleistungen und teilweise in mehr Freizeit zu Buche schlagen. Daher brauchen wir vor einer großen Arbeitsplatzvernichtung durch die Mikroelektronik keine Angst zu haben. (*Beifall bei FPÖ, SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Natürlich handelt es sich in der kurzfristi-

gen Periodenbetrachtung um ein Anpassungsproblem, aber Anpassungsprobleme bewältigt man durch Flexibilität und Innovation. Und insofern — damit komme ich wieder zur Wissenschaftspolitik zurück — ist die Ausrichtung der österreichischen Wissenschaftspolitik auf die verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs goldrichtig.

Der zweite Schwerpunkt: Materialwissenschaft/Werkstoffkunde, steht einem Industrieland wie Österreich, das zugleich ein rohstoffarmes Land ist, besonders gut an. Hier geht es um hochinteressante Entwicklungen: Korrosionsfragen, Hochtemperaturwerkstoffe, Pulvermetallurgie, Metallkeramik, Gießerei, neuartige Verbundwerkstoffe, Verbundfaserstoffe und so weiter.

Besonders interessant ist die Materialwissenschaft für die Wiederverwertung und in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch für die Bewältigung unserer Umweltprobleme. Auch hier, wie im ersten Schwerpunktbereich, ist es aber das vorrangigste Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu erhalten und sicherzustellen.

Dritter Schwerpunktbereich: Biotechnik. Es handelt sich hier um ein sehr weites Gebiet, und ich möchte darauf hinweisen, daß die Biotechnik ein sehr viel weiterer Bereich ist als die viel diskutierte Gentechnik. Die Gentechnik für sich allein genommen ist „nur“ — dieses nur sei ruhig in Anführungszeichen gestellt — ein Teilbereich der Biotechnik.

Hohes Haus! Biotechnik ist ja etwas Uraltes, ihre Produkte genießen wir seit Jahrhunderten im Bier, im Wein, im Käse, um nur einige der angenehmen Beispiele zu erwähnen. Das Neue an der Biotechnik sind die atemberaubenden Möglichkeiten, die uns die moderne Biologie eröffnet hat. Sie hat dazu geführt, daß wir ganz gezielt und in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß Mikroben gewissermaßen als Haustiere halten können und halten werden, Mikroben als Haustiere und als industrielle Schwerarbeiter. Auch hier größte Aktualität in bezug auf den Umweltschutz, beispielsweise beim Abbau von Abfällen oder für die Gewinnung von Rohstoffen aus armen Erzen.

Innerhalb der Biotechnik hat natürlich auch die Gentechnik ihren Platz. Die Gentechnik, die die gezielte Veränderung der Erbinformation zum Gegenstand hat. Auch hier sollte man die Dinge nüchtern sehen, wenngleich es wirklich so ist, daß die Horizonte an neuen Möglichkeiten, die aufgetan werden, einem den Atem verschlagen.

Dr. Stix

Zunächst einmal Gentechnik durch gezielte Änderungen von Eigenschaften innerhalb der eigenen Art, das ist, wenn man so will, nur eine verbesserte Form der Züchtung. Aber das dramatisch Neue: Möglichkeiten, auch Artgrenzen überschreitende Züchtungen vorzunehmen. Wir werden das bei den Pflanzen erleben, völlig neue Pflanzenarten, solche mit besserer Photosynthese, solche mit einer eigenen Stickstoffversorgung, etwa aus der Luft, werden gezüchtet. Das muß man, glaube ich, gerade in einer Volksvertretung, in der das agrarische Element sehr stark vertreten ist, sehr deutlich sehen: Zumindest aus dem Bereich der Pflanzengentechnologie ist eine neue Agrarrevolution zu erwarten. Das müßten wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Natürlich bezieht sich das auch auf die Tierwelt, die Mikroben habe ich schon erwähnt. Die Arbeiten gehen auch in Richtung Säugetiere, es gibt schon die berühmt gewordene „Schafziege“ oder das „Ziegenschaf“. Ich will auf das alles nicht näher eingehen.

Österreich ist jedenfalls im Bereich der Mikrobiologie und der Biochemie gut angesiedelt. Wir haben jetzt ein neues Zentrum für Gentechnik an der Hochschule für Bodenkultur, wir haben Zentren in den biochemischen Instituten an den Technischen Universitäten in Wien und Graz, und auch die ÖIAG richtet ein Institut für Gentechnik ein. Das alles sind schöne Beispiele für diese Schwerpunktgebilde.

Lediglich einige wenige Anmerkungen möchte ich zur Biotechnik im Humanbereich machen. Es ist das ein Thema, das den Rahmen eines Beitrages zum Wissenschaftsbudget sicherlich sprengt. Dazu gehört die schon lebhafte Diskussion um Retortenbabys, Experimente mit Embryonen und Genmanipulation.

Jüngst erst hat in diesem Haus auch die Frau Abgeordnete Dr. Hosp darüber gesprochen.

Man sollte aber in der Diskussion vor allem zwei grundsätzlich verschiedene Bereiche nicht vermengen. Der Bereich der sogenannten In-vitro-Fertilisation, also die extra-korporeale Befruchtung, hat nichts mit Gentechnik zu tun. Dort bewegen wir uns in einem Bereich, wo wir feststellen müssen, daß unsere geltenden Rechtsgrundlagen in zunehmendem Ausmaße nicht mehr genügen, um vor allem die familienrechtlichen Folgen zu erfassen.

Das ist ein Thema für sich, wir können es heute nicht weiter behandeln.

Der zweite Bereich ist der der Experimente mit Embryonen. Auch hier gibt es zwei unterschiedliche Bereiche, erstens den der Organentnahme bei Embryonen, zweitens aber den der Gentechnik, der unter anderem das Ziel hat, Erbkrankheiten heilbar zu machen.

Ich möchte in der Sache auf dieses große Thema heute nicht eingehen, aber doch den Hinweis anbringen, daß wir uns bei dieser bereits im Gange befindlichen Entwicklung, die sehr rasch zu völlig unbekannten Ufern führen wird, weitgehend in einem derzeit rechtsfreien Raum bewegen, und das ist etwas, was eine Volksvertretung im Auge behalten muß.

Soweit die Randbemerkungen zum Thema „Gentechnik im Humanbereich“.

Hohes Haus! Ich habe von den drei Schwerpunkten der neueren Forschungspolitik gesprochen. Ich möchte zum Abschluß nicht versäumen, einen vierten Schwerpunkt zu erwähnen, der nicht neu ist, aber der, weil er zu so guten Ergebnissen geführt hat, es durchaus verdient, daß man ihn erwähnt, auch wenn er bereits seit 1974 ein Schwerpunkt der österreichischen Forschungspolitik ist; ich meine die Energieforschung.

Dankenswerterweise hat Herr Bundesminister Dr. Fischer erst vor wenigen Tagen die Ergebnisse dieser nun über ein ganzes Jahrzehnt laufenden Schwerpunktforchung in Österreich berichtet. Die Mittel dafür sind enorm gesteigert worden. Waren es Mitte der siebziger Jahre um die 70 Millionen, so fließen seit 1982 in den Bereich der Energieforschung jährlich jeweils bereits über 400 Millionen Schilling.

Wir haben enorme Erfolge erreicht im Bereich der Energieeinsparung, wir haben das jüngste Beispiel etwa aus Osttirol, wo die Realisierung von Einsparungsvorschlägen auf Grund von Forschungsaktivitäten in einem Projekt die Kosten von 240 000 S auf 80 000 S gesenkt hat und wo jetzt ein weiter Bereich auf ähnliche Einsparungsmöglichkeiten durchforstet wird.

Auch im Bereich der erneuerbaren Energiequellen beobachten wir von Jahr zu Jahr ein Ansteigen, ein Ansteigen des Anteiles der erneuerbaren Energiequellen an der Gesamtenergieaufbringung. Er liegt derzeit bereits bei 6 Prozent.

6154

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Stix

Das Wissenschaftsministerium erwartet bei vorsichtiger Schätzung, daß bis Ende der achtziger Jahre dieser Anteil der erneuerbaren Energiequellen an der Gesamtenergieaufbringung auf 10 Prozent anwachsen wird. Das ist eine beachtliche Größenordnung. Allein in diesem Zuwachs liegt zwei- bis dreimal die Größenordnung des Kernkraftwerkes Zwentendorf, falls es theoretisch in Betrieb ginge.

Ich erwähne das ganz trocken, damit einmal klargestellt wird, über welche Größenordnung wir uns unterhalten, wenn über Zwentendorf debattiert wird. Ein in Betrieb gehendes Zwentendorf würde 1,5 bis maximal 2 Prozent zur Gesamtenergieversorgung Österreichs beitragen.

Wir haben gerade gehört, daß allein in der Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energiequellen in einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren das Zwei- bis Dreifache dieses Beitrages enthalten ist.

Ich sage das, ohne weitere Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, nur im Sinne eines Hinweises auf die bescheidene Größenordnung, über die wir in diesem Zusammenhang debattieren.

Hohes Haus! Die österreichische Forschungspolitik ist auf gutem Wege. Sie richtet sich praktisch auf neue große Entwicklungen, die weltweit im Gange sind, aus.

Es geht uns um die geistige Mobilität in Österreich. Die österreichische Forschungspolitik trägt dieser geistigen Mobilisierung Österreichs Rechnung; die Maßstäbe, die wir an sie anlegen müssen, zeigen das. Daher stimmt meine Fraktion diesem Budget zu. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) ^{10.43}

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schäffer.

^{10.43}

Abgeordneter Mag. Schäffer (ÖVP): Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Das Budget für das Kapitel Unterricht und Kunst hat im Vergleich zu den letzten zehn Jahren mit einem Anteil von 7,94 Prozent einen Tiefstand erreicht.

Der Bundesvoranschlag 1985 entspricht somit in keiner Weise den Ankündigungen, den Versprechungen und den bildungspolitischen Zielvorstellungen. Es ist ein Scheinbudget, das der Realität nicht entspricht, und daher wird die Österreichische Volkspartei

diesen Bundesvoranschlag 1985 ablehnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Auch der oftmalige Ministerwechsel ist dafür keine Entschuldigung. Die stilprägende Ankündigungspolitik der Unterrichtsminister zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre, eine Ankündigungspolitik nach dem Muster: Eine Idee bekanntgeben, sie nicht durchsetzen und hoffen, daß sie in absehbarer Zeit wieder vergessen wird. Ansonsten wird das exekutiert, was der Zeitgeist ins Haus bringt.

Das ist keine seriöse Bildungspolitik, und daher ist sie abzulehnen.

Herr Bundesminister! Ich bedauere es, daß Sie nun auch schon in diesen Sog der Ankündigungspolitik geraten sind. Bei der Budgetdebatte am 21. November im Budgetausschuß haben Sie uns zugesichert, daß wir die schriftliche Beantwortung unserer Fragen rechtzeitig ins Hohe Haus bekommen. Heute ist Plenardebatte, und es ist noch immer keine schriftliche Beantwortung da. Das ist ein neuer Stil, der hier eingetreten ist!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um eine effiziente Bildungspolitik betreiben zu können, ist bei allen schulreformatorischen Überlegungen und Entscheidungen ein möglichst hoher Konsens anzustreben. Ich bin hier optimistisch, weil die vielen guten bildungspolitischen Vorschläge der Österreichischen Volkspartei zu einem großen Prozentsatz auch in die Realität umgesetzt werden konnten.

Ich denke zum Beispiel an die Aktion der Bundesländer vor einigen Jahren: Abbau der Mehrdienstleistungen und dafür Schaffung von neuen Planstellen. Im Jahre 1983 hat nun auch der Bundesminister diese Aktion aufgegriffen.

Ich denke vor allem auch an die freiwillige Teilzeitbeschäftigung für pragmatisierte Lehrer: ein Verdienst der Abgeordneten Helga Rabl-Stadler, die sich hier ganz besonders bemüht hat. (Abg. Pöder lacht laut auf.) Herr Kollege! Seit wann gibt es diese Anträge auf freiwillige Teilzeitarbeit? Seit wann? — Seit dem Jahre 1972. Insgesamt liegen sechs Anträge von der Österreichischen Volkspartei vor. Lesen Sie diese einmal durch, dann wissen Sie, wie es wirklich gewesen ist! Polemisierten Sie nicht herum, sondern gehen Sie mit, daß diese so wichtige Sache dann auch durchgezogen werden kann! (Beifall bei der ÖVP.)

Mag. Schäffer

Meine Damen und Herren! Die Schule muß für die Zukunft befähigen. Die Schule darf die Zukunft nicht vorwegnehmen, aber sie muß dem jungen Menschen das Rüstzeug mitgeben.

Daher müssen auch Prioritäten gesetzt werden. Ich glaube, daß zunächst einmal die Persönlichkeitsbildung, die Persönlichkeitsentfaltung und die Persönlichkeitsentwicklung ganz entscheidend sind. An zweiter Stelle muß gereiht werden, daß die jungen Leute auf das Berufsleben, auf die Arbeitswelt entsprechend vorbereitet werden.

Um diese Zielsetzungen erreichen zu können, ist es wichtig, daß wir in Österreich eine entsprechende Bildungsqualität haben. Die Österreichische Volkspartei tritt daher für die Bildungsvielfalt in überschaubaren Einheiten ein, weil nur diese in einer freien, offenen und differenzierten Gesellschaft letztlich dem einzelnen gerecht wird. Bisherige Erfahrungen zeigen immer wieder sehr deutlich, daß nur bei einem differenzierten Schulsystem Begabungen entsprechend entdeckt, gefördert und zur Entfaltung gebracht werden können.

Herr Bundesminister! In Ihrer kurzen Amtszeit haben Sie sich schon sehr oft zur Gesamtschule bekannt. Das ist Ihr gutes Recht als orthodoxer Sozialist. Wir werden das akzeptieren.

Ich glaube aber, daß gerade wir in Österreich vorsichtig sein müßten, da wir ja keine eigenen Erfahrungen mit Gesamtschulen haben. Es gibt aber einen Bericht, einen Gesamtschulbericht, in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 1982, der von allen Ländern veröffentlicht wurde, von den CDU-CSU regierten Ländern, aber auch von den sozialistischen Ländern. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Seel.*)

Das zentrale Ergebnis dieses Berichtes ist — Herr Kollege Seel, passen Sie jetzt auf! —, daß alle Schüler der Gesamtschulen im Leistungsniveau eindeutig zurückstehen im Vergleich zu den Schülern der differenzierten Schulen. Ich glaube, das ist ein Beweis dafür.

Herr Kollege Seel! Sie richten sich ja auch nach dem Ausland. Der Bildungssenator Franke aus Bremen hat im Sommer öffentlich folgende Aussage gemacht: Die Eltern sind nicht mehr bereit, in Bremen — dem Musterland sozialistischer Bildungspolitik — ihre Kinder in diese Gesamtschulen zu geben, weil eben der Leistungsverfall viel zu groß ist. Was ist die Folge? — Franke selbst sagt — ich

zitiere wörtlich —: „Die Gesamtschulen werden umgekrepelt. Sie müssen konsolidiert werden.“ Wissen Sie, in welche Richtung? — In Richtung der Leistungsdifferenzierung und in Richtung der Tagesheimschule; genau jene Bereiche, die die Österreichische Volkspartei seit langem fordert. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Seel.*) Ich bin überzeugt, Herr Kollege Seel, daß auch die Sozialisten in Österreich nach einem gewissen Verzögerungseffekt dieser Linie nachgehen werden, und dann werden wir uns treffen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch etwas, glaube ich, muß man auch der Öffentlichkeit sehr deutlich sagen: Der Leistungsverfall an den Gesamtschulen kommt nicht als unabdingbares Schicksal auf uns zu. Es ist dies ein voraussehbares Resultat einer bewußt — ich betone: bewußt! — inszenierten Bildungspolitik, der es darum geht, mit Hilfe der Kinder im Ideologielabor überlegte Zielvorstellungen durchzubringen, damit ja nicht Ihr dogmatisch geforderter Gleichheitsgrundsatz angetastet wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Daher ein klares Nein zum sozialistischen Bildungseintopf, zu den Mammutschulen und ein Ja zur Bildungsvielfalt, die wir anstreben, aber auch zur Vielfalt der kleinen Einheiten. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Sie nicken, Sie als Sozialisten bekennen sich zur Gesamtschule. Richtig, das ist Ihr gutes Recht. Aber ich darf noch etwas hinzufügen: Sie erkennen auch nicht die Situation und die Realität, denn Ihre Spitzenspitzenfunktionäre und Funktionäre draußen schicken ihre eigenen Kinder nicht in dieses Bildungsideal, sondern sehr wohl in andere Schularten, und das ist Beweis genug dafür. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Edith Dobesberger: Wer?*) Frau Kollegin Dobesberger, wir könnten viele sozialistische Bildungspolitiker anführen, die das tun. (*Abg. Elmecser: Das ist eine Behauptung!*) Herr Kollege Elmecser, zählen Sie die Namen auf, und ich werde Ihnen das bestätigen. Ich glaube, es wäre peinlich, wenn ich hier im Hohen Haus sagen würde, wie viele sozialistische Bildungspolitiker ihre eigenen Kinder nicht in die Gesamtschule schicken. (*Abg. Dr. Stippel: Wo sollen wir sie denn hinschicken, wenn es sie gar nicht gibt? Die haben Sie doch bisher verhindert!*) Es hat ja die sogenannte „differenzierte Schule“ gegeben, eine leistungsdifferenzierte Hauptschule, diese ist aber gelaufen unter „Gesamtschule“.

Ich möchte mich nun einem Kapitel zuwenden, das bildungspolitisch noch lange diskutiert werden wird, weil gerade hier die Konzeptlosigkeit, die Leichtfertigkeit und die

6156

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Mag. Schäffer

mangelnde Verantwortung besonders deutlich zutage treten, nämlich den Lehrplänen zur neuen Hauptschule und zur Unterstufe der AHS. Die Schulgesetze 1982 schreiben sie zwingend für die Hauptschule vor, nicht für das Gymnasium. Diese Lehrpläne wurden unter einem enormen Zeitdruck erstellt; unter einem Zeitdruck deswegen, weil der damalige Unterrichtsminister Sinowatz ein Jahr lang nichts gemacht hat. Sein Nachfolger Zilk hat erst im Herbst 1983 den Lehrplankommissionen die entsprechenden Auflagen erteilt. Er hat es verabsäumt, diesen Lehrplankommissionen entsprechende Richtlinien und Auflagen zu erteilen.

Trotzdem, muß man sagen, haben die Kommissionen gute Arbeit geleistet. Minister Zilk hatte sogar in der Fragestunde bestätigt, daß er sich mit den Lehrplänen, die bestimmt sehr schwierig, aber für Schlagzeilen nicht entsprechend reif sind, nicht beschäftigt hat. Eine bedauerliche Aussage eines Unterrichtsministers!

Besonders erwähnenswert ist auch die Tatsache, daß der allgemeine pädagogische Teil dieser Lehrpläne, nachdem der Zeitdruck so groß war, einfach von den Oberstufenlehrplänen der AHS übernommen und der Hauptschule aufgedruckt wurde, wobei doch das Bildungsziel so unterschiedlich ist. Diese Lehrplankommissionen haben dann die entsprechenden Entwürfe erstellt — wie es nun einmal sein muß bei Lehrplänen —, hinsichtlich der Differenzierung, der Übersichtlichkeit, der Klarheit und der graphischen Gestaltung.

Aber, und das ist das Bemerkenswerte, Herr Bundesminister, es wurde eine Arbeitsgruppe im Ministerium eingerichtet, und diese Arbeitsgruppe hat dann diese Entwürfe im Sinne der Vereinheitlichung revidiert. Die sind dann auch an die Öffentlichkeit gegangen und haben eine enorme, österreichweite Protestwelle ausgelöst; eine Protestwelle, wie sie in der Zweiten Republik noch nie da war.

Ich frage mich: Warum setzt man überhaupt diese Kommissionen ein, wenn das sowieso dann im Ministerium einheitlich gleichgemacht wird?

Eine andere groteske Situation: Die Terminerstreckung für die Begutachtung war der 10. Oktober. Der Termin für die Abgabe der Manuskripte war der 1. Oktober. Das heißt, daß die Schulbuchautoren schon fertig sein mußten, bevor die Lehrpläne überhaupt in der Begutachtungsphase waren. Das ist

einmalig bei uns in Österreich! Das ist Bildungspolitik!

Diese massiven Proteste waren für Sie, Herr Minister, der Anlaß, diese Lehrpläne nun zu überarbeiten. Ich gestehe Ihnen zu, Sie sind frisch ins Amt gekommen, Sie konnten in dieser Sache nichts mehr ändern. Sie waren bereit, das zu überarbeiten, und es wurde auch einiges überarbeitet. Das bestätigt aber auch die Realität, daß diese massive Kritik der Österreichischen Volkspartei berechtigt war.

Ich muß hier aber auch einer Aussage widersprechen, Herr Minister, die Sie bei einer Pressekonferenz getan haben. Sie sagten: Die neuen Lehrpläne waren gut vorbereitet. — Ich glaube, alles andere kann man sagen, nur das sicher nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun liegen diese Lehrpläne seit kurzem vor. Es war uns natürlich nicht möglich, in der Kürze der Zeit eine genau Analyse durchzuführen, aber eines kann ich jetzt schon sagen: Auch diese neuen Lehrpläne sind enttäuschend, weil trotz dieser heftigen Proteste und sachlichen Einwände zuwenig geändert wurde. Es zeigt sich hier eine unterschiedliche Gestaltung in den verschiedensten Bereichen und keine klare Linie. Jeder Unterrichtsgegenstand hat eine unterschiedliche Gestaltung. Um nur ein Beispiel herauszunehmen: In Englisch werden ungefähr 14 bis 15 Seiten für zwei Schulstufen benötigt, in Französisch nur drei, wobei aber die Stundenzahl, die Dauer gleich ist. Also auch hier gibt es noch viele offene Fragen.

Konkret, Herr Bundesminister: Wie stellen Sie sich die Schulbuchaktion für das Schuljahr 1985/86 vor? Die Lehrpläne sind jetzt fertig, im Dezember und Jänner müssen Eltern und Lehrer entscheiden, welche Lehrbücher verwendet werden. Herr Minister, es liegt ja nichts vor! Das einzige, was wir haben, sind die Schulbuchtitel. Ist das diese von sozialistischen Unterrichtsministern vielgepriesene Schulpflichtpartnerschaft?

Was sagen Sie zu einer anderen Situation: Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst gibt nun Arbeits- und Planungshilfen für die Lehrer an Hauptschulen heraus. Gleichzeitig mit der Herausgabe dieser Planungshilfen kommt der neue Lehrplan. Nun tritt die groteske Situation ein, daß diese Planungshilfen auf dem Entwurf aufbauen, also schon veraltet sind, aber gleichzeitig kommt der neue Lehrplan. Heißt das jetzt, Herr Minister, daß wir das alles österreichweit wegwer-

Mag. Schäffer

fen können und daß Sie wieder neue Planungshilfen auf Grund des neuen Lehrplanes herausgeben? Hier sind Verwirrung und totale Verunsicherung innerhalb der Lehrerschaft eingetreten.

Nachdem wir schon vom Budget sprechen, zu etwas anderem: In den Erläuterungen, im Lehrplanentwurf, wird über den Kostenvoranschlag gesprochen. Man hat sich bei den Schulgesetzen 1982 überlegt, was die Übertragung der neuen Hauptschule als Regelschule kosten wird. Ich darf hier einen Satz zitieren: Sohin ergibt sich durch die Lehrplanverordnung gegenüber den ursprünglichen Annahmen ein Mehraufwand von 127 Millionen Schilling.

Herr Minister! Wie ist denn so etwas möglich? Innerhalb von zwei Jahren kann sich nicht so vieles ändern. Um 127 Millionen Schilling hat sich das Ministerium hier getäuscht! Das ist eine sehr „zielgerechte“ Bildungspolitik.

Offensichtlich ist es nun einmal so, daß die sozialistischen Bildungsminister und Unterrichtsminister mit den Lehrplänen auf Kriegsfuß stehen — obwohl sie für die Lehrpläne allein verantwortlich sind. Der Minister trägt die alleinige Verantwortung.

Wir haben das bei der Hauptschule, bei der AHS-Unterstufe gesehen. Ich frage mich jetzt schon, wie es möglich sein wird, rechtzeitig die Lehrpläne für die Pädagogische Akademie zu erstellen. Der Zeitdruck ist enorm. Wie schaut es bei den technischen Lehranstalten aus, und wie schaut es zum Beispiel bei der Berufsschule aus? Der Lehrplan ist in Begutachtung, und seit September 1984 wird schon unterrichtet. Der Lehrplan ist in Begutachtung, und jetzt wird schon unterrichtet! Ich frage mich: Was soll die ganze Begutachtung noch? Das ist die Realität!

Ich möchte mich einem neuen Kapitel zuwenden, und zwar der neuen Hauptschule. Nach rund 60 Jahren wird die Hauptschule aus der Zweizügigkeit übergeführt in eine neue Hauptschule mit Leistungsgruppen; ein Beschuß, den wir 1982 gemeinsam getragen haben. Diese neue Hauptschule hat für die Österreichische Volkspartei einen ganz besonders großen Stellenwert in der gesamten Schulorganisation. Diese neue Hauptschule ist für Österreich eine große Chance, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt werden. (*Präsident Mag. Minkowitz übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf Ihnen die Forderungen der Österreichischen Volkspartei auf den Tisch legen, damit sie auch rechtzeitig in die 8. Schulorganisationsgesetz-Novelle eingebracht werden und damit wir einen harmonischen und guten Start, den wir alle gemeinsam wollen, mit dieser Hauptschule haben.

Erster Punkt: Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahl auf 30.

Zweitens: Eine Leistungsgruppe muß gleich sein einer Schülergruppe.

Drittens: das Angebot beziehungsweise die Möglichkeit einer entsprechenden Interessendifferenzierung in der 3. und 4. Klasse Hauptschule.

Viertens: die Klassenvorstandsstunde.

Fünftens: An jeder Hauptschule sind Fachkoordinatoren zu bestellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vor zweieinhalb Jahren hat die Österreichische Volkspartei im Nationalrat eine Entschließung durchsetzen können, mit der ein flexibles Modell bezüglich der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl ermöglicht werden kann. Seit 1978 gibt es insgesamt fünf Anträge. Im Jänner kommt nun, Herr Minister, laut Ihrer Ankündigung — ich sage: hoffentlich — der Entwurf zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahl in der Hauptschule auf 30. Ich beziehe mich hier auf eine Presseaussage vom 27. November.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Wieso nur für die Hauptschule und nicht für das Gymnasium und das Realgymnasium? Ich frage Sie: Warum kommt dieser Entwurf erst im Jänner 1985? Schon der ehemalige Unterrichtsminister Sinowatz hat im Ausschuß zur 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle bekanntgegeben — ich zitiere wörtlich — „daß unverzüglich entsprechende Berechnungen ange stellt werden müssen, damit zeitgerecht Maßnahmen getroffen werden können“.

Was ist geschehen? — Nichts ist geschehen. Ebenso war dies ein Versäumnis von Minister Zilk. — Nichts ist geschehen. Nun soll dieser Entwurf im Jänner 1985 in die Begutachtung gehen. Es zeigt sich wieder einmal, daß wir wie in so vielen anderen Bereichen unseres Bildungswesens unter größtem Zeitdruck stehen, und zwar deswegen, Herr Minister, weil doch im Bereich der Hauptschule die Bundesländer noch entsprechende Ausführungsge setze beschließen müssen. Schauen Sie sich den Zeitplan an: Wenn im Jänner oder

6158

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Mag. Schäffer

Februar die Begutachtung beginnt, so sind wir, bis das gesamte Procedere durch ist, sicher schon im Bereich des Sommers. Und dann soll in den Bundesländern der jeweilige Landtag noch die entsprechende Ausführungsgesetzgebung durchziehen!

Eine andere Situation: Im Februar werden die provisorischen Lehrflächenverteilungen erstellt. Wie sollen die Direktoren vorgehen? Wird das Gesetz beschlossen oder nicht? Wie schaut es tatsächlich aus? Also auch im schulorganisatorischen Bereich herrscht große Verunsicherung.

Herr Minister! Ich bitte Sie nochmals, die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auch für die allgemeinbildende höhere Schule in die 8. Schulorganisationsgesetz-Novelle aufzunehmen. Die AHS, die allgemeinbildende höhere Schule, ist eine Langform, die sich bewährt hat, ist ein Bildungs- und Erziehungskontinuum, das von der Öffentlichkeit akzeptiert wird. Wir von der Österreichischen Volkspartei stehen hinter dieser AHS! Das möchte ich auch hier sehr deutlich deponieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt da und dort auch Schwierigkeiten, aber diese Probleme sind meistens hausgebacken, Herr Minister. Ich denke nur an den doch beachtlichen Vorwurf der Öffentlichkeit, daß die jungen Kolleginnen und Kollegen, die von der Universität kommen, in der schulpraktischen Ausbildung zuwenig mitbekommen haben. Herr Minister! Das ist die Verantwortung zweier Ministerien, des Wissenschaftsministeriums und des Unterrichtsministeriums. Seit 1971 ist es Gesetz, und bis heute ist sehr wenig geschehen.

Ich möchte auf die peinliche Veranstaltung am 23. und 24. Oktober im Auditorium maximum der Technischen Universität nur ganz kurz hinweisen, Herr Kollege Matzenauer. Das war ein Musterbeispiel einer Desinformation im sachlichen, im inhaltlichen Bereich des Pädagogischen Instituts des Wiener Stadtschulrates als Verantwortlicher des Unterrichtsministers und des Wissenschaftsministers. (Beifall bei der ÖVP.)

Seit dem Jahre 1971 laufen in der AHS nun die Schulversuche. Es gab also Schulversuche in einem Zeitraum von rund 15 Jahren. Ich mache hier einen Vorschlag, Herr Bundesminister, damit nicht immer die Aussage getroffen wird, die Opposition fordere nur im finanziellen Bereich und bringe keine konstruktiven Vorschläge. Hier ein ganz klarer, konstruktiver Vorschlag: Laut Gesetz können

diese drei Modelle der Schulversuche zur AHS noch im Jahre 1988/89 begonnen werden. Das heißt, sie laufen 1991/92 aus. Jedes Jahr kostet solch ein Schulversuch rund 50 Millionen Schilling. Hunderte Millionen Schilling könnten eingespart werden, wenn wir jetzt gemeinsam beschließen würden: Hören wir mit diesen Schulversuchen auf! Alle Experten bestätigen, daß nichts Neues mehr herauskommen kann. Überlegen wir, welche positiven Ergebnisse wir dann in eine Reform der AHS übertragen können! — Das ist ein klarer Vorschlag. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zu einem Bereich, der heute in der Öffentlichkeit sehr stark diskutiert wird, zur modernen Technologie. Wie die Wirtschaft muß auch die Schule mit dem Fortschritt Schritt halten. Es ist wichtig, daß wir praktische Konsequenzen ziehen. Wir wollen in Österreich keine Computer-Analphabeten. Wir sollen aber auch in dieser Bildungs- und Computereuphorie das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die Schule muß sich fragen: Was muß wer und wie vermittelt bekommen? Es ist Aufgabe der Pädagogik und der Bildungspolitiker, einerseits die Chance zu erkennen, anderseits aber auch die Risiken zu sehen.

Ich sage: Bevor die Schüler den Computer denken lassen, sollen sie zunächst einmal selbst denken gelernt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist ja nicht so, daß wir in Österreich bei der modernen Technologie Neuland betreten. Es gibt zwei Schularten, nämlich die technischen und die kaufmännischen Schulen, in denen schon seit Jahren die moderne Technologie unterrichtet wird. Es gibt aber auch, Herr Minister, im Bereich der berufsbildenden höheren Schulen — und hier ist das in jedem Lehrplan zwingend vorgeschrieben — zwei Schularten, in denen bis heute, obwohl, wie ich sagte, der Unterricht vom Lehrplan zwingend vorgeschrieben ist, die apparative Ausstattung fehlt. Es sind dies die frauenspezifischen Schulen und die Fremdenverkehrsschulen. Seit 1982 ist der Unterricht im Lehrplan zwingend!

Ich frage Sie, Herr Bundesminister, wie Sie das sehen im Sinne der Chancengerechtigkeit. Die Absolventinnen und Absolventen dieser beiden Schularten, der frauenspezifischen Schulen und der Fremdenverkehrsschulen, sind schlechter gestellt beim Eintritt in das Wirtschaftsleben als ihre Kolleginnen und Kollegen von den anderen Schularten. Ich glaube, auch hier müßte letztlich etwas geschehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Mag. Schäffer

Ihr Vorgänger hat angekündigt — wie so vieles übrigens —, daß mit Beginn des Schuljahres 1984/85 an allen AHS EDV-Anlagen sein werden. Sie haben angekündigt, daß mit dem Schuljahr 1985/86 an allen AHS EDV-Anlagen sein werden. Tatsache ist, daß von den rund 240 AHS, die es in Österreich gibt, derzeit 160 noch immer keine EDV-Ausstattung haben. Dazu kommen noch die rund 60 privaten, meist katholischen höheren Schulen.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie wollen Sie Ihre Ankündigung verwirklichen, nachdem Sie sogar im Budgetausschuß bestätigen mußten, daß im Bundesvoranschlag 1985 unter diesem Ansatz weniger Geld aufscheint als im Budgetansatz 1984? Es wurde dann mitgeteilt, man werde schon schauen, das Geld werde irgendwo zur Verfügung gestellt. Ja woher kommen diese rund 50 Millionen Schilling, die man hier benötigt? Ich glaube, diese Frage zu beantworten wäre sehr wichtig.

Wenn mit dem Schuljahr 1985/86 der EDV-Unterricht in der fünften Klasse eingeführt werden soll, dann gibt es neben den Finanzierungsproblemen sicherlich auch noch andere Probleme. Wie schaut es mit dem Lehrplan bezüglich EDV aus? Auch der Lehrplan muß ja in die Begutachtung gehen. Wieder einmal: Zeitdruck, Hektik.

Im Februar 1985 werden die provisorischen Lehrfächerverteilungen erstellt. Wie sollen die Direktionen österreichweit jetzt schon das Ganze festhalten? Kommt der EDV-Unterricht? Ist die apparative Ausstattung da? Kommt er nicht? Wie schaut das aus?

Wenn Sie, Herr Bundesminister, und auch Ihr Vorgänger so vehement für den EDV-Unterricht für die fünfte Klasse eintreten, dann frage ich Sie, warum Sie zum Beispiel für den Polytechnischen Lehrgang keine entsprechenden Vorkehrungen getroffen haben. Es handelt sich doch hier um dieselbe Schulstufe wie die 5. Klasse AHS, nämlich um die 9. Schulstufe.

In anderen Schularten, Herr Minister, zum Beispiel in der Hauptschule und in der AHS-Unterstufe, suchen Sie mit aller Vehemenz die Parallelität durchzuziehen, in diesem Bereich aber nicht. Das ist bedauerlich. (*Bundesminister Dr. Moritz: Es kommt!*) Bitte, haben Sie dann auch die entsprechenden Vorkehrungen getroffen — Sie wissen, daß gerade die Gemeinden hier die Schulträger sind —, etwa vom Finanzausgleich her und so weiter? Hier ist ja sehr viel zu leisten. Zu

sagen, es komme dann, Herr Minister, da werden wir ein bißchen allergisch, denn das haben wir in den letzten Jahren sehr, sehr oft gehört, und letztlich ist dann nichts geschehen. Sie müssen uns schon zugestehen, daß wir das hier sehr, sehr kritisch vermerken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Es ist bedauerlich, daß in einer solch wichtigen Sache so viele und vor allem so schwerwiegende Mängel auftreten. Ich darf Ihnen hier die Forderungen der Österreichischen Volkspartei im Hinblick auf moderne Technologien punktuell auflisten.

Zunächst einmal ist es wichtig, Herr Minister, daß endlich ein Gesamtkonzept für die moderne Technologie erstellt wird. Weiters ist für die apparative Ausstattung an den Schulen zu sorgen, und zwar nach dem Lehrplan. Hier sind ganz klare Prioritäten zu setzen. Jene Schulen sind vorzuziehen, in denen der Lehrplan den EDV-Unterricht zwingend vorschreibt. Das heißt im Klartext: Ausstattung der frauenspezifischen Schulen und der Fremdenverkehrsschulen, dann Ausstattung der AHS und der anderen Schulen.

Herr Minister! Wie schaut es aus mit einer qualifizierten Lehreraus- und Lehrerfortbildung? Für die AHS, hat es geheißen, wird das EDV-Zentrum in Wien in der Pädagogischen Akademie eingerichtet werden. Ich weiß nicht, wie genau Sie informiert wurden über die reale Situation. Österreichweit wurden hier Lehrer eingeladen, diese Kurse mitzumachen — österreichweit! —, es hat sich gezeigt, daß diese Kurse ein ausgesprochener Flop waren, nämlich insofern, als zwar die Experten, die von der Wirtschaft gekommen sind, ganz gute Fachleute waren, aber die „Experten“ — unter Anführungszeichen — des Ministeriums oder die, die dazu eingeladen wurden, offensichtlich auch diesen neuen Bereich des Unterrichts als eine ideologische Spielwiese angesehen haben.

Die Situation: Viele Lehrer haben gleichzeitig — Gott sei Dank muß man sagen — und unter Protest diese Veranstaltung verlassen. Sie haben auch die Meinung vertreten, das sei so nicht möglich, nicht durchsetzbar.

Wenn Sie meinen Aussagen nicht glauben, Herr Minister, dann lesen Sie das Protokoll der Schulaufsichtsorgane durch — dieses Protokoll liegt in Ihrem Hause auf —, in dem diese Veranstaltung besonders kritisiert wurde. Zu glauben, daß man mit einem Schneeballsystem das weitergeben kann, ist eine Illusion. (*Beifall bei der ÖVP.*)

6160

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Mag. Schäffer

Pro Bundesland werden einige wenige Lehrer ausgebildet, und die sollen dann im „Trockenkurs“ ihre Erkenntnisse weitergeben. Herr Minister, das ist eine „stille Post“!

Ich glaube, Sie sind Lehrer, aber wenn die entsprechende Ausstattung nicht da ist, ist das ein „Trockenkurs“, Herr Minister. Ich glaube aber, auch Sie wollen keinen Trockenkurs, sondern die entsprechende apparative Ausstattung, damit auch diese Ausbildung bestens wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein letzter Punkt: Klärung der Frage der Schulorganisation. Sie betonen, Herr Bundesminister, Sie wollen eine verbindliche Übung, das heißt, keine Noten, verpflichtend, auch kein Reifeprüfungsgegenstand.

Die Österreichische Volkspartei ist der Meinung, daß die moderne Technologie wichtig ist. Wir gehen hier mit Ihnen konform, wir stellen aber dem gegenüber und sagen: Wir wollen in der AHS einen Pflichtgegenstand mit Benotung. Das wollen auch die Schüler. Wir wollen auch, daß dieser Pflichtgegenstand gleichwertig mit allen übrigen Gegenständen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Abschluß darf ich noch kurz einen Bereich anschneiden: Es geht um die Aufnahmsprüfung an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Es handelt sich hier um einen standardisierten Test, dessen Effizienz ich heute in Frage stellen möchte, weil die besondere Eignung für die betreffende Schulart nicht richtig herauskommt, da die Tests minimal schulartspezifisch sind. Die Testbatterien sind veraltet, die Testbatterien sind in der Öffentlichkeit bekannt, und es gibt die eigenartige Situation, daß es österreichweit schon Vorbereitungskurse für die Aufnahmsprüfungen gibt. Auch hier gibt es keine Chancengerechtigkeit, denn es ist ein Ungleichgewicht, ob ein Kind schon vorbereitet zu dem Aufnahmetest geht oder nicht. Und letztlich — das muß man auch sagen — ist das eine entsprechende zusätzliche Belastung für die Schüler. Es handelt sich hier nur mehr um ein Reihungskriterium für die Direktionen zur Aufnahme von Schülern.

Da, wie man weiß, die Schülerzahlen jetzt sehr stark zurückgehen, zeigt sich automatisch, daß die Forderung der Österreichischen Volkspartei berechtigt ist, diese Form der Aufnahmsprüfung abzuschaffen und vielleicht neue Überlegungen anzustellen (*Beifall bei der ÖVP.*), und zwar vor allem auch im Hinblick auf die Kosten, wenn man bedenkt, daß allein das Testmaterial pro Jahr fast eine

Million Schilling kostet. Dazu kommen noch die ganzen Prüfungstaxen; wieder einige Millionen Schilling.

Herr Bundesminister! Wir brauchen für die Bildungspolitik in Österreich konzeptionelle Vorschläge und Wege, die die Bedeutung des Bildungswesens für die Öffentlichkeit wieder stärker ins Bewußtsein rücken. (*Beifall bei der ÖVP.*) *11.16*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Matzenauer. Ich erteile es ihm.

11.17

Abgeordneter **Matzenauer** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon im Budgetausschuß festgestellt, Herr Kollege Schäffer, daß Sie sich immer gut über die Wiener Schulen informieren. Ihr großes Interesse freut mich und ehrt mich, und ich bin sicher, daß Sie dabei auch sehr viel lernen können. (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

In einem Punkt aber — das muß ich Ihnen sagen — sind Sie wirklich schlecht informiert: Die Schuld am schlechten Start der Ausbildung der Betreuungslehrer liegt weder beim Unterrichtsministerium noch beim Wissenschaftsministerium noch beim Stadt Schulrat für Wien noch beim Pädagogischen Institut, sondern eindeutig bei den Universitäten, die nicht bereit waren — ich bitte Sie, sich darüber zu informieren —, Veranstaltungen in kleinen Gruppen durchzuführen, die darauf bestanden haben, mit einer Gruppe von 500 bis 600 Lehrern zu beginnen — aus Zeitgründen, wie einige Herren Professoren gesagt haben —, und die nicht in der Lage waren, über die Art der Ausbildung Auskunft zu geben und über den Status, den die Lehrer in Zukunft haben werden, und die zum Teil sogar Lehrer weggeschickt haben von den Ausbildungsveranstaltungen, obwohl sich diese bei ordentlichen Ausschreibungen beworben haben und auch aufgenommen worden sind. Der Stadt Schulrat für Wien hat aus diesem Grund auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen und Gespräche mit den Partnern an der Universität geführt. (*Abg. Mag. Schäffer: Um den Inhalt geht es!*)

Sie können beruhigt sein, Herr Kollege: Die Ausbildungsveranstaltungen werden in Zukunft besser laufen. Es ist durch Gespräche mit den verschiedenen Partnern an der Universität sichergestellt, daß durch bessere Vorarbeiten der Verantwortlichen die Ausbildung

Matzenauer

in Hinkunft klaglos ablaufen wird. (*Abg. Mag. Schäffer: Also Sie bestätigen, daß es ein Flop war!*)

Nun, meine Damen und Herren, zu einem anderen Thema. Da hat uns das „Volksblatt“ unlängst eine Schlagzeile in das Gesicht geschmettert. Sie lautete: „Mock gegen wertneutrale Schul- und Bildungspolitik“. Eine neue Weichenstellung in der Schul- und Bildungspolitik der ÖVP wird hier angekündigt. Aber selbst der aufmerksamste Leser wird vergeblich das Neue daran gesucht haben. Was der Herr Bundesparteiobmann der ÖVP Dr. Mock bei einer Schulenquete in Linz von sich gegeben hat, führt in Wahrheit weit zurück hinter den Konsens des Jahres 1962, der durch die historische Einigung im Schulorganisationsgesetz jene Entwicklungen ermöglicht hat, auf die wir heute aufbauen können, führt leider in Wahrheit noch weiter zurück, nämlich in die Zeit des Bildungs- und Kulturkampfes in der Ersten Republik.

Ich entnehme dem ÖVP-Pressedienst folgende Sätze. Es heißt hier:

„Mit eindeutiger Klarheit bekannte sich Mock zu konservativen Werten, die in der Schule gleichwertig mit Faktenwissen vermittelt werden müßten.“

Weiter heißt es an einer anderen Stelle zu dem Thema Leistungsprinzip: „Das Leistungsprinzip habe immer traditionelle Vorgaben und Privilegien im Bildungssystem zu Gunsten bisher benachteiligter Gruppen durchbrochen und damit Chancengerechtigkeit umfassend verwirklicht.“

Ich werde versuchen, aus den Tugenden, die Herr Dr. Mock wieder in der Schule vermittelt haben möchte, die Tugend der Gelassenheit zu wählen, und folgendes zu Ihnen sagen: Auch ich bin überzeugt davon, daß Grundsätze und Werte wieder gefragt sind. Aber ich bin ebenso fest davon überzeugt, daß es nicht die Grundsätze der Ungerechtigkeit und die Grundsätze der Erhaltung von Privilegien sein können, nach denen wir unser Tun in der Schule auszurichten haben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben noch nie in wirklich entscheidenden Bildungsfragen Ihre Maske so offen fallen lassen, wie Sie es jetzt in dieser Phase der Schulentwicklung tun.

Was zum Beispiel Herr Dr. Mock mit seinem Lieblingsbegriff als „saubere Lösung“

bezeichnet, heißt in Wahrheit nichts anderes, als daß die von ihm zitierten traditionellen Vorgaben und Privilegien im Bildungssystem nicht nur erhalten, sondern auch verfestigt werden sollen und jenen, die aus diesen benachteiligten Gruppen kommen, als einzige Chance das Prinzip Hoffnung, wie er es auch genannt hat, angeboten werden kann, Hoffnung nämlich, daß man es trotzdem schafft, diesen Wettlauf nach Bildungschancen zu gewinnen, obwohl man mit einem großen Handicap anzutreten hat. Das ist Ihre Vorstellung von Chancengerechtigkeit. Alle stehen zwar auf der gleichen Startlinie, jeder hat sozusagen die gleichen Chancen, nur die einen werden nach dem Startschuß durch eine Vielzahl von Helfern über die Ziellinie getragen, während sich die anderen, mit einem schweren Rucksack von Problemen belastet, dahinschleppen.

Ihr offenes Bekenntnis zu konservativen Werten bedeutet nichts anderes, als an den gegenwärtigen Strukturen, wo es noch sehr viele Ungleichheiten gibt, ja nicht zu rütteln und alles, was die wirklich freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet und echte Chancen bietet, zu verneinen.

Da wundert es einen auch nicht, wenn gelegentlich aus Ihrem Lager Stimmen laut werden, die nicht nur das kostenlose Schulbuch abschaffen wollen, sondern die sogar die Schulgeldfreiheit anzweifeln und für den Besuch der höheren Schulen wieder einen Obulus von den Familien einheben wollen. Sie können sicher sein, daß wir das zu verhindern wissen werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Konsenspolitik, auf die wir ja im Bildungsbereich angewiesen sind, kann und darf nicht Diktat einer Minderheit heißen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

„Die Schule soll Chancengerechtigkeit sicherstellen und weder finanzielle noch soziale Schranken aufbauen“, hat ein Referent bei Ihrer Schulenquete, der Herr Kultusminister Dr. Bendixen, gesagt. Sie sollten sich das, was er gesagt hat, auch zu Herzen nehmen.

Noch eines fällt mir an der Aussage des Herrn Dr. Mock auf: die eindeutige Klarheit, mit der er fordert, daß konservative Werte gleichwertig mit Faktenwissen vermittelt werden müssen. Das heißt ja in Wahrheit nichts anderes, als daß die konservative Wertepädagogik ein Versuch staatlich verordneter Weltanschauung ist. Was Sie wollen, ist

6162

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Matzenauer

nicht mehr und nicht weniger, als daß sich die Schule zum Handlanger einer Bildungsäideologie macht. Das hat in dieser Zweiten Republik noch niemand so unverblümmt ausgesprochen. Wir werden es zu verhindern wissen, daß Zeiten zurückkommen, die wir in diesem Lande schon längst überwunden haben. (Abg. Bayr: Gibt es diesen Zielparagraphen?)

Herr Kollege! Eine Orientierung an Ihren Parteifreunden in der Bundesrepublik, die heute drauf und dran sind, sich hinter die für sie so schreckliche Zeit der Reformen der siebziger Jahre zurückzuziehen, wird sicherlich in diesem Lande auf wenig positives Echo stoßen. (Abg. Bayr: Wollen Sie den Zielparagraphen abschaffen? Sittliche, religiöse Erziehung, Erziehung zum Wahren, Guten und Schönen!) Lieber Herr Kollege! Hören Sie zu! Das ist keine konservative Bildungsäideologie.

Das Echo der Diskussionen, die in der Bundesrepublik angelaufen sind, von Diskussionen, die man auch in Ihren Kreisen immer wieder hört, habe ich zum Beispiel in der Aussage eines Kultusministers, des Herrn Gerhard Mayer-Vorfelder, gefunden, wie er es anlässlich eines Landesparteitages in Donaueschingen ausgedrückt hat. Er sagte:

„Und, meine Damen und Herren, wenn wir diese Werte, von denen wir vorhin sprachen, ernst nehmen“ — hören Sie zu! — „dann folgen daraus ganz konkrete Erkenntnisse. Wenn Liebe zu Volk und Heimat gefordert wird, dann kann ich in den unteren Klassen nicht Erdkunde abschaffen und Weltkunde machen und bei den Monsunwinden in Hinterindien beginnen und die Sahelzone beschreiben. Da muß ich erst einmal die nähere Heimat kennenlernen, bevor ich in die Weite hinausgehe.“ (Abg. Dr. Blenk: Aber daß das Wahre, Gute und Schöne konservative Werte sind, ist bemerkenswert!)

Lernpsychologisch hätte so etwas sicher einen Sinn: von der Nähe zur Ferne, von der Anschaulichkeit zum Abstrakten. Aber davon ist ja nicht die Rede. Anschaulichkeit und Gemüthaftigkeit einerseits und abfragbares Wissen und notierbare Leistung andererseits, das ist der neue Unterricht.

Wer die neueste Lehrplanentwicklung in unseren Mittelstufen — Lehrpläne, die Sie ja jetzt schon in Händen haben — verfolgt, wird bemerken, daß unsere Fachleute aller Richtungen — aller Richtungen! — einen Weg eingeschlagen haben, der das Bildungsziel einer Schule andeutet, die eine Schule für Kinder von heute und für eine Welt von morgen sein

soll; einer Schule, in der Zusammenhänge erkannt und Probleme durchschaut werden können, einer Schule, in der es gelingt, Verbindungen zwischen den Wissensbereichen darzustellen, einer Schule, in der man das Lernen erlernt und das Erlernte auch anzuwenden lernt, einer Schule, in der man Zusammenarbeit lernt, und einer Schule, in der man lernt, sich anderen gegenüber solidarisch zu verhalten.

Das alte Prinzip des Faktenlernens, das die schulische Praxis der fünfziger Jahre geprägt hat, ist heute angesichts des ständig wachsenden Bildungs- und Wissensstoffes ein unbrauchbares Vehikel geworden. Damals lernte man — und ich komme zum Zitat des Herrn Kultusministers zurück — die Sahelzone als eine von mehreren Landschaften Afrikas, so wie man auch die Nebenflüsse der Donau auswendig lernen mußte. Der problemorientierten Pädagogik der siebziger und achtziger Jahre blieb es vorbehalten, am Beispiel der Sahelzone einen Problembereich zu untersuchen, etwa Zusammenhänge zwischen klimatischen Bedingungen und Hunger und Armut.

Da sagte unlängst ein Diskutant bei einer Veranstaltung: Wozu muß ein Hauptschüler so etwas lernen? Der wird ohnedies einmal Facharbeiter und hat noch dazu weitaus größere Chancen als der in überfüllten Studiengängen an der Universität studierende Student.

Herr Kollege! Diese unselige Einteilung von Hand- und Kopfarbeit, die wir von Ihnen oft hören und der man natürlich dann sogleich auch bestimmte Schularbeiten — nämlich Hauptschule und Unterstufe des Gymnasiums — zuteilen möchte, ist eine der kurzsichtigsten und ungerechtesten Vorstellungen, die ich kenne (Beifall bei SPÖ und FPÖ), weil man nämlich damit 75 Prozent aller Kinder in Österreich — das ist der Prozentsatz der Kinder, die heute eine Hauptschule besuchen — eindeutig diskriminiert und weil wir wissen, daß in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation die Absolventen der höheren Schulen von oben nach unten in Berufe drängen und die Hauptschüler am Ende der Leiter am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit bedroht sind.

Da lese ich ein anlässlich der gleichen Enquete in Linz ausgesprochenes Wort von Ihnen, Herr Präsident Schäffer, über die Gesamtschule. Sie haben das sehr hart ausgesprochen. „Gesamtschule kommt nie in Frage!“, heißt es dann auch in einem Artikel im „Volksblatt“.

Matzenauer

Vorsicht, Herr Kollege Schäffer! Ich meine, man sollte in der Politik . . . (*Zwischenruf des Abg. Mag. Schäffer:*) Ich komme schon dazu. Ich komme gleich dazu. Ich gebe Ihnen eine Antwort.

Man sollte, glaube ich, in der Politik niemals nie sagen. Das haben Sie schon mehrmals getan, und es hat Ihnen nie gut getan. Wenn ich Sie zum Beispiel an die Frage der Koedukation erinnern darf: Damals ist die Koedukation auch „nie“ in Frage gekommen.

Was mich aber besonders beeindruckt, Herr Kollege Schäffer, ist die Tatsache, daß Sie sich bei Ihrer totalen Abkehr von der Gesamtschule auf negative Erfahrungswerte in der Bundesrepublik Deutschland stützen, insbesondere auf den von Ihnen zitierten eklatanten Leistungsabfall in einigen Fächern. (*Abg. Mag. Schäffer: Das sind die Realitäten!*)

Wenn Sie, Herr Kollege Schäffer, Beweise suchen für die Leistungsfähigkeit der Gesamtschule, dann müssen Sie nicht den weiten Weg bis in die Bundesrepublik Deutschland gehen. Es steht zu Ihrer Verfügung eine umfangreiche Bibliothek wissenschaftlicher und schulpraktischer Darstellungen über 14 Jahre Arbeit in Österreich auf dem Gebiete der Schulversuche für die 10- bis 14jährigen. (*Abg. Mag. Schäffer: Die haben eine differenzierte Gesamtschule!*)

Ich komme schon dazu, Herr Kollege. — Dort erfahren Sie das, was Sie sicher auch schon wissen, nämlich das Gegenteil von dem, was Sie behaupten. Was Sie als positiven Weg in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen, nämlich die Entwicklung zur Leistungsdifferenzierung und zur Ganztagschule, das war und das ist ja der österreichische Weg, zu dem sich jetzt sogar die konservativen Politiker in der Bundesrepublik Deutschland bekennen. Wollen Sie mit Ihrer Ablehnung sagen, daß Sie konservativer sind als die bundesdeutschen konservativen Politiker? (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Was haben unsere Schulversuche — unsere Schulversuche! — in Österreich ergeben? (*Abg. Mag. Schäffer: Haben Sie ihn nicht gelesen?*) Ich habe ihn gelesen, auf dem vergleichbaren Leistungsniveau, Herr Kollege. (*Abg. Mag. Schäffer: Welchen meinen Sie?*) Die Berichte über unsere Schulversuche. Ich beziehe mich für die österreichische Schule auf die Ergebnisse unserer Schulversuche. (*Abg. Mag. Schäffer: Sie haben sie auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen!*) Da können Sie feststellen, daß es auf der

vergleichbaren Leistungsebene AHS-Unterstufe und Leistungsgruppe 1 des Gesamtschulversuches durchaus gleichwertige Leistungen gegeben hat, wobei die bessere Förderung der Kinder in der zweiten und dritten Leistungsgruppe gegenüber der zweizügig geführten Hauptschule ebenso deutlich nachgewiesen worden ist. Wozu in die Ferne schweifen, Herr Kollege? Sieh, das Gute liegt so nah! Das sage ich nach Ihrem Prinzip: Von der Nähe in die Ferne, von der Heimat in die Welt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wenn es aber, Herr Kollege, nur darum geht, einen mutwilligen . . . (*Abg. Dr. Blenk: Es ist kein einziges Gesamtschulmodell in Österreich differenziert worden!*) Das stimmt ja nicht. (*Abg. Mag. Schäffer: Das ist eine leistungsdifferenzierte Hauptschule!*) Ich komme noch darauf zurück. (*Abg. Mag. Schäffer: Die wird ja jetzt übertragen!*) Sie wissen, Herr Kollege, ganz genau, daß es Hauptschulstandorte gegeben hat, vor allem in den Bundesländern, also außerhalb von Wien (*Abg. Mag. Schäffer: Sie verstehen das nicht!*), in denen weit mehr als 90 Prozent eines Schülerjahrganges unterrichtet werden sind. Das ist eine Gesamtschule. (*Abg. Dr. Höchtl: Das ist Ihre Definition, Herr Kollege Matzenauer!*) Es gab in Wien, wie Sie genau wissen, in einem Bezirk auch einen Flächenversuch, in dem sowohl die Hauptschule als auch die Unterstufe der AHS eingeschlossen gewesen sind. (*Abg. Dr. Blenk: Die Genossen schicken ihre Kinder woanders in die Schule!*)

Aber, Herr Kollege, wenn es Ihnen nur darum geht, einen mutwilligen neuen Schulkrieg heraufzubeschwören, vor allem deswegen, weil sich die in Diskussion stehenden Lehrpläne für die Hauptschule Ihrer Meinung nach zuwenig von denen der Unterstufe der AHS unterscheiden (*Abg. Mag. Schäffer: Nicht meiner Meinung nach, sondern der Meinung der Öffentlichkeit nach!*), dann möchte ich Sie an das erinnern, was mir immer einfällt, wenn Sie wieder einmal im Wege der Medien einen Konsens aufklären wollen, bevor wir überhaupt noch über etwas gesprochen haben. Ich denke da an die Auseinandersetzungen über EDV und Informatik, die im Unterrichtsausschuß bis jetzt überhaupt noch nicht stattgefunden haben, aber deretwegen Sie schon angekündigt haben: Wir werden der 8. Novelle zum Schulorganisationsgesetz nicht zustimmen. (*Abg. Mag. Schäffer: Wo steht das?*) Das habe ich in einer Zeitung gelesen. Wir sind uns alle einig. (*Abg. Mag. Schäffer: Ganz konkret: In welcher?*) Das wurde so in der „Presse“ zitiert. (*Abg. Mag.*

Matzenauer

Schäffer: Das ist eine Unwahrheit!) Wenn Sie sich davon distanzieren, ist es mir umso lieber. (*Abg. Mag. Schäffer: Zeigen Sie den Artikel! Wann war das?*) Ich werde Ihnen das dann geben. (*Abg. Mag. Schäffer: Nicht dann, jetzt!*)

Wir sind uns alle einig darüber, was Sie hier gesagt haben, nämlich daß das neue Fach wichtig ist. Über den Sinn eines benoteten Freizeitgegenstandes, wie er von Ihnen seinerzeit verlangt wurde, den nur wenige wählen, oder über verbindliche Übungen in der 9. Schulstufe für alle Schüler, die damit auch eine erste Begegnung mit der neuen Technik erfahren sollen, müßten wir uns noch unterhalten. Dazu wird es sicher auch im Unterrichtsausschuß noch Gelegenheit geben.

Zur Leistungsbeurteilung darf ich Ihnen mitteilen, daß es sehr viele Lehrer gibt, die meinen, es sei gar nicht notwendig, in einem solchen Fach mit Noten zu arbeiten, weil in diesem neuen Gegenstand die Motivation so stark ist, daß in einem gut geführten Unterricht der Leistungswille entsprechend gute Erfolge mit sich bringt.

Sie haben über die Ausbildung der Lehrer gesprochen und haben aus Protokollen zitiert. Auch ich habe eine ganze Reihe von Briefen bekommen. (*Heiterkeit des Abg. Mag. Schäffer.*) Ich zitiere nur einen Satz aus einem dieser Briefe von einem Kollegen, wo es unter anderem heißt: „Neben computertechnischen Vorträgen erfolgten auch 20 Stunden Information über gesellschaftspolitische Aspekte der EDV. Diese in der Presse kritisierten Vorträge waren durchwegs aufschlußreich, manchmal sogar brillant. Eine Linkslastigkeit war keineswegs gegeben, es sei denn, man erachtet jede kritische Betrachtung der Arbeitswelt als linkslastig.“ (*Zwischenruf des Abg. Mag. Schäffer.*) „Die bereitgestellten Unterlagen sind zweifellos für den künftigen Informatikunterricht an der AHS ausgezeichnet geeignet und ersparen mühsames Suchen nach Unterlagen.“

Zurück zu dem, Herr Kollege, was mir immer einfällt, wenn Sie über den Konsens reden, nämlich die eigenartige Einstellung, die es in Ihrer Partei gibt in Sachen einer gemeinsamen politischen Verantwortung, wie sie aufgrund der gegebenen Situation einer notwendigen Zweidrittelmehrheit bei Veränderungen von Schulgesetzen selbstverständlich wäre.

Da lese ich in der Zeitung „Die Presse“ über eine „Pressestunde“, in der Ihr ÖVP-

Wirtschaftssprecher Kollege Graf bezüglich Zwentendorf folgendes gesagt hat: „Das ist ja wunderbar, daß wir jetzt der Regierung aus helfen sollen.“ Ich kann hier nicht auf die Sache selbst, auf Zwentendorf, eingehen. Ich möchte allerdings zur merkwürdigen Argumentation des Herrn Kollegen Graf eine kleine Anmerkung machen.

Es ist durchaus nicht so seltsam, daß eine Oppositionspartei einer Regierungspartei zu Hilfe kommt. Ich erinnere mich zum Beispiel noch sehr gut an das Schulvolksbegehren im Jahre 1969, wo die ÖVP — damals in der Alleinregierung — wegen rund 340 000 Unterschriften zur Sistierung des 13. Schuljahres die SPÖ um Hilfe bestürmte. (*Abg. Dr. Blenk: Partei und Regierung ist nicht dasselbe!*) In den Parteienverhandlungen vereinbarte man damals den Beginn der Schulversuche zur integrierten Gesamtschule; später wurde diese dann bekanntlich auch gesetzlich in der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle fixiert.

So erfreulich diese Angelegenheit aus unserer Sicht auch war, daß man nämlich mit den geplanten Schulversuchen beginnen konnte, so sehr ist das von Ihrem Standpunkt aus betrachtet ein Ausverkauf aller Prinzipien gewesen. Die Kämpfer der Christlichsozialen Partei in den zwanziger Jahren hätten es sich wahrlich nie träumen lassen, daß ihre Nachfolgerpartei aufgrund eines Volksbegehrens mit relativ wenig Unterschriften durch die Zustimmung zu Schulversuchen sozusagen das Tor zur verpönten Einheitsschule aufstoßen wird. Wenn man diese Episode betrachtet, dann ist die Äußerung des Kollegen Graf, wo es doch eigentlich um eine sehr wichtige Sache geht, völlig unverständlich, nämlich daß sich die ÖVP vor der Entscheidung drücken will mit dem Scheinargument, zuerst müsse die gesamte Regierung einig sein, bevor sich die ÖVP dazu äußere. (*Abg. Dr. Blenk: Das ist doch unbestritten! Weil sie unfähig ist, das zu machen!*)

Zurück aber zu einem sehr interessanten Kapitel in der Genesis der Schulversuche. Im Jahre 1964 gab es einen OECD-Bericht „Bildungsplanung in Österreich“. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Ich glaube gerne, daß es Ihnen unangenehm ist, wenn ich jetzt diese Sätze zitiere. In diesem OECD-Bericht aus dem Jahre 1964 konnte man zum Beispiel einen Hinweis des späteren Sektionschefs Dr. Leo Leitner lesen, daß man einen, für die künftige Gestaltung der Schulen der 10- bis 14jährigen unbedingt notwendigen, wie er es nannte, Comprehensive Approach, das heißt,

Matzenauer

eine Gesamtschuleinstellung zu beachten hätte. Außerdem wurde damals bereits die Unzulänglichkeit der Schulorganisation auf dem Gebiete der Schulen der 10- bis 14jährigen heftig kritisiert.

Auch ÖVP konnte sich in ihrem Plan „Bildung 1970“ durchaus eine gemeinsame Mittelstufe vorstellen. Lesen Sie einmal nach, wie ganz anders als heute damals die Äußerungen eines Herrn Dr. Mock waren. Da heißt es zum Beispiel wörtlich: „In der 5. und 6. Schulstufe findet keine Differenzierung der Lehrpläne nach Schultypen statt. Ab der 7. Schulstufe erfolgt eine Leistungsdifferenzierung in der ersten lebenden Fremdsprache, in Deutsch und Mathematik sowie durch die Einführung einer zweiten Fremdsprache.“

So ist es ja dann auch gekommen, daß nämlich die ÖVP, die sich den Argumenten, insbesondere denjenigen der Wirtschaft und der katholischen Lehrerschaft, nicht verschließen konnte, auch für eine integrierte Orientierungsstufe in der 5. und 6. Schulstufe eingetreten ist und schließlich auch der Einrichtung der Schulversuche zugestimmt hat.

Daß sich Ihre Argumentation dann später wieder geändert hat und Sie auch heute wieder behaupten, daß die Schulversuchsergebnisse nur für die Hauptschule aussagekräftig seien, habe ich bereits mit dem Hinweis auf den hohen Prozentsatz an Schülern eines Jahrganges widerlegt, die in vielen dieser Schulen unterrichtet werden sollen.

Die Frage ist, wie es nun mit der reformierten Hauptschule und einer AHS-Unterstufe als Konkurrentin weitergehen soll. Zunächst einmal ist auch von unserer Seite festzustellen, daß die Hauptschule ab 1985 ganz entscheidende Verbesserungen erfahren wird. Das erprobte Schulversuchsmodell mit Leistungsgruppen wird die Misere des Zweiten Klassenzuges beseitigen helfen. Die unabhängige Einstufung in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch wird es möglich machen, daß Schüler jeweils ihrer optimalen Leistungsfähigkeit entsprechend eingestuft werden und unterrichtet werden können. Von besonderer Bedeutung aber wird der Förderunterricht sein, der Schülern mit momentanen Lernschwierigkeiten helfen wird, ihre Probleme zu beseitigen. Aber auch lernerfolgreichen Schülern kann durch den Förderunterricht eine Aufstufung in nächsthöhere Leistungsgruppen ermöglicht werden. Eine Verbesserung für die Berufschancen der Mädchen ist zweifellos auch ihre Teilnahme am Pflichtfach Geometrisches Zeichnen.

Was die Reform aber sonst noch bedeutet, sagt besonders treffend auch ein Artikel im „Volksblatt“ vom 27. November 1984. Dort wird der Besuch der Hauptschule angeraten, und dort heißt es:

„Sie vermittelt in vier Jahren eine grundlegende Allgemeinbildung, bereitet für das Berufsleben, aber auch für den Übertritt in mittlere und höhere Schulen vor. Die Entscheidung, eine weiterführende Schule zu besuchen, muß erst im Alter von 14 Jahren und nicht bereits mit zehn Jahren gefällt werden.“

In dieser Art geht es weiter mit Argumenten, wie man sie in der Gesamtschuldiskussion seitens der ÖVP immer wieder heftig bekämpft hat.

Es heißt zum Beispiel in diesem Artikel des „Volksblattes“ auch:

„Dementsprechend hoch ist die Repetenzenquote in der AHS in den ersten vier Jahren, nämlich bis zu 30 Prozent. In den Hauptschulen mit Leistungsgruppen, im Schulversuch sind es dagegen“ nur „3 Prozent.“ Ganz deutlich und richtig wird auch herausgearbeitet, daß die Hauptschule als Unterstufe und Zubringerschule für weiterführende Schulen fungiert. Wörtlich heißt es im „Volksblatt“:

„Gerade in diesen weiterführenden Schulen Oberstufenrealgymnasium, HTL, HAK“ ... „treten bis zu 90 Prozent Hauptschulabgänger ein. Durch den Ausbau des berufsbildenden Schulwesens wird die Matura etwa zum gleichen Teil von Hauptschülern und AHS-Schülern erreicht.“

Es fehlt in diesem „Volksblatt“-Artikel nur noch der Satz: Und damit ist der Beweis angekommen, daß die Langform der AHS de facto nicht einmal für 50 Prozent aller Schüler gilt, die in die 1. Klasse einer AHS eingetreten sind.

Man sieht also: Wenn es nicht Kritik um jeden Preis sein muß, dann gibt es durchaus Chancen auf konstruktive Zusammenarbeit.

Damit es aber zu keinem Mißverständnis kommt und Herr Kollege Leitner nicht wie einmal in der Schulreformkommission wieder fragen muß, ob die SPÖ denn die Forderung nach der Gesamtschule abgeschrieben habe, sage ich ganz deutlich: Die allgemeine differenzierte Mittelschule für die 10- bis 14jährigen bleibt selbstverständlich nach wie vor das bildungspolitische Ziel der SPÖ. (Beifall bei der SPÖ.)

6166

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Matzenauer

Sie bleibt es, meine Damen und Herren, auch deswegen, weil wir mit der Reform der Hauptschule noch lange nicht alle Probleme auf diesem Gebiet bewältigt haben. Da ist zunächst einmal die Hauptschule selbst, die in Zeiten des Schülerrückgangs gefährdet wird, zu einer Restschule zu werden, schon deswegen, weil ja die Unterstufe der AHS dazu tendieren wird, bei rückläufigen Schülerzahlen durch die Aufnahme auch weniger lernfähiger Schüler die Zahl der Klassen zu erhalten. Sollte sich diese Entwicklung tatsächlich ereignen und die Hauptschule, die derzeit immerhin noch für zirka 75 Prozent aller Schüler im Bereich der 10- bis 14jährigen die Regelschule ist, einen weiteren Aderlaß erleben, dann könnte sie auf kaltem Wege zu einem Zweiten Klassenzug der AHS werden. Zu starkes Abschöpfen würde unweigerlich dazu führen, daß die Bildung Erster Leistungsgruppen zunehmend schwieriger wird.

Aber, meine Damen und Herren, auch für die AHS-Unterstufe könnten sich problematische Folgen ergeben, und es ist die Frage zu stellen, ob die ÖVP mit der Verhinderung der Gesamtschule nicht der AHS-Unterstufe in Wirklichkeit einen Bärenservice erwiesen hat. Sicher ist sie derzeit noch die attraktivere Schulform für die 10- bis 14jährigen. Aber schon zeigt sich in den Ballungszentren mit Übertrittsquoten, wie in Wien zum Beispiel, im Durchschnitt mit 50 Prozent, in manchen Wiener Bezirken mit Spitzen bis 80 Prozent, daß hier Schüler aufgenommen werden, deren Leistungsniveau sehr breit gestreut ist. Da sich aber das Anforderungsniveau bekanntlich und erfahrungsgemäß immer am Schwächsten der positiv beurteilten Schüler mißt, muß mit einer Niveausenkung gerechnet werden. Die AHS wird den Anspruch verlieren, eine Eliteschule zu sein.

Der Wiener Bürgermeister und frühere Unterrichtsminister hat das anlässlich einer Landtagssitzung unlängst sehr deutlich ausgesprochen: „Wenn in manchen Gebieten 70 Prozent der Kinder in eine sogenannte Ausleseschule gehen“, hat er gesagt, „dann kann diese“ keine Eliteschule sein!, und er meinte, damit wäre die von der Volkspartei immer wieder verteufelte Gesamtschule in der wohl schlechtesten Form geschaffen worden, die es gibt, nämlich in einer Schule ohne Leistungsdifferenzierung und ohne die massive Förderung, wie sie der Hauptschule zu eigen ist.

Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, daß wir uns in den kommenden Jahren sicher auch

mit dieser Problematik der AHS-Unterstufe befassen werden müssen. Ich kann nur hoffen, daß Sie den Worten Ihrer eigenen Experten in Ihren Reihen, die zu den gleichen Erkenntnissen kommen werden, mehr Vertrauen schenken.

Und noch ein Wort zu den neuen Lehrplänen. „Sie stürzen unsere Schulen in ein Chaos“, haben Sie, Herr Kollege Schäffer, gemeint, und ganz besonders haben Sie daran Kritik geübt, daß der Unterrichtsminister an der ersten Fassung der neuen Lehrpläne für Deutsch 110 Änderungen durchführen ließ.

Nun frage ich Sie, weil ich das wirklich nicht verstehen kann: Was, haben Sie eigentlich geglaubt, wird der Minister mit den von uns erstellten Gutachten machen? — Was ich von Ihnen erwartet hätte, wäre gewesen: Ein großes Lob dem neuen Unterrichtsminister, der trotz Zeitdruck, an dem ja auch der Gesetzgeber ein bißchen schuld war, so viele Änderungsvorschläge in den Lehrplanentwürfen berücksichtigen hat können! (Zwischenruf bei der ÖVP.)

Aber Herr Kollege, Kritik um jeden Preis! Ihre Partei war es ja, die ständig eine Verlängerung der Begutachtung gefordert hat. Auf Ihren Wunsch wurde ja der Zeitraum bis zum 10. Oktober erstreckt. (Abg. Mag. Schäffer: Das war der Wunsch der 72 Gremien!) Ich habe Ihre Aussagen noch gut im Ohr!

Da Sie aber nun die Lehrpläne in der Hand haben, werden Sie ja nicht daran zweifeln, daß sie, da sie nun mindestens neun Monate vor Inkrafttreten erschienen sind, auch rechtzeitig gekommen sind.

Aber eines muß ich Ihnen schon sagen: Es hat noch niemals zuvor in der österreichischen Schulentwicklung (Abg. Mag. Schäffer: ... Schulbücher!) eine Lehrplanentwicklung gegeben (Abg. Steinbauer: Man soll niemals nein sagen!), bei der die Transparenz bei der Erstellung und die Beteiligung der Betroffenen so intensiv vorhanden waren wie jetzt. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mag. Schäffer: Das ist nicht wahr! Die Eltern waren ausgeschlossen!) Aber in vielen Gremien der Lehrer und der Eltern und auch der Schüler wurde über die Lehrplanentwicklung diskutiert, und bereits im Februar dieses Jahres wurden die ersten Entwürfe zur Stellungnahme übermittelt, in denen die Experten zu Wort gekommen sind. (Abg. Mag. Schäffer: Die Eltern waren ausgeschlossen, Herr Kollege Matzenauer!) Und der letzte Zeitraum der Begutachtung, Herr Kollege, war mehr

Matzenauer

als vier Monate lang. (*Abg. Mag. Schäffer: Die Eltern waren ausgeschlossen!*) Das stimmt nicht! Die Eltern waren im Elternbeirat (*Abg. Mag. Schäffer: Trotz Zusage von Minister Zilk!*) wohl mit der Diskussion über die Lehrpläne auch befaßt worden.

Daß Sie einem Minister, der sich bemüht, nicht nur Meinungen einzuholen, sondern diese dann auch in den endgültigen Lehrplänen zu verwerten, dann vorwerfen, daß das auf einen glatten Boykott, wie Sie gesagt haben, hinausläuft und daß offensichtlich durch völlig unnötige administrative Verzögerungen und die Geheimhaltung des überarbeiteten Lehrplans das Inkrafttreten der Neuen Hauptschule in Frage gestellt werden soll, ist, Herr Kollege Schäffer, nicht ein Zeichen des schlechten Arbeitsstils des Unterrichtsministers (*Abg. Mag. Schäffer: Warum wurden die Lehrpläne umgearbeitet im Ministerium?*), wie Sie es gesagt haben, sondern ich meine, das ist ein Zeichen des schlechten Stils, den Sie leider immer wieder in diebildungspolitische Diskussion einbringen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Mag. Schäffer: Warum?*)

Aber es hat Sie ja, Herr Kollege, in der Sache Teilzeit — das haben Sie aus den Zwischenrufen ja gehört — auch Ihr Parteiobmann einmal ein bißchen zurechtrücken müssen.

Sie können ganz beruhigt sein, Herr Kollege: Die Schulen haben neue und bessere Lehrpläne bekommen. Die Verlage werden die neuen Schulbücher rechtzeitig fertigstellen, ein Großteil davon liegt ja bereits gedruckt vor und wird in diesen Tagen den Schulen in Vorausexemplaren auch bereits zugestellt. (*Zwischenrufe der Abg. Bayr und Mag. Schäffer: Es sind Vorausexemplare, Herr Kollege; das habe ich ja gesagt. Es gibt im Schulbuchprofil, schauen Sie sich das an...* (*Abg. Mag. Schäffer: Herr Kollege! Die Lehrpläne sind jetzt erst fertig und die Schulbücher sind vorher fertig? Wo gibt es so etwas?*)

Herr Kollege, sicher ist Ihnen nicht entgangen, daß seit vielen Monaten die Verlage über die Entwicklung der Lehrpläne bestens informiert waren. Herr Unterrichtsminister Dr. Zilk hat alle Verlage über die Lehrplanentwicklung informiert. (*Abg. Mag. Schäffer: Dann brauchen wir keine Begutachtung!*)

Sie sind ja dafür, daß es keine Geheimhaltung gibt. Sie wollen ja in der Diskussion Transparenz. Sie wollen alle daran teilneh-

men lassen, daher sollen auch jene teilnehmen, die an der Gestaltung der Lehrbücher mitbeteiligt sind. (*Abg. Mag. Schäffer: Dann brauchen wir keine Begutachtung!*) Das haben Sie gesagt. (*Abg. Mag. Schäffer: Das war eine beachtliche Aussage, daß die Schulbücher vor den Lehrplänen fertig waren! Das müssen Sie jetzt beantworten!*)

Herr Mag. Schäffer! Sollten Sie den Veritas-Verlag kennen — ich nehme es an, Sie werden den Veritas-Verlag kennen, er steht Ihnen ja sehr nahe —, dann werden Sie wissen, daß bereits Vorausexemplare zur Eltern- und Lehrerinformation als Vorleistung der Verlage in den Schulen liegen. (*Abg. Mag. Schäffer: Schulbücher vor den Lehrplänen fertig, das ist Ihre Aussage! Das ist eine „Schulpartnerschaft“!*)

Noch etwas möchte ich Ihnen sagen: Das Chaos wird ausbleiben. Das Chaos wird schon deswegen ausbleiben, weil wir Erfahrungen aus 14 Jahren Schulversuchsarbeit einbringen können (*Abg. Mag. Schäffer: Welche Erfahrungen? Überhaupt keine!*) und jetzt, wie Sie wissen, bereits in diesem und im vergangenen Jahr nach dem neuen Modell in einer ganz großen Anzahl von Hauptschulen unterrichtet wird und wurde. In Wien — Herr Kollege Schäffer, Sie sind ja über Wien immer sehr gut informiert — sind es derzeit von 111 Hauptschulen bereits 37 — das ist ein Drittel aller Hauptschulen —, die nach diesem differenzierten Modell gestaltet sind.

Meine Damen und Herren! Einige Worte noch zu der Vorlage des Budgets. Ich habe schon im Ausschuß gesagt, daß man, wenn man ein Budget beurteilen möchte, wohl ausgehen muß vom Standpunkt der mehrjährigen Entwicklung und auch von den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen in Zeiten einer Budgetkonsolidierung. Aus der Sicht des Bildungspolitikers wird sicher das Budget nie zufriedenstellend sein, selbst in Jahren der höchsten Steigerungsrate — in den siebziger Jahren, ich kann mich erinnern — hat es immer wieder Forderungen von allen Parteien gegeben, die nicht berücksichtigt werden konnten.

So ist zunächst einmal die Frage zu stellen, ob es dem Ressort möglich sein wird, die notwendigen und beschlossenen Maßnahmen durchzuführen. Wir stellen also fest, daß trotz eines Sparbudgets das Haus ordentlich bestellt werden kann, und geben daher dem Budget unsere Zustimmung.

Andererseits wird man auf die zahlreichen,

6168

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Matzenauer

täglich neu erhobenen Forderungen nach Verbesserungen antworten müssen. Es wird nämlich notwendig sein, in Zeiten wie diesen Prioritäten zu setzen. Und auf die Frage: Was wollen wir uns leisten?, muß immer auch die Frage kommen: Was können wir uns leisten?

Es gibt nun, wie Sie wissen, eine über die langfristige Entwicklungsarbeiten laufende Berichterstattung, wie etwa im Bundesschulbau. Es sind in den Jahren 1970 bis 1984 261 Bundesschulbauten fertiggestellt worden. Im Vergleich dazu war es in der Ersten Republik ein einziges Schulgebäude.

Sie wissen auch auf Grund der Entwicklung der Lehreranzahl, daß ganz große Leistungen der sozialistischen Bundesregierung im Bereich der Schulentwicklung deutlich gemacht werden, etwa wenn ich Ihnen sage, daß im Vergleich zu den sechziger Jahren heute an den allgemeinbildenden Pflichtschulen doppelt so viele Lehrer tätig sind, obwohl sich die Schülerzahlen keineswegs vermehrt haben, daß an der AHS heute zwar doppelt so viele Schüler sind, aber dreimal so viele Lehrer und an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen die Steigerung der Zahl bei Lehrern und Schülern auf das Dreifache festzustellen ist. Das waren große Leistungen. Das ist eine Basis, auf die man auch die weitere Schulentwicklung aufbauen kann.

Meine Damen und Herren! Zurück zu der Diskussion, noch einmal zur Frage der Werteerziehung, was die Schule von heute und morgen anzustreben hat. Das Menschenbild, meine Damen und Herren von der ÖVP, kann nicht der Einheitsdemokrat sein, kann nicht der Allroundchrist und auch nicht der Patentösterreicher sein, sondern es geht um ein Menschenbild, das je nach Verlauf und Beschaffenheit der individuellen Bildungslaufbahn eine Persönlichkeit ergibt, für die Menschenwürde und Gemeinschaftsleistung nicht nur ein für die eigene Person zu beanspruchendes Recht, sondern auch eigene Umgangsnorm und Handlungsmaxime gegenüber den Mitmenschen sind. Unterschiede in der Art und Höhe der Ausbildung, wie sie die Schule bietet, dürfen kein Standesbewußtsein hervorrufen, das in einer humanitären Gesellschaft das Trennende bewußter erleben läßt als das Gemeinsame.

In diesem Sinne darf ich sagen: Daß uns das gelingen wird, verdanken wir den vielen Lehrern, die sich mit besonderem Engagement ihrer verantwortungsvollen Erziehungsarbeit widmen. Wir verdanken es den Eltern, die sich bemühen, gute Schulpartner zu sein,

weil beide, Lehrer und Eltern, wissen, daß ihre Kinder in der Schule einen Lebensraum vorfinden sollen, der sie auf das Leben in der Demokratie vorbereitet. Unser Dank gilt aber auch den Beamten des Hauses, deren Bereitschaft zum Mitleben und Mitarbeiten zur Lösung mancher schwieriger Probleme beigetragen hat. Und unsere guten Wünsche begleiten den neuen Unterrichtsminister auf seinem weiteren Weg zur Schulreform. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 11.57

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

11.57

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle einleitend fest, daß die freiheitlichen Abgeordneten den in Verhandlung stehenden Budgetkäpteln die Zustimmung erteilen werden.

Nach eineinhalb Jahren sozialistisch-freiheitlicher Regierung ist es aus Anlaß der Budgetdebatte meiner Meinung nach angebracht, über die im Bereich der Schule geleistete Arbeit Bilanz zu ziehen; dies vor allem, weil es in diesem Zeitraum keinerlei spektakuläre Gesetzesbeschlüsse gegeben hat, und wohl auch deswegen, weil es in den Medien Negatives über die Schule zu lesen und zu hören gab.

Dem steht entgegen, daß in diesem Zeitraum viele wertvolle Schritte in Richtung der „inneren Schulreform“ gesetzt wurden, die ja das erklärte Ziel dieser Bundesregierung ist. Diese Bundesregierung strebt eine humane Schule, eine Schule ohne Angst an, welche die geistigen und manuellen Anlagen des einzelnen Menschen fördert.

Bundesminister Dr. Moritz hat dies in den Ausschußberatungen bekräftigt, als er von der Ausschöpfung der Begabungsreserven des Volkes sprach. Ich möchte hier noch hinzufügen, daß es sich um Begabungsreserven handelt, die in jedem einzelnen Kind in verschiedener Art und Weise vorhanden sind. Sie sind in ihrer unterschiedlichen Ausformung gleich viel wert und müssen daher in der Schule geweckt werden, denn nur dann wird sie dem Anspruch der Chancengerechtigkeit Rechnung tragen können.

Chancengerechtigkeit und Bildungssystem werden jedoch nicht zu gleichen Bildungsergebnissen führen, sondern zu einer höchst unterschiedlichen, individuellen Ausprägung und Entfaltung des Menschen, die im Inter-

Peter

esse einer pluralistischen Gesellschaft notwendig und wünschenswert ist. Die Bestrebungen der sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung dienen der entsprechenden Vorbereitung des jungen Menschen auf eine schwieriger werdende Berufswelt, sie dienen der Entwicklung neuer Methoden der Wissensvermittlung und Leistungsbeurteilung, sie dienen der besonderen Förderung der musischen Erziehung im Hinblick auf die Persönlichkeitsentfaltung des jungen Menschen und sie dienen der Verbesserung der Erziehungs- und Unterrichtssituation überhaupt.

Meine Damen und Herren! In den letzten eineinhalb Jahren wurden bereits wesentliche Impulse für eine positive Weiterentwicklung in diesen Bereichen gesetzt. Daher glaube ich, daß die Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 ein Umdenken in der Schulpolitik signalisiert, das die Österreichische Volkspartei bis heute nicht zur Kenntnis genommen hat.

In ihr und in der bisher geleisteten Arbeit manifestiert sich ganz deutlich die Überzeugung, daß für eine kindgerechte Gestaltung des Schulklimas weniger die Organisation als vielmehr die Lernbedingungen ausschlaggebend sind. Organisationsreformen und der sich daran knüpfende ideologische Streit haben darauf viel weniger Einfluß als angenommen wird. Letzterer aber schadet der Schule.

Eine Politik, der es darum geht, die „innere Schulreform“ mit Gehalt und Inhalt zu erfüllen, wird eine solche der kleinen, aber kontinuierlichen Schritte sein. Eine solche Politik wird in viel geringerem Maße spektakuläre Reformen anstreben können. Gesetze, daran sei einmal mehr erinnert, können nur Rahmenbedingungen schaffen, vollzogen werden müssen sie im Schulalltag.

Damit aber diese tägliche Kleinarbeit im Interesse einer guten Bildung, Ausbildung und Erziehung unserer demokratischen Entscheidungsträger vor morgen erfolgreich bewältigt werden kann, bedarf es einer eingehenden Diskussion vorhandener Fehlentwicklungen, um daraus Schlüsse für kleinere Gesetzeskorrekturen ziehen zu können.

Ebenso aber bedarf es einer umfassenden Informations- und Bildungsarbeit für alle an der Schulpartnerschaft Beteiligten.

Es ist daher für uns Freiheitliche eine besondere Genugtuung, wenn sich die Schulpolitik nun schwerpunktmäßig jenen Themen zuwendet, die für eine kindgerechte Gestal-

tung des Schullebens von wesentlicher Bedeutung sind. Dem nunmehrigen Ressortchef und seinem Vorgänger ist in diesem Sinne zu danken, daß sie sich der inneren Schulreform angenommen und darüber eine breite Diskussion in die Wege geleitet haben. Das wird von der Österreichischen Volkspartei nicht wegdiskutiert werden können.

Damit wurde das für weitere Schritte notwendige Problembewußtsein in der Öffentlichkeit geschärft. Die heute vorhandenen Probleme sind kaum mit organisatorischen Maßnahmen allein zu lösen.

Die Unzufriedenheit und das Mißbehagen der Schule gegenüber — ich stelle das gar nicht in Abrede — haben aber andere Ursachen. Der Bogen dieser Ursachen spannt sich von der Unterrichtsgestaltung über die Leistungsfeststellung und Leistungsbeurteilung bis hin zur Lehrerausbildung.

Die Schule hat heute mehr denn je Erziehungsaufgaben zu bewältigen, die aus den verschiedensten Gründen und Ursachen, auf die heute nicht näher eingegangen werden kann, vom Elternhaus auf diese, also die Schule, abgewälzt werden.

Die Schule hat aber auch gegen den nicht zu unterschätzenden Leistungsskeptizismus der Schüler anzukämpfen. Nicht selten tragen die Medien — das muß auch einmal gesagt werden — das Ihre dazu bei, vorhandene Feindbilder zu verfestigen. Schlagzeilen in Tageszeitungen, die ohne viele und gründliche Recherchen über den Selbstmord eines Kindes wegen schlechter Noten berichten, verhärteten nur die Fronten, tragen aber nicht zur Lösung dieser schwierigen Probleme bei.

Meine Damen und Herren! Wenn ein Kind einen solch furchterlichen Schritt wegen einer negativen Note setzt, muß man doch auch nach den Gründen fragen, warum eine Note so tragisch genommen wird beziehungsweise wurde. Der junge Mensch muß lernen und gelehrt werden, mit Belastungen — ja leider manchmal auch mit Unrecht — so fertig zu werden, daß er nicht daran zerbricht.

Die erste Stufe dieser „Lernschule für das Leben“ liegt aber nicht in der Schule, sondern im und beim Elternhaus. Was die Familie in diesem Zusammenhang versäumt, kann die Schule nur schwer ausgleichen und nachholen. Die erste Erziehungsinstanz sind und bleiben die Eltern auch über das 6. Lebensjahr hinaus. Der Schule kann viel, aber nicht alles angelastet werden.

6170

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Peter

Ich bin ein Anhänger einer leistungsfähigen Schule. Dies setzt aber die Förderung der Leistung voraus und schließt jene der Begabten mit ein. Leistung soll aber gerade dem, der sie erbringen soll, auch Freude bereiten. Das wird aber nur dann der Fall sein, wenn wir jedem Kind die seiner Veranlagung und Eignung gemäße Leistung abverlangen. Der Einschätzung des Leistungsvermögens des einzelnen jungen Menschen wird man daher noch mehr Augenmerk als bisher zuwenden müssen.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich beim Thema der Leistungsfeststellung und der Leistungsbeurteilung. Ich glaube, daß die Diskussion in die richtige Richtung geht, denn man wird den Problemen nicht damit begegnen können, die möglichen Stufen der Benotung auf 10 zu erweitern beziehungsweise auf 3 zu reduzieren.

Die Reform der Leistungsfeststellung und der Leistungsbeurteilung hat bereits im Unterricht einzusetzen. Die ständige Mitarbeit des Schülers und seine Bemühungen dürfen dabei nicht außer acht gelassen werden. Dem Test wird heute meiner Einschätzung nach da und dort ein ihm überhaupt nicht zukommender Stellenwert eingeräumt. Die punktuellen Leistungsfeststellungen stehen noch allzu sehr im Vordergrund.

Ich weiß, daß damit die Anforderungen an den Lehrer größer werden. Die Schüler sollen nicht fehlgeleitet werden, nur für einen bestimmten Zweck zu lernen und dann alles wieder zu einem späteren Zeitpunkt zu vergessen.

Ich stimme mit Herrn Bundesminister Dr. Moritz überein, wenn er meint, ein verbaler Zusatz — die Betonung liegt auf Zusatz — schaffe die Möglichkeit, auf den einzelnen Schüler individuell einzugehen und ihn zu motivieren.

Dieser Problembereich bedarf innerhalb der Lehrerausbildung der besonderen Beachtung, und dies gerade im Hinblick auf die Struktur der Neuen Hauptschule. Soll der künftige Hauptschüler durch die Umsteigmöglichkeiten innerhalb eines Schuljahres nicht allzu sehr verunsichert werden, dann muß der Lehrer imstande sein, die erbrachte Leistung des Schülers möglichst objektiv und kindbezogen zu beurteilen.

Ich unterstreiche in diesem Zusammenhang noch einmal, daß sich dem Lehrer heute viel höhere Anforderungen stellen, als dies

vor 20 oder gar 30 Jahren der Fall war. Die Frage ist nur, ob denn jeder Lehrer diesen erhöhten Anforderungen auf Grund seiner Persönlichkeitsstruktur auch gerecht zu werden vermag. Ich glaube nämlich, daß die pädagogische Eignung zum Zeitpunkt der Berufentscheidung bei der betreffenden Person vorhanden sein müßte. Pädagogische Fähigkeiten kann man nach meiner Beurteilung nur bis zu einem gewissen Grad erlernen und entwickeln.

Diese meine Meinung finde ich in der Untersuchung, in der von Ängsten und Streßkrankheiten der Lehrer die Rede ist, bestätigt.

Der Vorschlag, Studienanfänger einer Eignungsprüfung zu unterziehen, war von mir nicht als Diskriminierung junger Menschen gemeint, sondern als Hilfe zur Erkennung und Einschätzung eigener Fähigkeiten. Das Ergebnis soll niemandem das Studium verwehren, doch meine ich, daß der Lehrberuf nicht nur Beruf, sondern auch in Zukunft Berufung sein sollte. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Damit komme ich zur Schulpartnerschaft. Das Gedeihen der Schulpartnerschaft wird nicht nur von Schülern und Eltern, sondern vor allem von guten und fähigen Lehrern abhängen. Die Absicht des Gesetzgebers ist es in diesem Zusammenhang, mit der Schulpartnerschaft der Demokratie eine neue Dimension zu erschließen. Der Gesetzgeber kann aber nur Rahmenbedingungen für ein humanes, möglichst angstfreies und kindgemäßes Schulklima schaffen.

Diese sicher nicht einfache Partnerschaft mit Inhalt zu erfüllen, erfordert von allen Beteiligten große Anstrengungen und bedarf vor allem einer entsprechenden Vertrauensgrundlage.

Im Rahmen der Schulpartnerschaft wird es große Meinungsverschiedenheiten geben; darauf müssen wir uns einstellen. Im Vordergrund der Bemühungen innerhalb der Schulgemeinschaft und des Schulgemeinschaftsausschusses wird daher das Gesamtinteresse stehen müssen. Darunter verstehe ich das Wohl des Kindes gemäß seiner Veranlagung, Eignung und gemäß — das darf nicht übersehen werden — seinem Leistungsvermögen. Gerade weil die Entwicklung der Schulpartnerschaft eines langen und mühevollen Lernprozesses bedarf, braucht sie einen Vertrauensvorschuß der Politik und der Politiker.

Peter

Nachdem nun von der Schulpartnerschaft die Rede war, sei auch ein Wort zur Partnerschaft in dieser sozialistisch-freiheitlichen Regierungskoalition im Bereich der Schul- und Bildungspolitik gesagt.

Diese „Schulpartnerschaft“ — unter Anführungszeichen — zwischen der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei hat sich trotz manch unterschiedlicher Auffassung positiv und außerordentlich konstruktiv entwickelt. Diese gute Zusammenarbeit hat sich nicht zuletzt bei den neuen Lehrplänen für die Hauptschule und für die Unterstufe der AHS bewährt. Ich nehme hier die gegenteilige Position von jener ein, die der Herr Abgeordnete Schäffer eingenommen hat.

In diesem Zusammenhang halte ich es aus Gründen der Dokumentation gerade auf Grund dessen, was Herr Präsident Schäffer sagte, für notwendig, folgendes festzuhalten:

Die ÖVP beschloß die Neue Hauptschule und entzieht sich als seinerzeitiger Zweidrittelmehrheitspartner der Sozialistischen Partei nun der Verantwortung für die Neue Hauptschule. Die ÖVP betreibt — ich wiederhole das, was ich im Ausschuß bereits gesagt habe — Kindesweglegung mit der Neuen Hauptschule. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Mag. Schäffer: Das ist überhaupt nicht richtig, was Sie sagen!*)

Wir Freiheitlichen, Herr Schäffer, wollten im Gegensatz zu Ihnen die Neue Hauptschule in dieser Form nicht und haben daher dagegen gestimmt. Jetzt ziehen wir halt das Kind gemeinsam mit der Sozialistischen Partei auf und bemühen uns, daß daraus etwas Brauchbares und Rechtschaffenes wird.

Vor allem danke ich Ihnen, Herr Bundesminister, und Ihren Mitarbeitern, daß Sie uns bereits bei den Lehrplänen sozusagen ein Erziehungs- und Mitgestaltungsrecht in der Einflußnahme auf dieselben eingeräumt haben.

Sie haben die Einarbeitung unserer freiheitlichen Vorstellungen in die Endfassung ermöglicht. Die klare Ausformung der Leistungsdifferenzierung an der Hauptschule sowie die der unterschiedlichen Bildungsziele der Hauptschule und der Unterstufe der AHS und ebenso die Beibehaltung der Beherrschung der Standardsprache im Deutschunterricht sind Zugeständnisse, für die wir Freiheitlichen Ihnen verbindlich danken.

Ich halte der Ordnung halber aber auch

fest, meine Damen und Herren, wo wir Freiheitlichen beim Koalitionspartner nicht durchgekommen sind; das soll auch gesagt werden.

Wir sind nicht durchgekommen mit einer Trennung in Kern- und Erweiterungsstoff, um ein für alle Hauptschüler verpflichtendes Lehrziel festzulegen und jenen Hauptschülern, die sich für ein bestimmtes Fach interessieren, zusätzliche Bildungsinhalte im Sinne einer inneren Differenzierung anzubieten. Es ist eben das Wesen eines demokratischen Kompromisses nicht alles durchsetzen zu können.

Meine Sorge wird aber dadurch gemildert, daß ein Lehrplankommentar den Charakter der Rahmenlehrpläne näher erläutern soll. Dabei soll unter anderem verdeutlicht werden, daß ein Rahmenlehrplan dem Lehrer sehr viele Freiräume bei seiner Unterrichtsgestaltung ermöglicht. Und genau das wieder kommt unseren freiheitlichen Vorstellungen entgegen.

Daran wird die Österreichische Volkspartei sicher wieder ein „Haar in der Suppe“ finden. Ich bin aber davon überzeugt, daß dieser Kompromiß besser ist als so mancher, den die Österreichische Volkspartei in den letzten 22 Jahren in diesem Zusammenhang geschlossen hat. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Schäffer.*)

Herr Schäffer, ich führe hier nur das Beispiel der Klassenschülerhöchstzahlen an. Alle drei in diesem Parlament vertretenen Parteien stimmen in dem bildungspolitischen und pädagogischen Grundsatz überein, daß eine generelle Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf 30 sowie eine Senkung der Teilungsziffern notwendig ist. Das ist auch von Bundesminister Dr. Moritz in den Ausschußberatungen bekräftigt worden. Doch kann auch in dieser Hinsicht der budgetäre Rahmen nicht gesprengt werden. Wo eben die Mittel fehlen, Herr Präsident Schäffer, dort kann man keine Zugeständnisse machen. (*Abg. Mag. Schäffer: Es geht um die Chancengerechtigkeit!*)

Der Vorwurf der Opposition, daß die Bundesregierung diesbezüglich keine Taten setze, muß deswegen zurückgewiesen werden, weil er nicht stimmt, er muß zurückgewiesen werden, denn die Aufstockung der Planposten trotz Schüler- und Klassenrückgangs hat ja de facto bereits zu einer Senkung der Durchschnittszahlen geführt, was nur Präsident Schäffer einmal mehr nicht zugeben will.

6172

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Peter

Aber Faktum ist es. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

An dieser Stelle ist eine weitere Erinnerungsposi an die Adresse der Österreichischen Volkspartei und damit an die der Opposition notwendig.

Mit der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle hat man über ultimatives Betreiben der Österreichischen Volkspartei dort die Klassenschülerhöchstzahlen gesenkt, wo die Notwendigkeit dafür am wenigsten bestanden hat, nämlich in den Volksschulen. (*Abg. Mag. Schäffer: Das ist der Schülerrückgang!*) Und trotz niedrigster Klassenschülerhöchstzahlen an der Volksschule, Herr Präsident Schäffer, mangelt es an der Beherrschung der Kulturtechniken im Bereich der Sechs- bis Zehnjährigen. Das können Sie auch nicht wegdiskutieren.

Gerade deswegen, weil diese Altersbereiche durch zuviel Wissensinhalte und nicht zielführende Methoden überfordert werden, Herr Präsident Schäffer, sind Kulturtechniken wie Lesen, Rechtschreiben und Rechnen in den letzten Jahren ins Hintertreffen geraten. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Mag. Schäffer: Das ist die Bildungspolitik der Sozialisten!*)

Das ist die Bildungspolitik, die maßgeblich seit dem Jahre 1962 mit den Stimmen der Sozialistischen Partei, aber genauso mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen worden ist. Drücken Sie sich nicht vor der Verantwortung! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Diese sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung wird sich nicht scheuen, die Dinge beim Namen zu nennen. Diese Bundesregierung wird sich aber auch mit dem gebotenen Ernst bemühen, die für die neunziger Jahre zielführenden bildungspolitischen und pädagogischen Lösungen herbeizuführen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{12.18}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Höchtl. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Ettmayer: Schwache Argumente, laute Stimme, Herr Peter!*)

^{12.18}

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Je eine Bemerkung zu meinen beiden Vorrednern sei mir gestattet.

Herr Kollege Peter! Eine alte Regel sagt: Die Redner werden meistens dann lauter, wenn ihnen die Argumente ausgehen. Gerade das war bei Ihnen der Fall. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Kollegen Matzenauer darf ich eines festhalten: Da Kollege Matzenauer zum Ausdruck gebracht hat, daß das Ziel der Sozialistischen Partei weiterhin die Gesamtschule sein wird, darf ich Ihnen seitens der Volkspartei sagen: Für uns wird weiterhin das Ziel sein, eine Schulvielfalt zu erhalten, die den umfangreichsten Begabungen jedes einzelnen individuellen Schülers gerecht wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir vertreten die Auffassung, daß darauf nicht der Schuleintopf, sondern die Schulvielfalt die richtige Antwort ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme aber zu jenem Bereich, den ich als Sportsprecher der Volkspartei alljährlich im Rahmen der Unterrichtsdiskussion behandle, weil gerade der Sport in den letzten Jahrzehnten eine gesellschaftliche Anerkennung, eine Ausweitung erfahren hat, die auch uns im Parlament dazu bewegen muß, zumindest einmal im Jahr diesem sehr wichtigen Bereich eine gediegenere Diskussion zu widmen.

Ich nehme mir vor, besonders jene Probleme in den Mittelpunkt meiner Erörterungen zu stellen, die wirklich jenen, die als Betroffene gelten, sei es in den Vereinen, in den Verbänden, sei es im Olympischen Komitee und so weiter, unter den Nägeln brennen, und möchte nicht in der Vielfalt aller möglichen Sportphänomene unsere Diskussion heute ansiedeln.

Ich werde dazu genau sagen, wo wir glauben, daß die Probleme sind, wo wir glauben, daß falsche oder ungenügende Lösungen angeboten werden, und wo ich der Auffassung bin, daß wir die besseren Alternativen hätten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bevor ich aber auf drei dieser großen Probleme eingehe, gestatte ich mir doch, im Namen aller hier im Parlament anwesenden Mandatare, dieses Jahr 1984 im Hinblick auf den Erfolg unserer Sportler zu betrachten. Ich glaube, daß wir in diesem Jahr 1984 mit acht Weltmeistertiteln, neun Europameistertiteln, fünf Weltmeisterschaftsbronzemedaillen, drei Weltmeisterschaftsilbermedaillen und auch den Erfolgen bei den Olympischen Spielen in Sarajevo und Los Angeles — die zwar nicht ganz so gelaufen sind, wie wir und die österreichische Sportöffentlichkeit es sich vorgestellt haben — mit zwei Bronzemedailien, den

Dr. Höchl

Erfolgen des Anton Steiner und des Josef Reiter, der Silbermedaille des Andreas Kronthaler und der Goldmedaille des Peter Seisenbacher eine gute Bilanz haben. Wir wollen heute anlässlich dieser Sportdebatte den Sportlerinnen und Sportlern für ihre Leistungen und für all das, was dahinter an notwendiger Enthal tung und an Anstrengungen im Training steht, gratulieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß diese Leistungen erbracht werden können, erfordert allerdings — und damit komme ich zum ersten Problem —, daß wir die nötigen finanziellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung stellen, um all diesen Sportlerinnen und Sportlern die Trainingsmöglichkeiten zu geben, die sie notwendig brauchen, um bei den internationalen Spitzenleistungen mithalten zu können.

Vor wenigen Tagen las ich in den „Salzburger Nachrichten“ einen Artikel mit der Überschrift: „Österreichisches Olympisches Komitee nun in arger Finanzkrise“. Grundtenor dieses Artikels: Das ÖOC ist zurzeit arm wie eine Kirchenmaus. Alle finanziellen Reserven sind aufgebraucht, um halbwegs über die Runden zu kommen, muß der Gürtel jetzt empfindlich enger geschnallt werden, die seit Jahren praktizierte Unterstützung der Fachverbände muß drastisch gekürzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister! Als derjenige, der für den Sport zuständig ist und ab 1. Jänner kommenden Jahres den Bereich „Sport“ auch im Titel des Ministeriums verankert haben wird — das sind Signale, die wir nicht übersehen dürfen, überlesen dürfen oder überhören dürfen. Wenn hier beispielsweise steht, daß in den meisten Fachverbänden die Alarmklingeln schrillen, dann ist das gerechtfertigt.

Ich werde Ihnen einige Beispiele sagen. Dem Leichtathletikverband ist im ÖOC die Unterstützung auf Null gekürzt worden. Den Seglern ist eine Kürzung von 1,3 Millionen in der vergangenen Saison auf 100 000 S in der kommenden Saison zugemutet worden. Das Etat der Ringer ist halbiert worden. Die Aufwendungen für den Bobsport sind von 700 000 S auf Null reduziert worden, beim Rodeln von 570 000 S auf 175 000 S.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister! Ich glaube, Sie kennen diese Zustände, und ich glaube, daß es nur unsere Pflicht ist, auf jenes Problem hinzuweisen, das uns leider seit rund zwei Jahren bewegt, nämlich daß in der Reform des Sporttos

überhaupt nichts weitergeht. Das ist eine Frage, die Sie gemeinsam mit dem Finanzminister verantworten müssen, aus dieser Verantwortung werden wir Sie hier auch nicht entlassen. Hier ist Ihr Stellenwert, den Sie sich ganz einfach erwerben müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zur Information drei Zahlen: Wir haben im Jahre 1981 — die Mittel stehen dann jeweils im darauffolgenden Jahr dem Sport zur Verfügung — 310 Millionen Schilling für den Sport aus dem Sporttoto gehabt. Im Jahre 1982 waren es für das Jahr 1983 nur mehr 257 Millionen, im Jahre 1983 für das Jahr 1984 gar nur mehr 224 Millionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Sportverbände und die 14 000 österreichischen Sportvereine jenes Ausmaß an Veranstaltungen, an Kapazität, an Aufgaben erfüllen sollen, das sie 1981 und 1982 erfüllt haben, müßten ihnen jetzt, wenn man reale Kaufkraftsummen nimmt, rund 360 Millionen Schilling aus dem Sporttoto zur Verfügung gestellt werden; in Wahrheit sind es 224 Millionen.

Was meine ich damit? — Hier ist tatsächlich um mehr als ein Drittel reduziert worden. Und wenn diese Probleme auf alle 46 Fachverbände, auf die Dachverbände, auf die 14 000 Vereine niederprasseln, so ist hier die Ursache zu sehen. Wir haben lange Zeit davor gewarnt, beispielsweise die Brieflotterie einzuführen. Sie ist von Finanzminister Salcher trotz aller Warnungen eingeführt worden. Ich glaube, wenn nicht schnellstens eine Reform des Sporttos erfolgt, können diese 14 000 österreichischen Sportvereine diesen Druck nicht mehr aushalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie wissen, die Bundessportorganisation als Dachorganisation der Dachverbände, der Fachverbände, des ÖOC und so weiter hat bereits im Oktober vergangenen Jahres eine dringende Resolution an die gesamte Bundesregierung gerichtet. Bitte, bisher ist außer Ankündigungen und einer Konzeptentwicklung über Postsparkasse, Spielbanken AG und einem Professor an der Wirtschaftsuniversität in der Öffentlichkeit nichts geschehen.

Herr Bundesminister! Für mich war es einigermaßen verwunderlich, als Sie in der Eröffnungspressoerferenz vor Sportjournalisten am 10. Oktober dieses Jahres wortwörtlich erklärt haben: Nach Rückfrage mit Bundesminister Dr. Vranitzky liegt von ihm die schriftliche Zusage vor — man höre und staune —,

6174

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Höchl

noch im Oktober 1984 Maßnahmen zur Verwirklichung des Wallner-Konzeptes zu treffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute den 11. Dezember. Es sind überhaupt keine Schritte zur Realisierung des Wallner-Konzeptes, zur Verwirklichung der Sporttotoreform gesetzt worden. Das ist ein andauerndes Hinauszögern auf dem Rücken des österreichischen Sports. Das wollen wir als ÖVP-Abgeordnete nicht zulassen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ich glaube, wir haben hier, Sie als zuständiger Sportminister und ich als Sportsprecher der Volkspartei, durchaus die gleiche Zielvorstellung. Nur, wogegen wir uns gemeinsam wehren sollten, ist, daß der Finanzminister ganz einfach nichts weiterbringt. Ich glaube, auch in diesem Bereich sind die vielen Vorschußlorbeeren, die man Dr. Vranitzky zugebilligt hat, voreilig gewesen, und man ist schwerstens enttäuscht worden. Das soll auch anläßlich dieser Sportdebatte heute festgehalten werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich richte an Sie, Herr Bundesminister, Herr Sportminister, in diesem Fall nochmals den dringenden Appell, keinerlei weiteres Hinauszögern innerhalb der Bundesregierung mehr zuzulassen. Es geht darum, dem Parlament ehestens die notwendigen Gesetzesvorschlägen vorzulegen, um dann zu diskutieren und schnellstens eine Beschußfassung zu ermöglichen, denn eines ist klar: Wir wollen gemeinsam eine evaluierte, also um die Inflationsrate aufgewertete 310-Millionen-Schilling-Förderung aus dem Sporttotobereich bekommen. Das Wallner-Konzept sieht fast das Doppelte an möglichen Einnahmen vor. Warum ergreifen wir nicht die Möglichkeit und setzen eine gemeinsame Initiative, damit diese Frage im Sportbereich endlich einmal gelöst ist? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Eine zweite Frage bewegt die 14 000 österreichischen Sportvereine, die 48 Fachverbände, die Dachverbände, das Olympische Komitee. Es ist die Frage, die seit 1981 diskutiert wird, die Frage, daß erstmals nach 36 Jahren in dieser Zweiten Republik der frühere Finanzminister Salcher den Vereinen tatsächlich eine rigorose Besteuerungspolitik aufgebrummt hat.

Es war, Herr Bundesminister, ein harter Kampf, den gemeinsam viele, auch in Ihren Reihen, zwar stumm, aber doch, viele Sportjournalisten, viele Verbände, zahlreiche

ehrenamtliche Vereinsmitarbeiter geführt haben, um in drei Jahren — und wir haben jetzt de facto einen Rückblick über drei Jahre in diesem Bereich zu halten — mühsam den einen oder anderen Punkt dem jeweiligen Finanzminister abzuringen.

Ich möchte nur in Erinnerung rufen: Es war eben die sozialistische Bundesregierung, die den 14 000 Sportvereinen zugemutet hat, daß man auch auf alle anderen Finanzierungsquellen, wie Flohmärkte, wie Sportbälle et cetera, die rigorose Besteuerung anwenden wollte.

Es war die sozialistische Bundesregierung, die als Dienstnehmer alle jene ansehen wollte, die als Übungsleiter, als Trainer mehr als zehn Stunden pro Woche dem Verein zur Verfügung stehen.

Es war diese sozialistische Bundesregierung, die auch eine Verstopfung der Quelle der Finanzierung durch die Vereinszeitschriften beabsichtigt hat, wo sie nur 10 Prozent an Inseratenseiten zubilligen wollte.

Herr Bundesminister! Ich sage Ihnen: Hier war es doch die überzeugende Kampfkraft des österreichischen Sports und all seiner Vertreter, die Finanzminister Salcher in die Knie gezwungen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und es ist Gott sei Dank in den letzten drei Jahren nun systematisch ein Schritt um den anderen wieder rückgängig gemacht worden.

Ich möchte diesen Bereich mit vier noch offenen Fragen beschließen.

Es sind leider noch etliche Sportvereine in der unangenehmen Lage, noch immer unter der Last von Steuernachzahlungsbescheiden in einer Höhe von wesentlich über 100 000 S zu leiden. Ich glaube, es wäre an der Zeit, wenn wir hier einmal wirklich eine generelle Nachsicht für diese Sportvereine realisieren könnten. Es wäre etwas, wo man tatsächlich dem österreichischen Sport aus der Einsicht, die ja mittlerweile zu einer gesetzlichen Regelung geführt hat, einen entsprechenden positiven Effekt verschaffen sollte. Setzen Sie sich mit dem Finanzminister in Verbindung! Nehmen wir diese positive Aktion auf, dann, glaube ich, ist sicherlich ein Aufseufzer der Sportvereine in positiver Hinsicht festzustellen. Dann haben wir einen positiven Effekt bei den Sportvereinen erzielt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist, glaube ich, sehr wohl richtig, wenn Sportvereine sagen, daß der 100 000 S-Freibe-

Dr. Höchtl

trag für die vielen kleinen Vereine sinnvoll ist. Doch es ist ganz einfach unmöglich, daß Vereine mit 2 000 Mitgliedern mit 20 Sektionen unter dieselbe Kategorie fallen. Ich glaube, wir teilen, Herr Unterrichtsminister, diese Ansicht, daß auch hier eine andere Lösung für die Großvereine gefunden werden muß.

Oder: Es ist doch nur sinnvoll — ich denke da an eine Forderung des Sports —, daß die Vereine die Chance bekommen, ganz einfach gewisse Rücklagen für Investitionen, die sie in den kommenden Jahren zu tätigen beabsichtigen, zu machen, ohne der Besteuerung zu unterliegen.

Als drittes und letztes in dieser Frage: Herr Bundesminister! Ich glaube, es ist notwendig, auch jene selbständigen Funktionäre und Mitarbeiter aus dieser Besteuerungssituation zu lösen, was ja für die Unselbständigen schon gemacht worden ist. 1 000 S als entsprechende Entschädigung für alle möglichen Tätigkeiten sind steuerfrei bei den unselbständigen Mitarbeitern. Ich glaube, auch dieses letzte Problem wollen wir gemeinsam angehen. Dann, glaube ich, haben wir eine Grundlage geschaffen, daß das Übel, das im Jahre 1981 durch Finanzminister Salcher eingeleitet worden ist, durch gemeinsame Aktionen, die wir andauernd gesetzt haben, endlich einmal beseitigt wird. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Nun zum letzten Problem, Herr Bundesminister, zu einem Problem, das Sie bewegt; Sie haben es auch in Ihrem Budget 1985 enthalten. Es ist das Problem Wiener Stadion. Die gesamte Budgetausweitung im Sportkapitel haben Sie einzig und allein durch die Dotierung für die Renovierung des Wiener Stadions begründet. Ich glaube, wenn man die Vorgangsweise betrachtet, die es vor Ihrer Zeit gab, eine Vorgangsweise, in die Sie aber jetzt hineinwachsen, wenn man die Vorgangsweise der gesamten Planung betrachtet, dann muß man sagen: Das ist keineswegs eine seriöse Politik!

Eine seriöse Politik stellen wir uns so vor, daß man sich dann, wenn das Problem des nicht benutzbaren Wiener Stadions vorhanden ist, überlegt, welche Kosten einerseits eine Renovierung, andererseits ein Neubau eines funktionsadäquaten Stadions erforderlich machen würde.

Wenn ich „funktionsadäquat“ sage, meine ich: Es ist verabsäumt worden, überhaupt ein Aufgabenprogramm, ein Funktionsprogramm für ein derartiges Stadion zu erstellen. Das

wäre überhaupt die Grundlage für eine Planung. Jeder Private muß selbstverständlich überlegen, welche Aufgaben ein Projekt erfüllen soll, und erst dann wird er die entsprechenden Alternativen überlegen. Das ist unterlassen worden.

Es ist auch die Alternative einer Neukonzeption unterlassen worden. Warum? — Die Begründung lautete: Ja das alte Wiener Stadion wäre ein Denkmal. Und einem Denkmal darf man nicht an, das muß ganz einfach lediglich renoviert werden.

Sie haben in der Pressekonferenz vom 10. Oktober sogar gesagt, Sie könnten sich eine andere Lösung vorstellen: ein vitales Stadion.

Ja, wir von der Volkspartei stehen zu einem Stadion, doch es soll vorher geklärt sein, welche Aufgaben es erfüllen soll. Es soll vorher geklärt sein, welche Kosten es erfordern soll. Nur dann wäre, glaube ich, eine sinnvolle Vorgangsweise auch bezüglich des Wiener Stadions gefunden worden. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Ich glaube, daß auch die drei aufgezeigten Fragen wieder ein Beweis dafür sind, daß in dieser Bundesregierung hier wie auch in vielen anderen Bereichen verzögert wird, hinausgeschoben wird, Lösungen zwar angekündigt, aber nicht eingehalten werden. Ich glaube, genau das, was wir von der Volkspartei im Bereich der Steuerreform verlangen, wobei endlich klare Konzepte durchgreifen müssen, verlangen wir auch im Sportbereich, nämlich daß man aufgrund sinnvoller Konzepte und eines Durchhaltevermögens jenen Rückhalt finanzieller Natur schafft, der Gewähr dafür ist, daß der österreichische Sport nicht um die Entwicklungen in den nächsten Jahren bangen muß.

Das ist unser Appell, den Sie von der heutigen Sportdebatte mitnehmen sollen. (*Beifall bei der ÖVP*) ^{12.38}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Arnold Grabner. Ich erteile es ihm.

^{12.38}

Abgeordneter Arnold Grabner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Man könnte zum Herrn Abgeordneten Höchtl sagen: Alle Jahre wieder! Ich glaube, er hat einen Finanzminister-Komplex. Oft steht er

6176

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Arnold Grabner

hier herunter, doch er hat — obwohl die ganze Bevölkerung weiß, welche Leistungen auf dem Sportsektor in den letzten zehn Jahren erbracht wurden — noch keinen einzigen positiven Punkt erwähnt. Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen bereits des öfteren gesagt: So werden Sie auch bei den vielen Sportverbänden und Sportvereinen nicht ankommen.

Sie haben über das Sporttoto gesprochen. Ja, es ist richtig, voriges Jahr sind die Einnahmen zurückgegangen. Sie haben das heurige Jahr nicht erwähnt, absichtlich nicht erwähnt, weil Sie wissen, daß bereits wiederum eine Steigerung von 224 Millionen auf 258 Millionen festzustellen ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Höchtl*) Herr Abgeordneter Höchtl! Warum ist es eigentlich dazu gekommen? Ich gebe Ihnen schon recht, daß irgendwo die Brieflotterie mitspielt. Aber die Hauptursache sind die Fußballvereine, und hier hat eine Zeitung, keine sozialistische Zeitung, schon im Jahre 1982 geschrieben: Die Zahl der Zuschauer ist noch mehr zurückgegangen. Es hieß: Zuschauerdebakel im Fußball: Pro Spiel betrug der Rückgang in Österreich 1 566. Es gibt in der 1. Division Spiele mit 150 und 200 Zuschauern, meine Damen und Herren. Und da verlangt man von den Österreicherinnen und Österreichern, daß sie Sporttoto spielen sollen? Ich glaube, deshalb muß man erwähnen, daß auf diesem Sektor des Sportes von den Vereinen sehr wenig geleistet wurde. (*Abg. Dr. Höchtl: Da ist aber kein Zusammenhang!*)

Sie sind auf den damaligen Präsidenten, den Bautenminister Sekanina, losgegangen. Solange er der Fußballpräsident war, ist es gegangen, und wir hoffen, daß es jetzt mit dem neuen Präsidenten wieder gehen wird.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Höchtl meint, daß diese sozialistische Bundesregierung auf dem Sektor Sport nichts geleistet hat. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Weniger als nichts!*)

Vor wenigen Monaten hat ein Sportfunktionär — kein Sozialist, einer, der Ihrer Partei angehört — ein Referat gehalten und hat gemeint: Erfolgssahrzehnt in Österreichs Sport. Er hat hingewiesen: auf die Traineraktionen, auf die Leistungszentren, auf den Heeresport, auf die Fitneßwelle, auf die Leibeserziehung. Ich könnte auf die Großveranstaltungen, die mit vielen Millionen Schilling von der sozialistischen Bundesregierung unterstützt wurden, hinweisen. (*Abg. Dr. Höchtl: Und die Fußballer, wie sind die? Schlecht sind sie!*)

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir — wenn ich in mein Referat eingehen darf — einmal ein Dankeschön zu sagen — ich hoffe, daß ich auch mit der Zustimmung seitens der Opposition rechnen kann — an den ehemaligen Ressortminister Dr. Helmut Zilk für einige sehr wesentliche Arbeiten zur Erweiterung und zur Förderung des Sportgeschehens in Österreich.

Ich darf hier erwähnen: Sporttoto, weiters, daß das Bundesministerium auch den Namen „Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport“ führt, und auch die Steuerprobleme.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung fördert seit mehr als einem Jahrzehnt alle sportlichen Aktivitäten, angefangen von den Spitzens- und Leistungssportlern bis zu allen möglichen Formen des Breitensportes und der vorschulischen beziehungsweise schulischen Betätigung. Selbst in einer Zeit, in der es im weltweiten Gefüge der freien Marktwirtschaft an vielen Stellen mehr oder weniger große Schwierigkeiten gibt, die auch unsere Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen, beweist unsere Bundesregierung durch die weitere Steigerung der Sportbudgetmittel, welchen hohen Wert sie der sportlichen Betätigung möglichst breiter Schichten unseres Volkes beimißt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*.)

Meine Damen und Herren! Die finanzielle Förderung der Sportmittel steigt. Das Sportmittelbudget ist seit mehr als einem Jahrzehnt der unumstößliche Grundsatz der sozialistischen Bundesregierung. Die Steigerung der Sportbudgetmittel von rund 265 Millionen Schilling, 265 Millionen im Jahre 1984, auf fast 280 Millionen Schilling im Jahre 1985 zeigt bei allen Einsparungen, daß die Bundesregierung und der zuständige Minister für Sport sehr viel übrig haben.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit diesen Zahlen einige grundsätzliche Bemerkungen zur finanziellen Sportförderung und Sportentwicklung. Wir alle, nicht nur hier im Hohen Haus, sondern die gesamte Bevölkerung Österreichs, hat am Beispiel der Winterolympiade in Sarajevo gesehen, daß gute finanzielle Voraussetzungen allein nicht genügen, um Spotsplätze zu erreichen. Aber auch dann, wenn beste technische Bedingungen vorhanden sind, stellen diese beiden Faktoren noch keine Garantie für Olympiamedaillen dar. Es entscheidet noch immer der Mensch, der Sportler, und ich glaube, so ist es auch gut.

Arnold Grabner

Ende Jänner dieses Jahres wurde von dieser Stelle durch die Opposition kritisch behauptet, daß es im Bereich Gesundheit und Sport beziehungsweise in Hinsicht auf den Breitensport nicht genügend Bemühungen gegeben habe. Ich erlaube mir daher, die Kollegen von der Opposition auf einige Zahlen aufmerksam zu machen, aus denen Sie ersehen können, welche Entwicklung im Breitensport vor sich gegangen ist.

In diesem Jahr nahmen 250 000 Schülerinnen und Schüler an den Schulschikursen teil, und über 100 000 Personen haben das Österreichische Schwimmabzeichen beziehungsweise Rettungsschwimmabzeichen erworben. Im Jahre 1983 errangten erstmals mehr als 30 000 Österreicher das österreichische Sport- und Turnabzeichen, zehn Jahre zuvor waren es nur 14 525 Österreicher. Und das, glaube ich, sind doch Leistungen. Diese Leistungen kann man nicht auf die Seite schieben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Mit berechtigtem Stolz konnte Bundesminister Dr. Helmut Zilk zu Beginn dieses Jahres darauf verweisen, daß der Sportstättenplan für ganz Österreich fast vollständig erfüllt ist. Ich glaube, auch hier sagen zu können, daß es noch nie so viele Sportstätten für die Sportler gegeben hat, wie es derzeit der Fall ist. Damit kommt doch zum Ausdruck, daß die wesentlichsten Vorbereitungen dafür geschaffen sind, daß sich die verschiedenen Sportarten nun auch in die Breite entwickeln können. Es geht nun auch darum — wie ich schon im Jänner hier erklärte —, daß die von der öffentlichen Hand errichteten Sportanlagen der gesamten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Bundesminister! Sie haben in den wenigen Wochen Ihrer Amtszeit bereits bewiesen, daß Sie sehr viel Engagement für den Sport zur Verfügung stellen. Darf ich Sie bitten, diese Sportstätten, die für die Sportvereine und für die Sportler noch nicht frei zur Verfügung stehen, auch frei zugänglich zu machen.

Meine Damen und Herren! Neben Sportförderungs- und Sportentwicklungszentren, neben Massen- und Breitensport und Trainerausbildung kommt auch den verschiedenen Zentren der spartenmäßigen Ausbildung junger Sportfreunde besondere Bedeutung zu. Das Sportleistungszentrum — von Leistungszentren hat man vom Herrn Abgeordneten Höchl noch nie etwas gehört — beziehungsweise das Sportleistungsmodell Südstadt wird nun demnächst neben den Unterrichtssparten

Fechten, Leichtathletik, Radfahren, Schwimmen und Tennis auch noch eine Fachgruppe Judo aufweisen. Zu diesen bewährten Institutionen kann man auch das Handballeistungszentrum in Niederösterreich, das nordische Ausbildungszentrum in Eisenerz und die Bundesjugendleistungszentren Fußball, wovon es derzeit in Österreich zwölf gibt, zählen. Über die Errichtung von neuen Leistungszentren wird bereits verhandelt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, in den Reihen der Besten aus allen Nationen zu sein, ist eine große Leistung und eine große Ehre. Ich gehe hier mit dem Abgeordneten Höchl konform, daß die österreichischen Sportler sehr viele internationale Titel errungen haben. Ich möchte nur auf die Goldmedaille von Peter Seisenbacher hinweisen und die heutige Budgetberatung nicht vorübergehen lassen, ohne Peter Seisenbacher auch vom Parlament aus herzlichst zu gratulieren, denn er ist ein echtes Vorbild für die Jugend Österreichs. (*Beifall bei SPÖ, FPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! So erfreulich solche Erfolge unserer Spitzensportler sind, so groß ist die Gefahr, daß sich auch bei uns internationale Unsitten einschleichen. Eine Filmserie, die bis jetzt das größte Interesse bei den Angehörigen der verschiedenen Sportvereinen und Sportarten fand, heißt: „Schneller, höher und stärker“. Diese dem Spitzensport innewohnenden zwingenden Grundsätze werden mit allen möglichen Mitteln bis zur absoluten Perfektion hochgeschraubt. Aber diese Spirale hat auch ein Ende: die Grenze der Vernunft. Wer diese Grenze nicht respektieren will, greift zu unerlaubten Mitteln, zu Doping. Das sind auch für uns echte Probleme. Es ist die veröffentlichte Meinung, die den Spitzensportler auf der Leistungsspirale immer höher treibt. Aber es ist auch der inhumane Leistungzwang, dem der Sportler ausgesetzt ist, und es ist meist auch ein Kampf um das Selbstwertgefühl jedes einzelnen Sportlers in seinem Herz und Hirn.

Unser neuer Unterrichtsminister, unser neuer Sportminister, hat bereits eine Enquete und Expertengespräche über Doping geführt. Eine Schlüsselsatz der Expertenrunde lautete: Die Forderung nach sportlicher Höchstleistung um jeden Preis muß in der Öffentlichkeit kritisch überprüft und diskutiert werden.

Meine Damen und Herren! Zum Kapitel Sport darf zusammenfassend festgehalten werden, daß ebenso wie im Jahre 1983 auch

6178

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Arnold Grabner

im Jahre 1984 auf allen sportlichen Gebieten eine überaus erfreuliche Gesamtentwicklung vor sich ging, was eine Fortsetzung der vom seinerzeitigen Ressortminister und jetzigen Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz eingeleiteten Entwicklungs- und Förderungsmaßnahmen darstellt.

Wieder wird Österreich in der gesamten Weltöffentlichkeit repräsentiert, denn ob wir wollen oder nicht — wir hoffen es zumindest —, der nächste Winter kommt bestimmt und damit auch eine sportliche Großveranstaltung, nämlich die nordischen Skiweltmeisterschaften im Jänner 1985 in Seefeld.

Meine Damen und Herren! Für die Bewältigung der immensen Arbeit — hievon zeugt der Sportbericht, und ich kenne viele Sportberichte anderer Nationen: die Leistungen sind nirgends so groß wie in Österreich — darf ich den Damen und Herren der Abteilung Sport herzlichst danke sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*)

Im Jahre 1981 präsentierte der damalige Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz in einer Pressekonferenz das Vorhaben „Entwicklungsplanung für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung in Österreich“. Einige Worte zur Erwachsenenbildung in Österreich:

Die Entwicklungsplanung wird in Form von Projekten durchgeführt. Ziel der Projekte muß dabei die Verwirklichung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation sein. Für diesen Zweck standen in den Budgets 1981 bis 1984 insgesamt 13 540 000 S zur Verfügung. Bei den derzeit laufenden 14 Entwicklungsprojekten werden über 250 zusätzliche Mitarbeiter, wie Projektleiter, Lehrer, Autoren, Graphiker und Schreibkräfte, beschäftigt. Mit diesen Projekten wird somit auch ein gewisser beschäftigungspolitischer Beitrag geleistet.

Im Laufe des Jahres 1985 werden weitere sieben Projekte zum Abschluß kommen. Der Schwerpunkt im Budget 1985 in der Erwachsenenbildung wird die Fortführung der Aktion „Beschäftigung stellenloser Lehrer in der Erwachsenenbildung“ sein, die mit 46 Millionen Schilling dotiert wird, sowie die Fortführung der Entwicklungsplanung der Erwachsenenbildung.

Meine Damen und Herren! Damit wird es ermöglicht, wieder insgesamt 250 Lehrer zu beschäftigen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst. Ich erteile es ihr.

12.54

Abgeordnete Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Forschung, Entwicklung und neue Technologien beraten wir heute im Kapitel 14; Bereiche, die immer dringender, immer rascher Fragen an uns herantragen, die auch schon in Überlebensbereiche hineinführen.

Es ist selbstverständlich, daß wir ein Ja sagen zu den neuen Technologien, wenn sie den Menschen dienen. Das hat unser Bundesparteiobmann Dr. Mock immer deutlich genug gesagt. Wir sagen auch ein Ja zu den neuen Technologien dort, wo sie in die Ausbildung Eingang erhalten sollen.

Wir bemerken, daß niemand mehr uneingeschränkt an Fortschritt und Wunder der Technik glaubt. Im Gegenteil! Der Mensch steht vielem, auch dem, was sich heute als positiv erwiesen hat, mit ganz großer Skepsis gegenüber. Es wird nötig sein, durch wahrheitsgetreue Information und durchschaubare Aufklärung Inhalte schwieriger Materien glaubhaft zu machen.

Leicht wird es der Technik und der Forschung sicherlich nicht gemacht, denn wir verlangen selbstverständlich vor allem menschliches Ethos, damit neue Technologien nicht zum Schaden der Menschen angewendet werden. Die verantwortlichen Wissenschaftler und Politiker haben neben hoher Intelligenz und Phantasie auch Verlässlichkeit und soziale Aufmerksamkeit mit einzubringen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich las in der Zeitschrift „Arsenal“, die sich mit Alpbach beschäftigt, folgende Überschrift: „Forscht, entwickelt und redet darüber — aber in dieser Reihenfolge!“ Das, meine Damen und Herren, gefällt mir!

Wir könnten uns etwa die Computertechnik hernehmen, ein Beispiel für vieles. Dort kann man immer nur einen Schritt nach dem anderen setzen, und das hieße übertragen auf andere Bereiche, daß man zuerst nachzudenken hat und dann zu handeln und nicht umgekehrt.

Wenn die neuen Technologien die Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft prägen, dann heißt das, daß sie unser gesamtes Leben

Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst

beeinflussen werden, und wenn wir mithalten wollen, meine Damen und Herren, dann ist es geboten, rasch und flexibel auf Veränderungen zu reagieren. Es ist interessant — das möchte ich hier als Beispiel bringen —, daß jene Nation am raschesten auf Umweltschäden zum Beispiel durch die Technik reagiert, die in der Technologie auch den größten Fortschritt zeigt, nämlich Japan.

Über die Qualitäten, die notwendig sind in all diesen Bereichen, ist schon gesprochen worden. Wir sind auf dem Weg zur Informationsgesellschaft, und das erfordert eine gute Zusammenarbeit zwischen Universität und Industrie. Dazu drängt sich sofort eine Frage auf: Suchen wir schon nach wirksamen Lösungen, die die Zusammenarbeit effizienter machen? Gibt es Zwischenschaltungen von Instituten, die eine raschere Verwirklichung des Angestrebten erwarten lassen?

Herr Bundesminister Fischer! Sie haben völlig recht, und ich stimme Ihnen zu, wenn Sie in der November-Nummer der „Österreichischen Hochschulzeitung“ ausführen — ich zitiere —: „Es wird daher von entscheidender Bedeutung sein, die vorhandenen Mittel so sparsam und zweckmäßig wie möglich einzusetzen.“ Ich hoffe sehr, Herr Minister, Sie legen das Hauptaugenmerk auf „zweckmäßig“. Denn meinen Sie nicht auch, daß wir nun vor einer Situation stehen, in der wir gar nicht genug Aufmerksamkeit auf eine sinnvolle Anwendung der zur Verfügung stehenden Mittel richten müssen, aber auch besondere Großzügigkeit in all diesen wichtigen Bereichen brauchen?

Sie glauben es uns zwar noch immer nicht, aber wir sind tatsächlich für eine Senkung des Budgetdefizites. Aber, meine Damen und Herren, wenn Mittel zur Verfügung stehen, dann muß es um eine Gewichtung gehen, und darauf wird es beim Einsatz dieser Mittel ankommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist ganz dringend notwendig, daß wir alle Anstrengungen machen, um im Reigen der Industrieländer mithalten zu können. Sie von den Regierungsparteien schauen ja gerne über die Grenzen von Österreich hinaus, wenn es gilt, Österreich positiv darzustellen, und das ist sicher sehr gut und auch zu begrüßen. Aber ich meine, daß wir auch Vergleiche mit Staaten anstellen müßten, die besser sind als wir, um uns zum Nachdenken anzuregen.

Österreichische Forschung muß doch richtungsweisend und zukunftsorientiert sein, und da hilft halt alles nichts, meine Damen

und Herren, eine normale Erhöhung der Mittel für die Forschung und die Technologien wird uns ganz einfach nicht genug weiterbringen können. Es gibt Staaten, die Steigerungen bis zu 20 Prozent der Mittel im vergangenen Jahr hatten, und auch diese sind mit diesen Mitteln noch nicht zufrieden.

Nun, für nächstes Jahr weist das Wissenschaftsbudget eine stärkere Steigerung als die Gesamtausgaben auf. Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden: Immerhin sind es 8,87 Prozent, wenn man es genau nimmt.

Steigerungen des Budgets sind in allen Bereichen selbstverständlich willkommen und sollen auch positiv angemerkt werden, obwohl es immer — ja, da sind wir sicher einer Meinung — ein bissel mehr sein könnte. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Dies gilt aber, so meine ich, vor allem für die Forschungsfinanzierung. Trotz Ausweitung bleiben die Mittel weit hinter dem internationalen Standard zurück.

Sehen wir uns doch ein paar Zahlen an. 1975 hatte der Forschungsfonds 153 Millionen Schilling zur Verfügung, 1984 209 Millionen. Das ist eine erfreuliche Steigerung, aber, wenn man die Teuerungsrate berücksichtigt hätte, dann müßten jetzt 244 Millionen Schilling in diesem Topf drinnen sein. Und so gibt es halt hier nur eine Steigerung von 6,4 Prozent, das heißt, daß wir nicht viel über dem Gesamtbudget liegen. Wenn wir einen internationalen Vergleich anstellen wollen: Österreich gibt 26 S pro Einwohner aus, die Schweiz zum Beispiel aber 186 S.

Allerdings fällt im Kapitel Wissenschaft und Forschung auf, daß es einige Neuansätze mit aufregenden Benennungen gibt. Es gibt Forschungsschwerpunktprogramme, insbesondere für Mikroelektronik, Biotechnologie und die Forschungsinitiative gegen das Waldsterben.

Es ist aber zu wünschen, daß diese Programme so dotiert sind, daß sie wirksamen Erfolg zeitigen. Eine gewisse Skepsis sei erlaubt, wenn man sieht, daß der Gesamtansatz für Unterrichts- und Forschungserfordernisse trotz steigender Studentenzahlen im heurigen Jahr genauso hoch ist wie im vergangenen, nämlich 56 Millionen Schilling.

Wenn aber die durch die Bundesregierung als Schwerpunkt angekündigte Energie- und

6180

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst

Rohstoffforschung um zirka 9 Millionen Schilling weniger erhält, dann stellt sich Bedauern ein, daß die Möglichkeiten dadurch geringer werden.

Meine Damen und Herren! Wenn wir an diese zukunftsträchtigen Technologien, an die intensive Forschungsarbeit denken, darf auf die studierende Jugend nicht vergessen werden. In Österreich mangelt es bestimmt nicht an entsprechenden Begabungen, wir müssen sie aber finden, wir müssen sie fordern, und wir müssen sie fördern. Sie sind die Hoffnung für die Zukunft, wir brauchen sie dringend, aber wir müssen ihnen auch die notwendigen Chancen bieten. Kein Staat kann es sich leisten, auf Eliten in der Wissenschaft zu verzichten.

Wir diskutieren ja darüber, meine Damen und Herren, daß die Art der Begabtenstipendien nicht ganz befriedigend ist. Darüber sind wir uns ja einig, aber die Kriterien, nach denen vorgegangen werden soll, dürfen die Begabung nicht nur unter Berücksichtigung der sozialen Situation zur Grundlage nehmen, denn eine besondere Begabung, die sich zeigt, müßte in jedem Fall auch besonders gefördert werden.

Es sollte eigentlich zusätzlich überlegt werden, ob Förderung in diesem Bereich nur in Form von Geld gegeben werden muß oder aber ob es nicht auch noch andere Kriterien gibt, die man hier berücksichtigen müßte.

1984, um noch einiges anzuführen, wurden bis Ende Oktober an etwa 800 Studenten außerordentliche Unterstützungen im Ausmaß von 5,5 Millionen Schilling gegeben. Das ist sicherlich begrüßenswert, aber wenn man die Studienbeihilfenbezieher in ihrer Zahl ansieht, so sehen wir, daß diese zwar mehr geworden, gemessen an den Studentenzahlen aber gesunken sind.

Wir wissen, daß Europa im internationalen Wettbewerb bei der Entwicklung und Beherrschung neuer Technologien ein wenig in Rückstand geraten ist, und leider — das ist heute hier schon gesagt worden — befindet sich auch Österreich in der drittletzten Gruppe.

Meine Damen und Herren! Wir sind, wollen wir den Anschluß nicht ganz verpassen, gezwungen, aufzuholen. Heute gibt es den Begriff der „industriellen Innovation“, die notwendig wird, um gegenüber Amerika und Japan nachzuziehen. Hier läge auch eine Herausforderung für Klein- und Mittelbetriebe,

denn diese wären nämlich imstande, differenzierte Leistungen in all diesen Bereichen mit einzubringen.

Wir reden doch immer davon, daß Universität, Industrie und Wirtschaft gemeinsam und sich gegenseitig unterstützend den neuen Techniken der Forschung und der Entwicklung, aber auch den Informationsdiensten gerecht werden müssen. Und ich meine, daß Ausreden eigentlich hier nicht gelten dürfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der menschliche Geist hat in allen Jahrhunderten bewiesen, daß er gestellten Anforderungen gewachsen ist. Letztlich haben hohe Intelligenz und der feste Wille, die drängenden Aufgaben für den Menschen positiv zu lösen, immer wieder zu den erstaunlichsten Resultaten geführt. Wir sollten mit Optimismus an die neuen Erkenntnisse in den technischen Fragen glauben. (Beifall bei der ÖVP.) 13.04

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Seel.

13.04

Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Meine Herren Bundesminister! Obwohl ich heute zum Unterrichtsbudget nicht zu sprechen habe, möchte ich doch zunächst einmal eine Anmerkung zur Darstellung des Abgeordneten Schäffer machen und richtigstellen, daß die SPÖ nie eine Eintopschule angestrebt hat, sondern eine umfassende Mittelschule, das heißt, daß die Gesamtschule mit Leistungsdifferenzierung immer ihr Ziel war. (Beifall bei der SPÖ.) Eine Schule, die in der Lage ist, bildungspolitisch motivierte Chancengleichheit und pädagogisch zu verantwortende Leistungsorientierung zu vereinen, und zwar aufbauend auf einer jahrzehntelangen Erfahrung mit einer Hauptschule, die sich als eine Art Gesamtschule bewährt hat, und aufbauend auf Jahren der Schulversuche.

Frau Abgeordnete Möst, gerade eine solche Schule wäre eines der wesentlichen Mittel, die Begabten wirklich zu finden und auch zu fördern. (Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Die undifferenziert geführte AHS-Unterstufe mit hohen Zugangsquoten aus der vierten Volksschule an zahlreichen Standorten gefährdet meines Erachtens das Niveau der Schulleistungen viel, viel stärker. Ich glaube, wir werden die Gesamtschule brauchen, um

Dr. Seel

die wirklich Befähigten richtig zu fördern. Ich glaube, diese Strategie hat Zukunft. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun aber zu den Überlegungen, die ich eigentlich vortragen wollte. Im Jahre 1985 werden die Aufwendungen des Bundes für Wissenschaft und Forschung — das wurde schon vorgetragen — um 8,9 Prozent ansteigen, das Hochschulbudget wird um 8 Prozent wachsen. Beide Werte liegen deutlich sowohl über den erwarteten Wachstumsraten des Inlandsprodukts als auch über der Expansion des Bundeshaushalts.

Diese Zahlen machen klar, daß die Politik der Budgetkonsolidierung in Österreich nicht durch einen undifferenzierten Sparkurs verfolgt wird, sondern daß notwendige Einsparungen und Zuwachsbeschränkungen auf der einen Seite mit notwendigen, wichtigen und sinnvollen Ausgabenschwerpunkten gekoppelt werden. Zu diesen Ausgabenschwerpunkten zählt neben den direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen auch 1985 wieder der Bereich von Wissenschaft und Forschung, in dem ja wichtige Investitionen für die Zukunft getätigt werden.

Es wird mit Hirn, aber nicht am Hirn gespart! Man braucht also keine Sorge zu haben. Hält man sich dies vor Augen, so ist die ablehnende Haltung der ÖVP zum Budgetkapitel XIV besonders unverständlich. Eine differenziertere Oppositionspolitik wäre hier dringend zu empfehlen. Es ist interessant, daß der Herr Abgeordnete Dr. Neisser die ablehnende Äußerung zum Budgetkapitel offensichtlich seinen Kollegen, die später reden, überlassen möchte.

Das Hochschulbudget steigt um rund eine Milliarde — das wurde ebenfalls schon zum Ausdruck gebracht. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung im Hochschulbudget wird von verschiedenen Seiten — mit mehr oder weniger Berechtigung — noch immer über zu geringe Mittel geklagt und Kritik angebracht.

Lassen Sie mich daher versuchen, den Komplex der Universitäten und Hochschulen im Budgetvoranschlag für 1985 einer Analyse zu unterziehen, soweit dies die zur Verfügung stehende Zeit zuläßt.

Die Universitäten und Hochschulen stehen meines Erachtens vor der Aufgabe, drei verschiedene Perspektiven des Wachstums und der Entwicklung zu bewältigen.

Erstens: Die Zahl der Studierenden steigt

noch weiter an; die rückläufigen Geburtenraten haben den Hochschulbereich eben erst erreicht. Der Effekt einer rückläufigen Studienanfängerzahl ist überhaupt noch nicht zu erwarten, da der prozentuelle Anteil der Maturanten am Altersjahrgang und damit der Studienanfänger steigt, ein Erfolg der langfristigen Bildungspolitik der SPÖ.

In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß sich auch die ÖVP zur Massenuniversität mindest in dem Sinne bekennt, daß sie nicht die Rückkehr zur Eliteuniversität auf ihre Fahnen schreibt.

Für die Sozialisten kann es angesichts einer größeren Zahl von Interessenten an höheren Bildungsabschlüssen nicht heißen: mehr und schärfere Selektion, um durch gleichbleibende Absolventenzahlen die Strukturen im Beschäftigungssystem zu erhalten, sondern durch eine größere Zahl höherqualifizierter Absolventen der Bildungseinrichtungen die Strukturen im Beschäftigungssystem durch Enthierarchisierung und verstärkte Partizipation der Arbeitnehmer zu verändern.

Der zweite Aspekt: Die erste Phase der Studienreform ist zwar in der Gesetzgebung abgeschlossen, noch nicht aber in ihrer Realisierung; Erweiterungen im Lehrbetrieb sind daher noch notwendig.

Und schließlich: Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen erweitern sich in einer Zeit, in der lebenslanges Lernen sowohl für die Erhaltung leistungsfähiger Arbeitskraft als auch für die Bewältigung der Aufgaben demokratischer Mitbestimmung durch alle Staatsbürger sowie für die Gestaltung der zunehmenden Freizeit und für die Vorbereitung auf eine immer länger werdende postberufliche Lebensphase unabdingbar erscheint.

Zunächst zum ersten Problembereich. Die für 1985 prognostizierten Studienanfängerzahlen werden sicher eintreten, wenn nicht sogar leicht überschritten werden. Die Gesamtzahl der Studierenden erhöht sich noch stärker. Der Grund dafür ist, daß eine größere Zahl der Studierenden als früher nach dem ersten Abschluß mit der Diplomprüfung an der Universität verbleibt und ein postgraduales Studium, insbesondere als Doktoratsstudium, betreibt.

Der Zuwachs bei den Studierenden macht erhöhte Sozialaufwendungen notwendig, sie steigen von 616,3 Millionen auf 652,5 Millionen im nächsten Jahr. Insbesondere wird der Betrag für die Studienförderung von 500 Mil-

6182

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Seel

lionen auf 525 Millionen angehoben, und die Studienunterstützungen steigen von 5,5 auf 7,5 Millionen Schilling.

Die unbeabsichtigte Benachteiligung von Studenten durch die Novellierung des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes im vergangenen Winter, durch die ihnen die für den zweiten Studienabschnitt anrechenbare Absolvierung von Lehrveranstaltungen und Prüfungen vor Ablegung der ersten Diplomprüfung ermöglicht wurde, wird durch eine kleine Novelle des Studienförderungsgesetzes 1983, die morgen dem Hohen Haus vorgelegt werden wird, behoben werden.

In Zukunft wird das Toleranzsemester, das das Studienförderungsgesetz für die Ablegung der Diplomprüfungen vorsieht, nicht verlorengehen.

Interessant ist, daß von 1979/80 bis 1982/83 der Anteil der Erstinskribierenden, die ihr Studium auf Grund einer Berufsreifeprüfung oder einer Studienberechtigungsprüfung aufgenommen haben, von 0,6 auf 1,2 Prozent der Studienanfänger angestiegen ist.

Diese Öffnung der Universität für Menschen, die sich durch qualifizierte berufliche Tätigkeit die Reife erworben haben über einen dritten Bildungsweg, ist zwar zahlenmäßig noch immer von geringem Gewicht, stellt jedoch eine bildungspolitisch bedeutsame Einrichtung dar. Sie hebt Bildungssackgassen auf und gibt allen Interessierten und Befähigten eine Studienchance.

Für die Durchführung von Vorbereitungskursen für die Studienberechtigungsprüfung sind auch 1985 wieder 2 Millionen Schilling veranschlagt.

Ich möchte mich nun dem zweiten Bereich, der Neuordnung der Studien an den Universitäten, zuwenden. Die Studienreform mit ihrer Gliederung nahezu aller Universitätsstudien in berufsvorbildende, auch auf den Beruf des Wissenschaftlers vorbildende Diplomstudien und darauf aufbauende forschungsorientierten postgraduale Doktoratsstudien hat im Bereich der Diplomstudien zur Erhöhung der Zahl der Pflichtlehrveranstaltungen geführt und den Anteil der personalaufwendigen Lehrveranstaltungen stark vermehrt.

Man hat diese Entwicklung mit dem Vorwurf der Verschulung der Universität kritisiert. Heute hört man diesen Vorwurf selten, vielmehr wird die Forderung nach immer mehr Lehrveranstaltungen und damit nach

immer mehr remunerierten Lehraufträgen mit besonderem Nachdruck vorgetragen.

Man muß eine differenzierte Betrachtung vornehmen. Eine effiziente und zeitökonomische Gestaltung des Universitätsunterrichts — ich verwende diesen Ausdruck bewußt — ist nicht nur mit der großen Zahl der Studierenden — Stichwort Massenuniversität — zu begründen, vielmehr fordern auch die fortschreitende Spezialisierung der Forschung und ihre immer anspruchsvoller und vielfältigeren Methoden eine systematische Heranführung der Studierenden zu einem Status, der ihnen erlaubt, an der direkt aus der Forschung erfließenden Lehre überhaupt erst teilzunehmen. Diese Aufgabe ist im Diplomstudium zu leisten; es ist daher zu Recht lehrintensiv.

Trotzdem sollte man in einer zweiten Phase der Studienreform immer auch nachfragen, ob nicht doch das eigenständige und eigenverantwortliche Lernen der Studenten da und dort wieder stärker zu seinem Recht kommen könnte, verbunden mit einer Reduzierung der Zahl der Pflichtlehrveranstaltungen.

In diesem Zusammenhang ist auf die Frage der remunerierten Lehraufträge schon eingegangen worden; ich kann mir dazu eine Stellungnahme ersparen.

In der Höhe der remunerierten Lehraufträge kommt jedoch auch ein Problem des Dienstrechts der Universitätslehrer mit zum Ausdruck, wenn man etwa sieht, daß 37 Prozent der Assistenten solche remunerierten Lehraufträge dauernd wahrzunehmen haben. Sie können nämlich auf Grund der bestehenden dienst- und organisationsrechtlichen Bestimmungen nicht anders zur selbständigen Lehre an der Universität herangezogen werden.

Auch die Studienreform — nicht nur die Organisationsreform — läßt daher die Dienstrechtsreform dringlich erscheinen. Neben dem Problem der Vermittlung der Interessen der Assistenten an mehr sozialer Sicherheit und der Interessen der Universität, auch künftig qualifizierten Absolventen Chancen für eine Tätigkeit an der Universität zu sichern, neben diesem Problem also wird man daher der Frage einer auf die Qualifikationsstufe abgestimmten Lehrverpflichtung der Assistenten besonderes Augenmerk schenken müssen. Es stellt doch die Befähigung zur Lehre neben der Befähigung zur eigenständigen Forschung ein Kriterium des Habilitationsverfahrens dar.

Dr. Seel

Die Studienstruktur erfordert meines Erachtens aber auch die Spezialisierung eines Teils der Assistenten im Bereich der Lehre überhaupt. Man könnte sich vorstellen, daß bei ihnen Nachweise hochschuldidaktischer Bemühungen die Habilitation anderen Typs ersetzen könnten. Es ist zu begrüßen, daß der Herr Bundesminister die Verhandlungen über das neue Hochschullehrerdienstrecht im ablaufenden Jahr vorangetrieben und für das Frühjahr 1985 eine Regierungsvorlage angekündigt hat.

Auf die Vermehrung der Planstellen hat Kollege Nowotny hingewiesen. Ich möchte, um dem ständigen Vorwurf der ÖVP oder wenigstens einiger ihrer Vertreter, dem Vorwurf der Aufblähung des Beamtenapparats in Österreich, entgegenzutreten, auch heuer wieder den Herrn Abgeordneten Schäffer zitieren — so wie ich das letztes Jahr getan habe —, der gemeint hat: „Durch die Nichtunterscheidung der Beamtengruppen, zum Beispiel Lehrer, Sozialdienst, Krankenschwestern und eventuell Exekutive, wird grundsätzlich jede Vermehrung als ein Aufblähen der Verwaltung gesehen.“ Vielleicht wird Herr Abgeordneter Schüssel darauf eingehen, wenn er am Schluß dieser Debatte zu Wort kommt.

Als einer der letzten Bereiche der ersten Phase der Studienreform ist die pädagogische Ausbildung der Studierenden für das Lehramt zu vollziehen. Die Verbindung der Universität und der Schule als Lernorte hat Schwierigkeiten gebracht; diese sind jedoch weitgehend beseitigt.

Ich appelliere an die beiden Herren Bundesminister, sich um die Lösung der noch offenen studien- und besoldungsrechtlichen Fragen zu bemühen. Insbesondere steht die Regelung der Abgeltung der Lehrer für die Leitung der Übungsphase des Schulpraktikums noch aus.

Die Doktoratsstudien stehen im engeren Zusammenhang mit den Forschungsschwerpunkten der Universitätsprofessoren und Universitätsdozenten, sie sind daher weniger lehr- als betreuungsintensiv. Mit dieser Überlegung möchte ich mich kurz auch noch dem Bereich der Forschung an den Universitäten zuwenden; er erscheint ja im Bundesvoranschlag nicht sehr transparent.

Der Anteil der Beschäftigten an den Universitäten im Tätigkeitsbereich Forschung und Entwicklung wurde 1983 mit 4 494 Vollzeitäquivalenten ermittelt.

Beim Budgetansatz 1/14208, also bei den Aufwendungen im Bereich der Universitäten — diese steigen insgesamt um 18 Prozent —, kommt es zu einer Umstrukturierung, die die Bestimmung der Ausgaben für Forschung und Lehre erschwert.

Waren bisher die Unterrichts- und Forschungserfordernisse global ausgewiesen und wurden in dieser Form als ordentliche Dotationsen über die Universitäten und Fakultäten an die Institute weitergegeben, so wurden im Bundesvoranschlag 1985 diese Beträge in der Orientierung an den Erfolgzzahlen 1983 auf die einzelnen Verrechnungsposten aufgeteilt. Diese Maßnahme dient zweifellos der Budgetwahrheit, ob sie auch im Interesse der praktischen Arbeit an der Universität ist, wird sich noch weisen.

Zum dritten Gesichtspunkt. In den letzten Jahren haben sich die Universitäten auch verstärkt Aufgaben im Bereich der Weiterbildung zugewendet. Unter Weiterbildung sollen dabei alle die Bildungsbemühungen verstanden werden, die sich auf Menschen beziehen, die ihre primäre Schul- und Berufsausbildung abgeschlossen haben und ins Berufsleben eingetreten sind. Sie umfaßt Fortbildung, Umschulung und allgemeinbildende Erwachsenenbildung.

Das Wort von der Öffnung der Universitäten findet sich hier in einer weiteren Bedeutung. Nun geht es nämlich um die universitäre Weiterbildung, in der, wie es der Herausgeber der „Österreichischen Hochschulzeitung“ unlängst charakterisierte, „die Auseinandersetzung wissenschaftlichen Wissens mit Praxisfeldern — Betrieben, Administration, Schule und Privatleben — geschieht“. Im Zitat des Herrn Bundesministers lautet das folgendermaßen: „Das Verhältnis von Wissenschaft und Universität einerseits und allen Bereichen der Gesellschaft andererseits muß daher im Sinne von Kooperation und gegenseitiger Befruchtung neu gestaltet werden.“

Die Initiativen der Universitäten in diesem Bereich sind beträchtlich: Absolventenfortbildung und universitäre Berufsausbildung werden angeboten. Es ist vor kurzem wieder ein Wegweiser für diesen Bereich veröffentlicht worden.

Zunehmend Beachtung findet auch das Seniorenstudium, das im Studienjahr 1983/84 2 359 Interessenten angesprochen hat.

Schließlich wendet sich die Universität aber auch zunehmend der traditionellen Erwachse-

6184

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Seel

nenbildung zu. Damit wird eine Tradition erneuert, die in der Folge der Universitätsausdehnungsbewegung in England im vorigen Jahrhundert mit den Bemühungen um die volkstümlichen Universitätsvorträge der Universität Wien bereits 1893 begann.

Allerdings ging nach dem Ausbau eigenständiger Einrichtungen der Volksbildung ihre Bedeutung zurück. Heute gilt jedoch die zunehmende Abhängigkeit der Entscheidungen politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Art von wissenschaftlichen Aussagen, Analysen oder Gutachten. Dies verpflichtet die Universität, ihre Forschungsergebnisse, ihr erarbeitetes Wissen zu verbreiten und verständlich zu machen.

Bei dieser Popularisierung von Wissen und Wissenschaft kann sich die Universität nicht auf die Aufforderung durch die etablierten Institutionen der Erwachsenenbildung verlassen, sondern muß selbst durch das Anbieten von Vortragsreihen, Kursen und Diskussionsveranstaltungen aktiv werden.

Die Wissenschaft muß selbst Verantwortung dafür übernehmen, daß ihre Problemstellungen und Problemlösungen einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Erwachsenenbildung ist — anders als die Bildungsbemühungen in der Kinder- und Jugendschule — Reflexion auf eine schon vorliegende und insofern vertraute, wenn auch nicht vollständig begriffene Lebenspraxis. Sie ist Aufklärung einer Lebenspraxis.

Diese Lebenspraxis zeigt heute einen ambivalenten Wissenschaftsbegriff. Nach der Wissenschaftsgläubigkeit der Vergangenheit breitet sich heute eine Wissenschaftsskepsis aus. Die Ursachen zu analysieren, würde hier zu weit führen. Die Aufgabe der Universität ist es, durch Wissenschaft zu bilden. Dazu gehört, Nichtwissenschaftlern das richtige Bild der Wissenschaft zu vermitteln. „Denn wer die Grenzen der wissenschaftlichen Erkenntnis nicht kennt, wird die Wissenschaft falsch gebrauchen oder Falsches von ihr erwarten und enttäuscht werden. Er wird zu ihrem Feind, weil er ihr die Folgen des Mißbrauches oder die Fehlerwartungen anlastet. Diese Haltung kann für eine auf Verständlichkeit und Verständigung angewiesene Welt politisch gefährlich werden“, so formulierte es der deutsche Erziehungswissenschaftler Hartmut von Hentig.

Die Wichtigkeit der Kooperation zwischen

Universitäten und den Erwachsenenbildungsinstitutionen wird indirekt bestätigt, wenn man die Projekte der Entwicklungsplanung für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung in Österreich untersucht, für welche im Bundesvoranschlag 1985 weitere 5 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Diese Projekte dienen nämlich vorwiegend der Entwicklung und Optimierung von Institutions- und Organisationsstrukturen, nicht aber der currikularen, der inhaltlichen Entwicklung, der Gestaltung des Programms.

Aktionen wie „Die Universität Wien geht auf das Land“ sind daher in hohem Maße zu begrüßen. Im Budget findet dieser Aufgabenbereich der universitären Erwachsenenbildung noch wenig Ausdruck. Die Ausgaben für das Fernstudieninstitut und die Kosten der Sommerhochschule der Universität Wien sind zu nennen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß das quantitative und qualitative Wachstum der Universitäten und Hochschulen die überdurchschnittlichen Zuwächse im Budget mehr als rechtfertigt.

Ich möchte jedoch gleichzeitig den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung bitten, diese Politik auch in Zukunft fortzusetzen und auch im Bundesvoranschlag für 1986 ähnliche Zeichen zu setzen.

Dem Kapitel 14 des Bundesvoranschlages 1985 kann die sozialistische Fraktion jedenfalls gerne zustimmen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 13.29

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Fischer. Ich erteile es ihm.

13.29

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige Stellungnahmen zu den ersten viereinhalb Stunden Debatte über die Budgetkapitel Wissenschaft und Forschung einerseits und Unterricht und Kunst andererseits, wozu Kollege Moritz Stellung nehmen wird.

Erstens freue ich mich darüber, daß von Sprechern aller drei Fraktionen die Budgetsteigerung von etwa 8,9 Prozent im Bereich Wissenschaft und Forschung anerkannt worden ist. Es ist weder eine Selbstverständlichkeit, daß dieser Vorrang im Budget erreicht werden konnte, noch ist es eine Selbstver-

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

ständlichkeit, daß das anerkannt wird. Umso mehr freue ich mich darüber, weil das natürlich den Spielraum für eine positive Entwicklung im Bereich der Forschung, der Universitäten, der Museen, der Bibliotheken und des Denkmalschutzes erweitert, und das ist ja unser gemeinsames Anliegen in diesem Haus.

Zweitens, meine Damen und Herren, hat Kollege Neisser auch das oft verwendete Stichwort „Massenuniversität“ gebraucht. Objektiv gesehen ist es natürlich richtig, es hat sich die Zahl der Studierenden in starker Weise vermehrt. Erst gestern hat es eine sehr interessante Diskussion, eine Enquête der Industriellenvereinigung gegeben. Aber von welcher Seite auch immer man an diese Diskussion herangeht, letzten Endes lautet der Kernsatz: Unser Land kann es sich nicht leisten, auf Begabungen zu verzichten, und unser Land kann es sich nicht leisten, jene, die die höchste Form der Berufsvorbildung und der wissenschaftlichen Ausbildung anstreben, in irgendeiner Weise abzuweisen! — Das tun andere Staaten, aber ich glaube, sie tun damit nicht etwas Gutes, schon gar nicht etwas Besseres als wir.

Wie immer nun die Terminologie lautet, ob Sie das „Massenuniversität“ nennen oder „Offene Universität“, die Entwicklung an sich ist etwas Positives, wobei hinsichtlich der Zahlen ja noch etwas überlegt werden muß: ob wirklich heute relativ viele studieren, oder ob nicht umgekehrt früher relativ wenige studiert haben. Ich bitte, einmal auch diese Sicht der Dinge in Erwägung zu ziehen; die überproportionalen Steigerungsraten in Österreich können auch so betrachtet werden.

Nach wie vor ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium etwas, was nicht nur die persönliche Qualifikation vermehrt, sondern auch die Berufschancen, die Einkommenschancen und die Lebenschancen insgesamt.

Drittens: Die Qualität der Hochschulen hängt selbstverständlich unter anderem von der Qualität der Professoren ab, daher kommt den Berufungsverhandlungen große Bedeutung zu.

Kollege Dr. Neisser hat einen Berufungsfall aufgegriffen, in dem das Verfahren seiner Meinung nach zu lange dauert. Ich habe mir das vorlegen lassen, und ich darf hiezu folgendes berichten:

Richtig ist, daß die ersten beiden Kandidaten aus diesem Berufungsvorschlag abgesagt haben. Was den dritten Kandidaten betrifft —

jetzt bitte ich, auch auf die Frage der Entscheidungsschnelligkeit zu achten —, ist mir von der zuständigen Abteilung beziehungsweise letztlich vom zuständigen Sektionschef am 5. Oktober der betreffende Akt vorgelegt worden. In diesem heißt es: Gegen den dritten und nunmehr letzten im Vorschlag genannten Kandidaten werden vom Vorsitzenden der Berufungskommission gravierende fachliche Bedenken geltend gemacht — Schreiben vom Soundsovielten —, die im Hinblick auf die Beschreibung des Genannten im Endbericht der Kommission nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen. — Es wird vorgeschlagen, zwei ausländische Gutachten einzuholen, weil der betreffende dritte Kandidat nicht habilitiert war, ja nicht einmal eine Dissertation geschrieben hat. Ich muß das ja auch von der anderen Seite her sehen, damit man nicht sagt: Da wird jemand, der gar nicht habilitiert ist, berufen!

Ich habe den Akt noch am gleichen Tag abgezeichnet. Wir wollen jetzt diese Gutachten abwarten. Ich glaube, das ist eine leicht aufklärbare und sachlich durchaus vernünftige Vorgangsweise.

Ich füge noch folgendes hinzu: Von den knapp 1 200 Lehrkanzeln, die es derzeit in Österreich gibt, sind 88 vakant, also 7,5 Prozent. Vor 1970 ist die Zahl der Vakanz noch zwischen 15 und 20 Prozent gelegen.

Die durchschnittliche Dauer der Vakanz — und das ist meistens identisch mit der durchschnittlichen Dauer des Berufungsverfahrens — liegt bei 252 Tagen. Vor 1970 lag sie bei etwa 340 Tagen.

Das heißt, wir bemühen uns, so wenig Lehrkanzeln wie möglich vakant zu halten, und wir bemühen uns, die Berufungsverfahren so rasch wie möglich abzuwickeln.

Vierter Punkt: Es wird immer wieder darauf hingewiesen — und ich bin dankbar für solche Hinweise —, daß man doch auch den Universitäten gewissermaßen Hilfe zur Selbsthilfe geben soll, damit man ihnen die Beschaffung von Eigenmitteln ermöglichen kann.

Nur bitte ich auch um den nächsten Schritt, nämlich öffentlich zu sagen, daß das heute schon praktiziert wird und daß wir diese Praxis begrüßen und unterstützen. Ich lade auch von dieser Stelle die Öffentlichkeit ein, den Universitäten die Möglichkeit zu geben, in ihrer eigenen Verantwortung auf Grund von Spenden, von Zuwendungen et cetera das zu

6186

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

tun, was sie von ihrem wissenschaftlichen Standpunkt her für das Wichtigste halten.

Ich mache darauf aufmerksam, auf diese Art werden im nächsten Jahr, 1985, nach unseren Schätzungen voraussichtlich etwa 290 Millionen Schilling den Universitäten zufließen, die die Universitäten autonom verwenden können. Es gibt dabei übrigens auch keinen Jahreskreditverfall wie etwa bei Budgetmitteln und es gibt heute schon steuerliche Begünstigung. Die Öffentlichkeit und alle, die so wie in anderen Ländern aus dem einen oder anderen Grund bereit sind, steuerlich begünstigt einer Universität, einem Institut, einer Fakultät etwas zu spenden, sollen wissen, daß das möglich ist.

Ich kann nur noch einmal appellieren, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Wir sind dafür in jeder Weise dankbar. In einigen Fällen habe ich das auch selbst organisiert, habe dann auch reizende Briefe von den betreffenden Ordinarien oder Dekanen bekommen, aber das kann ja nicht nur meine Aufgabe sein. Da muß wirklich die Öffentlichkeit einspringen und bereit sein, so wie in anderen Ländern etwas zu tun.

Dann zur Stipendienfrage. Meine Damen und Herren! Eine meiner ersten Aufgaben, als ich als Jurist in den sechziger Jahren im Parlament zu arbeiten begonnen habe, war, einen Initiativantrag für die Abgeordneten Mark, Neugebauer und Genossen betreffend die gesetzliche Verankerung der Studienförderung zu erstellen. Der ist im Jahr 1963 auch eingebbracht worden; ich glaube, es war der Antrag 11/A aus 1963.

Ich bekenne mich uneingeschränkt zum Prinzip des Rechtsanspruchs auf Studienförderung bei Vorliegen eines günstigen Studienfolges, denn dieses Leistungskriterium ist notwendig, wenn man will, daß die Öffentlichkeit Budget- und Steuermittel zur Verfügung stellt (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*), ebenso muß soziale Bedürftigkeit vorliegen.

Ich bin auch froh, daß sich diese Stipendienausgaben von 120 Millionen Schilling im Jahr 1970 zu 468 Millionen im Jahr 1983, zu 500 Millionen im Jahr 1984 und zu 525 Millionen, im Jahr 1985 budgetiert, entwickelt haben.

Das ist eine beachtliche Leistung der österreichischen Öffentlichkeit für Stipendien, die man nicht geringschätzen darf und die auch Studenten nicht geringschätzen sollen, wenn man bedenkt, wie stark da der Steuerzahler,

alle Österreicher quasi ihren Beitrag leisten, daß unsere Studierenden auf diese Art finanziell unterstützt werden, und zwar heuer mehr denn je in der Geschichte der Universitäten und nächstes Jahr noch mehr. Das muß doch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*.)

Das hat übrigens auch dazu geführt, daß die durchschnittliche Studienbeihilfe von 27 300 S in Studienjahr 1982/83 auf 30 400 S im Studienjahr 1983/84 gestiegen ist. Und wir werden — ich wurde darum gefragt — im nächsten Frühjahr dem Parlament eine weitere Stipendiennovelle vorlegen, um wiederum die Inflationsabgeltung vorzunehmen, wie das auch andere Gruppen der Bevölkerung haben, außerdem werden wir noch manche Verbesserung vornehmen. Diese neue Regelung soll dann mit Beginn des Herbstsemesters 1985 in Kraft treten. Das ist ein ganz konkreter Termin, den ich heute schon ankündigen kann.

Kollege Neisser! Wenn Sie sagen: Sehr viel kann in der neuen Novelle nicht drinnen sein, denn im Budget sind „nur“ — Anführungszeichen vorn und Anführungszeichen hinten — 525 Millionen vorgesehen!, dann muß ich antworten: Budgetieren kann ich natürlich nur auf Grund der jetzigen Rechtslage! — Ich kann ja nicht von einem fiktiven künftigen Stipendiengesetz ausgehen, sondern so, wie das immer in der Vergangenheit war, wird dann, wenn der Nationalrat konkrete Entscheidungen beschlossen haben wird, auch die entsprechende budgetäre Vorkehrung — es ist dies ja eine gesetzliche Verpflichtung! — vorgenommen werden.

Ich sage ein Ja zu den Stipendien, ich sage ein Ja zu einer Erhöhung der Stipendien. Ich werde mich bemühen, die sozialen Kriterien noch exakter zu fassen, um Ungerechtigkeiten, auf die wir von der Öffentlichkeit und von einzelnen Bürgern immer wieder aufmerksam gemacht werden, so weit wie möglich zu vermeiden. Aber ich sage auch ein Ja, daß eine gewisse Leistungsanforderung im Studium und an der Universität — und nicht nur bei anderen Aktivitäten — erforderlich ist, um diesen Rechtsanspruch auf Stipendien zu begründen. Soviel dazu. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*.)

Meine Damen und Herren! Ein paar Sätze zum Thema Forschung. Ich möchte etwas herausgreifen — wir haben ja den Forschungsbericht heuer schon verhandelt, und dieser wurde, wofür ich auch dankbar bin, was ich registriert habe, einstimmig genehmigt, und das ist eine gewisse Verpflichtung, sich in diesem Bereich besonders anzustrengen —, es

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

ist zum Beispiel folgendes passiert: Es hat eine Tagung über Forschungsentwicklung in Österreich und in vergleichbaren Staaten stattgefunden. Über diese Tagung ist auch in der Presse berichtet worden, die Presse hat berichtet, daß Österreich im Forschungsbereich im internationalen Vergleich in die dritte und schlechteste Kategorie der europäischen Staaten abgerutscht ist. Diese Meldung hat die Presse gebracht, und diese Meldung wird immer wieder zitiert, obwohl sie einen Schönheitsfehler hat: Sie ist falsch.

Der zuständige Leiter der Forschungssektion des Ministeriums hat an Professor Komarek einen Brief geschrieben und gesagt: Herr Präsident Komarek, das stimmt ja gar nicht. Erstens einmal ist Österreich nicht abgerutscht. Zweitens gibt es nicht drei, sondern vier dieser Kategorien. Österreich befindet sich nach wie vor in der dritten Kategorie in durchaus vergleichbarer Umgebung; ich werde Ihnen dann ein paar Zahlen nennen.

Natürlich, Herr Professor Komarek hat geantwortet, daß er das und jenes gesagt hat, aber nicht das, was die Presse daraus gemacht hat: „Wie Sie selbst wissen, kommt es zu bedauerlichen, aber verständlichen Kürzungen und auch Fehlern, die aber in dem von uns allen geschätztem System einer freien, nicht kontrollierten Presse unvermeidlich sind.“

In der Tat, es kommt zu Fehlern, und ich werde damit nicht das Kind der freien Berichterstattung mit dem Bade ausgießen — ist ohnehin klar —, aber Sie sollen nur sehen, wie sehr solche Fehler dann fast unausrottbar sind und nicht korrigiert werden.

In dem gleichen Brief — und ich nehme an, Kollege Neisser hat vielleicht sogar eine Kopie davon bekommen — wird ausdrücklich auf die großen Bemühungen und Erfolge des Wissenschaftsministeriums in diesem Bereich verwiesen: Ihre Hilfe und Ihre konstruktive Haltung ist lobenswert und lobend stets hervorgehoben worden. „Die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist zur Zeit optimal“, schreibt Professor Komarek erfreulicherweise.

Ich danke ihm von dieser Stelle aus dafür. Ich habe halt nur das Pech, daß zwar die Falschmeldung über das Absinken Österreichs in die dritte Kategorie gebracht wird, aber ich mit der Ausführung, die derselbe Professor Komarek macht: „Die Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium ist zurzeit optimal“, weniger leicht durchkomme.

Da ich zum Teil ein optischer Typ bin, habe ich folgendes gemacht: Heute ist die Schweiz als Vorbild bezeichnet worden. In der Tat, die Forschungsausgaben in der Schweiz sind höher als in Österreich. Aber die OECD-Statistik, die die Vergleiche 1970 bis 1981 bringt — und ich beziehe mich jetzt auf diesen langen Zeitraum, damit möglichst objektiv verglichen wird —, die OECD-Statistik schaut so aus (*zeigt Graphik vor*): Die Ausgaben der Schweiz sind die rote Linie, das heißt, diese hatte schon im Jahre 1970 2,3 Prozent, 1981 ist sie ebenfalls in dieser Nähe. Absolutsteigerung: nur 1 Zehntelpunkt, Relativsteigerung: 1,8 Prozent.

Dänemark, eine parallele Entwicklung: keine wirkliche Steigerung bezogen auf das Bruttonationalprodukt. Überall steigen sie in absoluten Zahlen, aber bezogen auf das Bruttonationalprodukt bleiben sie relativ gleich.

Da ist Finnland, ein relativ vergleichbares Land. Da ist Norwegen, da ist Italien: absolute Steigerung 0,13, relative 14,8. Da sind die Niederlande.

Und jetzt werde ich Ihnen Österreich heraussuchen. Da ist die Kurve. Absolute Steigerung, zugegeben von einem niedrigeren Ausgangspunkt im Jahr 1970, nur, ohne mich an jemandem abputzen zu wollen, für die Prozentsätze des Jahres 1970 kann diese Bundesregierung bestimmt nichts, sondern das war eine Herausforderung (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*), das war eine Aufgabe, die wir vorgefunden haben und die dazu geführt hat, daß seit 1970 die Ausgaben absolut um 0,55 Prozentpunkte und relativ, weil es eben früher ziemlich wenig war, sogar um 90 Prozent gestiegen sind.

Ich nenne beide Werte, denn Sie wissen ja, daß bei Tabellen, bei Statistiken oft, je nachdem, wie man es braucht, einmal die eine absolute, einmal die andere relative Steigerung verwendet wird.

Das ist jedenfalls die Entwicklung in Österreich. Ich habe alle anderen europäischen Länder auch da. Da ist jene in Frankreich, absolut praktisch keine Steigerung. Relativ günstig liegt die Bundesrepublik Deutschland, aber auch nicht so günstig wie Österreich. Das sind einige Zahlen zu der Forschungsentwicklung im langfristigen Bereich 1970 bis 1981 laut OECD-Statistik.

6188

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

Meine Damen und Herren! Es gibt natürlich die Möglichkeit, zum Beispiel folgenden Vergleich zu machen: Man nehme als Vergleich die Ausgaben des Forschungsförderungsfonds im Jahr 1975. Das ist eine Zahl, die kenne ich. Das ist eine der wenigen Zahlen, die keine Steigerung ergibt, weil im Vergleich zu früheren Jahren auch die Ausgabe für den Forschungsförderungsfonds steigt, ebenso im Vergleich zu späteren Jahren. Aber in der Mitte und in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat eine zusätzliche Finanzierung durch die Nationalbank eingesetzt, daher ist das eine Zahl, die man präsentieren kann, um zu sagen, da gab es keine prozentuelle Steigerung. Aber da muß man wirklich sehr lange Berechnungen anstellen, bis man eine Zahl findet, über die man diese Behauptung aufstellen kann.

Ich freue mich übrigens über einen weiteren Brief des Präsidenten Komarek vom Fonds zur Förderung der Forschung, und zwar schrieb er nach Beschußfassung des Budgets und des Budgetüberschreitungsgesetzes: „Darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, meinen schon informell ausgesprochenen Dank neuerlich wiederholen. Es ist Ihrer besonderen Bemühung und Ihrem Verständnis zu danken, daß der FWF seine Förderungstätigkeit des Jahres 1984 im eingeschränkten, aber geplanten Maße aufrechterhalten kann.“

Ich möchte nur sagen und dem Parlament berichten, daß wir mit den beiden Fonds und überhaupt mit der Forschung in Österreich in einer guten Harmonie und in einer guten Zusammenarbeit leben, ohne zu behaupten, wir könnten nicht mehr brauchen, ohne zu behaupten, wir müssen uns nicht auch in der Zukunft anstrengen, ohne zu behaupten, es gebe nicht Forschungsbereiche, für die ich liebend gern mehr tun würde, aber für die ich keine ausreichenden Mittel habe. Natürlich. Aber die Gesamtentwicklung, die Tendenz in Österreich ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und im Vergleich zur Zeit vor 1970 eine, die insgesamt, glaube ich, eine positive ist und bejaht werden kann. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ein paar Punkte noch. Das Thema Waldsterben; außerordentlich wichtig. Frage: Passiert dort Ankündigungspolitik? — Darf ich auch dazu etwas sagen.

Wir werden mit unseren Forschungsmöglichkeiten und Forschungskapazitäten vom Wissenschaftsministerium her allein das Pro-

blem nicht binnen drei Jahren lösen können. Wir versprechen der Öffentlichkeit nicht — wir wären Scharlatane, wenn wir es täten —: Laßt uns noch ein bißchen forschen, und dann ist das Problem vom Tisch.

Aber: Das ist ein Problem, das international angegangen werden und zu dessen Lösung man von den verschiedensten Seiten her einen Beitrag leisten muß: von der Industrie her, vom Verkehr her, von der öffentlichen Meinung her, von der Bewußtseinsbildung her und natürlich auch von der Forschung her.

Um diesen Beitrag der Forschung bemühen wir uns. Wir haben im Sommer und Herbst heurigen Jahres acht weitere Forschungsprojekte bewilligt. Bis zum Ende des Jahres 1984 wird das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung insgesamt 25 Forschungsaufträge mit einem Volumen von 16 Millionen Schilling aus Steuergeldern, aus Mitteln der Auftragsforschung erteilt haben, und das betrachten wir als unseren konkreten, wichtigen Beitrag, von der Forschungsseite her dem Waldsterben beizukommen. In diesem Sinne werde ich auch der Regierungsklausur im Jänner berichten und überhaupt berichten über unsere Forschungsaktivitäten im Bereich Umwelt und Umweltforschung. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Darf ich noch ein Letztes aus der Diskussion beantworten: ob die Förderung bezüglich Mikroelektronik optimal organisiert ist. Wenn Kollege Blenk zu Wort kommt, dann freue ich mich, daß ich schon zurückgreifen kann auf unsere Sitzung der Forschungskonferenz, die am Freitag der vergangenen Woche stattgefunden hat. Anläßlich dieser Sitzung haben Professoren wie Paschke und andere doch sehr detailliert, Kollege Blenk, über diese Mikroelektronikkonzeption berichtet. Es hat sich herausgestellt, daß eine gute Verbindung zwischen Ministerium, Hochschule und Praxis aufgebaut wurde, daß wir mühelos zehn Schwerpunktbereiche in Österreich aufzählen können — Wien, Graz, Linz, Leoben —, wo intensiv und international konkurrenzfähig geforscht wird.

Kollege Neisser hat die Frage gestellt, ob das Bewilligungsverfahren — nicht für die Grundlagenforschungsförderung, sondern für die Fertigungsförderung, für die konkrete Anwendung — nicht zu bürokratisch ist, ob man das nicht anders hätte konstruieren können. Dazu darf ich sagen: Wir haben in diesem sehr guten Arbeitsteam, das das Ganze vorbereitet hat, diese Lösung gefunden. Das

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Fischer

Wissenschaftsministerium wird da gar nicht bürokratisch agieren, sondern nur die zuständigen und notwendigen Gutachten anfordern.

Die Überlegung, ob nicht das Ganze noch besser vom Fonds hätte administriert werden können, ist, wie mir berichtet wurde, deshalb nicht weiterverfolgt worden, weil der Fonds vom Forschungsorganisationsgesetz her ein Instrument der Forschungsförderung ist, während es hier um Fertigungsüberleitung, um wirtschaftliche Förderung in so hohem Maße geht, daß man gemeint hat, das liege außerhalb der Kompetenz des Fonds. Ich habe zum Fonds volles Vertrauen. Wir haben ein gutes Verhältnis mit dem Fonds, wir arbeiten gut zusammen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Idee eines Technologieparks in Wien gute Fortschritte macht, daß sich diese Einrichtung durchsetzen wird.

Ich habe einen Artikel im „Spiegel“ nicht übersehen, wo ein bißchen spöttisch geschrieben wurde, daß in der Bundesrepublik Deutschland jeder mittelmäßige Kommunalpolitiker schon seinen eigenen Technologiepark haben will. — Dann gehen natürlich entsprechend viele schief und flöten, und es wird nichts daraus. Da müssen wir aufpassen. Aber zwei, drei Schwerpunkte: Wien beim Arsenal, eventuell oberösterreichischer Raum, eventuell Leoben, das sind Bereiche, wo sich das wirklich auszahlt, wo die Infrastruktur vorhanden ist, wo das Wissenschaftsministerium nach besten Kräften mithelfen wird.

Kollege Präsident Stix hat auf die internationale Zusammenarbeit und ihre Bedeutung hingewiesen; ich darf das nur unterstreichen. Das ist auch ein Bestandteil unserer Bemühungen.

Was das Mikroelektronikkonzept betrifft, hätte ich gerne möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu der Eröffnung des Mikroelektronikwerks von Siemens in Villach eingeladen. Das ist wirklich europäische Spitze, mit diesem Werk kann man sich wirklich sehen lassen. Es hat einen Standard, der ganz unglaublich ist. Ich will Sie nicht mit technischen Details belasten und belästigen, aber ich kann Ihnen versichern, die Firma Siemens hätte dieses Werk bestimmt nicht nach Österreich, nach Villach gebracht, wenn sie nicht der Überzeugung wäre, daß hier ein entsprechendes Klima besteht, daß hier gut ausgebildete Techniker vorhanden sind, daß auch die Forschung vorangetrieben werden kann

und daß es eine gute Investitionsentscheidung ist, diesen riesigen Betrag in Österreich zu investieren. In diesem Sinne werden wir uns weiter bemühen.

Von Kollegen Nowotny ist dankenswerterweise die Frage der Lehraufträge dargestellt worden. Das erspart es mir, auf diese Entwicklung noch einmal einzugehen.

Der Kollegin Möst möchte ich versichern: Sparen und dennoch Vorrang für Wissenschaft und Forschung stehen natürlich in einem gewissen Spannungsfeld zueinander. Wir überlegen auch immer die Aspekte des Spars, wie man sparen und dennoch dort, wo es notwendig ist, entsprechende Förderungsmaßnahmen setzen kann. Wenn Sie einzelne Beispiele haben, wo Sie meinen, daß mehr gespart werden sollte, oder wenn Sie einzelne Beispiele haben, wo Sie meinen, daß ohne Erhöhung des Gesamtaufwandes noch stärker gefördert werden sollte, werden wir uns gerne damit auseinandersetzen.

Der Abgeordnete Seel hat gemeint, daß eine Politik dieser Art, wie sie auch in der Regierungserklärung konzipiert ist, einen kleinen Beitrag zu einer positiven Entwicklung in unserem Lande leisten kann. Ich danke ihm sehr dafür. Wir werden uns bemühen, diese Politik fortzusetzen. — Danke. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 13.55

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Blenk.

13.55

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf als einer, der seit Beginn der Existenz dieses Wissenschaftsministeriums alle Debatten in diesem Hohen Hause miterlebt und zum Teil auch mitgeführt hat, feststellen, daß der Stil ... (Abg. Fauland: *In der Gegenwart sind wir beim Wissenschaftsministerium! — Weitere Zwischenrufe.*)

Das ist an sich jetzt keine Wertung der Bedeutung, sondern nur eine historische Frage, wenn Sie so wollen, eine Zeitfrage, die ich hiermit festhalte.

Und was ich jetzt dazu sage, Herr Kollege Fauland, das mag Sie zunächst auch nicht sehr erschüttern. Ich halte nämlich fest, daß die Debatte, so wie sie bisher abgelaufen ist, in einem sehr erfreulich objektiven und, ich meine, konstruktiven Sinne geführt wurde.

Ich glaube, Herr Bundesminister, Sie wer-

6190

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Blenk

den mir zustimmen, wenn ich sage, daß etwa die Einleitungsüberlegungen meines Freunden Neisser in einem wirklich ausgewogenen, in einem konstruktiven, in einem — wo notwendig — besorgten Sinne ausgeführt wurden, daß auch alles, was nachher kam, weitgehend diesem Stil gefolgt ist — mit einer Ausnahme.

Herr Kollege Nowotny, ich bedaure, daß ich das hier sagen muß. Ich kenne Sie auch schon relativ lange, und ich wundere mich immer wieder, wie ein Mann, mit dem man privat recht kulant sprechen kann, es auch in einer solchen Atmosphäre immer wieder versteht, Dinge hineinzubringen, die den ganzen Stil der Debatte völlig unnötig verzerren und akzentuieren.

Wenn der Herr Kollege Neisser und wenn meine anderen Fraktionskollegen zu diesem Budgetkapitel — ich spreche jetzt speziell zu Wissenschaft und Forschung — gewissermaßen gemeint haben: Ja, aber . . .!, dann ist das nicht nur berechtigt, sondern eine Art von konstruktiver Kritik, so meine ich.

Aber was Sie hier daraus gelesen haben, Herr Kollege Nowotny, das ist einfach ein Stil, von dem ich glaube, daß er nicht akzeptierbar ist, wenn Sie etwa eine Frage, die hier sehr besorgt aufgegriffen wurde, die Frage der universitären Probleme, von Lehraufträgen angefangen bis zur allgemeinen Dotierung, eine Aufgabe, der sich jeder Parlamentarier in diesem Hause an sich gegenüber sähe, als „absurde Kritik“ des Kollegen Neisser bezeichnen.

Wenn Sie meinen, daß konkret die Kritik an den Lehraufträgen eine „unseriöse Diskussion“, ja eine „Desinformationskampagne“ bedeute, dann muß ich Sie fragen: Worüber und wie soll denn hier gesprochen werden, wenn man nicht einmal mehr in diesem — ich wiederhole — positiven, konstruktiven, besorgten und notwendigerweise auch kritischen Sinne die Dinge beim Namen nennen darf? (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Nowotny: Herr Blenk, was ich gemeint habe, war . . .!) Was Sie gemeint haben, haben Sie hier gesagt, und ich habe Sie jetzt wörtlich zitiert. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Nowotny: Sie haben gesagt, es ist gekürzt worden, in Wirklichkeit ist erhöht worden!)

Sie haben dem Kollegen Neisser in den Mund gelegt, er habe, wie das von der ÖVP so gang und gäbe und üblich sei, wieder einmal eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die

üblichen ÖVP-Mehrforderungen usw., anstatt daß er, wie es die Universitäten tun . . . (Abg. Dr. Nowotny: Was ich gesagt habe, stimmt ja!)

Sie können es selber nachlesen. Ich vertraue nicht nur meinem Gehör, sondern in diesem Fall dem Stenogramm, Herr Kollege Nowotny. Ich sage nur, Sie können den Stil natürlich fortführen. Er wird aber Ihnen und sicherlich dem Ressort und der Arbeit nicht gut bekommen.

Wenn der Herr Kollege Stix gemeint hat, die Wissenschafts- und Forschungspolitik könne in ihrer Güte, in ihrer Qualität primär daran gemessen werden, wieweit die Bemühungen des Ressorts mit der Regierungserklärung übereinstimmten, und er feststellte, sie tun es, dann kann ich nur sagen: Das ist ein etwas eigenartiges Verständnis der Aufgabe des Parlamentariers in diesem Hause. Wir haben nicht zu prüfen, inwieweit die Politik der Regierung mit der Regierungserklärung übereinstimmt, noch dazu, wo diese, wie wir wissen, in sehr allgemeinen Formulierungen niedergelegt ist, sondern wieweit sie den Bedürfnissen der hohen Schulen, wieweit sie den Bedürfnissen der Forschung entspricht.

Herr Bundesminister! Ich würde meinen: Jene kritischen Stimmen, die heute hier gefallen sind — bei aller Anerkennung der Tatsache, daß Sie sich sehr erfolgreich bemüht haben, heuer zumindest das Ausmaß der Erhöhung gegenüber den vergangenen Jahren zu verbessern —, sind mehr als berechtigt.

Herr Bundesminister! Ich habe in früheren Jahren die Übung gehabt, daß ich gewisse Entwicklungen in den Budgets der Wissenschaft und vor allem auch des Kulturbudgets an Hand von Zahlen kritisch verfolgt habe. Ich muß dazu sagen: Gegenüber dem vergangenen Jahr gibt es eine gewisse Aufstockung. Nur, der Prozentsatz des Wissenschaftsbudgets an diesem Gesamtbudget ist unter dem Wert von 1981, weit unter dem Wert von 1979 und unter dem Wert von 1975. Ich erwähne das nur, um vielleicht die Euphorie etwas zu dämpfen. Das gesamte Kulturbudget ist ja seit Jahren — auch das habe ich mehrfach gesagt — zurückgegangen.

Herr Bundesminister! Ich sage das auch im Lichte der bereits erwähnten Tatsache, daß wir heuer eine überdurchschnittliche Steigerung des Wissenschaftsbudgets haben. Nur ist dabei immer wichtig, welche Vergleichswerte man nimmt. Wenn ich es mit dem Vorschlag des Jahres 1984 vergleiche, sind

Dr. Blenk

es fast 9 Prozent. Wenn ich es mit dem Voranschlag plus Budgetüberschreitungswerten vergleiche — das muß ich fast tun, wenn ich nicht unterstelle, daß von vornherein bewußt unterbudgetiert wurde —, dann reduziert es sich doch wieder etwas, nämlich auf genau 7 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahr.

Herr Bundesminister! Sie haben im Vortwort zu dem noch zu behandelnden Hochschulbericht gemeint, im Hinblick auf die neunziger Jahre und mit Blickrichtung auf die Bedarfsnotwendigkeiten für den ganzen Hochschulbereich würde kein genereller Bedarf mehr nach einer Ausweitung der personellen und materiellen Ressourcen der Universitäten bestehen, sondern es müßten nur noch bestimmte Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden.

Herr Bundesminister! Dem widersprechen natürlich sehr eindrücklich die derzeit vorliegenden Zahlen. Sie haben auch den Begriff „Massenuniversität“ aufgegriffen. Herr Kollege Nowotny hat ihn als „konservativ“ abgetan, dies ist sein gutes Recht. Kollege Seel hat es positiver gemeint und gesagt, zumindest sei damit dokumentiert, daß die Oppositionspartei der offenen Universität das Wort spreche, was sie im übrigen immer getan hat. Ich glaube, das können wir völlig außer Streit stellen.

Nur, bitte schön, es ist eben eine Tatsache, Herr Bundesminister, daß der Zugang zu den Universitäten, aus welchen Gründen immer — und ich pflichte Ihnen völlig bei, wenn Sie sagen, wir können keine Begabung brachliegen lassen —, sprunghaft steigt, daß wir beispielsweise feststellen können, daß allein die derzeit absehbare Zahl der Inskribierenden an den wissenschaftlichen Universitäten vom Wintersemester des vergangenen Jahres bis jetzt von 136 000 auf 155 000 gestiegen ist. Das sind bitte schön fast 20 000 Studenten mehr.

Wenn wir vergleichen — auch das gehört doch zur Gesamtbewertung der Situation an unseren hohen Schulen —, daß einem Wachstum der Studentenzahlen im Lauf der letzten zehn Jahre, ganz grob gesprochen, von 100 Prozent ein Mehr an Betreuenden, an Lehrpersonen von nicht einmal 50 Prozent gegenübersteht, dann, glaube ich, müssen wir festhalten, daß sicherlich auch vor zehn Jahren das Betreuungsverhältnis nicht so gut war, als daß man es noch hätte verschlechtern können. Es hat sich aber inzwischen fast um die Hälfte verschlechtert, und alle Prognosen weisen darauf hin, daß sich bis zum Jahr 1990

der Zustrom zu den Universitäten noch erhöhen wird.

Herr Bundesminister! Es ist doch nicht vertretbar, verantwortbar und in Einklang mit den Fakten zu bringen, wenn Sie sagen, es werde für die künftige Politik eine Ausweitung der personellen Ressourcen nicht mehr notwendig sein. Wir brauchen das, damit wir überhaupt nur ein Mindestbetreuungsverhältnis erreichen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich habe schon gesagt: Wir haben einen neuen Hörerrekord, meine Damen und Herren. Das, was wir vor wenigen Wochen bei der Studentendemonstration erlebt haben, das kann man nicht einfach damit abtun, daß man sagt: Bitte schön, hier wurden falsche Zahlen und falsche Emotionen in die Welt gesetzt. Die Dinge sind nun einmal nachweisbar, auch die Punkte, die dort etwa von den Vertretern der Studentenschaft vorgetragen wurden, übrigens in völliger Übereinstimmung mit den Vertretern auch der Lehrkräfte. Zur Streichung von Lehrveranstaltungen haben Sie gesagt, Herr Bundesminister, diese Behauptung wäre falsch, weil keine Kürzung vorgenommen wurde, es wurden nur nicht alle zusätzlichen Lehrveranstaltungen berücksichtigt. Aber, bitte schön, bei der Explosion der Studentenzahlen und bei der Vermehrung der Studienrichtungen ist das ja im Ergebnis fast dasselbe, das heißt, es ist de facto eine Streichung von Veranstaltungen, wenn man der Entwicklung nicht folgen kann.

Zur Stagnation bei der Zahl der Hochschullehrer: Das haben wir schon am Beispiel der Zahlen gezeigt: finanzielle Lücken — die Studenten haben sogar von „Aushungerung der Universitäten“ gesprochen —, fehlende Bibliotheksmieten und so weiter. Da ist das Beispiel der geisteswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Wien etwa, das hier vorgetragen wurde. Es ist, glaube ich, mehr als überzeugend, wenn man hört, daß zwar zwei neue Studienrichtungen zu den schon bisher bestehenden eingeführt, aber gleichzeitig die Vorlesungsstunden um 141 reduziert wurden.

Das Elend der Pharmazie, muß ich fast schon sagen, kennen wir von der Universität Innsbruck her, kennen wir bei der gesamten Versorgung etwa Vorarlbergs und des österreichischen Westens im Bereich der Pharmazie. — Die Pharmaziestudenten müssen im Durchschnitt ein Jahr zuwarten und versäumen ein Jahr nur wegen fehlender Laborplätze. Kurzum, Herr Bundesminister, ich glaube, daß die Massenuniversität, wie immer wir den Begriff jetzt fassen und verstehen,

6192

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Blenk

nur dadurch sinnvoll zur notwendigen Förderung der Begabungen kommen kann, wenn wir von den Massenvorlesungen zu den wertvolleren und unabdingbaren Kleinveranstaltungen übergehen.

Ein Wort zur Forschung an den Universitäten. Es wurde heute von Herrn Kollegen Seel in sehr bemerkenswerter Offenheit gesagt, daß die Darstellung im Budget vielleicht der Wahrheit etwas näher gekommen sei. Wir können das beide nicht kontrollieren, wir können nur eines kontrollieren und feststellen: daß die Klarheit zusätzlich gelitten hat. Herr Bundesminister! Ich nehme an, Sie sind hier im Schatten Ihrer Budgetexperten gestanden. Aber es ist doch eine Tatsache, daß, wenn einer festzustellen versucht, wie nun die Forschung an den Universitäten in den künftigen Jahren dotiert werden soll, er vor einem Berg völlig undurchsichtiger Zahlen steht.

Ich nenne Ihnen zum Vergleich nur drei Zahlen, die besonders klassisch sind. Wenn Sie die Forschungserfordernisse der Universitäten, wie sie im jetzigen Budget enthalten sind, in den Jahren 1983, 1984, 1985 vergleichen wollen, kommen Sie auf folgende Werte: 1983: 237 000 S, 1984: 79,8 Millionen und 1985: 500 000 S. Wenn Sie die Unterrichtserfordernisse, die auch ausgewiesen sind, vergleichen, schaut es nicht viel anders aus: 0,7 Millionen im Jahre 1983, 169 Millionen im Jahr 1984 und 5 Millionen im Jahr 1985. Und nun kenne sich einer aus! Mir hat die Frau Minister Firnberg einige Jahre lang auf meine permanenten Vorhaltungen hin zu erklären versucht, das sei eben budgettechnisch nicht anders machbar. Ich wiederhole: Ich würde es begrüßen, wenn man den Abgeordneten wenigstens den Funken einer Chance einräumt, diese Dinge auch tatsächlich vergleichen zu können. Bis her ist es weniger die mangelnde Wahrheit, die ich vorwerfe, weil ich sie nicht beurteilen kann; aber es ist eindeutig, daß all diese Zahlen keine wie immer geartete Mindesttransparenz aufweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben bei der Forschung bekrittelt, daß mein Kollege Neisser den Rückgang der österreichischen Forschungskapazität, des Forschungsvolumens nachgebetet habe, und haben gemeint, auch Rektor Komarek habe solche von ihm veröffentlichte Äußerungen zurückgenommen.

Man kann natürlich immer darüber streiten, wieweit Zahlen absolut richtig sind. Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten, Statistiken haben immer zwei Gesichter. Aber die Tatsache, daß der Anteil der österreichischen For-

schungs- und Entwicklungsausgaben am gesamten Bruttoindustrieprodukt von etwa 1,4 auf 1,2 Prozent gesunken ist, ist leider Gottes unübersehbar. Wie immer Sie es nun ansehen und in welchem Drittel Sie die österreichische Forschung plazieren, Herr Bundesminister, die Tatsache, daß etwa in der Bundesrepublik Deutschland das Pro-Kopf-Forschungsaufkommen, gemessen am Bruttoindustrieprodukt, mehr als doppelt so hoch ist, daß es in Schweden doppelt so hoch ist, daß es in der Schweiz doppelt so hoch ist und so weiter, ist jederzeit in dieser Zusammenstellung der OECD, die Professor Komarek verwendet hat, nachlesbar.

Herr Bundesminister! Wenn Sie heute etwa exportstatistische Analysen ansehen, dann stellen Sie fest — und das hängt ja alles zusammen —, daß der Anteil der forschungsintensiven, hochtechnologischen Exportwaren Österreichs nicht einmal ein Drittel etwa des Anteils der Schweizer Exporte ausmacht.

Das heißt, daß der Technologierückstand Österreichs unbestritten ist. Ich glaube, das ist eine Tatsache, die wir alle in diesem Hause zur Kenntnis nehmen müssen und die uns alle dazu bringen muß, alles zu tun, um diesen Rückstand zu verkleinern, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf noch ein Wort zum sauren Regen sagen: Sie haben völlig recht, wenn Sie meinen, daß die Kompetenzen hier sehr vielseitig und die Ursachen, wenn Sie so wollen, noch nicht bis zum letzten aufgeklärt sind. Ich möchte aber doch, Herr Bundesminister, eine Feststellung dazu machen: Es ist eine der kompetenzmäßigen Aufgaben des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, die Forschung in diesem Lande zu koordinieren.

Ich habe an Hand der Statistik, die Sie selbst herausgegeben haben, festgestellt, daß zum Thema saurer Regen zwölf Projekte mit einer Gesamtauftragssumme von 5,5 Millionen Schilling laufen. Ich könnte mir vorstellen, daß es die wesentlichste Aufgabe wäre, wo immer darüber geforscht wird, aus der Kompetenz der Koordination der Forschung heraus diese Dinge tatsächlich in die Hand zu nehmen und nicht ein zusätzliches Geleise eigener Forschung zu befahren.

Wir wissen alle, meine Damen und Herren, daß der Technologierückstand nicht ein österreichisches, sondern ein gesamteuropäisches

Dr. Blenk

Problem ist. Der bekannte amerikanische Wirtschaftspublizist Bruce Nußbaum hat vor einiger Zeit ein von vielen Seiten beachtetes Buch herausgegeben. Er nennt es „Das Ende unserer Zukunft“ und schreibt im Untertitel dazu: Moderne Technologien drängen die europäische Wirtschaft ins Abseits.

Dieses Buch, meine Damen und Herren, ist lezenswert, ist nicht nur ein Roman irgendeines Journalisten. Der Leiter des Planungsstabes des deutschen Außenministeriums hat zur deutschen Ausgabe ein Vorwort geschrieben, das etwa folgendes sagt: Die ganze Entwicklung der letzten Jahre zeigt eindeutig auf, daß die gesamte europäische Wirtschaft und Technologie in einem bedrückenden Maße mehr und mehr in jenes Abseits kommt, das im Titel erwähnt ist. Er stellt das an dem immer wieder zitierten Beispiel Mikroelektronik und Gen- oder Biotechnologie dar und sagt etwa folgendes: Heute hat Europa am gesamten Bereich der basisinnovatorischen Elemente der Mikroelektronik, also der sogenannten integrierten Schaltkreise, konsummäig 20 Prozent, in der Produktion decken wir aber nur 4 Prozent ab, die USA hingegen etwa 75 Prozent, Japan 20 Prozent. Aber betrüblich ist, daß dieser Trend ungeheuer nach unten geht. Noch im Jahre 1978 hatten wir fast 7 Prozent der Weltproduktion in Europa, heute sind es noch 4 Prozent, und dieser Trend scheint weiterzugehen.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang besorgter Feststellungen, die fast bei allen Wissenschaftskonferenzen des Europarates immer wieder vorgetragen werden, wenn gesagt wird — und das trifft sich völlig mit unseren Überlegungen —: Das Gehirnkapital, die Intelligenz, die Forschungskapazität in Europa sind mindestens gleichzustellen jenen Werten in den USA oder in Japan. Aber was fehlt, ist die Koordinierung, die Kooperation, ist letztlich auch eine gemeinsame Strategie, und da, glaube ich, Herr Bundesminister, müssen wir als Österreicher etwas tun, was ich ebenfalls in Ansätzen sehr positiv vermerke: die Stärkung der internationalen Verankerung, der Kooperation im wissenschaftlichen Bereich.

Ich erkenne gerne einige Initiativen an, die zumindest die Richtung andeuten, in die man gehen muß, zum Beispiel die Aktion „Wirtschaft, Wissenschaft“, die die nähere Bindung der Wissenschaft an die Wirtschaft und die Überleitungsproblematik verstärken soll. Wir wissen allerdings auch — an diesem Beispiel sieht man das besonders kraß —, daß das

Bewußtsein für die Notwendigkeit dieser Dinge noch ungeheuer im argen liegt.

Ich vermerke genauso positiv, ja mit noch mehr Freude die Initiative zu den Schrödinger-Stipendien.

Meine Damen und Herren! Es ist unabdingbar, daß die Wissenschaftler Österreichs den Kontakt mit der internationalen wissenschaftlichen Welt, mit der Forschungswelt in allen anderen Ländern bekommen, nach dem Motto: Verbesserung der Mobilität der Wissenschaftler.

Vor kurzem hat in Rom eine Konferenz des Europarates zur Frage der Mobilität stattgefunden, und dort haben wir etwas Ähnliches, wie es sich am Beispiel „Wissenschaft, Wirtschaft“ demonstriert, festgestellt.

Man müßte mitteilen, daß zum Beispiel in den letzten drei Jahren 32 ausländische Professoren an österreichische Lehrstühle berufen wurden, aber nur 7 Österreicher einen Ruf ins Ausland bekommen oder, sagen wir, angenommen haben.

Ich glaube, auch das ist, abgesehen von der Tatsache, daß wir das einfach wünschen müssen, auch ein Problem der mangelnden Erkenntnis der Notwendigkeit der internationalen Verbindungen und Bindungen. Hier bleibt noch sehr viel zu tun.

Ich wiederhole also: Wichtig sind Kontakte, Kooperation, Forschungssemester, Erleichterung von Auslandsreisen, ein Thema, das jahrelang auch im Wissenschaftsbudget sehr im argen lag, das wir, glaube ich, im selben Zusammenhang sehen müssen, verstärkte Teilnahme an internationalen Kongressen, Mitarbeit an internationalen Forschungsvorhaben, verstärkter Forschungsaustausch.

Eine wesentliche Rolle spielen hier die Fonds. Sie wurden mehrfach gelobt. Ich möchte allerdings, Herr Bundesminister, doch eine Reduzierung der Euphorie vornehmen, die zum Teil hier durchgeklungen ist. Sie haben es schon gemacht, als Sie sagten: Gegenüber 1975 hat sich nicht viel getan.

Ich möchte aber vor allem sagen: Seit zehn Jahren, Herr Bundesminister, ist in keinem der beiden Fonds die Mindestsumme, die dort für förderungswürdige Projekte angesprochen wurde, auch nur annähernd erreicht worden. Ich nehm den wissenschaftlichen Forschungsförderungsfonds, der war im laufenden Jahr mit 217,5 Millionen Schilling, ein-

6194

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Blenk

geschlossen die Budgetüberschreitungsdotierung, dotiert. Der Fonds selbst fordert in der längerfristigen Vorausschau seines Berichts: Bis zum Jahre 1985 müßte als wesentlichste Bedarfsdeckung eine Summe von mindestens 300 Millionen erreicht sein. Man hat mehrmals gesagt: Wir verlangen einen sprunghaf-ten Anstieg, um das zu erreichen.

Ich darf Ihnen sagen: Das Budget 1985, Herr Bundesminister, weist nunmehr 223 Mil-
lionen aus, das ist gegenüber der heurigen Dotierung ein Plus von sage und schreibe
2,5 Prozent.

Ich möchte hier doch, da Sie vorher eine Art Rückzieher des Herrn Professor Komarek vermerkt haben, ergänzend sagen: Diesen Artikel (*der Redner zeigt ihn*) in der „Hochschulzeitung“ hat Herr Professor Komarek selbst geschrieben. Er schreibt zum Schluß, nachdem er die ganze, sagen wir, bedrückende Nachhinksituation Österreichs im Forschungsbereich aufgezeigt hat: Wir haben hier keine Situation, die wir nur mit kleinen Schritten regeln können.

Ich muß zum Schluß kommen, Herr Bun-desminister! Ich sehe, die Zeit läuft davon. Ich möchte am Schluß nur noch sagen — viel-
leicht ein Wort als Vorarlberger —: Im Budget sind 600 000 S für die Studienbibliothek vorge-
sehen. Ich möchte das dankbar vermerken, ich möchte allerdings hoffen, daß wir doch in den anderen universitären Bereichen Vorarl-
bergs, die seinerzeit so groß angekündigt wur-
den, auch etwa in der Prophylaxe für Drogen-
süchtige und so weiter, institutionell universi-
tär stärker dotiert und berücksichtigt werden.

Ich möchte schließen mit einem Wort, Herr Bundesminister, das ich jüngst in einem Artikel der Mitteilungen des „Arsenals“ gelesen habe, in dem über eine Forschungs- und Ent-
wicklungstagung berichtet wurde, unter der Überschrift: „Forschet, entwickelt und redet darüber, aber in dieser Reihenfolge“. Herr Bundesminister, „in dieser Reihenfolge“ heißt, wir müssen von den Ankündigungen weggehen und versuchen, und zwar mit allem Nachdruck versuchen, wo immer es geht, die notwendigen Rückstände, die wir im For-
schungs- und auch im universitären Bereich haben, so rasch wie möglich aufzuholen. Danke. (Beifall bei der ÖVP.) ^{14.21}

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeord-
nete Praher.

^{14.21}

Abgeordnete Adelheid Praher (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Her-
ren! Bildung darf vor allem nicht in eine Sack-
gasse führen, und daher begrüßen wir sowohl
die neue Hauptschule mit der Abschaffung
des zweiten Klassenzuges als auch die im
Prinzip gleichen Lehrpläne an der AHS-
Unterstufe und der Hauptschule. Wie notwen-
dig das ist, wird allein schon durch einen
Blick auf die Schülerzahlen erhärtet. Ver-
gleicht man nämlich das Verhältnis der
Abgänger der Unterstufe des Gymnasiums
mit jenen der Hauptschule in den weiterfüh-
renden Schulen, dann zeigt sich, daß ein
wesentlich größerer Prozentsatz in diesen
Schulen aus der Hauptschule kommt.

Von den 227 190 Schülern in den mittleren und höheren Schulen ohne Langform kom-
men rund 38 600 aus der Unterstufe des Gym-
nasiums, aber 188 509, das sind 82,9 Prozent,
aus der Hauptschule.

Der Herr Abgeordnete Schäffer hat hier
heute wieder einmal ein verbales Bekenntnis
zu dieser neuen Hauptschule abgelegt, aber
im gleichen Atemzug wollen Sie im Zuge der
Lehrpläne neue Barrieren aufbauen. Das wer-
den wir sicher nicht zulassen, und es ist Ihnen
das auch nicht gelungen. (Beifall bei SPÖ und
FPÖ.) Unser Bildungssystem muß durchlässig
bleiben, das ist und bleibt eine Forderung
unserer Schulpolitik.

Ein wichtiger Schritt zur Vermeidung sol-
cher Sackgassen, vor allem in Hinblick auf
die beruflichen Einstellungsschwierigkeiten,
ist die Einführung der fünfjährigen Ausbil-
dung an den Anstalten für Kindergartenpäd-
agogik und Erzieher, die nun neben dieser
beruflichen Qualifikation auch die Hochschul-
reife vermitteln.

Die Ausbildung für Werkerziehung an der
Pädagogischen Akademie zielt ebenfalls in
diese Richtung und beendet die Diskriminie-
rung der handwerklichen Fächer.

Nicht beseitigt werden konnte bisher der
Anachronismus der differenten Ausbildung
von Knaben und Mädchen in der Werkerzie-
hung ab der 5. Schulstufe. Meine sehr geehr-
ten Damen und Herren! Man blockt hier nicht
nur mögliche Begabungen und Kreativität auf
beiden Seiten ab, sondern man diskriminiert
die Mädchen, vor allem im Hinblick auf ihre
späteren Chancen in der Berufs- und Arbeits-
welt. Die sozialistischen Frauen fordern
daher nach wie vor die Beseitigung dieses
geschlechtsspezifischen Unterrichts.

Adelheid Praher

Der Herr Abgeordnete Leitner hat im Vorjahr hier zum Ausdruck gebracht, daß er an die Lernfähigkeit der Menschen glaube. Ich möchte feststellen, ich bin seiner Meinung. Auch ich glaube an diese Lernfähigkeit, und es ist ja in diesem Zusammenhang meine große Hoffnung, daß auch Sie von der Opposition immer noch dazulernen können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Große Schwierigkeiten bei der Erlangung eines Arbeitsplatzes haben nach wie vor die Absolventinnen der Höheren Bildungsanstalten und der Fachschulen für wirtschaftliche Frauenberufe. Obwohl an diesen Anstalten eine gute Ausbildung geboten wird, gibt es hinsichtlich der Berufsqualifikation Vorbehalt in der Wirtschaft. Dem wurde durch den neuen Lehrplan entgegengewirkt, dem wäre sicher aber auch zu begegnen, wenn man vom Image der sogenannten „Knödelakademie“ wegkäme und zu einer neutralen Bezeichnung fände, etwa Höhere Bundeslehranstalt für Wirtschaftsberufe. (*Abg. Steinbauer: Bundesgäranstalt?*) Lehranstalt, Herr Kollege! Sie müssen das Niveau Ihrer Diskussion nicht noch weiter nach unten ziehen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.*) Herr Kollege Leitner, Ihre Zwischenrufe zeigen halt doch, daß das mit der Lernfähigkeit nicht so weit her ist (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*), und wenn Sie nicht bereit sind, die Zeichen der Zeit zu verstehen, dann reihen Sie sich selbst in die Reihen der ewig Gestrigten ein. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Warum sollte eine solche neutrale Bezeichnung in diesem Schulbereich nicht möglich sein, wenn dies auch bei den Krankenpflegeschulen oder etwa bei den Anstalten für Kindergartenpädagogik gelungen ist?

Eine Maßnahme, die wohl in den Bereich des Familienministeriums fällt, aber ganz wichtige bildungspolitische Akzente setzt, scheint mir so wichtig, daß sie in dieser Debatte nicht untergehen sollte. Neben den schon bisher im Rahmen der Schulbuchaktion zur Verfügung gestellten Spezialbüchern für Sonderschüler gibt es seit Beginn dieses Schuljahres therapeutische Unterrichtsmittel für behinderte und schwerstbehinderte Kinder.

Wie wichtig diese spezielle Betreuung behinderter Kinder in den Sonderschulen ist, mögen zwei Beispiele erläutern.

Sehr erfolgreich verläuft zum Beispiel in Wien und in Niederösterreich der Schulversuch, Absolventen der achten Schulstufe der

Allgemeinen Sonderschulen in einem einjährigen Lehrgang zum Hauptschulabschluß zu führen, zu einem Abschluß, den sie als Außenseiter in der sogenannten Normalschule, ohne das Eingehen der besonders qualifizierten Lehrer auf ihre speziellen Probleme, nie geschafft hätten. Die Zahlen sprechen hier für sich. In meinem Heimatbezirk St. Pölten konnten so in den letzten drei Schuljahren 56 Schüler diesen Abschluß machen, das entspricht an den Sonderschulen der Stadt einem Prozentsatz von 47,6 Prozent der Schüler der achten Schulstufe.

Das zweite Beispiel: Die Zahl der Kinder, die früher als nicht bildungsfähig eingestuft wurden, konnte durch neue Unterrichtsmethoden und Anwendung therapeutischer Lehrmittel laut Mitteilung der Frau Familienminister von ungefähr 1 000 auf die Hälfte gesenkt werden, und ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, so muß Schule sein: effizient und human. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Bildung und Ausbildung bedeuten in unserer Bildungsgesellschaft nicht nur Grundlage für berufliche Chancen, sondern sind auch die Voraussetzung für volle Teilnahme am sozialen Geschehen, für die Selbstverwirklichung der Persönlichkeit. Sie sind also ein wesentlicher Teil unserer Lebensqualität. Deshalb kann diese Aufgabe nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit aller Beteiligten bewältigt werden. Ich wünsche mir daher, daß die in der Novelle zum Schulunterrichtsgesetz vorgesehene Erweiterung der Schulpartnerschaft so bald wie möglich zum Tragen kommt, aber vor allem, daß die Eltern diese Chance auch wahrnehmen.

Nun möchte ich mich dem zweiten großen Aufgabenbereich dieses Kapitels, der Kunstförderung, zuwenden. Die Aufgabe des Staates im Bereich der Kunst liegt in erster Linie in der Sicherung der Freiheit der Kunst und der Vielfalt künstlerischer Betätigung.

Aktuelle Anlässe geben ja jüngst wieder Anstoß zur Diskussion um die Freiheit der Kunst, zur Diskussion um ihre Grenzen. In Österreich ist die Freiheit der Kunst in der Verfassung verankert. Diese Freiheit muß aber auch gelebt werden, denn nur in einem entsprechenden Klima der Toleranz können sich alle schöpferischen Kräfte der Menschen ungehindert entfalten. (*Abg. Steinbauer: Aber Sie wissen auch nicht, wie die soziale Lage der Künstler ist!*) Darauf komme ich auch noch zu sprechen, seien Sie nicht so ungeduldig.

6196

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Adelheid Praher

Die Freiheit der Kunst, definiert als Freiheit von jedem Reglement, ist überhaupt Existenzgrundlage jeglichen künstlerischen Schaffens. (*Abg. Steinbauer: Wissen Sie vom Oben auf und vom Unten um?*) Diese Freiheit des künstlerischen Ausdrucks erfordert aber eine verantwortungsbewußte Selbstkontrolle des Künstlers in bezug auf Wahrheit und vor allem Unantastbarkeit der persönlichen Sphäre anderer, wie eben die Freiheit des einzelnen überhaupt dort ihre Grenze haben muß, wo sie die Freiheit des anderen, wo sie dessen Lebensinteressen bedroht.

Um die Vielfalt der künstlerischen Äußerungen zu sichern, bedarf es wohl der Bewahrung der kulturellen Werte der Vergangenheit, aber auch und vor allem ständiger kritischer Auseinandersetzung mit den Begriffen Kunst und Kultur. (*Abg. Steinbauer: Da sind wir einer Meinung!*)

Kultur umfaßt — ich hoffe, da sind wir auch einer Meinung, Herr Kollege Steinbauer — alle schöpferischen Äußerungen des Menschen. Das Kunstwerk ist Auseinandersetzung mit Bedürfnissen und Sehnsüchten, Ausdruck der Schöpfungsfähigkeit des Menschen. Es kann aber nie abgekoppelt von den bestehenden gesellschaftlichen Strömungen betrachtet werden.

Die Anerkennung der Kunst, die Anerkennung als Kunst und das Maß ihrer Integration in das Leben der Menschen hängten wohl immer mit dem Geschmack und dem Geist jeder Epoche zusammen. Das Urteil wird letztlich die Geschichte schreiben.

Unsere Aufgabe ist es aber, möglichst breitgestreute Förderungsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Grenzen der Mittel, die Sie natürlich immer wieder ansprechen, Herr Kollege Steinbauer, diese Grenzen bedingen allerdings die Setzung gewisser Schwerpunkte.

Der Bereich der Kunst erfährt im Budget 1985 eine Ausweitung um 45,6 Millionen. Anliegen der Literaturförderung ist es vor allem, die wieder neu aufgeblühte eigenständige österreichische Literatur zu fördern, um dieser ganz besonderen Weltsicht, die aus Tradition, Aufbegehren, Kritik am Österreichertum und doch so Verwurzeltsein in dieser Mentalität einerseits besteht und andererseits einen Aufbruch zu neuen Formen und Mut zu Experimenten darstellt, dieser österreichischen Literatur ein Minimum an Lebensfähigkeit zu gewährleisten.

Aber erst in den siebziger Jahren setzte

hier eine breitere Förderung ein. Der 1977 gegründete Sozialfonds konnte von ehemals 4 Millionen auf nunmehr 24,5 Millionen erweitert werden. Es können daraus immerhin vor allem Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung geleistet werden.

Die Verbesserung der sozialen Lage der Künstler ist auch uns ein besonderes Anliegen, und die Diskussion darüber ist im vollen Gange. Es wird übermorgen, am 13. Dezember, eine große Enquête stattfinden, die sich mit allen Gesichtspunkten dieser Problematik auseinandersetzen wird und die auf einer Studie aus dem Lande Salzburg aufbauen kann.

Ein erfolgversprechender Aspekt ist sicher die Einbeziehung der Kunst in unseren Alltag, wie sie etwa unter dem Begriff „Kunst am Bau“ vom Herrn Bundesminister vorgeschlagen wird.

Der kulturpolitische Maßnahmenkatalog ist mit 15,8 Millionen Schilling dotiert. Damit sollen vor allem innovatorische Vorhaben von kulturpolitischer Bedeutung finanziert werden.

Der Künstler muß vor allem kommunizieren können, daher ist die Präsentation in verschiedenen Veranstaltungsformen enorm wichtig. Erst aus dem Spannungsfeld zwischen Publikum — sprich Gesellschaft — und der Auseinandersetzung mit seinem Werk bezieht er einen wesentlichen Teil seiner schöpferischen Kraft.

Die Förderungsdotierung im Bereich der bildenden Kunst dient vor allem diesen Möglichkeiten.

Wie wichtig es ist, den Künstlern diese Kommunikationsebene zu schaffen, mag ein Beispiel erläutern. Im Rahmen des Landesverbandes der niederösterreichischen Kunstvereine wurde ein Dokumentationszentrum für moderne Kunst geschaffen, das vom Bund eine Förderung von 300 000 S erhält. Kein großer Betrag, aber er ermöglichte zusammen mit der Landesförderung und der Unterstützung durch die Stadt Sankt Pölten, daß im Jahre 1983 24, im Jahre 1984 27 Ausstellungen durchgeführt wurden; und dabei konnten 49 Künstler präsentiert werden. Initialzündungen solcher Art bewirken also, wie Sie sehen, ungeheures Engagement und bilden neue kulturelle Zentren, die auch in die Breite wirken.

Im Rahmen des Kleinbühnenkonzeptes werden derzeit 16 Bühnen gefördert, davon

Adelheid Praher

fünf außerhalb Wiens. Der Ausgabenrahmen, der dafür zur Verfügung steht, ist sicher ein minimaler im Vergleich zu dem unserer großen Theater, zu den Bundestheatern, deren Finanzbedarf ja ständiger Kritik unterzogen wird. Sicher sind hier Überlegungen zur Senkung der Kosten notwendig. Aber ich meine, beide Formen haben Existenzberechtigung und sind nebeneinander notwendig, ergänzen einander im Sinne der Vielfalt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Einen Punkt noch zum Schluß. Der Verein Kulturservice dient vor allem künstlerischen Veranstaltungen für junge Menschen, meist in Zusammenarbeit mit Schulen. Der Bogen spannt sich hier von Workshops über Seminare für Lehrer- und Schülervertreter bis zur Aufarbeitung des neuen Schwerpunktes bildnerische Erziehung und Medien.

Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine ich, schließt sich der Kreis. Die Begegnung mit der Kunst, mit den Künstlern, soll im Verein mit der musischen Erziehung dem passiven und unkritischen Kulturkonsum entgegenwirken und über die Auseinandersetzung mit den Werken unserer Künstler zur Entwicklung der eigenen schöpferischen Kräfte führen.

Unsere Bemühungen im Bereich der Schul- und Kulturpolitik zielen in diese Richtung. Das wird auch mit dem Budget 1985 dokumentiert. Und deshalb werden wir ihm unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 14.39

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Moritz.

14.39

Bundesminister für Unterricht und Kunst
Dr. Moritz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Als Mitglied der Bundesregierung, das heute zum erstenmal vor den Nationalrat hintritt, um sein Budget zu vertreten, bin ich vom Engagement, mit der diese Diskussion geführt wird, sehr beeindruckt.

Sieht man von dem manchmal kontroversiellen und auch emotionalen Charakter der Diskussionsbeiträge ab, spiegeln sich in diesem Engagement sehr wohl die außerordentliche Einsatzbereitschaft und der Pflichtfeifer der Lehrer, aber auch das große Interesse, das die Elternschaft weithin der Schule entgegenbringt, und die positive Einstellung der großen Mehrheit der Schüler wider, die ich in

den ersten 3 Monaten meiner Amtszeit kennlernen durfte.

Meine Damen und Herren! Nachdem ich nicht schon am ersten Tage meines Auftritts vor dem Nationalrat dem Hohen Hause meinen Respekt versagen möchte, beeile ich mich mit der Feststellung zu einer am Beginn der Debatte vorgebrachten Klage, daß meine schriftlichen Antworten zu den von den Herren Abgeordneten im Finanzausschuß gestellten Fragen am 5. Dezember weggegangen sind, daß sie auch am selben Tag bei zwei Klubs eingelangt sind, aber nicht beim Klub der ÖVP. Ich bedaure es sehr, daß die Herren der ÖVP dieses Dokument bis heute nicht bekommen haben. Ich werde künftig selbst um eine Verkürzung auch der schriftlichen Kommunikation zwischen uns bemüht sein.

Hohes Haus! Die Schul- und Bildungspolitik unserer Zeit sieht sich zwei großen Herausforderungen gegenüber: der unseres eigenen Demokratieverständnisses, das die Gleichheit der Chancen für alle Menschen fordert, an den Errungenschaften unserer Gesellschaft teilzuhaben, und jener der Notwendigkeit, für die Bewältigung des ungeheuer wachsenden Wissensgutes der Menschen, für die Lösung gigantischer Probleme alle Begabungsreserven unseres Volkes zu mobilisieren.

Ich stimme dem Herrn Abgeordneten Peter zu, wenn er darunter die generellen und die individuellen Begabungen versteht.

Nur ein offenes, demokratisches, auf den Menschen bezogenes Schul- und Bildungssystem wird in der Lage sein, diese Aufgabe zu erfüllen. Konservative Wertvorstellungen, wie sie jüngst in Linz zum kulturpolitischen und bildungspolitischen Programm einer Partei erhoben wurden und wie ich sie selbst vor einigen Wochen bei der Konferenz der OECD-Bildungsminister in Paris in dem Vorwurf zu hören bekam, daß Chancengleichheit das Prinzip der Leistung zerstöre, geraten in dieser Situation in einen letzten und endgültigen Widerspruch zur Wirklichkeit. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

In unserer Schul- und Bildungspolitik kommt es auf das Menschenbild an, von dem wir uns leiten lassen. Es ist dies nicht der opportunistische Untertan, dem durch ein perfektioniertes Training in Schule und Berufsausbildung auch noch das letzte Quentchen an ökonomischer Produktionskraft abgefordert wird, sondern der mündige, mitdenkende, mithandelnde und mitverantwortende Staatsbürger, der sich vom Ethos der Arbeit ebenso wie vom selbstbewußten Streben nach Verwirklichung seiner eigenen Persönlichkeit leiten läßt.

6198

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Moritz

Ohne Leistung, ohne Wettbewerb, meine Damen und Herren, wird es angesichts der ungeheuren Anforderungen an unsere Gesellschaft auch in der Schule nicht gehen. Aber dieser Wettbewerb der Leistungen bedarf der Ergänzung durch die Solidarität. Die Schwachen, die Hilfsbedürftigen, die Älteren, sie dürfen in diesem Wettbewerb nicht rücksichtslos ins Eck und schließlich ins soziale Aus gedrängt werden.

Und schließlich soll die Leistung, die wir uns alle von der modernen österreichischen Schule wünschen, nicht aus dem Wettbewerb allein, dem Notendruck kommen. Diese Leistung soll vielmehr das Ergebnis der Freude am Lernen sein. Wir wollen also nicht nur eine effiziente, sondern auch eine menschliche Schule. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Die Opposition ergeht sich seit Jahren in bitteren Klagen über die angebliche Schrumpfung des Unterrichtsbudgets in Österreich. In Wahrheit ist der Anteil des Unterrichtsbudgets am Gesamthaushalt, von dem behauptet wird, er sei auf einem Tiefpunkt angelangt, heute jedenfalls größer als jener, den wir vom letzten Unterrichtsminister der ÖVP-Alleinregierung übernommen haben, nämlich 7,94 zu 7,8 Prozent. Es kommt aber nicht nur auf die Prozente, es kommt doch vor allem auf die absoluten Zahlen an.

Bei der schon erwähnten OECD-Konferenz der Bildungsminister in Paris war ich der einzige von 24 Ressortchefs, der nicht in die allgemeine Klage über real sinkende Bildungsbudgets einstimmen mußte, sondern der von einer anhaltenden Steigerung berichten konnte.

Immerhin stehen dem Ressort auch im Jahre einer allseits geforderten Budgetkonsolidierung um fast 2 Milliarden mehr als im laufenden Haushalt zur Verfügung. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Auch in ihren materiellen Dimensionen, meine Damen und Herren, kann sich die Schul- und Bildungspolitik der sozialdemokratischen Unterrichtsminister der Zweiten Republik sehr wohl sehen lassen. Entgegen den ständigen Angriffen der Opposition gegen eine Vermehrung der Dienstposten im öffentlichen Bereich haben wir in 14 Jahren die Zahl der Lehrer an den österreichischen Schulen trotz annähernd gleichbleibender Schülerzahl mehr als verdoppelt.

Wir haben, meine Damen und Herren, 16 Milliarden Schilling ausgegeben, um in 231

neu errichteten Gebäuden 301 neue Schulen mit 125 000 Ausbildungsplätzen zu schaffen. Mit einem Aufwand von 4,3 Milliarden Schilling sind 55 Gebäude für 63 neue Schulen und 15 600 Ausbildungsplätze in Bau, geplant sind weitere 53 neue Gebäude für 62 Schulen und 11 000 Ausbildungsplätze, die noch einmal 4 Milliarden Schilling kosten werden.

Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wird die Reform der Hauptschule und der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule mit dem Beginn des Schuljahres 1985/86 Wirklichkeit werden. Auch die Schulbücher werden vorhanden sein. Ich kann Ihnen sagen, daß die Vertreter der Schulbuchverlage mich geradezu bedrängen, um mich über den laufenden Fortgang ihrer Arbeit zu informieren. Und sie werden sich anstellen, ihre Bücher auch dem Unterrichtsausschuß in ausreichendem Umfang und in bester Qualität zur Verfügung zu stellen. Obwohl vom Gesetz keineswegs dazu verhalten, habe ich mich bei der Erarbeitung der Lehrpläne für die Schulen der 10- bis 14jährigen, die bekanntlich Verordnungscharakter haben, auch um einen Konsens mit den politischen Kräften bemüht. Ich bin gar nicht böse darüber, daß man mir die Ergebnisse dieser Konsensbereitschaft, nämlich Abänderungen in den Entwürfen, nunmehr negativ ankreidet, daß man sie mir als Vorwurf entgegenwirkt.

Meine Damen und Herren! Ohne auch nur ein Komma von meinem Bekenntnis zur Gesamtschule wegzunehmen, betone ich doch, daß es nie meine Absicht war, wie man mir unterstellt hat, die Gesamtschule, die sogenannte Eintopfschule, gleichsam auf dem Wege durch die Hintertür, durch die Lehrpläne, in das Schulwesen einzuführen.

Andererseits aber mußte ich mich auch Bestrebungen widersetzen, die über die Lehrpläne das Rad der Geschichte zurückdrehen, die Hauptschule deklassieren und damit vor allem den begabten jungen Menschen in den ländlichen Gebieten jede Aufstiegschance nehmen wollten.

Ich weiß nicht, warum Sie sich über den Begriff der Gesamtschule so erregen, meine Damen und Herren der ÖVP. Ich besitze da ein Programm der Österreichischen Volkspartei aus dem Jahre 1970, wo von Orientierungsstufe, Jahrgangsklasseneinheit und identen Lehrplänen für die 5. und 6. Schulstufe die Rede ist. Damals wenigstens waren Sie, zumindest für die 5. und 6. Schulstufe, unseren Vorstellungen für eine Gesamtschule doch gar nicht so ferne gewesen.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Moritz

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl ist mir nicht nur durch eine Entschließung des Nationalrates aufgetragen, sie ist vor allem aus pädagogischen Gründen, aber auch aus Gründen der Lehrerbeschäftigung eine vordringliche Aufgabe, der ich mich stellen will.

Meine Damen und Herren! Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl wird mit der 8. Novelle zum Schulorganisationsgesetz in der Hauptschule und analog dazu auch in der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule angestrebt werden.

Sie haben mir vorgeworfen, daß es keine Berechnungen über die finanziellen Auswirkungen gebe. Ich kann dem mit dem schlichten Hinweis begegnen, daß ich schon wenige Tage nach der Amtsübernahme den Auftrag erteilt habe, genaue Berechnungsmodelle anzustellen. Sie liegen mit Computerpräzision vor und stehen in allen Varianten jederzeit zur Verfügung.

Wenn wir etwa die Klassenschülerhöchstzahl in der Unterstufe der AHS und in der Hauptschule auf 30 senken würden, was ein erstrebenswertes Ziel ist, würde das annähernd 220 Millionen Schilling für eine Schulstufe kosten. Wir glauben daher, daß es ein realistischer Weg ist, die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl stufenweise, das heißt aufsteigend mit den Klassen, durchzuführen, weil wir unserem pädagogischen Eifer die Zügel staatsfinanzieller Überlegungen auch mit anlegen müssen.

Die Reform der Unterstufe soll sich fortsetzen in einer Erneuerung der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen. Auch hier können wir wie bei der neuen Hauptschule an die Ergebnisse umfassender wissenschaftlich begleiteter Schulversuche anknüpfen. Auch auf diesem Feld — da bin ich sicher — wird hart gerungen werden. Aber ich glaube, daß dabei der Konsens ebenso wie bisher immer gefunden werden wird. Bitte verlangen Sie von mir aber nicht ein Bekennen zur totalen Abschaffung der Schulversuche.

Die österreichische Schule — das wurde heute oft betont — kann an modernen Entwicklungen nicht vorübergehen. So werden wir gleichfalls mit Beginn des Schuljahres 1985/86 — und nichts anderes hat mein Amtsvorgänger angekündigt — das Fach Informatik an der Oberstufe der AHS, später auch an den polytechnischen Schulen und an den letzten Hauptschulklassen einführen. Die Lehrplanentwürfe gehen jetzt in die Begutach-

tung. Die Ausschreibung für die technische Ausstattung erfolgte vergangene Woche. Die Ausbildung der Lehrer ist im engen Zusammenwirken mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern angelaufen. Auch ihre Ausdehnung hinaus zu den Landesschulräten ist durchaus eingeplant. Die Mittel für die Anschaffung der Geräte, rund 50 Millionen Schilling, stehen, wie ich schon im Ausschuß berichtet habe, in den hiefür zuständigen Haushaltsstellen zur Verfügung.

Ob Informatik künftig als benotetes Pflichtfach oder als unbenotete Pflichtübung unterrichtet wird, ist für mich keine Glaubensfrage. Ich kann mich aber den zunehmenden Klagen der Elternschaft über eine ständig wachsende und kaum mehr zumutbare Belastung der Schüler an höheren Schulen nicht verschließen. Offenbar habe ich von den Gymnasiasten eine etwas bessere Auffassung als meine politischen Kontrahenten, weil ich von ihnen Leistungen in diesem Fach vor allem vom Interesse her und nicht erst auf Grund eines Notendrucks erwarte. Es gibt den Frei-gegenstand Informatik. Wer sich interessiert, kann in der 6. Klasse diesen Frei-gegenstand wählen und ihn absolvieren bis hinauf zur Matura, ja er kann in diesem Fach auch die Matura ablegen.

Neue Schwerpunkte sind in der nächsten Zeit in der inneren Schulreform notwendig. Wir haben begonnen, das gegenwärtige System der Leistungsbeurteilung kritisch zu überprüfen, und werden mit den Ergebnissen dieser Überprüfung schon in den ersten Wochen des neuen Jahres die Schulreform-kommission befassen. Die Leistungsbeurteilung soll meiner Auffassung nach in erster Linie motivieren und nicht deprimieren und eliminieren. Eine Ergänzung der Notenskala durch eine verbale Beurteilung könnte dazu wohl beitragen.

Dringend notwendig erscheint mir auch die Weiterentwicklung der Schulpartnerschaft. Nicht nur Lehrer und Schüler bilden die Schule, auch die Eltern gehören dazu. Mein Ziel ist eine lebendige Schulgemeinschaft, und Widerstände, die es besonders im Bereich der Pflichtschullehrer bisher dagegen gegeben hat, glaube ich gestern in geduldigen Gesprächen weitgehend ausgeräumt zu haben.

Umwelterziehung, Friedenserziehung und Vorbereitung auf die Berufs- und Arbeitswelt wurden als Unterrichtsprinzipien neu eingeführt und verstärkt.

6200

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Moritz

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es Aufgabe der Umwelterziehung und auch der politischen Bildung sein wird, sich nüchtern und distanziert auch mit einem irrationalen Anarchismus auseinanderzusetzen, der sich leider weithin in der Welt und allmählich auch bei uns in der Umweltbewegung bemerkbar zu machen beginnt.

Immer neue Forderungen nach neuen Inhalten werden an die Schule herangetragen. Die Belastung von Lehrern und Schülern nimmt trotz größter Bemühung um Straffung des Unterrichts und trotz Entrümpelung der Lehrpläne ständig zu. Mehr und mehr gewinne ich die Überzeugung, daß bei dieser Entwicklung nicht eine Verlängerung der Schulzeit das Allheilmittel sein wird, sondern daß wir ganz neue Methoden der Wissensvermittlung werden anstreben müssen: weg von der Spezialisierung, Lernfelder statt Einzelfächer, Projektunterricht, nicht auf die Vermittlung von Lerninhalten allein wird es ankommen, sondern auf das Lernen lernen. Es muß die Entwicklung des Schulwesens behutsam, aber konsequent weitergeführt werden, soll nicht das Schulwesen in Rückstand geraten.

Aber auch die beste Schulbildung wird uns der Verpflichtung eines lebenslangen Lernens nicht entheben. Eine Neuformierung der Erwachsenenbildung scheint mir unvermeidlich geworden zu sein. Schließlich, meine Damen und Herren, setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß der Mensch unserer Zeit seine Probleme und die seiner Gesellschaft nicht allein durch die volle Entfaltung seiner intellektuellen Fähigkeiten bewältigen wird, sondern daß er dazu auch der schöpferischen Phantasie und der Fähigkeit zu Kommunikation und Solidarität bedürfen wird. Deshalb meine ich, daß die Überzeugung vom Wert humanistischer Bildung letztlich auch ein Bekenntnis zu humaner Bildung ist.

Damit aber hängt auch das Bekenntnis zu einer offensiven Kulturpolitik zusammen, die nicht nur die Anregung des Kulturkonsums zum Ziel haben kann, sondern die die Entfaltung der Kreativität des ganzen Volkes zum Ziele haben muß. An die Seite tradierter kultureller Werte, zu deren sorgsamer Erhaltung und Pflege ich mich, einschließlich der Staatsoper, der Festspiele und — Sie werden sich wundern — auch der Spanischen Hofreitschule, bekenne, muß die gleichberechtigte Anerkennung neuer kultureller Ausdrucksformen kommen, ob es sich nun um die Avantgarde in Theater, Musik und Literatur, Film und bildender Kunst handelt oder aber auch

um ganz neue Formen kultureller Kommunikation, wie sie die Jugend entwickelt.

Die Realisierung eines solch umfassenden Kulturbegriffes wäre nicht möglich ohne ein Bekenntnis zur Toleranz, zur Pluralität und zur Freiheit der Kunst. Diese Freiheit aber bedarf des Korrelats der Verantwortung. Sie hat vor allem den schutzwürdigen Interessen der Einzelperson zu gelten. Die öffentliche Moral und die anerkannten gesellschaftlichen Grundwerte scheinen mir viel widerstandsfähiger, als ihnen ihre oft selbst ernannten Schützer zubilligen.

Kunst und Kultur haben, auch wenn es manche nicht wahrhaben wollen, eine soziale und materielle Dimension. Damit Kultur lebt, müssen Künstler leben können. Kunst am Bau, Erweiterung des Kleinbühnenkonzepts, Kleinverlagsförderung sind Stichworte für einige Aktivitäten, die wir auf diesem Gebiet planen und durchführen.

Die soziale Lage der Künstler — das wurde bereits erwähnt — war Gegenstand einer von mir schon vor Jahren angeregten umfassenden Untersuchung, die die Bundesländer, das Unterrichts- und das Sozialministerium und die Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe getragen haben und deren Ergebnisse am Freitag in Salzburg präsentiert und diskutiert werden sollen. Die Situation einzelner Künstler steht dabei im heftigen Widerspruch zum Starkult, zu den vergleichsweise riesigen Aufwendungen, die wir uns für die großen traditionellen Kultureinrichtungen leisten. Sie erhalten ihre moralische Rechtfertigung und werden sie vor allem auch in Zukunft nur dann bewahren können, wenn sie sich der Gesellschaft gegenüber zu öffnen bereit sind und an den Grundsätzen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeits und Wirtschaftlichkeit orientieren. In den letzten Jahren haben wir gerade bei den Salzburger Festspielen bewiesen, daß Sparsamkeit sehr wohl möglich ist, ohne jegliche Einbuße an künstlerischer Qualität.

Auch die Bundestheater zeigen in dieser Hinsicht eine günstige Entwicklung. Nachdem das Defizit zum Beispiel von 1971 bis 1977 jährlich im Durchschnitt um 12,2 Prozent gewachsen war, hat sich diese Zuwachsrate in den Jahren 1978 bis 1981 auf 5,4 Prozent verringert und lag 1982 zum ersten Mal unter der Inflationsrate. Im Rahmen des Gesamthaushaltes zeigen auch die Ausgaben für das künstlerische Personal sowie für Gäste und Externisten seit 1979 eine sinkende Tendenz der Zuwachsrate. Nicht übersehen werden

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Moritz

kann allerdings, daß die Zahl der Pensionisten ständig steigt und die Ausgaben für Pensionen einen immer höheren Anteil der Personalausgaben der Bundestheater beanspruchten.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Bundestheater rund 40 Prozent des gesamten Kulturbudgets des Bundeshaushalts beanspruchen. Wie jedoch die Professoren Abele und Bauer in einer großen wissenschaftlichen Untersuchung dargelegt haben, stehen dem Abgang der Bundestheater, bezogen auf das Jahr 1982, im Ausmaß von 1,3 Milliarden ein Bruttoproduktionswert von 2,3 Milliarden und eine Steuerleistung, bezogen auf diesen Bruttoproduktionswert, von 760 Millionen Schilling gegenüber. Gesamtwirtschaftlich bringen also die Bundestheater für Österreichs Wirtschaft nicht nur kein Defizit, sondern sogar einen sehr erheblichen Gewinn. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Das im Mittelpunkt unserer Kulturpolitik stehende Menschenbild, die von uns immer zu beachtende Ganzheit der menschlichen Persönlichkeit, führt uns nun zur Physis, zu deren Gesunderhaltung und Aktivierung der Sport einen wesentlichen Beitrag leistet. Mit Jahresbeginn 1985 wird das Ministerium auch seinen sportlichen Aufgabenbereich ausdrücklich in seiner Bezeichnung führen. Das ist kein Ausdruck von irgendwelchen Zentralisierungstendenzen.

Bei einer von mir angeregten Konferenz der Sportreferenten der Bundesländer habe ich vergangene Woche ausdrücklich betont, daß es in Österreich keinen Staatssport geben soll. Die tragende Säule des österreichischen Sports ist auch weiterhin die Autonomie seiner Verbände und Vereine. Die öffentliche Sportförderung wird vom Prinzip des kooperativen Föderalismus bestimmt, von der Zusammenarbeit des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Mein Bestreben ist es, durch eine intensivere Koordination und bessere gegenseitige Abstimmung die Wirkung der öffentlichen Förderung im Sport noch zu erhöhen.

Vereine, die Sportstätten im Einklang mit den gültigen Leitplänen errichten oder erweitern, sollen künftig besser wissen, welche Förderungsmaßnahmen sie von der öffentlichen Hand zu erwarten haben. Ähnliches soll auch für die Erhaltung der Sportstätten gelten. Wir streben Zusammenarbeit im Sport auch mit

der Wirtschaft an. Aber die Sportpolitik der öffentlichen Hand soll dem Sport helfen, sich von ökonomischen Abhängigkeiten freizuhalten und die Prinzipien sportlichen Geistes und sportlicher Fairness zu bewahren.

Um die finanzielle Situation des Sports zu verbessern, gibt es Verhandlungen mit dem Finanzministerium über eine Reform des Sporttotos und die Sicherung des Totoertrags zugunsten des Sports, möglicherweise auch aus anderen Quellen des Glückspielbereiches. Ich bin zu diesem Thema in ständigen Kontakt mit dem Herrn Finanzminister. Wir sind bestrebt, dieses gemeinsame Ziel, Herr Abgeordneter, so rasch wie möglich zu realisieren, obwohl sich im Detail manch unerwartete Schwierigkeit findet.

Die Steuerfrage hat die Sportfunktionäre in den letzten Jahren außerordentlich bewegt. Es war möglich, ein Pauschale von 750 000 S festzulegen, das einmal die kleinen Vereine von allen ihren Sorgen befreit hat. Aber wir sind auch hier im Gespräch mit dem Herrn Finanzminister, um eine möglichst liberale und großzügige Handhabung der Steuervorschrift gegenüber Sportvereinen zu erwirken. Der Herr Finanzminister hat hiefür eine sehr, sehr wohlwollende Einstellung bekundet.

Es ist aber auch notwendig, auf die Verpflichtung der Länder zur Finanzierung des Sportes hinzuweisen. Sie sind ja nach der Verfassung primär hiefür zuständig.

Meine Damen und Herren! Budgetberatungen sind nicht nur Gelegenheit, Rechenschaft über Vergangenes zu geben, sondern auch Gelegenheit, auf der Basis eines neuen Haushaltes Überlegungen für die Zukunft anzustellen. Widersprüchliche Auffassungen in manchen Fragen sollten uns nicht hindern, das ehrliche Wollen, die gute Absicht auch dem anderen zuzugestehen.

In weiten Bereichen meines Ressorts sind die Parteien ja faktisch durch gesetzlichen Auftrag zur Zusammenarbeit verhalten, und daraus hat sich — trotz der mitunter stark ideologischen Betrachtung unserer Themen — eine gute, den Gesetzesbereich überschreitende Übung entwickelt.

Wenn wir uns einig sind, daß mit dem Unterrichtsbudget ein sehr wesentlicher Teil des Kulturbudgets behandelt wird, dann haben wir, glaube ich, doch auch Anlaß zur Feststellung, daß wir in dieser Diskussion über das Kulturbudget auch einen respektablen Beitrag zur Kultur des politischen Gespräches in diesem Lande leisten können.

6202

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. Moritz

— Ich danke Ihnen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) *15.04*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

15.05

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Herr Minister, ich möchte nicht umhin, meine Ausführungen mit einer Anerkennung einzuleiten, und zwar eine Anerkennung dahin gehend, daß Sie in Ihren einleitenden Worten und auch gegen Ende Ihrer Rede die Konsensbereitschaft in der Schulpolitik mit allen im Parlament vertretenen Parteien, gerade mit der Oppositionspartei, zum Ausdruck gebracht haben.

Ich hoffe, Herr Minister, daß diese Konsensbereitschaft nicht nur das Schulorganisationsgesetz und das Schulunterrichtsgesetz betrifft, denn dort gibt es ja zwangsläufig die Zweidrittelmehrheit, ohne Opposition gibt es keine Gesetzesänderung. Ich hoffe, daß diese Konsensbereitschaft, Herr Minister, auch bei Erlässen, Verordnungen und in der Schulpolitik insgesamt gezeigt wird.

Herr Minister! Sie haben in Ihren Ausführungen den Schulbau erwähnt, Sie meinten, daß dort beachtliche Leistungen festzustellen sind. Das wird auch nicht in Abrede gestellt. Ich darf aber hier daran erinnern, daß schon Unterrichtsminister Piffl in seiner Schulpolitik das Ziel gesetzt hat, daß in jedem Bezirk eine höhere Schule zu existieren hat — dieses Ziel ist auch erreicht worden.

Herr Minister, Sie, der Sie vor noch nicht allzulanger Zeit Landespolitiker waren, wissen sehr genau, daß gerade im Schulbauprogramm die Länder und die Gemeinden nicht nur in der Pflichtschule, nicht nur in ihren Bereichen, sondern vor allem auch im Bereich der Bundeschulen sehr große Leistungen erbracht haben. Das, glaube ich, sollten wir auch anerkennen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Sie haben gesagt, Sie lassen sich die Hauptschule nicht deklassieren. Ich habe heute in weiten Bereichen der Schuldebatte überhaupt den Eindruck gehabt, wenn man die Ausführungen des Präsidenten Matzenauer gehört hat und die anderer sozialistischer Redner, daß die Sozialistische Partei so tut, als ob sie die Hauptschule gegenüber der ÖVP zu verteidigen hätte.

Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses! Im Herbst kommenden Jahres kommt es zur Verwirklichung der von der ÖVP geforderten neuen Hauptschule, die bei der 7. Novelle zum Schulorganisationsgesetz im Gegensatz zur sozialistischen Gesamtschule von der ÖVP durchgesetzt wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist nicht notwendig, hier gegen uns die Hauptschule zu verteidigen. Wir fordern nur, daß das Ministerium und Sie, Herr Minister, die Voraussetzungen dafür schaffen, damit diese Schulform richtig eingeführt werden kann. Das ist unsere Forderung! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es ist heute schon gesagt worden, daß 75 Prozent der österreichischen Kinder die Hauptschule besuchen. Diese Schule muß daher für diesen Großteil der Kinder die Bildungschancen sichern, die regionale und die soziale Chancengerechtigkeit herstellen.

Herr Minister! Früher hat man im sozialistischen Ministerium gesagt, auf eine „kleine Nachhut“ könne man keine Rücksicht nehmen; das war bei der ursprünglichen Debatte über die Gesamtschule. Ich habe gesagt: Wir nehmen auch auf die „kleine Nachhut“ im ländlichen Bereich Rücksicht, damit diese Kinder die gleichen Chancen wie die anderen haben. Und Chancengleichheit heißt ja Chancengerechtigkeit.

Wenn wir beide, Herr Minister, eine gleiche Abfahrt haben, wir stehen beide oben am Start mit dem Schi, der Klammer ist auch dabei, so haben wir zwar die gleiche Abfahrt, die gleiche Chance — vielleicht sind Sie besser wie ich beim Herunterfahren, das ist möglich —, aber auf alle Fälle wird der Klammer viel, viel besser sein. Es fahren nicht alle gleich schnell.

Die neue Hauptschule hat zwei gleichgewichtige Aufgaben zu erfüllen, Herr Minister. Die erste ist, daß die Schüler, welche nach der Pflichtschule eine Lehre besuchen, ein Handwerk erlernen, in der Landwirtschaft tätig sind, von dieser Schule auf ihren Beruf vorbereitet werden. Die Schule muß den Schüler dorthin führen, daß dieser die grundlegenden Kulturtechniken so vermittelt bekommt, daß er in seinem Beruf voll bestehen kann, sich dann aber auch — ich glaube, das ist heute unbestritten — lebenslang weiterbilden kann. Es sind also die praktischen Fähigkeiten zu fördern. Es dürfen aber das Herz, die kulturelle, die musicale Seite nicht zu kurz kommen oder gar verkümmern.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Die zweite wichtige Aufgabe, Herr Minister, ist die — das haben Sie auch gesagt —, daß der begabte Schüler zu den weiterführenden Schulen hingeführt wird, daß sie diesem Schüler den Umstieg in das berufsbildende Schulwesen, aber auch in die Oberstufe der AHS ermöglicht. Sie muß für diesen Schüler den Weg zur Matura ermöglichen. Das ist besonders notwendig für die Kinder des ländlichen Raumes. Ich habe in den 22 Jahren, in denen ich in der Schulpolitik mitmischte, gerade diesen ländlichen Raum immer vertreten.

Herr Minister! Ich habe schon gesagt, es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um dem Modell der neuen Hauptschule einen guten Start zu sichern. Es gilt, das Modell, das 15 Jahre lang erprobt wurde, jetzt gut zu verwirklichen. Ich habe halt doch den Eindruck — ich möchte das nicht Ihnen unterstellen, aber doch gewissen Kreisen der Sozialistischen Partei, besonders der Sozialistischen Jugend —, daß manche in Ihrer Partei kein besonderes Interesse an einem guten Start dieser neuen Hauptschule haben, weil dann die Diskussion über die sozialistische Gesamtschule wieder beginnen könnte. Die von den Sozialisten gewünschte Gesamtschule wurde ja von der Bevölkerung weitgehend abgelehnt. (Beifall bei der ÖVP.)

Unser Ziel ist die kindgerechte Leistungsschule. Daher braucht man eine Vielfalt im Bildungswesen als Garant für die Förderung verschiedener Eignungen, Neigungen und Wünsche des einzelnen Schülers. Es ist heute schon gesagt worden: Die ÖVP sagt ja zur Langform der allgemeinbildenden höheren Schule, aber sie sagt auch ja zur ersten Leistungsgruppe.

Wenn hier der Abgeordnete Seel gemeint hat, sie wird ja eine Gesamtschule, so sage ich Ihnen, Herr Minister: Wir wollen nicht, daß die AHS zur undifferenzierten Gesamtschule wird, sondern die AHS ist die Schule — der gesetzliche Auftrag lautet so — für die erste Leistungsgruppe. Bitte, mit einem gewissen Nachhang, wie das halt im praktischen Leben üblich ist.

Es ist kein Nachteil für diese Langform, wenn nach der 4. Klasse eine gewisse Umsteigebewegung in das berufsbildende Schulwesen vorhanden ist. Das tut meiner Auffassung nach der Langform der AHS keinen Abbruch.

Wenn also die Hauptschule für diese 75 Prozent der Kinder die kindgerechte Leistungs-

schule sein soll, dann müssen wichtige Voraussetzungen erfüllt werden, denn sie muß den verschiedenen Bildungszielen und Begabungen Rechnung tragen: Einmal die Herausforderung der Begabten, dann die Förderung der Durchschnittsbegabten, aber diese Schule muß auch dem schwächeren Schüler zu einem Erfolgserlebnis verhelfen.

Die Leistung, welche verlangt wird, muß auf die Individualität des Kindes Rücksicht nehmen. Sie darf zwar nicht die Faulheit unterstützen, sie darf aber das Kind auch nicht diskriminieren. Das Kind soll die Schule positiv erleben können.

Daher sollen in den drei Hauptfächern, die differenziert in drei Leistungsgruppen unterrichtet werden — das wurde heute schon sehr deutlich gesagt —, die Leistungsgruppen in eigenen Lerneinheiten angeboten werden. Die Klassengröße und die Teilungsziffer ist daher so festzusetzen, daß das möglich ist.

1982 haben wir einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht und beschlossen. Ich weiß, wie schwierig es damals war, diesen gemeinsamen Entschließungsantrag zustande zu bringen, das heißt, die Zustimmung der Sozialistischen Partei zu bekommen. In diesem Entschließungsantrag steht, daß die Regierung aufgefordert wird, dem Nationalrat ehestmöglich den Entwurf einer weiteren Novelle zum Schulorganisationsgesetz vorzulegen und die Maßnahmen zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen fortzusetzen, und zwar für alle Schultypen: für die Hauptschule, für den Polytechnischen Lehrgang, für die AHS und für das berufsbildende Schulwesen.

Das gilt, glaube ich, nicht nur für die Klassenschülerzahl, sondern das gilt auch für jene Bereiche, in denen Sie Verordnungsmöglichkeiten haben, also für die Teilungsziffern und für die Größe der Leistungsgruppe.

Wir sind uns heute, glaube ich, auch einig, kleine Schulen zu erhalten. Vor 20 Jahren konnten Schulen nicht groß genug sein. Jetzt hat ein Umdenken eingesetzt, gerade auch auf Ihrer Seite. Die Überschaubarkeit der Schule ist doch ein Prinzip der Menschlichkeit für das Kind. Daher, glaube ich, müssen wir diese Überschaubarkeit wahren; auch kleinere Schulen müssen die gleichen Chancen anbieten können.

In den Fächern, welche in der Stammklasse unterrichtet werden, muß es zur inneren Differenzierung kommen, und in den oberen Klassen muß dann auch eine zusätzliche Interessendifferenzierung möglich sein.

6204

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Der Einwand, das kostet Geld, hat eine gewisse Bedeutung. Aber ich glaube, dem Bundesminister für Unterricht kommt heute die stark rückläufige Schülerzahl zu Hilfe.

Herr Minister! Gegenüber dem Höchststand von 1976/77 ist doch die Schülerzahl insgesamt um 224 000 zurückgegangen. Das ist ja ein ganzes Heer von Schülern, die heute nicht mehr in der Schule untergebracht werden müssen. Das, glaube ich, gibt einen Spielraum. Entscheidend ist jedoch, wie dieser Spielraum pädagogisch sinnvoll zur Verbesserung der Schule genutzt wird.

Die wichtigste bildungspolitische Aufgabe ist die Erarbeitung guter Lehrpläne für die Hauptschule und auch für die Unterstufe der AHS. Hier, Herr Minister, gibt es Versäumnisse und Ungereimtheiten.

Im Juni 1982 wurde der Gesetzesauftrag beschlossen. Ein Jahr lang ist im Ministerium eigentlich nichts passiert. Ich weiß schon, das haben nicht Sie, sondern Ihre Vorgänger zu verantworten. Erst im Herbst 1983 sind Projektgruppen eingesetzt worden. Es haben diese Projektgruppen keine einheitliche Ausgangsbasis zur Leistungsdifferenzierung vorgeschrieben bekommen. Für mich war das unverständlich. Wenn es einen einheitlichen Lehrplan geben soll, so müßte doch in jedem Fach die Ausgangsbasis die gleiche sein.

Die Lehrplanentwürfe wurden dann zur Begutachtung ausgeschickt; erst im Juni 1984, der Termin war der 10. Oktober. Wir wissen alle, daß diese Entwürfe stark kritisiert wurden. Sie haben dann eine nochmalige Überarbeitung zugesagt; laut „sozialistischer Korrespondenz“ war das am 29. Oktober. Am 14. November haben Sie die Lehrpläne unterzeichnet.

Ich habe diese 780 Seiten über die Lehrpläne gestern bekommen. Ich habe sie heute nicht ganz durchsehen können bzw. habe das nur sehr kurSORisch getan.

Herr Minister! Im Deutschlehrplan etwa ist immer noch das enthalten, was wir stark kritisiert haben, nämlich erstens die mangelnde Lesbarkeit. Hier heißt es etwa: zeitliche Abstufungen durch Zeitformen Präsens, Perfekt, Präteritum, Plusquamperfekt, Futur.

Ich habe heute gefragt — mich selber auch, ich bin ganz ehrlich —, was Präteritum heißt. Die anderen Ausdrücke habe ich verstanden. Wenn ich das allein bekäme, wüßte ich nicht, was Präteritum heißt. (Abg. Elmecke:)

Das ist aber traurig! Vielleicht wissen nicht einmal alle Lehrer hier herinnen, daß Präteritum Mitvergangenheit heißt. Es sollen aber die Eltern verstehen, und dann sollen das die Kinder vielleicht auch lesen können. (Abg. Elmecke: *Das ist doch für die Lehrer! Es ist traurig, wenn Sie das nicht verstehen!*)

Herr Abgeordneter! Die Lehrpläne muß nicht nur der Lehrer lesen und verstehen, sondern die Lehrpläne sollen auch die Eltern lesen und auch verstehen können. (Beifall bei der ÖVP.) Der Lehrplan ist ja keine Geheimwissenschaft für die Lehrer (Abg. Elmecke: *Das ist das Werkzeug des Lehrers!*), sondern das ist nach meiner Auffassung ein Dokument für Lehrer, Schüler und Eltern.

Herr Minister! Sieht man sich die Leistungsdifferenzierung an, so fragt man sich, was der Lehrer damit anfangen soll. Ich glaube, er kann damit entweder nichts oder alles anfangen. Da steht dann nur bezüglich Leistungsdifferenzierung Schreiben: Rechtschreiben. In der dritten Leistungsstufe sind schwierigere Fälle der Rechtschreibung und Zeichensetzung auszuklammern. Da steht noch ein bissel was dabei, bei anderen Unterrichtsfächern steht überhaupt nichts dabei. Da kann man sagen: Vogel friß oder stirb! (Abg. Elmecke: *Das ist ein Rahmenlehrplan!*) Na sicher ist das ein Rahmenlehrplan. Aber ich glaube, der Rahmenlehrplan kann auch so abgefaßt sein, daß sich die Lehrer und die Eltern ungefähr das gleiche darunter vorstellen können. Das ist meine Auffassung. (Abg. Elmecke: *Sie haben überhaupt keine Ahnung von der Aufgabe eines Lehrplanes!*)

Herr Minister! Wir werden genau untersuchen, inwieweit der Gesetzesauftrag beachtet wurde und inwieweit Ihre Ankündigungen, daß Sie die bundesweite Kritik an den Entwürfen berücksichtigen werden, auch tatsächlich realisiert wurden.

Heute ist hier schon gesagt worden — auch von sozialistischen Rednern —, daß die Schulbücher für diese Lehrpläne schon fertig sind. Das ist eine Chuzpe, daß die Schulbücher gedruckt werden, bevor der Lehrplan vorliegt. (Abg. Matzenauer: *Seit Februar liegt er vor!*) Hat der Schulbuchautor gewußt, was da drinnen steht? Hat man ihm den Lehrplan gegeben, oder hat er sich das aus der Nase gezogen wie einen Regenwurm? (Abg. Matzenauer: *Seit Februar gibt es Entwürfe, die sie haben!*)

Die Entwürfe gibt es, Herr Präsident, ja. Es

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

gibt so manche Gesetzentwürfe, die dann später maßgeblich abgeändert werden. Der Herr Minister hat ja gesagt, daß er Hunderte oder ich weiß nicht wieviel Änderungen vorgenommen hat. Sind diese Änderungen im Lehrbuch nicht zu berücksichtigen? (Abg. Matzenauer: Sicher!) Diese Vorgangsweise halte ich für unmöglich (*Zustimmung bei der ÖVP*), und es wird auch in der Praxis nicht verstanden.

Ich kenne die Schwierigkeiten, die auf Grund der Explosion des Wissens bei der Stoffauswahl entstehen, und die Gefahr, daß zuviel Wissen vermittelt wird und bei den grundlegenden Kulturtechniken zuwenig eingeübt wird, denn die grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen sind lebensnotwendig.

Ich habe hier eine Anfragebeantwortung des Ministeriums, und beim erstmaligen Durchlesen war ich etwas schockiert über deren Inhalt, weil es hier heißt: Die Rechtschreibfähigkeit von Maturanten wurde in einer repräsentativen Studie überprüft, und auf Grund der Ergebnisse dieser Studie werden im Schuljahr 1984/85 an der Pädagogischen Akademie Rechtschreibkurse, sinnvoll geplant und effizient durchgeführt, angeboten. Angesichts dieser Tatsache verstehe ich schon, daß die weiterführenden Schulen klagen, daß sie zum Teil Analphabeten von der Pflichtschule übernehmen.

Herr Minister! Wir dürfen das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ich kenne die Aussagen, die da lauten: Das hat es immer schon gegeben, vor 100 Jahren hat man darüber geklagt und jetzt klagt man auch! Es kann doch in der Schule etwas nicht stimmen, wenn selbst Maturanten noch Rechtschreibkurse besuchen müssen.

Für den Grundsatz des lebenslangen Lernens bedarf es der Beherrschung der grundlegenden Kulturtechniken. Wir müssen die Bildungspolitik langfristig anlegen. Das bedeutet einen behutsamen Fortschritt, aber einen ständigen Fortschritt und keine kurzfristigen Modernismen. Hier ist auch vom Zurückdrängen des Auswendiglernens die Rede. Man sieht ein, daß das falsch war und daß man das Auswendiglernen jetzt wieder einführen würde.

Herr Minister! Es gab weiters die rasche Einführung der Mengenlehre. Jetzt heißt es, das wird auch wieder zurückgenommen. Hier könnte man nur eines sagen: Es hat viel gekostet, aber es hat nichts gebracht.

Jetzt, Herr Minister, unterhalten wir uns über die Informatik, die sicher notwendig ist. Aber wenn Sie sie als verbindliche Übung einführen, dann heißt das doch übersetzt: Jeder Schüler muß sie besuchen, und kein Schüler braucht etwas zu lernen. Der Lehrer ist ja heute noch nicht darauf vorbereitet. Da gibt es dann Schüler, die vielleicht in der Praxis mehr können. In der Informatik wird man dann philosophieren — das habe ich heute gehört —, weil der Lehrer die Praxis zuwenig beherrscht. Ich habe in der Schule einen Englischlehrer gehabt, bei dem haben wir Shakespeare in der Ursprache gelesen, aber nur deshalb, weil er Englisch nicht konnte. Das war im Krieg. Ich befürchte, daß in der Informatik so etwas Ähnliches passiert. Herr Minister! Wir hätten dann diesem wichtigen Anliegen einen schlechten Dienst erwiesen.

Es ist hier auch gesagt worden, die ÖVP sei konservativ und das wäre ein Rückschritt. (Zwischenruf des Bundesministers Dr. Moritz.) Herr Minister! Nicht Sie, nein. (Bundesminister Dr. Moritz: Mock hat gesagt, er sei für konservative Werte!) Ich bekenne mich zu der Aussage von Dr. Mock, Herr Bundesminister, denn die konservativen Werte sind wieder gefragt. Ich hoffe, das hat sich auch auf der linken Seite dieses Hauses schon herumgesprochen. (Beifall bei der ÖVP.)

Entscheidend für die Schule ist die Lehrerpersönlichkeit — vielleicht treffen wir uns in diesem Punkt; wir haben viele gute Lehrer an den Schulen —, entscheidend ist sein fachliches Können, seine erzieherische Kompetenz und seine pädagogische Leistung. Aber ich glaube — und da sind wir sicherlich einer Meinung —, daß es keine wertfreie Bildung und keine wertfreie Erziehung gibt. Das hat nicht nur Dr. Mock gesagt, das hat auch Minister Blecha gesagt und geschrieben. Ich glaube, wir sollten die Lehrer ermutigen, diese allgemeingültigen Werte nicht nur weiterzugeben, sondern auch selber vorzuleben, denn auf diese Art und Weise kann man sie am besten vermitteln. Ich traue mich hier deutlich zu sagen, welche Werte ich damit meine: den Herrgott, die Heimat, die Treue, die Verantwortung für sich und für den Nächsten, den Fleiß, die Ehe und die Familie. (Abg. Matzenauer: ... und Gerechtigkeit und Solidarität und so weiter! Sind das keine Werte?) Herr Minister! Ich glaube, diese Werte sind wieder gefragt. (Abg. Dr. Gradenegger: Und nicht die Pornographie!) Die Pornographie nicht. Dazu haben Ihre Herren oder Damen einige Aussagen gemacht. (Abg. Schwarzenberger: Das

6206

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

ist für euch ein Wert!) Im Bereich der Pornographie haben wir sicher die Eltern zu befähigen, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Aber es haben auch der Staat und die Gesellschaft hier eine Verantwortung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Man kann das nicht alles auf die Eltern abschieben. Das muß auch sehr deutlich gesagt werden.

Herr Minister! Die Schulpartnerschaft könnte eine echte Hilfe leisten, wenn wir Schüler, Eltern und Lehrer näher zusammenbringen. Die ÖVP hat diese Schulpartnerschaft immer gewünscht und unterstützt und hat sie dem Schulkonflikt immer vorgezogen. Das bedingt eine echte Anerkennung der Anliegen der einzelnen Gruppen, der Anliegen der Lehrer, der Schüler und der Eltern. Das bedeutet die Sicherung und Verbesserung der persönlichen Rechte, der Information, der Auskunft, der Transparenz. Das bedeutet aber auch eine Abgrenzung der Rechten und Pflichten untereinander.

Herr Minister! Heute klagen die Schulen und die Lehrer über die Bürokratie, und ich glaube, wir sollten auch einen Abbau der Bürokratie angehen. Wir wollen mehr Selbstständigkeit, aber auch mehr Verantwortung für den einzelnen Lehrer und für die einzelne Schule.

Zum Abschluß kommend möchte ich sagen: Herr Minister, die ÖVP hat bei der Weiterentwicklung und bei der Verbesserung der Schule immer maßgebend mitgewirkt. Und wir haben auch Erfolg gehabt, und zwar deshalb, weil unsere Vorstellung von den Eltern und von den Schülern und auch vom größten Teil der Lehrer nicht nur unterstützt, sondern auch mitgetragen wurden. Das war 1962 so, daß war 1969 so, als wir die Schulversuche begonnen haben, und das war auch 1982 so, als wir die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle beschlossen haben.

Wir fordern daher vom Minister der sozialistischen Koalitionsregierung den vollen Einsatz für eine gute Einführung der „Neuen Hauptschule“. Es sind die notwendigen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start zu sichern: die Senkung der Klassenschülerzahl, die Teilungszahl, daß die drei Leistungsgruppen überall als eigenständige Lehrgruppe geführt werden können, wir brauchen Lehrpläne für eine kindgerechte Leistungsschule und wir brauchen engagierte Lehrer, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern die gemeinsam mit den Eltern Werte vermitteln und den jungen Menschen Lebensmut und Zuversicht mitgeben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die notwendige Leistungsbereitschaft zur Bewältigung der wirtschaftlichen Entwicklung des persönlichen Lebens muß doch mit der Fähigkeit zu mehr Freude, zu mehr Menschlichkeit unseren Kindern vermittelt und ins Leben mitgegeben werden. Das verstehen wir unter „kindgerechter Leistungsschule“, und das ist das Anliegen der ÖVP.

Wir werden sehr wachsam sein, daß diese Bildungschancen den Kindern aller Schulen, von der Volksschule über die Hauptschule, die allgemeinbildenden höheren Schulen, die weiterführenden berufsbildenden Schulen, auch die berufsbildenden Schulen für die wirtschaftlichen Frauenberufe bis zur Handelsakademie gesichert werden. Es darf in der Schulpolitik nicht so sein wie im Budget insgesamt, daß man nachher sagen muß: Das ist eine Entwicklung der versäumten Chancen.

In der Schulpolitik müssen wir die Chancen wahrnehmen, und das ist unsere gemeinsame Aufgabe. (*Beifall bei der ÖVP.*) 15.32

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brennsteiner. Ich erteile es ihm. (*Ruf bei der SPÖ: Höchste Zeit, daß . . . mit der Phraseologie!*)

15.32
Abgeordneter **Brennsteiner** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann einige Aussagen des Kollegen Dr. Leitner, meines Vorredners, einfach nicht in der Form hinnehmen, wie er sie gemacht hat.

Wenn er behauptet, die SPÖ sei dagegen, daß die „Neue Hauptschule“ einen guten Start habe, so ist das völlig absurd. Ich möchte darauf hinweisen, daß auch von unserer Seite alles getan wird, die Neue Hauptschule im Schuljahr 1985/1986 anlaufen zu lassen.

Ich habe im Zusammenhang mit den neuen Lehrplänen, die vom Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport vor kurzem unterzeichnet worden sind, mit der beschlossenen Novellierung des SCHOG beim Schulsprecher der ÖVP, Kollegen Schäffer, keine gute Aufnahme gefunden. Es wundert mich, daß der Schulsprecher der ÖVP Schäffer am 20. Oktober im ORF den Ausdruck „Eintopschule“ verwendet hat; der Ausdruck ist ja heute auch schon wiederum gefallen.

Hohes Haus! Für mich und für die Leiter und Lehrer meiner Region ist der Ausdruck

Brennsteiner

unverständlich. Ich komme aus einer solchen Schule, war bisher 20 Jahre Leiter einer solchen Hauptschule, und 99 Prozent — ich betone: 99 Prozent! — aller 10- bis 14jährigen besuchten eine solche Schule. Kollege Leitner spricht von 65 Prozent, die diese Schule besuchen. In unseren Regionen ist es weitaus mehr. Die „Neue Hauptschule“ hat sicherlich einen bestimmten Stellenwert in bezug auf die Aussage der Lehrpläne. Von den Abgängern dieser Schule besuchten in meinem Bereich fast 100 Prozent der Schüler des Ersten Klassenzuges und auch einige des Zweiten Klassenzuges in diesem Zeitraum der 20 Jahre eine mittlere oder höhere berufsbildende oder allgemeinbildende Schule. Die Ausfallsquote war unbedeutend.

Mehr als 1 000 ehemalige Schüler haben nach Absolvierung der Hauptschule ihre Berufsausbildung in diesen Schulen abgeschlossen und stehen heute im Arbeitsprozeß der österreichischen Wirtschaft. Viele unserer Schüler haben eine universitäre Ausbildung absolviert.

Inhaltsidente Lehrpläne mit denen in der AHS-Unterstufe — ich betone noch einmal: inhaltsidente Lehrpläne mit denen in der AHS-Unterstufe —, sind für die Erste Leistungsgruppe für uns eine Selbstverständlichkeit. (*Beifall bei der SPÖ*) Wir haben kein Verständnis, daß jene Schüler, denen kein AHS-Besuch ab dem zehnten Lebensjahr möglich ist, schlechtergestellt sein sollen als jene in den Ballungsräumen, denen dieser Weg offensteht. Die „Neue Hauptschule“ wird nur dann bestehen können, wenn Gleichberechtigung und Chancengleichheit gewahrt werden. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Noch ein Wort zum Lehrplan. Vor mir hat sich heute mein Vorredner Dr. Leitner über den Lehrplan mokiert. Ich kann nur feststellen — ich bin „erst“ seit 35 Jahren im Geschäft und habe bereits ein langes Lehrerleben hinter mir —: Vom Lehrplan scheint unser Vorsitzender des Unterrichtsausschusses wenig Ahnung zu haben! (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ*) Er müßte den alten Lehrplan hernehmen und nachschauen, was im alten Lehrplan drinnensteht. Ein Lehrplan — so habe ich das jedenfalls in meiner Unterrichtsausbildung auch gelernt — ist ein Rahmenlehrplan, und in diesem Rahmenlehrplan sind nur taxativ da und dort Dinge aufgezählt, während eben der Ausfluß dann in der Lehrstoffverteilung liegt. Ein Rahmenlehrplan wird auch in der Zukunft nicht im Detail eine Aussage möglich machen.

Und dazu, daß Ausdrücke irgendwelcher Art besonders im Fach Deutsch vorhanden sind, kann ich nur sagen, Dr. Leitner: Zu unserer Zeit hat man deutsche Ausdrücke verwendet und heute verwendet man lateinische Ausdrücke. Daß uns, Ihnen genauso wie mir, vor 35 Jahren diese lateinischen Ausdrücke mehr oder weniger unbekannt waren, lag in unserer Ausbildung. Aber heute ist das anders, und ich nehme an und bin sicher — ich kenne auch meine Deutschlehrer —, daß die Deutschlehrer diese Ausdrücke auf alle Fälle verstehen werden, interpretieren können und in der Form umsetzen können, wie sie es sollen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner*. — *Abg. Dr. Blenk*: Aber die Eltern können nichts damit anfangen!) Lieber Kollege Blenk, wegen der Eltern — gut, daß Sie mir das Stichwort gegeben haben; der Kollege Leitner hat ja auch davon gesprochen —: Ich habe in meiner 35jährigen Dienstzeit und in meiner 20jährigen Leiterdienstzeit bisher kaum irgendwelche Eltern bei mir gehabt, die den Lehrplan verlangt hätten (*Zwischenrufe der Abg. Dr. Blenk und Schwarzenberger*), sondern sie haben sich immer an der Lehrstoffverteilung oder am Schulbuch orientiert. (*Abg. Dr. Blenk*: *Die bemühen sich zu Hause um ...*) — Das glaube ich nicht, lieber Kollege Schwarzenberger, weil dies nicht nur bei mir so war, sondern auch in den anderen Bereichen der Region. (*Beifall bei der SPÖ*. — *Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk*. — *Ruf bei der SPÖ*: Kollege Blenk, das sind diejenigen, die auch ein Lexikon lesen können! — *Abg. Dr. Blenk*: Was war das wieder Gescheites?)

Sehr geehrte Damen und Herren! Weil ich bei der Schule bin, darf ich noch eine Sache anbringen, die mir wirklich am Herzen liegt: zur Lehrerarbeitslosigkeit. Es ist zwar heute nicht im speziellen davon gesprochen worden (*Abg. Dr. Blenk*: *Wenn Sie das Problem nicht sehen!*), aber alle kompetenten Stellen sind aufgerufen, der Lehrerarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die Einstellungsmöglichkeiten zu fördern.

Der Abbau von dauernden Mehrdienstleistungen und die damit verbundene Einstellung von Junglehrern ist im Hauptschulbereich mehr oder minder reibungslos über die Bühne gegangen. Dies müßte auch im Bereich der Sonder Schulen möglich sein.

Und nun spreche ich unseren — „unseren“ sage ich, weil ich ein Salzburger bin und unseren Schulratspräsidenten anspreche — Schulratspräsidenten im speziellen an. Mir ist bekannt, daß aufgrund der derzeitigen Rege-

6208

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Brennsteiner

lung der Leiter von Sonderschulen unter acht Klassen klassenführend sein muß. Zumindest ist es im Bundesland Salzburg so. Dadurch kommt es bei den Betroffenen zu dauernden Mehrdienstleistungen bis zur halben Lehrer-verpflichtung und darüber hinaus auch heute noch. Diese Ungerechtigkeit gegenüber den HS-Lehrern muß ausgeräumt werden. Die Unterbringungsmöglichkeit von vielen — ich betone: von vielen! — jungen Sonderschullehrern wäre vorhanden. Allein in meinem Wohnbezirk Zell am See sind dadurch zehn bis zwölf neue Anstellungsmöglichkeiten gegeben. Ich sage nur: Die Initiative dazu kann auch von unserem Präsidenten Schäffer ausgehen. (Abg. Mag. Schäffer: Kollege Brennsteiner! Kein einziger Sonderschullehrer in Salzburg ist arbeitslos! Nur zur Klärstellung!) Ich sage ja nicht, daß es in unserem Bereich momentan arbeitslose Lehrer gibt, aber die grundsätzliche Bereitschaft, auch im Sonderschulbereich Leute unterzubringen, müßte auf diese Weise gegeben sein. Mir geht es ja nur darum, daß im Bereich der Hauptschulen die Hauptschullehrer es nicht einsehen, daß angesichts der Lehrerarbeitslosigkeit im Bereich der Sonderschulen derartig hohe Überstundenbereiche vorhanden sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Nun zu einem anderen Bereich. Österreichs Geltung in der Welt wird durchwegs auch an den Leistungen österreichischer Künstler und Kulturinstitutionen mannigfacher Art gemessen. Wir haben große Kulturinstitutionen, die einen wesentlichen Faktor im Kulturleben Österreichs darstellen. Daß diese Einrichtungen im Bundesbudget insbesondere auf der Ausgabenseite beträchtlich zu Buche stehen, wird dem interessierten Österreicher erst dann bewußt, wenn Zahlen in Millionenhöhe und weit darüber veröffentlicht werden.

Hohes Haus! Ich nehme die heutige Budget-debatte zum Anlaß zur Betrachtung der im Kapitel 71, Bundestheater, veranschlagten Ansätze für das Jahr 1985 (Abg. Steinbauer: Eine Schaubühne!) und möchte nur einige Bemerkungen machen, lieber Kollege Steinbauer. Diese Ansätze sehen Ausgaben in der Höhe von insgesamt 1 834,9 Millionen Schilling vor, denen Einnahmen von 373,1 Millionen Schilling entgegenstehen. Alle kulturellen Einrichtungen in Österreich zählen zu den traditionellen Empfängern staatlicher Subventionen. Die Bundestheater erhalten etwa zwei Fünftel des Kulturbudgets als Zuschuß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Betrach-

tet man das Verhältnis des Personalaufwandes zum Sachaufwand, so muß man feststellen, daß der Sachaufwand gegenüber 1984 von 318,8 Millionen auf 318,1 Millionen geringfügig gesunken ist, während der Personalaufwand von 1 420,4 Millionen auf 1 516,8 Millionen stieg und der Personalaufwand insgesamt rund 85 Prozent der Ausgaben ausmacht.

Die Steigerung des Personalaufwandes ist mit dem Abschluß eines neuen Kollektivvertrages für das Orchesterpersonal ab 1. 1. 1984 und dem vermehrten Pensionsaufwand zu begründen. Es spielen auch in diesem Bereich pensionsrechtliche Maßnahmen eine große Rolle. Trotzdem wird es notwendig sein, langfristige Dispositionen zu treffen, Gagenkalkulationen zu überprüfen, ohne Abstriche in der Qualität hinnehmen zu müssen. Man wird auf alle Fälle versuchen müssen, im internationalen Gleichklang zu bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der tertiäre Sektor in diesem Bereich wird auch weiterhin sehr hoch bleiben, und ich weiß, daß Rationalisierungsmaßnahmen da sehr schwer möglich sein werden. Das Drängen auf Spar-samkeit bei den damit verbundenen Ansätzen wurde in den vergangenen Bundesbudgetdebatten vielfach angesprochen und versprochen. Die Einnahmeseite, in erster Linie die Einspielergebnisse, soll laut Voranschlag 373,1 Millionen Schilling bringen. Mit rund 22 Prozent Einnahmen aus diesem Bereich stehen die Bundestheater relativ gut da, verglichen mit Anstalten anderer Länder in Europa.

Hohes Haus! Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Institutionen dient in der Diskussion oft als Rechtfertigung für die Ausgaben. Man spricht von Umwegrentabilität im landläufigen Sinne. Auch der Herr Bundesminister hat heute bereits darauf hingewiesen, eine genaue Quantifizierbarkeit ist sicher sehr schwer, aber im gesamten gesehen ist es sicher so, daß uns die Bundestheater dies durch die Umwegrentabilität zurückbringen.

Eine Reihe von wirtschaftlichen Bereichen spielen im Bereich der Bundestheater eine besondere Rolle. Kulturelle Institutionen sind Anziehungspunkte für Touristen und Besucher. Nebenausgaben von Gästen stimulieren den Umsatz lokaler Branchen. Beförderungsleistungen, Dienstleistungen in Gaststätten und dergleichen mehr werden gebucht. So bietet zum Beispiel ein Kärntner Hotel ein Pauschalarrangement an inklusive Flug und Opernbesuch. 3 000 Arbeitsplätze entfallen auf die Bundestheater, und die Unternehmen

Brennsteiner

des Kulturbereiches schaffen daher auch Beschäftigung. Im gesamten gesprochen bringen diese Institutionen dem Staat sehr viel, und die direkten und indirekten Effekte zusammen machen rund 2 Milliarden Schilling aus; die Wertschöpfung beträgt 1 Milliarde und allein die Steuererträge von den Bediensteten 557 Millionen, die wiederum zurückfließen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Da die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter geöffnet erscheint, sind Maßnahmen notwendig, um gegenzusteuern. Vorgesehen sind also alle jene Bereiche, die unser Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport bereits heute angesprochen hat, ich möchte sie nicht wiederholen, auch meine Zeit nicht überschreiten: Die Öffnung der Bundestheater durch verstärkte Abos, Veranstaltungen im Rahmen der sogenannten AK-Tournee in kleineren Städten, Fernsehübertragungen und dergleichen mehr brachten bereits wertvolle Ansätze.

Bundesminister Dr. Herbert Moritz, ein profunder Kenner der Theaterszene — das hat sich auch in Wien schon herumgesprochen — wird sicher ein wachendes Auge als Ressortverantwortlicher walten lassen. Als Salzburger Abgeordneter richte ich die Bitte an den Bundesminister, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um auch im Bereich der Salzburger Festspiele sein wachsames Auge einzusetzen, denn aus der Salzburger Wertschöpfung sollte nicht nur eine Person profitieren, sondern in erster Linie Salzburg und damit auch Österreich. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die sozialistische Fraktion wird diese Ansätze im Budesbudget annehmen und diesen zustimmen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 15.47

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Steinbauer. Ich erteile es ihm.

15.47

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Kunst spielt in den Reden meiner Vorredner eine gewisse Rolle, aber wir wissen wohl, daß der Schwerpunkt dieser Debatte anläßlich der Debatte des Kunstberichtes im Jänner des kommenden Jahres gesetzt wird, heute kann nur ein Teil dieser Debatte im großen Bereich Unterricht, Wissenschaft, Sport geführt werden.

Natürlich hat die Regierung nicht ver-

säumt, die üblichen Vorbereitungen für diese Debatte zu treffen, nicht anders ist zu erklären, daß es eine Begegnung besonderer Art gegeben hat — in der „Arbeiter-Zeitung“ und anderen Zeitungen nachzulesen —, der Bundeskanzler hat sich mit Künstlern zusammengesetzt und man hat eine fruchtbare Diskussion, so war die Meldung, geführt. Nur: Ich halte dies doch ein bissel für einen jener Punkte, von denen ich meine, daß die Regierungen — nicht nur die jetzige, sondern auch die vorigen sozialistischen Regierungen — Kunspolitik mit dem Hang zur Illusionspolitik betrieben haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zu leicht ist man der Verlockung erlegen, den Künstlern anhand von einzelnen Beispielen Hoffnungen zu machen, zu leicht ist man dem Umstand erlegen, daß Künstler sich halt sehr sensibel in erster Linie um ihre eigenen Werke kümmern und die Politik nur sehr ausschnitthaft beobachten, daß sich etwa die Wahrheit der Budgetentwicklung im Kunstbereich bei Künstlern nur sehr reduziert herumgesprochen hat und daß manche Jubelmeldung: neuerlich Steigerung des Kunstbudgets und dergleichen, bei den Künstlern relativ leicht aufgenommen wurde.

Zu groß war die Verlockung, dieser ist die Regierung nach meinem Dafürhalten auch jetzt wieder erlegen: Ein Ruhigstellen der Künstler, Begegnung mit dem Bundeskanzler, statt Realpolitik zu betreiben. Ich möchte hier versuchen, mit ein paar Beispielen in aller Kürze zu mehr Realismus, zu einem Gegenseuern zu dieser Art von Kulturpolitik aufzufordern.

Nehmen wir den Eingangsfall, die von sozialistischen Rednern so bejubelte Verankerung der Freiheit der Kunst in der Verfassung. (*Abg. Adelheid Praher: Haben Sie zugestimmt oder nicht!*) Wir haben damals dafür gestimmt — bevor Kollegin Praher die erste Erregung überfällt, lassen Sie mich in Ruhe aussprechen —, wir haben mitgestimmt und waren auch der Meinung, daß die Freiheit der Kunst in der Verfassung zu verankern ist. Sie haben aber hier, und bitte das in den Protokollen der damaligen Redner nachzulesen, in Lobreden und Hymnen den Eindruck erweckt, nun breche eine neue Zeit an, nun würde sich die Landschaft generell verändern. Und Sie haben nach meinem und unserem Geschmack — denn unsere Redner haben damals schon darauf hingewiesen — versäumt, auf die Schranken der Freiheit, auf die Schranken jeder Freiheit in unserer Gesellschaft hinzuweisen.

6210

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Steinbauer

Sie haben nun, nachdem die falschen Hoffnungen erweckt wurden, nachdem Illusionen entstanden sind, Probleme vor sich wie etwa im Streitfall Thomas Bernhard gegen Lampersberger, wo ganz einfach eine Kollision von Freiheiten stattgefunden hat; eine jener Kollisionen, die zweifellos im Rahmen der Verfassung möglich sind und die nun stattfinden.

Seither haben Sie eine Zensurdebatte. Es ist ja eine historisch einmalige und interessante Entwicklung, daß nach über einem Jahrzehnt sozialistischer Regierung in Künstlerkreisen das Thema Zensur aufgebrochen ist. Daß man also Zensur und Kunst gerade unter sozialistischen Regierungen diskutiert, halte ich für ein bezeichnendes Symptom. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß die Wurzel dieser Debatte in den Illusionen liegt, die etwa Lobredner damals bei der entsprechenden Debatte und im Umfeld dieser Debatte erweckt haben, als gäbe es die schrankenlose Freiheit, als seien damit alle Probleme gelöst.

Und ich möchte in aller Kürze ein zweites Beispiel der Illusion erwähnen. Auf europäischer Ebene und international wird seit vielen Jahren eine Vitalisierung der Museen registriert und entsprechend findet mit ein bißchen zeitlicher Verschiebung auch in Österreich eine, wie ich meine, wichtige und richtige Museumsdebatte statt.

Trotz alledem glaube ich, daß sich auch hier wieder die Anzeichen von illusionärer Kulturpolitik häufen. Fragen Sie Künstler, welche Signale sie wahrgenommen haben etwa rund um die Lösung der Museumsfrage oder gar rund um die Frage des Messepalastes.

Hier tun maßgebliche Kulturpolitiker der SPÖ so — der Herr Bundesminister Fischer ist hier doch sehr federführend —, als gäbe es ein klares Museumskonzept.

Wer damals die Enquête besucht hat, muß registrieren, daß die Enden noch sehr lose sind, daß sogar sehr massiv kontroverse Standpunkte dort vertreten wurden und daß von einem Resultat in dem Sinn, wie es jetzt illusionär bereits verkündet wird, keine Rede sein kann.

Es wird vieles, das in den Museen geschehen sollte, weitergeschoben. Besichtigen Sie etwa die notwendigen Renovierungs- oder Sanierungsarbeiten im Völkerkundemuseum. Sie finden unter dem Hinweis, es käme zu

einem Museumskonzept, nicht statt. Besichtigen Sie andere Bereiche in der Museumslandschaft, etwa den wahren Zustand des Palais Liechtenstein, wo die Heizkosten die Anschaffungskosten beinahe aufzufressen drohen. Besichtigen Sie die Realität in der Museumslandschaft, dann werden Sie sehen, daß die Illusionen, die angesagt werden, nicht mit der Realität übereinstimmen. Und das gilt leider auch für den Messepalast.

Wer die Äußerungen der Regierung allein betrachtet, muß annehmen, daß der Messepalast ein Projekt der nächsten Zukunft ist, daß dort eigentlich schon Klarheit herrscht. Wer dann das Kleingedruckte oder gar die Realität ansieht, muß bemerken, daß überhaupt keine Klarheit vorhanden ist zum Beispiel hinsichtlich des Verbleibs der Messe AG, daß über die Zukunft der Mieter, die dort im Wohlbetrieb von Mietrecht angesiedelt sind, keine Klarheit herrscht, daß in Wahrheit zwischen Bauernministerium und Magistrat Wien und dem Wissenschaftsministerium sehr unterschiedliche Vorstellungen zirkulieren und daß vor allem die Mindestmilliarde, die für eine Sanierung des Messepalastes notwendig ist, weit und breit nicht in Sicht ist, schon gar nicht im Budget 1985. Dort vermutet und sucht sie auch niemand, aber es sollte wenigstens eine ahnungswise Vorstellung über die Finanzierungsmöglichkeiten bestehen, bevor man etwa einen Architektenwettbewerb ausschreibt, und man sollte auch Vorstellungen haben, die wirklich eine klare Grundlage für den Architektenwettbewerb sind, bevor man einen solchen losläßt.

Ich glaube, daß auch der Fall Messepalast wieder ein Fall ist, wo die Kulturpolitik der Regierung Illusionen erweckt und herzlich wenig an Realität anzubieten hat.

Und noch ein drittes Beispiel, weil die Kollegin Praher heute doch mit leuchtendem Auge — sie hört mir leider nicht zu, weil sie sich bereits der Familienpolitik widmet — von den Budgetziffern gesprochen hat.

Kollegin, noch einmal: Das Budget 1985 schaut in manchen Bereichen so schön aus, weil die Illusion folgenden Trick hat. Vor diesem Budget lag nämlich das von den Medien so bezeichnete Schrumpfbudget Kunst 1984, und Sie wissen, daß bei der Steigerung, wenn man vorher in die Talsohle gegangen ist, auch ein Hügel zum Berg werden kann. Das ist neuerdings ein Beispiel, wo Illusion ganz einfach verkündet wird und die Realität nicht mithält.

Steinbauer

Und, Frau Kollegin Praher, wenn Sie mir schon nicht glauben, dann bitte ich Sie, in das Budgetheft zu schauen und etwa den Bereich Filmwesen herauszugreifen. Da ist der Budgetschritt 1984 auf 1985 eine Verminderung der absoluten Ziffern, da ist nicht einmal die inflationäre Abgeltung drin und schon gar nicht die überdurchschnittliche Steigerungsrate, die Ihre leuchtenden Augen sonst überall gesehen haben.

Oder, wenn Sie, Kollegin, mir wirklich nicht glauben, nehmen Sie das Budgetheft her und schauen Sie die Bereiche Musik und darstellende Kunst an. Dort ist der Erfolg, also das tatsächliche Ergebnis 1983 273 Millionen gewesen. Für 1985, zwei Jahre später, Kollegin Praher, stehen diesen 273 Millionen 270 Millionen gegenüber. Das nennen wirklich nur Illusionskünstler eine Steigerung von Kunstausgaben im Budget.

Ich glaube also, daß auch hier dieses Beispiel wieder zeigt, daß leider die Realität gegenüber dem, was man im Kunstbereich ankündigt, weit hinten bleibt.

Und schließlich ein letztes Beispiel oder das Hereinbringen der Realität selbst. Das Hohe Haus hat die Unterlagen noch nicht, die in den nächsten Tagen bei der Enquete „Soziale Lage der Künstler“ zur Diskussion stehen.

Ich sage Ihnen, die Enquete wird neuerdings das bestätigen und bestätigen müssen, was nach einem Jahrzehnt sozialistischer Kulturpolitik die wirkliche Lage der Künstler ist.

Und wenn Sie in Österreich beim künstlerischen Schaffen — wir nennen uns immer das große Kulturland Österreich, wir sind stolz auf unsere kulturelle Vergangenheit, wir sind stolz auf unsere kulturelle Leistung — nicht Nebenkünstler sind, das heißt, die Kunst als Nebenerwerb zu einer ganz anderen Hauptbeschäftigung auszuüben, wenn Sie nicht von ganz anderem leben, dann sind Sie als Künstler in diesem Lande nicht nur sehr schlecht, sondern extrem schlecht gestellt.

Wenn Sie die Debatte der nächsten Tage vielleicht in den Medien berichtet finden, dann bitte ich die Kollegen des Hohen Hauses, sich klarzumachen, daß sie dann wahrscheinlich — es war in den vergangenen Jahren immer wieder in Einzelbereichen sichtbar — eher erschütternde Ziffern und erschütternde Feststellungen registrieren müssen. Die wahre Lage — und nicht die kulturpolitische illusionäre Lage — der Kunst in Österreich, die Realität der Künstler ist, daß in den

einzelnen Bereichen bildende Künstler, Schriftsteller, Komponisten — bis zu 80 Prozent der Komponisten, bis zu 80 Prozent der Schriftsteller, bis zu 80 Prozent der bildenden Künstler — in ihren Einkünften unter dem oder gerade am Existenzminimum der Österreicher angesiedelt sind.

Die Realität der Kunst in Österreich ist nämlich eine andere als die Illusion, die wir immer wieder von den Reihen der Regierung, von der Regierungsbank über die kulturpolitische Situation hören. Tatsache ist, daß die Enquete der nächsten Tage in ganz bestimmten Bereichen noch schrecklichere Teilergebnisse zeigen wird. Nämlich daß Menschen, die, weil sie sich ein künstlerisches Ziel gesetzt haben, tatsächlich weit unter dem Existenzminimum leben, von ihrer Frau erhalten werden oder daß, wenn es sich um Frauen handelt, sie in Österreich nicht einmal die Chance haben, künstlerisch tätig zu werden. Das, meine Damen und Herren von der SPÖ und vor allem meine Damen der SPÖ, der Regierungspartei — ich denke hier auch ausnahmsweise an die Kollegin Partik-Pablé —, das, meine Damen, ist nämlich die Realität der Kunst in Österreich. Als Frau haben Sie in Österreich kaum eine Chance, von künstlerischer Tätigkeit auch wirklich zu leben, und da nützen alle Illusionen nichts, die Sie vielleicht sonstwo verkünden, Sie können als Frau künstlerisch in Österreich kaum tätig sein!

Ich schließe also mit dem Ersuchen, nicht nur an diesen Minister oder an die zwei, die sich den Kunstbereich zu teilen haben, sondern auch an die Kunstsprecher der Regierungsparteien, doch wegzugehen von der Politik der Illusionen im Kulturbereich und jenen Realismus hineinzutragen, der Metallarbeitern, der Bauarbeitern ganz selbstverständlich ist, und einmal auch die Kunstpolitik mit den Meßblatten des normalen Österreicher zu messen. Sie kommen dann nämlich drauf, daß die Wirklichkeit im krassen Gegensatz zu dem steht, was als Kulturpolitik illusionär von der Regierung verkauft wird. (Beifall bei der ÖVP.) 16.01

Erklärung des Bundesministers für Inneres über die Vorfälle in der Hainburger Au

Präsident Mag. Minkowitsch: Der Herr Bundesminister für Inneres hat mir mitgeteilt, daß er gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung eine mündliche Erklärung abzugeben wünscht, und zwar zu einem Gegenstand, der nicht in Verhandlung steht.

Ich beabsichtige, dem Herrn Bundesminister zur Abgabe seiner Erklärung über die

6212

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Präsident Mag. Minkowitsch

Vorfälle in der Hainburger Au sofort das Wort zu erteilen.

Werden dagegen Einwendungen erhoben?
— Das ist nicht der Fall.

Das Wort hat der Herr Bundesminister für Inneres.

16.02

Bundesminister für Inneres Blecha: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Bundesregierung hat immer wieder von der Bestimmung der Geschäftsordnung Gebrauch gemacht, dem Nationalrat über Fragen besonderer Aktualität unverzüglich und aus erster Hand zu berichten.

Ich möchte das heute tun im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Vorarbeiten zum Bau eines Donaukraftwerkes bei Hainburg.

Bekanntlich hat das dafür zuständige Mitglied der Niederösterreichischen Landesregierung am 26. November in zweiter Instanz die bescheidmäßige Bewilligung auf Grund des niederösterreichischen Naturschutzgesetzes erteilt, und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat am 5. Dezember das forst- und wasserrechtliche Genehmigungsverfahren bescheidmäßig abgeschlossen. Damit sind nach übereinstimmender Rechtsauffassung des Bundes und des Landes Niederösterreich jene Voraussetzungen geschaffen worden, um den Donaukraftwerken das Recht einzuräumen, Arbeiten für das Kraftwerk Hainburg zu beginnen.

Zu Überlegungen, ob die Donaukraftwerke mit den Vorbereitungsarbeiten für den Kraftwerksbau bis zum Abschluß der parlamentarischen Behandlung eines künftigen Volksbegehrens zuwarten sollen, wird von den Donaukraftwerken eingewendet, daß die Dauer der parlamentarischen Beratungen ein unbestimmbarer Zeitraum ist und daß außerdem die Ergebnisse des Volksbegehrens, welches in der Zeit vom 4. bis zum 11. März, wie ich dem Hohen Haus mitteilen darf, stattfinden soll, wie immer sie auch lauten mögen, in einem Rechtsstaat nicht rückwirkend in bereits rechtskräftig erlassene Bescheide eingreifen können.

Auf Grund der rechtskräftigen Bewilligungen beabsichtigte die DOKW, am 10. Dezember mit den Rodungsarbeiten im Gebiet Hainburg — Stopfenreuth zu beginnen. Bereits in den Nachtstunden am 10. Dezember haben sich im fraglichen Gebiet zahlreiche Kraft-

werksgegner in Stopfenreuth eingefunden, die möglicherweise als ein Rest der am 8. Dezember 1984 in diesem Gebiet abgehaltenen, ordnungsgemäß angemeldeten Demonstration anzusehen sind.

Sie besetzten Zufahrtswege zum Rodungsgebiet. Bereits um etwa 6 Uhr früh war die Zahl der anwesenden Kraftwerksgegner, unter denen auch die Proponenten des Conrad-Lorenz-Volksbegehrens Dr. Nenning und Dr. Lötsch anwesend waren, auf etwa 200 bis 300 Personen angewachsen.

Von den örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaften Bruck an der Leitha und Gänserndorf wurden über Weisung der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich vorerst 40 Gendarmeriebeamte aus den genannten beiden Bezirken und 10 Kriminalbeamte der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion bereitgestellt.

Als um 6 Uhr 56 Minuten das von einem Gendarmeriekonvoi begleitete Vorkommando der Arbeitstruppe die Abfahrt von der Donaubrücke Hainburg passierte, wurde dieser Trupp von Demonstranten, die sich auf die Fahrwege legten, gestoppt. Es entwickelte sich in der Folge ein mehrstündiger Diskurs zwischen Demonstranten auf der einen Seite, Arbeitern und Gendarmeriebeamten auf der anderen.

Die in Gesprächsform — und ich muß das doch jetzt hinzufügen — 6 Stunden hindurch immer wieder vorgetragenen Aufforderungen, den Arbeitern doch den Zugang zum Rodungsplatz zu ermöglichen, blieben erfolglos.

Da unter diesen Umständen eine Aufnahme der Rodungsarbeiten unmöglich war, wurde in den Mittagsstunden des 10. Dezember 1984 von meinem Ministerium die Verstärkung des Gendarmerieeinsatzes bewilligt. Es wurden insgesamt 212 Beamte der Gendarmerie-Zentralschule Mödling zum Einsatzort gebracht, wo sie gegen 13 Uhr 30 Minuten eintrafen. Bei diesen Beamten handelte es sich nicht, wie in einzelnen Medien heute zu lesen war, um unerfahrene junge Gendarmerieschüler, sondern um Beamte, die in Mödling derzeit den Ausbildungslehrgang für dienstführende Gendarmeriebeamte, also für die mittlere Führungsebene der Bundesgendarmerie, besuchen. Es sind viele Jahre erprobte und im Einsatz befindliche Beamte.

Um 13 Uhr 30 Minuten dieses 10. Dezember wurden von den Behördenvertretern — ich

Bundesminister für Inneres Blecha

darf noch einmal sagen, der Bezirkshauptmannschaften Bruck an der Leitha und Gänserndorf — die Demonstrationsteilnehmer nun über Megaphon aufgefordert, die illegale, weil nicht angemeldete, Versammlung zu beenden und sich vom Demonstrationsort zu entfernen. Gleichzeitig wurde von den Behördenvertretern für den Fall der Weigerung die Räumung durch Gendarmeriebeamte angekündigt.

Die Demonstranten haben diese Aufforderungen mißachtet. Bevor aber noch ein Einsatz bereitgestellter Gendarmeriekräfte erfolgte, gab es bereits Presseaussendungen, in denen von einer brutalen Polizeiaktion unter Beteiligung so vieler Beamter wie noch nie in der Zweiten Republik die Rede war.

Die Gendarmeriekärfte haben sich in Keilform in Richtung zum Rodungsplatz bewegt. Ihnen folgten die Kraftfahrzeuge und die Arbeiter der DOKW. Nach Überwindung mehrerer von den Demonstranten aufgebauter Hindernisse, die aus Steinhaufen und aus Bäumen bestanden haben, hat der Arbeitstrupp um 15 Uhr 17 Minuten den Rodungsplatz beim sogenannten Tiergartenarm erreicht; in der Folge wurden die Arbeiten aufgenommen.

Die Aktion der Gendarmerie ist selbstverständlich ohne irgendeinen Waffengebrauch — wobei auch ein Gummiknöppel eine Gendarmeriewaffe wäre — durchgeführt worden.

Im Zuge des Einsatzes sind nicht Hunderte, wie in den Zeitungen behauptet wurde, sondern drei Demonstranten, die trotz mehrfacher Aufforderung in der Fortsetzung strafbarer Handlungen verharren, kurzfristig festgenommen und nach Aufnahme der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Zwei Kraftwerksgegner wurden im Zuge des Gendarmerieeinsatzes verletzt. Beide Verletzten wurden im Krankenhaus Hainburg ärztlich versorgt und sind von dort sofort in häusliche Pflege entlassen worden. Sie kehrten aber unverzüglich auf den Demonstrationsplatz zurück.

Die Rodungstruppen haben bei Einbruch der Dunkelheit ihre Arbeiten eingestellt. Der betreffende Platz wurde in der Nacht zum 11. Dezember von 50 Gendarmeriebeamten abgesichert. Insgesamt waren am 10. Dezember 212 Gendarmeriebeamte der Zentralsschule Mödling und 89 Gendarmeriebeamte aus Niederösterreich — insgesamt, einander ablösend — im Einsatz, darüber hinaus

10 Kriminalbeamte der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich.

Die Beamten der Gendarmeriezentralsschule Mödling sind um 18 Uhr abgerückt, zu einem Zeitpunkt, wo über die Presse und bei anderen Demonstrationen vom Beginn einer brutalen zusätzlichen Aktion berichtet wurde.

In der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember haben Kraftwerksgegner die zur Überwachung des Rodungsplatzes eingesetzten Gendarmeriekärfte umzingelt und sie in ihrer Bewegungsfreiheit behindert.

Es wurden dann in diesem Gebiet Holzbarrieren von immer größeren Gruppen zuströmender Demonstranten aufgerichtet.

In den frühen Morgenstunden, als 50 Gendarmeriebeamte zur Ablöse der während der Nacht eingesetzten Kräfte zum Einsatzort gelangen wollten, wurden sie von einer sehr großen Menge von Demonstranten bereits am Beginn des Augebietes empfangen.

In Begleitung dieses Gendarmeriekontingents befanden sich auch die Arbeiter des Rodungsunternehmens. Es gelang zunächst, zwei von den Demonstranten errichtete Barrieren wegzuräumen, bei der dritten, etwa 350 m vom Rodungsplatz entfernt, war Endstation.

Die Zahl der Demonstranten ist in der Zwischenzeit allein an dieser Stelle auf etwa 2 000 angeschwollen, und sie umringten nun diese Gendarmerieeinheit, auch die zur Unterstützung herbeigeholten 100 Beamten der Zentralsschule Mödling. Es wurde also bei dieser dritten Barriere eine größere Gruppe von Gendarmen und Arbeitern umringt.

Es ist einigen Beamten eine Ablöse der die Gerätschaften Bewachenden gelungen. Diese Gerätschaften — es handelt sich um Traktoren und um fahrbare Bauhütten — sind auch jetzt normal von der Gendarmerie bewacht.

Nach zuverlässigen Schätzungen befinden sich seit den Vormittagsstunden etwa 3 000 Demonstranten im Augebiet. In den Mittagsstunden gelang es einigen Arbeitern, die Rodungstätigkeit wiederaufzunehmen. Dabei soll es nach unbestätigten Meldungen zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und den Arbeitern gekommen sein.

Bei diesen Demonstrationen und den heutigen Auseinandersetzungen ist bei dieser von mir erwähnten dritten Barriere ein Beamter,

6214

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Bundesminister für Inneres Blecha

der diese wegräumen wollte, tätlich angegriffen und verletzt worden. Er wurde mit einer Oberarmverletzung in das Krankenhaus Hainburg gebracht.

Der Einsatz der Sicherheitsexekutive im Augebiet erfolgte in Erfüllung des gesetzlichen Auftrages zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Behauptungen eines brutalen Einsatzes der Sicherheitskräfte und einer Unverhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel weise ich mit Entschiedenheit zurück.

Nicht die Exekutivkräfte, sondern Kraftwerksgegner haben den Boden der Legalität verlassen. Es ist auch nicht die Gendarmerie, die Gewalt anwendet, wie das jetzt immer wieder behauptet wird, sondern jene sind es, die das Gesetz mißachten. Sie führen seit dem 10. Dezember nicht angemeldete gesetzwidrige Versammlungen und Blockaden durch und haben jeder von der zuständigen Behörde ergangenen Aufforderung, den Versammlungsort, die Blockadeplätze zu verlassen, keine Folge geleistet. In diesem Fall sieht unser Versammlungsgesetz ausdrücklich die Anwendung von Zwangsmitteln vor.

Die Kraftwerksgegner verstößen aber mit ihrer Aktion außerdem gegen die Verordnungen der Bezirkshauptmannschaften Bruck an der Leitha und Gänserndorf, mit denen das Betreten dieser fraglichen Stelle, bei der es zu diesen Auseinandersetzungen gestern und heute gekommen ist, untersagt und eine Zuwiderhandlung als Verwaltungsübertretung erklärt und mit Strafe bedroht ist.

Hohes Haus! Bei voller Achtung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit muß mit Nachdruck die Einhaltung unserer demokratischen Rechtsordnung gefordert werden. Das bewußte, organisierte und systematische Mißachten unserer Rechtsordnung müßte — das bitte ich alle Damen und Herren des Hohen Hauses zu beachten — ohne entsprechende Reaktion des Staates und seiner Organe zu anarchischen Verhältnissen in Österreich führen.

Hohes Haus! Die Bundesregierung hat heute den gesamten Sachverhalt ausführlich diskutiert. Sie hat zustimmend und übereinstimmend zur Kenntnis genommen, daß die eingesetzte Gendarmerie ihre Aufgabe mit dem geringstmöglichen physischen Einsatz erfüllt hat. Die Bundesregierung hat alles getan und wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um eine Eskalation der Auseinandersetzung zu vermeiden. Zu diesem Zweck hat der Herr Bundeskanzler unter anderem Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens schon heute zu einem Gespräch eingeladen, aber es ist nur für morgen angenommen worden.

Die Bundesregierung hat aber auch mir die Ermächtigung erteilt, zur Wahrung der Sicherheit aller Beteiligten die dafür notwendigen Kräfte der Sicherheitsexekutive anzufordern und einzusetzen.

Die Bundesregierung tritt dafür ein, mit angemessenen Mitteln zu sorgen, daß Gesetze in Österreich beachtet werden und daß auch eine Firma, die große Verantwortung in volkswirtschaftlicher Hinsicht, aber auch für zahlreiche Arbeitsplätze trägt, nicht durch Blockadeaktionen und Gewalt an der Erfüllung rechtmäßiger Aufgaben gehindert wird.

Hohes Haus! Ich appelliere an alle Beteiligten und an alle Seiten, Besonnenheit zu wahren, Recht und Gesetz zu achten und den gesetzlichen Maßnahmen und Anordnungen der Exekutive Folge zu leisten. So wie ich auch an die Exekutive appelliere, ihre Aufgabe so wie bisher — dafür gebührt ihr ganz besonders auch Dank — mit großer Disziplin, mit Besonnenheit und mit dem geringsten notwendigen physischen Einsatz zu erfüllen. Der Exekutiveinsatz ist immer eine Gratwanderung. Wir haben jedenfalls in Österreich sichergestellt, daß es keinen Absturz in die Niederungen des Polizeistaates gibt.

Wir werden aber auch sicherstellen, daß es bei uns in Österreich kein Versinken in Anarchie gibt. Ich darf das Hohe Haus ersuchen, die Bundesregierung bei ihren Bemühungen zur Wahrung von Recht und Gesetz zu unterstützen und diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ) 16.19

Präsident Mag. Minkowitsch: Es liegt mir das Verlangen gemäß § 81 der Geschäftsordnung vor, über die Erklärung des Bundesministers für Inneres sogleich eine Debatte durchzuführen. Da das Verlangen von fünf Abgeordneten gestellt ist, hat diese ohne weiteres stattzufinden.

Wir gehen also in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

16.20

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich werde versu-

Graf

chen, in gebotener Kürze für die Österreichische Volkspartei einige Feststellungen im Zusammenhang mit dem Bericht des Herrn Bundesministers für Inneres zu machen.

Meine Damen und Herren! Nachdem ich den Bericht des Herrn Bundesministers gehört habe, gestehe ich Ihnen, daß ich ein eigenartig beklemmendes Gefühl dabei bekommen habe. Der Herr Minister Blecha hat Dinge geschildert, die absolut österreichunüblich sind. Es ist sicher eine Entwicklung, die allgemein zu bedauern ist, und es ist ebenso sicher, daß einiges geschehen muß, damit es nicht zu einer weiteren Eskalation kommt.

Der Appell, Herr Bundesminister, an alle Parteien im Hause, also auch an die Österreichische Volkspartei, Sie zu unterstützen, fällt ganz ohne Zweifel auf fruchtbaren Boden.

Ich möchte eingangs zwei Dinge klarstellen: Wir werden bei aller Bereitschaft, die Bundesregierung zu unterstützen, dem Entschließungsantrag der Regierungsparteien nicht beitreten, aber nicht, weil wir die Bundesregierung nicht unterstützen wollen.

Der lapidare Satz, daß der Herr Bundesminister für Inneres ersucht wird, zur Wahrung der rechtsstaatlichen Grundsätze unserer Verfassung alles zu unternehmen und so weiter, ist für die Österreichische Volkspartei so selbstverständlich wie für Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien. Aber diese Feststellung ist vermutlich denn doch in Anbetracht der Entwicklung etwas zuwenig.

Ich freue mich, den Äußerungen des Herrn Bundesministers entnehmen zu können, daß Herr Bundeskanzler Sinowatz sich anscheinend entschlossen hat, dem Appell von Dr. Mock Folge leistend, zu einem Gespräch mit allen Beteiligten aufzurufen. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, bevor Sie sich aufregen, hören Sie mir zu. Wir müssen nicht einer Meinung sein, aber es wäre sehr zweckmäßig, wenn wir wenigstens einen geistigen Konsens herstellen in dieser Angelegenheit, die ja für uns alle im Hause ernst ist. Also nicht nur für Sie und nicht nur für uns, sondern für alle! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich suche bei dieser Erklärung keinen DisSENS, sondern ich werde mit aller zur Verfügung stehenden Vorsicht versuchen, den Standort meiner Partei klarzumachen, weil das unser Recht ist und auch mein Wunsch;

aber mit gebotener Vorsicht, mit gebotenem Augenmaß. Was wir jetzt alle mitsammen brauchen, ist Augenmaß.

Die Österreichische Volkspartei — ich meine, das bedarf keiner Erklärung — bekennt sich so wie alle anderen Parteien in diesem Hause zur Verfassung. Das ist doch selbstverständlich. Wir wünschen aber, daß sichergestellt oder daß zumindest versucht wird, eine Ungleichgewichtung der Argumentation hintanzuhalten.

Ich stehe nicht an zu erklären: Es ist auch für meine Partei unverständlich, daß die Gegner von Hainburg die Befürworter von Hainburg als Menschen zweiter Klasse betrachten. Und auch umgekehrt ist es nicht wünschenswert.

Hier steht ein Befürworter des Baus von Hainburg. Ich habe das Recht, mich dazu zu bekennen, und meine Partei bekennt sich nach wie vor zur Nutzung der Wasserkraft. Daher sehe ich mich veranlaßt, einige Feststellungen zu treffen.

Ich bin außergewöhnlich betroffen, wenn sich Hainburg-Gegner unter dem Prätext „Erkanntes Unrecht darf nicht Recht werden“ zur Wehr setzen. Es ist eine der gefährlichsten Interpretationen, daß Meinungsverschiedenheiten als Recht oder als Unrecht in diesem Staate erklärt werden dürfen. Es gibt Meinungsunterschiede, und sie sind absolut zu respektieren. Aber sie können nicht mit der Unterteilung versehen werden, daß jemand, wenn er etwas anderes will, mindestens Unrecht, wenn nicht mehr hat. Das möchte ich namens meiner Partei absolut feststellen. (Beifall bei der ÖVP.) Denn dieses Argument ist für uns alle, glaube ich, die wir in diesem Hause sitzen, zumindest seit 1945 tot gewesen, und es sollte als Argument tot bleiben.

Aber gerade weil wir uns zu dieser Wasserkraft bekennen, glaube ich doch, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, sollte man versuchen, eine Art Waffenstillstand zu finden, eine cooling off period, wie das herrliche englische Wort heißt.

Ob eine Einigung erfolgen kann, weiß ich nicht. Ich kann mir nur nicht vorstellen, daß es zu einer friedlichen Lösung in der Au kommen kann. Ich gebe daher zu bedenken und rege an, ob man nicht versuchen sollte, alle dort Placierten durch gütliches Zureden aus der Au wieder zurückzubringen, wenn es sein

6216

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Graf

muß, auf eine Woche oder sogar auf zwei auch die Baumaschinen, damit wir alles versuchen können, um Gegner und Überzeugte zumindest in ihren Standpunkten näherzubringen, selbst wenn niemand seinen Standpunkt aufgibt. Ich glaube, daß diese Art von Waffenstillstand wünschenswert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau das ist der Punkt, warum wir dem Entschließungsantrag, der uns nicht weitreichend genug erscheint, unsere Zustimmung versagen. Ich beziehe mich auf Äußerungen des Parteiobmannes Mock von meiner Partei, der ja in drei Kernsätzen das zusammengefaßt hat, von dem er glaubt, daß es notwendig wäre, um einer weiteren Eskalation einen Riegel vorzuschieben.

Man muß ernsthaft diskutieren, ob nicht bei rapider Behandlung dieses Volksbegehrens ein Aufschub möglich ist, damit man weiß, was die Bevölkerung sagt.

Am wichtigsten — das hat Herr Innenminister Blecha ja angekündigt — scheint uns die Einberufung einer Hainburg-Konferenz zu sein, bei der alle Interessenten, die hinkommen wollen — wer nicht hinkommt, hat sich ausgeschlossen —, zusammenkommen sollten, damit es keine Verschiebung der Meinungen gibt und damit nicht eine Meinung für besser und die andere für schlechter angesehen wird.

Als drittes erscheint mir wünschenswert, bevor man die Strenge des Gesetzes, für die ich im übrigen bin, anwendet, die Bereitstellung eines umfassenden Systems einer begleitenden Kontrolle, das die Umweltauflagen in der Form der Sicherung des Trinkwassers der Wiener, des Grundwassers und, wenn Sie wollen, die Sicherung der Heilquellen von Deutsch-Altenburg noch einmal manifest macht.

Meine Damen und Herren! Das und nichts anderes steckt hinter dem Entschließungsantrag meiner Partei, den ich jetzt gleich verlesen werde: Um alles getan zu haben — um alles getan zu haben! —, um den Ablehnern von Hainburg zu beweisen, sie haben alles ausschöpfen können, aber dann gibt es eine Entscheidung. Darum auch diese cooling off period.

Ich bedaure und ich respektiere jeden Exekutivbeamten, der dort in einer so aufgeheizten Stimmung Dienst zu tun hat. Es ist wahrscheinlich für einen Gendarmen, und sei er noch so erfahren, eine der schwierigsten

Aufgaben, sich zu schützen und andere zu schützen gegenüber einer aufgebrachten Menge, die glaubt, sie ist im Recht. Und es gibt mehrere Mengen, die glauben, sie sind im Recht, meine Damen und Herren.

Hier muß alles versucht werden, damit es nicht zu Weiterungen kommt, damit nicht Nichtwiedergutzumachendes passiert.

Wir haben vereinbart, daß jede Partei einen Redner stellt. Wir werden uns an diese Vereinbarung halten. Aber geben Sie mir die Möglichkeit, die Meinung meiner Partei zu formulieren. Nehmen Sie Rücksicht auf Meinungen, nehmen wir aufeinander Rücksicht, und erblicken Sie nichts anderes als das, was ich versucht habe zu erklären.

Ich erlaube mir — nun schon am Schluß, denn ich glaube, es ist nicht die Zeit der großen Erklärungen, es ist eher die Zeit des schnellen Handelns gekommen —, namens der Abgeordneten Graf, Dr. König, Dr. Graff, Karas, Dr. Marga Hubinek und Kollegen folgenden Entschließungsantrag einzubringen:

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zu treffen:

Aufschchiebung des endgültigen Baubeginns bis nach der Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens.

Einberufung einer Hainburg-Konferenz durch den Bundeskanzler, zu der alle Interessenten einzuladen sind.

Bereitstellung eines umfassenden Systems der begleitenden Kontrolle, das die Einhaltung der Umweltauflagen, insbesondere der Sicherung des Trinkwassers und des Grundwassers im Raum und Umgebung von Wien, garantiert.

Die im Nationalrat vertretenen Parteien verpflichten sich ihrerseits zu einer fairen und raschen Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens im Parlament.

Meine Damen und Herren, soweit unser Antrag. Vielleicht ist es der Überlegung wert, daß beide Anträge die Zustimmung aller drei Parteien im Hause bekommen. Niemand verlöre dadurch sein Gesicht, es wäre ein Schritt vorwärts in eine Richtung, die wir wollen.

Graf

Insinuieren Sie vor allem meiner Partei nicht, sie habe ihre Linie nicht beibehalten. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ja, es mag Sie erheitern, meine Damen und Herren, ich kann es menschlich verstehen. Aber niemand gibt Ihnen das Recht, meiner Partei zu insinuieren, daß wir unsere Linie verändert haben.

Ich weiß nicht, was Sie mir zumuten. Ich bin ein disziplinierter Mann. Würde meine Partei die Linie verändert haben, hätte ich diese Rede hier nicht gehalten. Bitte mir das zu glauben. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*) 16.30

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben vorgelegte und verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Robert Graf und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

16.30

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben Jahrzehnte der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung hinter uns, die verbunden waren mit einer stürmischen Entwicklung der Menschheit insgesamt. Dabei wurden Grenzen sichtbar und Erkenntnisse bewußt. Es gibt nur eine Erde, oder: Wir haben die Erde nur geborgt.

Seit einem Jahrzehnt ringen wir daher ganz bewußt mit der Herausforderung, Wirtschaft und Umwelt in Einklang zu bringen. Der große liberale Philosoph Ortega y Gasset antwortet auf die Frage: Was ist Technik?, folgendermaßen: „Technik“, sagte Ortega, „ist die Reform der Natur zur Befriedigung der menschlichen Notwendigkeiten.“ Und dann: „Ein Mensch ohne Reaktion auf seine Umwelt, daß heißt, ein Mensch ohne Technik ist kein Mensch.“

Wo hier die Grenzen liegen, zeigt unser Ringen, immer wieder das richtige Maß zu finden. Die Parole: „Zurück zur Natur“, die Angst vor der Technik und die Angst vor der Zukunft sind jedenfalls für uns keine Alternativen. Gerade die Technik wird uns helfen, die Versöhnung zwischen Umwelt und Wirtschaft zu meistern.

Viele Menschen glauben das nicht. Dennoch: Jeder Mensch hat das Recht, seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Normen frei zu äußern. Wenn aber Umweltschützer einen Politiker oder Beamten „Rechtsbrecher“ und „Umweltverbrecher“ nennen, dann ist das,

gerade das, Rechtsbruch, Mißachtung der Regeln der Demokratie und zerstörerische Intoleranz. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Aus diesem Grunde appellieren wir an die Besetzer der Hainburger Au, Verfassung und Demokratie zu achten und sich nicht über die Organe des Staates zu stellen.

Bereits in den nächsten Tagen, so wird uns aus den Betrieben gemeldet, werden Betriebsräte und Gewerkschafter zu einer ebenso friedlichen Demonstration in die Hainburger Au gehen. Diese Demonstration wird so friedlich verlaufen wie die Demonstration auf dem Heldenplatz, aber sie wird ganz bewußt den Willen der arbeitenden Menschen und den Willen einer schweigenden Mehrheit zum Ausdruck bringen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Gerade derartige Demonstrationen zeigen aber auch, daß wir miteinander reden müssen, wenn wir eine friedliche Lösung haben wollen. Sosehr ich alles verstehe, was im Antrag der ÖVP steht, wir können nicht verstehen — gerade weil die Zeit des schnellen Handelns gekommen ist —, daß wir neuerlich den Baubeginn aufschieben sollen. Das ist der einzige Grund, warum wir ihrem Antrag nicht zustimmen können.

Alle anderen weiteren Anliegen, die Sie vorbringen, werden von uns vertreten und verstanden.

Ich meine aus diesem Grunde: Wenn Tausende Menschen widerrechtlich eine Au besetzen, um ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen, dann müssen wir ihnen sagen, daß die Verfassung aller die Verfassung Österreichs ist und daß sie damit beginnen, unsere Verfassung zu zerstören.

Im Artikel 1 heißt es: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus.“ — Wir bitten alle, die Verfassung zu achten, denn unser vielgerühmtes, unser vielgeprüftes Österreich soll unser vielgeliebtes Österreich bleiben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 16.34

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

16.34

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Lassen Sie mich eingangs meiner Ausführungen für die freiheitliche Fraktion in diesem Hause unmißverständlich festhalten: Aktive und passive Gewalt sind für

6218

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Grabher-Meyer

uns kein Mittel der demokratischen Auseinandersetzung. Es gibt kein anderes taugliches Mittel in der Demokratie zur Lösung von Problemen als das gemeinsame Gespräch der einzelnen Gruppierungen.

Überall dort, Hohes Haus, wo versucht wurde, die Macht des Wortes in der demokratischen Auseinandersetzung durch ein anderes Mittel zu ersetzen, hat man Schiffbruch erlitten. Deshalb begrüßen wir, Herr Bundeskanzler, daß Sie heute mittag die Umweltschützer zu einem Gespräch, zu einem Dialog eingeladen haben. Alle jene Gruppierungen, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, ein Maximum der Hainburger Au in ihrer Form zu erhalten und für die Nachwelt weiterhin dienlich zu machen. Ich sage bewußt: jene Gruppen, meine geschätzten Damen und Herren, die es ehrlich meinen, die Umweltschützer, und sie sind in besonders großer Anzahl gerade bei der Jugend zu finden, die sich als echte Österreicher Sorgen um unsere Umwelt machen.

Ich meine genauso bewußt nicht jene Gruppen, die, vom Ausland kommend, die Frage um Hainburg zum Anlaß ihrer politischen Agitation nehmen.

Aus diesem Anlaß haben die Regierungsparteien einen Entschließungsantrag gefaßt, den ich Ihnen wie folgt zur Verlesung bringe:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wille, Grabher-Meyer und Genossen betreffend die Notwendigkeit der allseitigen Anerkennung rechtsstaatlicher Grundsätze auch im Zusammenhang mit den Bewilligungen für den Bau des Kraftwerkes Hainburg.

Die österreichische Bundesverfassung garantiert jedem einzelnen Bürger uneingeschränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie unter Wahrung der gesetzlichen Voraussetzungen das Recht auf Abhaltung von Versammlungen und Demonstrationen.

Dieses für eine Demokratie fundamentale Recht darf jedoch von niemandem mißbraucht werden, um in rechtswidriger Weise subjektive Interessen durchzusetzen.

Weder aus guten Gründen untersagte Demonstrationen noch Eingriffe in fremde Rechte oder gesetzwidrige Behinderungen

behördlich genehmigter Arbeiten sind daher zulässige Mittel in einem rechtsstaatlichen Verfahren.

Basis jedes Rechtsstaates ist die allseitige Anerkennung, daß Recht und Rechtsdurchsetzung lediglich auf den von den Gesetzen vorgezeichneten Wegen zu erfolgen haben.

Die unternommenen Abgeordneten stellen daher angesichts der außerordentlichen und bedauerlichen jüngsten Vorfälle in der Hainburger Au den nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Nationalrat ersucht den Bundesminister für Inneres, zur Wahrung der rechtsstaatlichen Grundsätze unserer Verfassung alles zu unternehmen, damit die Streitigkeiten über den bewilligten Bau eines Kraftwerkes bei Hainburg friedlich beigelegt und die behördlich genehmigten Arbeiten in Angriff genommen werden können.

Die Integrität und Unverletzlichkeit aller beteiligten Personen, aber auch der behördlichen Bewilligungen ist sicherzustellen.

Eines möchte ich hier auch in aller Deutlichkeit feststellen: Österreich hat keinen Anlaß, sein Demokratieverständnis und die Ausübungsmöglichkeiten der Grundrechte in Frage zu stellen. Aus diesem Selbstverständnis heraus möchten wir Freiheitlichen hier ganz eindeutig ebenso festhalten:

Österreichs Politik ist Aufgabe der dafür gewählten Organe gemeinsam mit den Bürgern dieses Landes. Jede Einmischung von außen her verstehen wir als Angriff auf die Eigenstaatlichkeit dieses Landes.

In dieser Auffassung, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wissen wir uns mit dem österreichischen Bürger einer Meinung. Österreich hat seine Unabhängigkeit in schwierigen und langwierigen Verhandlungen nicht errungen, um sie zu irgendeinem Zeitpunkt vom Ausland in Frage stellen zu lassen.

Daß Österreich stark genug ist, seine Probleme eigenständig zu lösen, haben wir schon oft am Beispiel des sozialen Friedens in unserem Lande unter Beweis gestellt. Oder lassen Sie es mich mit anderen Worten, nämlich denen von Kurt Vorhofer in der heutigen „Kleinen Zeitung“, sagen — ich zitiere wörtlich —:

Grabher-Meyer

„Kein Bedarf in unserem Land besteht für einen ideologischen Import aus der Bundesrepublik unter der Firmenmarke ‚Rot-Grün‘: Diese Leute, die in Westdeutschland seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen den demokratischen Verfassungsstaat und gegen die Industrie führen, wobei sie jetzt vor allem gegen die Exportwirtschaft zu Feld ziehen — Leute dieser Art wollen in Wahrheit keine Reformen, sondern eben die ‚große Veränderung‘ und als ersten Schritt den Zusammenbruch der bestehenden Ordnung.“

Der Kampf gegen das Donaukraftwerk Hainburg ist also für diese rot-grünen Gruppierungen nur der Vorwand für weiter gesteckte Ziele.“ — Ende des Zitats.

Weil es aber zu billig wäre und der Sache nicht gerecht würde, alle jene, die in echter Sorge um die Natur ihrer Meinung Ausdruck verleihen, mit diesen Agitatoren in einen Topf zu werfen, unterscheiden wir Freiheitlichen sehr wohl zwischen den Absichten und Zielen der österreichischen Naturschützer und insbesondere der jüngeren Menschen in Österreich und jenen Gruppierungen, die unter dem Deckmantel Hainburg viel weiter gesteckte beziehungsweise ganz andere Ziele verfolgen.

Jene Österreicher, die wir als die positiven Kräfte in dieser Auseinandersetzung einstufen, rufen wir auf, unter der Prämisse der Besonnenheit und Rechtsstaatlichkeit in einen echten Dialog einzutreten und einen gemeinsamen Weg zu finden, der darin liegen könnte, ökonomische Notwendigkeiten mit einem Maximum an ökologischer Vernunft zu verbinden. Aber wenn wir politisch Verantwortlichen einen solchen Appell richten, müssen wir auch bereit sein, eine hohe moralische Verpflichtung einzugehen und dafür Sorge zu tragen, daß alle es ehrlich meinenden Umweltschützer das Gefühl und die Gewißheit haben, daß alle ökologischen Auflagen vom Kraftwerkserbauer penibel eingehalten und verwirklicht werden.

Genauso deutlich sei aber an die Adresse all jener, die sich der Illusion hingeben, Dialog und Kompromiß können nur darin liegen, daß eine Seite ihren Standpunkt völlig aufgibt, gesagt, daß aus freiheitlicher Sicht ein Kompromiß das Ringen um einen gemeinsamen Standpunkt ist, der im goldenen Mittelweg liegt.

Zum Schluß und besonders an die Jugend in unserem Lande gerichtet: Nicht die Verhinderung und Abschaffung der Technik sind

imstande, unseren nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu gestalten und zu erhalten, sondern einzig und allein der konstruktive Einsatz aller am Umweltschutz beteiligten Interessensgruppen. Dazu gehört der konzentrierte Einsatz großer geistiger und wirtschaftlicher Mittel, die nur aus der Arbeit und den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten erbracht werden können. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 16.43

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Wille, Grabher-Meyer und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Robert Graf und Genossen betreffend Friedensmechanismen angesichts der Ereignisse um Hainburg.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wille, Grabher-Meyer und Genossen betreffend die Notwendigkeit der allseitigen Anerkennung rechtsstaatlicher Grundsätze auch im Zusammenhang mit den Bewilligungen für den Bau des Kraftwerkes Hainburg.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen. (E 36.) (Ruf bei der ÖVP: Was ist mit Cap?)

Fortsetzung der Tagesordnung

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir setzen nun die gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung unterbrochene Debatte über die Beratungsgruppen VI und XIV des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1985 fort.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Stippel das Wort.

16.46

Abgeordneter Dr. Stippel (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

6220

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Stippel

Nach dieser aus aktuellem Anlaß geführten Debatte heißt es nunmehr den Faden zurückzufinden zur Budgetdebatte über die Kapitel Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung.

Gestatten Sie mir, daß ich einleitend einiges auf das bisher über Unterricht und Kunst Gesagte antworte, und zwar meinen Vorrätern von der Österreichischen Volkspartei antworte.

Selbstverständlich ist wieder die Gesamtschul-Frage angezogen worden. Ich möchte nur zu bedenken geben, daß, bedingt durch die 7. SCHOG-Novelle, die in diesem Hause auch mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen wurde, die Schulorganisation für die nächste Zeit festgelegt wurde, daß wir darangehen sollen, gemeinsam die Neue Hauptschule zu verwirklichen und zu einem Erfolg zu bringen.

Wenn trotzdem wieder von der Gesamtschule hier die Rede war, dann darf ich in Erinnerung rufen, daß es diese Gesamtschule in Österreich ja tatsächlich gibt. Es gibt sie unbestritten im Bereich der Sechs- bis Zehnjährigen. Kein Mensch bezweifelt hier die Effizienz einer Schulorganisation, in der alle Kinder einer Altersstufe in ein und derselben Schulkasse sitzen. Es gibt sie aber auch dort, wo — wie heute an diesem Rednerpult bereits mehrfach ausgedrückt wurde — 80 Prozent und mehr der Abgänger der vierten Volkschulkasse das Gymnasium besuchen. Was soll denn das andere sein als de facto eine Gesamtschule, allerdings ohne die Förder- und Stützmaßnahmen, die es geben könnte, gäbe es die echte Gesamtschule.

Es gibt diese Gesamtschule auch in vielen ländlichen Gebieten, wo noch bis zu 100 Prozent der Kinder die Hauptschule besuchen.

Man soll also nicht so tun, als ob die Gesamtschule etwas sei, was mit dem Teufel ausgetrieben werden müsse, da es in Österreich diese Gesamtschule in vielen Bereichen de facto gibt. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich möchte noch etwas erwähnen: Die Österreichische Volkspartei scheint mir die Langform des Gymnasiums als das Nonplusultra hinzustellen. Wenn man weiß, daß nur rund 9 Prozent aller Kinder, die in die Unterstufe des Gymnasiums gehen, diese Schule in einem Zuge, also ohne die Schule zu wechseln, ohne zu repetieren, durchmachen und dann die Reifeprüfung ablegen, dann muß man die Feststellung treffen, daß diese Lang-

form der AHS in Österreich eine Minderheit darstellt und daß 91 Prozent der österreichischen Kinder diese Langform der AHS nicht besuchen beziehungsweise sie nicht in einem Zuge durchmachen. Das ist einfach so, Herr Kollege Schäffer. Das ist die Realität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wort vom „Bildungseintopf“ tut mir, ehrlich gesagt, weh. Wenn Sie von der ÖVP mit dem Bildungseintopf kommen, muß ich Ihnen sagen, daß Sie einen „Bildungszweitopf“ haben. Ob der besser ist, darüber kann man wirklich diskutieren. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Hohes Haus! Derzeit wird in Österreich jeder achte Schilling für die Bereiche Unterricht und Kunst, Wissenschaft und Forschung ausgegeben. Ich weiß, daß es auch meiner Fraktion lieber wäre, wenn vielleicht jeder fünfte oder jeder sechste Schilling dafür ausgegeben werden könnte. Ich gebe aber zu bedenken, daß eben die Tatsache, daß jeder achte Schilling dafür ausgegeben wird, eine ganz hervorragende Leistung unserer Bundesregierung darstellt, und wir Sozialisten freuen uns darüber (Beifall bei SPÖ und FPÖ), auch wenn die Österreichische Volkspartei in den Verhandlungen im Budgetausschuß immer wieder verlangt hat, mehr Geldmittel einzusetzen, wie das einer meiner Vorräder, der Abgeordnete Nowotny, heute schon gesagt hat. In jedem einzelnen Detail wird nach Meinung der Österreichischen Volkspartei zuwenig ausgegeben, in der Gesamtheit aber verschwendet diese Bundesregierung. Und das, meine Damen und Herren von der ÖVP, ist eine Philosophie, bei der ich nicht mitkommen kann. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Mag. Schäffer: Ich habe heute zwei Sparvorschläge gemacht!)

Kollege Schäffer, wollen Sie Zitate haben aus dem Finanz- und Budgetausschuß? Wollen Sie Zitate haben aus dem Kapitel Unterricht und Kunst? Sie selbst haben gemeint, daß die EDV-Ausstattung der AHS unzureichend ist und daß der Rotstift nicht dazu führen darf, daß billiges EDV-Material anschafft wird. Und solche Zitate . . . (Abg. Mag. Schäffer: Zwei Sparvorschläge!) Sicherlich, es ist vieles zu verstehen, was gefordert wird, aber dann sagen Sie bitte auf der anderen Seite nicht immer wieder, daß diese Bundesregierung zu viel Geld ausgibt und daß sie das Geld verschwendet.

Hohes Haus! Ich möchte mich nun etwas näher mit einem Teilbereich aus dem Ressort Wissenschaft und Forschung befassen, näm-

Dr. Stippel

lich mit den Museen. Die Aufwendungen für die Museen sind eindeutig gestiegen, nämlich von 287 auf 301 Millionen Schilling, wobei besonders die Ausweitung der Förderungsmaßnahmen berücksichtigt sind. Darunter verstehen wir in erster Linie die Förderung von Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie beispielsweise Heimat- und Ver einsmuseen, Freilichtmuseen, internationale Großausstellungen und dergleichen mehr.

Besonderes Augenmerk wird im kommenden Jahr auch auf den Ausbau von Sammlungen gerichtet sein, auf die Neuauftstellung von Schausammlungen, vor allem auf die räumliche Neugestaltung der Geistlichen und Weltlichen Schatzkammer, auf deren Wiedereröffnung viele Tausende und Zehntausende ausländische und inländische Besucher schon längst warten.

Die Verbesserung der Außenstellen der Bundesmuseen wird ebenso wie der Ausbau der Stiftung Moderne Kunst stärker ins Auge gefaßt.

Was es allerdings in den kommenden Jahren im Museumsbereich im besonderen Maße zu verwirklichen gilt, das ist das Museumskonzept.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bereits im Jahre 1981 hat Frau Bundesminister Firnberg eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Vorschlags für eine Neustrukturierung der Bundesmuseen eingerichtet. Herr Bundesminister Fischer hat diese Arbeit weitergeführt und vorderhand abgeschlossen. Das Museumskonzept liegt derzeit vor. Es hat hiezu eine ganze Reihe von Stellungnahmen gegeben, eine diesbezügliche Enquête in der Hofburg wurde durchgeführt, und ein Architektenwettbewerb steht ins Haus. Denn mit 31. Dezember 1986 wird der Mietvertrag zwischen dem Bund und der Wiener Messe AG betreffend die ehemaligen Hofstallungen, uns besser bekannt unter dem Namen „Messepalast“, ablaufen.

Allerdings gilt es auch noch die Frage des Denkmalschutzes zu klären: Sollen nur der Originalbau Fischer von Erlachs unter diesen Denkmalschutz fallen oder auch die später erfolgten Zu- und Anbauten, vor allem die aus dem 19. Jahrhundert. Diese ehemaligen Hofstallungen bilden den architektonischen Abschluß des Ensembles Hofburg und Museen nach Westen hin. Es böte sich hier die einmalige Chance, das Kunst- und das Naturhistorische Museum — beide leiden bekanntlich unter Raumnot — auszuweiten

und auch einen neuen Schwerpunkt für das kulturelle Leben Wiens und ganz Österreichs zu setzen.

Allerdings muß hiebei auch die Stadtplanung mitberücksichtigt werden. Der Vorschlag, den etwa Professor Roland Rainer mit dem Überbau der Lastenstraße gemacht hat, scheint durchaus mehr als diskussionswürdig zu sein.

Bei Einbeziehung der bestehenden Struktur der Bundesmuseen muß man sich auch die Frage stellen, ob es noch zweckmäßig ist, die Sammlungen der Kunst aus dem 19. und 20. Jahrhundert in österreichische und internationale Kunst aufzuteilen. Man muß auch überprüfen, ob die Aufteilung der Bestände des Mittelalters auf drei staatliche Museen noch zeitgemäß ist und akzeptabel sein kann. (Abg. Steinbauer: Das heißt, es gibt noch kein fertiges Konzept, richtig?)

Was sieht, Herr Kollege Steinbauer, dieses Konzept vor? Ich darf es in ganz kurzen Sätzen der Vollständigkeit halber erläutern.

Es soll die Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts zusammengeführt und in den Messepalast verlegt werden. Damit wäre eine sinnvolle Ergänzung zu der Darstellung der Weltkunst bis zur Wende des 18. und 19. Jahrhunderts, die ja derzeit sehr gut im Kunsthistorischen Museum vertreten ist, gegeben. Man sollte damit auch das Museum Moderner Kunst in Verbindung setzen.

Die Zusammenführung der Bestände der mittelalterlichen Kunst in einer Sammlung wäre ebenfalls wünschenswert und könnte bei Verwirklichung dieses Konzeptes auch tatsächlich durchgeführt werden.

Das große Lapidarium von Großskulpturen der Antikensammlung könnte in den Messepalast verlegt werden. Dafür würde Raum für die Bestände der Kleinskulpturen und des Kunstgewerbes sowie für die ägyptisch-orientalische Sammlung im Hauptgebäude des Kunsthistorischen Museums frei.

Das Naturhistorische Museum könnte sich ausweiten. Teile des Museums für Völkerkunde könnten als Ergänzung zur prähistorischen Kunst und der Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts in den Messepalast verlegt werden.

Das Palais Liechtenstein würde frei. Hierher könnten die Tapisseriesammlung des Kunsthistorischen Museums und die

6222

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Stippel

Teppichsammlung des Österreichischen Museums für Angewandte Kunst verlegt werden.

Die Gebäude des Österreichischen Museums für Angewandte Kunst wären zu restaurieren. Hier entstünde dann mehr Platz für den industriellen und gewerblichen Bereich.

In der Neuen Hofburg würde Platz frei für die Österreichische Nationalbibliothek; die Papyrus- und die Musiksammlung könnte eventuell hierher verlegt werden. Das würde bedeuten, daß die Albertina ihren dringend benötigten Platz zur Verfügung hätte.

In Wien gibt es derzeit auch zu wenig Raum für Großausstellungen. Es wäre daher wünschenswert, im Messepalast eine staatliche Kunsthalle einzurichten.

Eine verbesserte Infrastruktur für die Museen könnte geschaffen werden, wie Werkstätten, konservatorische Einrichtungen, zentrale Depots, ein zentraler Fuhrpark, eine multifunktionelle Halle, ein Restaurant und was immer der Museumsbesucher als gute Einrichtung daneben schätzen würde.

Weitere Möglichkeiten einer Strukturverbesserung der Bundesmuseen sind ebenfalls im Museumskonzept enthalten, unabhängig vom Messepalastprojekt, so zum Beispiel auch die Frage, die allerdings noch nicht geklärt ist: Wie soll das Technische Museum ausgeweitet werden? Soll ein Zubau erfolgen, oder soll man übersiedeln? Hier gibt es verschiedene Vorschläge, wie beispielsweise das Semper-Depot oder die Floridsdorfer Lokomotivfabrik.

Mir scheint in der derzeitigen Situation auch der Auf- und Ausbau eines Museums der Arbeitswelt von allerallergrößter Bedeutung zu sein. Wir haben uns bisher im Museumsbereich mit dieser Frage fast nicht beschäftigt. Die ersten Ansätze sind da, und es erscheint als sehr, sehr positiv, daß die Errichtung eines Museums der Arbeitswelt in Steyr gut voranschreitet. Als Wiener Neustädter, der selbst tätig ist im Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, freut es mich natürlich ganz besonders, daß im derzeitigen Budgetvoranschlag 500 000 S für diesen Verein enthalten sind, der es sich auch mit zum Ziele gesetzt hat, in Wiener Neustadt ein Industrieviertelmuseum im Zusammenhang mit einer großen Landesausstellung im Jahre 1989 einzurichten. (Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Insgesamt, was den Bereich der Bundesmuseen betrifft, was aber auch die anderen Details aus dem Kapitel Wissenschaft und Forschung anlangt, können wir mit den Budgetansätzen zufrieden sein. Wir geben daher diesem Budget gerne unsere Zustimmung. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 17.01

Präsident: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Johann Wolf.

17.01

Abgeordneter Johann Wolf (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich möchte mich vor allem mit den Lehrerproblemen beschäftigen, habe aber vorerst doch einige Anmerkungen zu machen, und zwar zur Frau Abgeordneten Praher, zum Kollegen Brennsteiner aber auch zu Dr. Stippel.

Ich war überrascht, daß ich von allen dreien hören mußte, daß die ÖVP gegen die „Neue Hauptschule“ sei. Das ist mir bis jetzt nicht aufgefallen. Ich darf Sie aber darauf hinweisen, daß Sie Ihrem Fraktionskollegen Professor Seel etwas besser zuhören müßten. Ich könnte Ihnen jetzt zitieren, was er in einem Referat, das er unlängst gehalten hat, gemeint hat. Er sagte: Die Hauptschule wird zur Restschule. Wenn sie, wie ich heute hörte, so angepriesen wird von den Sozialisten, wo soll dann laut Herrn Professor Seel die „Restschule“ liegen? Ich glaube, da sind Sie denn doch etwas zu weit gegangen.

Sie haben auch gesagt: In der „Neuen Hauptschule“ wird es kaum Leistungsgruppen des obersten Anforderungsniveaus geben. (Zwischenruf des Abg. Dr. Seele.) Das haben Sie gesagt. Ich zeige Ihnen die Zeitung, woraus ich zitiere.

Sie haben auch die Lehrer beziehungsweise die Fachkoordinatoren dieser „Neuen Hauptschule“ nicht gerade mit Vorschulorbeeren bedacht. Sie haben gemeint, die Fachkoordinatoren wären „Umstufungsingenieure“ und „Niveauwächter“. Das sind alles Ihre Ausdrücke. Ich glaube, Herr Professor, so sollte man die „Neue Hauptschule“ nicht einführen! (Beifall bei der ÖVP.)

Nun aber zum Budget. Der Personalaufwand weist im vorliegenden Budgetkapitel Unterricht die größte Erhöhung auf, und trotzdem gibt es erhebliche Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschäftigung beziehungsweise der Arbeitsplatzsicherung für Lehrer.

Johann Wolf

Die überaus geburtenschwachen Jahrgänge des letzten Jahrzehnts führen nunmehr zu einem sehr starken Rückgang der Schülerzahlen in der Pflichtschule. Dies hat ein starkes Absinken der Klassenzahlen und damit der Dienstposten für Lehrer zur Folge. Da rund 70 Prozent des gesamten Personalstandes ein Lebensalter bis um das 40. Lebensjahr aufweist, geht es in Zukunft nicht allein um die Anstellung neu ausgebildeter Lehrer, sondern vor allem auch um die Sicherung der Arbeitsplätze von Tausenden bereits im Dienst befindlichen Pflichtschullehrern. Der Herr Bundesminister hat im Finanz- und Budgetausschuß erklärt, derzeit warten 2 000 Pflichtschullehrer und 400 Bundesschullehrer auf eine Anstellung.

Bei einer allfälligen Freisetzung sind diese Lehrer, die derzeit im Dienst sind und Gefahr laufen, freigesetzt zu werden, natürlich nicht oder kaum von der Arbeitsmarktverwaltung für entsprechende Berufe zu vermitteln. Es ist daher gleichzeitig mit den Maßnahmen für die anderen Arbeitnehmer dafür zu sorgen, daß alles unternommen wird, eine echte Arbeitsplatzsicherung auch für die Lehrer in allen Bereichen der Schule zu betreiben.

Die vom Sozialministerium und vom Unterrichtsministerium eingeleitete Aktion „praktische Berufsvorbereitung“ — Herr Bundesminister, ich habe das schon im Finanz- und Budgetausschuß erwähnt — ist uneffizient. Ich halte es nicht für sehr sinnvoll, Abgänger einer speziellen Ausbildung ein Jahr später deswegen, weil sie arbeitslos sind, für sechs Monate weiterzubilden, obwohl bekannt ist, daß auf längere Sicht keine Anstellungsmöglichkeiten gegeben sind.

Wesentlich sinnvoller wäre es, dieses hiefür eingesetzte Geld für echte Umschulungsmöglichkeiten zu verwenden, etwa für artverwandte Berufe oder für spezielle Einsatzmöglichkeiten, sei es bei den Lehrern für Leibesübungen als Trainer und so weiter. Ich glaube, so wäre das Geld besser angelegt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Mit Genugtuung darf ich feststellen, daß die sozialistische Koalitionsregierung nun endlich der ÖVP-Forderung aus dem Jahre 1972 nach freiwilliger Teilzeitarbeit für pragmatisierte Lehrer und Beamte mit einem Gesetzentwurf entsprochen hat. Allerdings ist der vorliegende Entwurf unbefriedigend und verfälscht den Inhalt und die Zielvorstellungen des Antrages, die wir vorgesehen hatten. Es besteht durch diesen Gesetzentwurf die

Gefahr, daß die Vorteile der Teilzeitregelung wieder zunichte gemacht werden.

Zum Beispiel muß an der Beibehaltung des Versetzungsschutzes bei den Beamten festgehalten werden. Ebenso muß — und das gilt vor allem für die Frauen — eine geschlechtsneutrale Lösung ohne Unterschied von Mann und Frau gefordert werden. Im zuständigen Ausschuß werden einige weitere Ungereimtheiten ausgeräumt werden müssen, damit die Lehrer die Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen. Wir haben Umfragen auf dem Lehrersektor, wonach immerhin 10 Prozent aussagen, sie würden diese Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen.

Bitte, es geht nicht nur um neue Arbeitsplätze, sondern es geht vornehmlich auch um jene Lehrer, die von einer Freisetzung bedroht sind und dann im Dienst bleiben könnten. Vor allem sind Maßnahmen, die echt Dienstposten und damit Arbeit schaffen, zielpreisig zu verfolgen. Als Möglichkeit darf ich einige anbieten beziehungsweise anführen, die im Forderungskatalog der Gewerkschaft enthalten sind.

Eine Möglichkeit ist heut schon mehrmals angesprochen worden: die Absenkung der Klassenschülerhöchstzahl zumindest auf 30. Herr Bundesminister, Sie haben auch in diesem Fall im Finanz- und Budgetausschuß erklärt, daß Sie bereit sind, auch wenn die Kostenfrage sehr bedeutend wäre, dieser Forderung nachzukommen.

Nächste Möglichkeit: Die Absenkung der Gruppenteilungs- und Eröffnungszahlen für Freizeitgegenstände und unverbindliche Übungen.

Weiters: die Erhöhung der Kenn- und Grenzwerte in den Dienstpostenplanrichtlinien für den Bereich des gefächerten Unterrichts um zumindest 10 Prozent und die Absenkung der Schlüsselzahl in den Dienstpostenplanrichtlinien für Volksschulen von derzeit 18 auf 15.

Ferner wäre die Festlegung für die neue Form der Hauptschule, daß im leistungsdifferenzierten Unterricht eine Leistungsgruppe einer Schülergruppe entsprechen soll, vordringlich. Eine Mischgruppe dürfte nur dann zulässig sein, wenn eine Leistungsgruppe weniger als fünf Schüler aufweist.

Diese Maßnahmen, wenn sie auch nicht auf einmal eingeführt werden können, brächten nicht nur die von den Pädagogen geforderten

6224

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Johann Wolf

besseren Unterrichtsbedingungen für die Schüler, sondern wären auch ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung der immer schwieriger werdenden Arbeitsplatzfrage für Lehrer. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Obwohl schon sehr abgedroschen, möchte ich doch auch einige Worte zur „Neuen Hauptschule“ verlieren. Am 30. Juni 1982 ist in diesem Hause die 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle beschlossen worden. Es endeten damals die Schulversuche zur Integrierten Gesamtschule. Und ab September 1985, Herr Bundesminister, beginnen wir nun endlich mit der „Neuen Hauptschule“.

Eine gemeinsame Schule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen, wenn sie auch von vielen der linken Seite gewollt wird, ist nicht vorgesehen und auch nicht über die Lehrpläne zu erreichen. Das bedeutet, es gibt keine Gesamtschule. Mögen wir dieses Problem endlich einmal aus der Welt schaffen und davon reden: Wir haben eine neue Schulorganisation, und solange es keine Änderung des Schulorganisationsgesetzes gibt, bleibt es bei der Hauptschule. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die festgelegten Detailbestimmungen allerdings, Herr Bundesminister, und zwar über die Bildung von Klassen und Schülergruppen, führen in der Praxis dazu, daß die tatsächlichen Schülerzahlen in den Stammklassen weitgehend erhöht und dadurch die Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer entsprechend erschwert werden, wenn die Schülerzahl nicht auf 30 gesenkt wird.

Ein Beispiel: Bei der derzeitigen Klassenschülerhöchstzahl von 33 ergeben 17 Schüler des ersten Klassenzuges einer Klasse und 16 Schüler des zweiten Klassenzuges derselben Klasse zwei Klassen. Ab September 1985 ergibt dies bei der neuen Form der Hauptschule bei einer Klassenschülerhöchstzahl von 33 jedoch nur eine Klasse.

Die derzeitigen Landesdurchschnittszahlen von etwa 23 würden sich dadurch auf etwa 30 erhöhen; und es stimmt dann nicht, daß der Mehraufwand für die Neue Hauptschule, der im Budget vorgesehen ist, tatsächlich eintritt, denn es würde dadurch im Gegenteil eine große Klassenreduzierung in ganz Österreich eintreten.

Die Anzahl der Klassen wird also zusätzlich durch den Schülerrückgang weiter vermindert und durch das besonders im ländlichen Raum zu erwartende Mischgruppensystem —

ich habe das vorher schon erwähnt, eine Schülergruppe ist nicht gleich eine Leistungsgruppe, es sei denn, man geht mit der Zahl auf fünf zurück — hätten die Schüler in diesen ländlichen Gegenden einen wesentlichen Nachteil gegenüber den Schulen in den Ballungszentren, und dann, glaube ich, hätte in manchen Bereichen sogar Professor Seel mit seinen Aussagen recht.

Es muß daher alles darangesetzt werden, die angeführten Detailbestimmungen vor Beginn der neuen Form der Hauptschule entsprechend den Vorschlägen der Schulpraktiker zu ändern. Ich glaube, das wäre auch gerechtfertigt, ist doch die Hauptschule die Schule der überwiegenden Mehrheit der Österreicher, und das wäre eine echte Chance zur optimalen Förderung dieser Hauptschüler im ländlichen Raum. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abschließend möchte ich doch einige Sätze zu meinem Lieblingsthema sagen, ich komme immer wieder darauf zurück, aber, Herr Bundesminister, diesmal in gemäßigter Form, nicht so wie im Budgetausschuß: es geht um die Berufsschule.

Im Zusammenhang mit der Jugendbeschäftigung kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß in Ländern mit einem dualen Ausbildungssystem die Jugendarbeitslosigkeit wesentlich niedriger ist als in Ländern, die das nicht haben. Das ist durch internationale Untersuchungen längst belegt.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der linken Seite, und vor allem einzelne Gruppierungen, dieses bewährte Ausbildungssystem immer wieder angreifen durch Forderungen nach einem zweiten Berufsschultag, durch die Forcierung von staatlichen Lehrwerkstätten und durch die Schaffung eines zentralen Berufsausbildungsfonds, so, glaube ich, will die ÖVP daran festhalten. Wir wollen bei diesem dualen System bleiben!

Herr Bundesminister, wenn Sie gesagt haben, Sie haben nicht die Absicht, davon abzugehen, so denke ich, wenn das ernst gemeint ist, daß für beide Teile, vornehmlich für die Schüler, aber auch für die Lehrherrn beziehungsweise für die gewerbliche Wirtschaft, eine Schwierigkeit aus dem Weg geräumt ist, die immer wieder bei Verhandlungen auftaucht. Die Außerstreitstellung des dualen Berufsausbildungssystems wäre jedenfalls ein wichtiger Beitrag zur Jugendbeschäftigung. Die für dieses System kennzeichnende Nähe zur Berufspraxis stellt den Vorrang dar, der in bestimmten Formen auch auf

Johann Wolf

andere Bereiche des Bildungssystems ausgedehnt werden könnte. (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.15

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Probst.

17.15

Abgeordneter Probst (FPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Herr Bundesminister! Über die schulischen Belange hat Klubobmann Peter für die freiheitliche Fraktion gesprochen, ich will mich daher zwei weiteren Kapiteln widmen, nämlich kurz dem Sport und kurz einem persönlichen Anliegen, das sich auf die Kunst bezieht.

Herr Bundesminister! Ich möchte gleich vorweg sagen: Als freiheitlicher Sportsprecher kann ich das, was Sie über Sport als Ihre Meinung beziehungsweise als Ihre Vorhaben dargestellt haben, nur hundertprozentig unterstreichen. Es hat mir besonders gut gefallen, daß Sie in den Breitensport gehen wollen, es hat mir besonders gut gefallen, daß Sie bestehende Möglichkeiten ausnützen wollen im Rahmen dessen, was wir an den Schulen an Anlagen haben. Das heißt mit anderen Worten, Sie haben gemeint, man solle die Schulsportanlagen an den Wochenenden und an den Abenden für den privaten, für den Erwachsenensport öffnen.

Herr Bundesminister! Dazu ein Wort: Ich fürchte, Sie werden hier an einer unüberwindlichen Mauer, an einem Hindernis scheitern, das durch nichts zu brechen ist, nämlich an der Stärke oder, bitte man möge mir verzeihen, an der Sturheit der Schulwarthe. Ich habe gemerkt, Sie kennen das Problem bereits.

Wir haben das gleiche vor zehn Jahren in der Landeshauptstadt Graz erlebt. Da hat der dortige ÖVP-Sportreferent Hasiba ebenfalls versucht, die Turnanlagen in den Schulen zu öffnen. Es war nicht möglich, bis auf ganz wenige Ausnahmen. Es war nicht möglich. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Herr Kollege! Ich weiß nicht, ob Sie jetzt polemisiert haben oder nicht, es geht in dem Fall nicht gegen eine Partei... (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Hasiba war das, euer Bürgermeister, er hat es probiert. Es ist nicht zu machen gewesen, mit einigen wenigen Ausnahmen.

Ich möchte auch nicht wiederholen, was Sie Positives, Herr Bundesminister, über den Breitensport gesagt haben. Es ist einfach zu unterstreichen. Es ist dazu zu sagen, daß es

diesbezüglich ja viele Versuche gibt. Es ist bekannt, daß der Schulunterricht, der Turnunterricht die bisher seit Jahrzehnten bestgeübte und beste Methode, Breitensport zu bilden, war.

Es sollte, und das ist eine Anregung, die ich hier anbringen möchte, in diesen Schulunterricht vielleicht mehr der Gedanke eingebaut werden, den individuellen lebenslangen oder lebensbegleitenden Sport zu forcieren, jenen Sport, der neudeutsch Life-time-Sport heißt, daß man vielleicht in der Schule die individuelle Neigung mehr herauftut und den einen zu jenem Sport und den anderen zu diesem Sport führt.

In einer Sportart ist es in Österreich phantastisch gelungen, wirklich die Breite zu erreichen, und das ist der Skilauf. Das ist begrüßenswert. Wir haben die Topographie dazu, wir haben die Gelegenheit dazu, und, unter Brüdern, wir verdienen auch ganz gut dabei. Wir verdienen auch hier am Spitzensport, an dem, was österreichische Spitzensportler an Siegen nach Hause fahren, und an dem, was die österreichische Sportindustrie an Devisen hereinbringt. Und das sind ja immerhin viele, viele Millionen auf beiden Ebenen.

Aber wenn wir auf der einen Seite fast 3 Millionen aktive Skisportler in Österreich haben und gleichzeitig erfahren — und ich habe das erst kürzlich wieder in einer Zeitung gelesen —, daß die Zahl der Skiunfälle seit 1973 auf die Hälfte zurückgegangen ist, dann bedeutet das, Skifahren ist doppelt so sicher. Und dieser bisherige Fortschritt ist auf eine glückliche Entwicklung in der Technik zurückzuführen, und zwar was das Skimaterial, die Bindungen und die Präparierung der Pisten anbelangt.

Die mechanischen Aufstiegshilfen machen aus einer Skiwoche das, was zu meiner Kindheit ein ganzer Skiwinter war.

Aber etwas fehlt bei diesen 3 Millionen, und das sollte man nicht vergessen: Diese 3 Millionen stürzen sich im Winter — lassen Sie mich ein wenig übertreiben — ins Skivergnügen und fahren in sehr vielen Fällen ohne jede Aufbaurbeit im Sommer, ohne jenes ständige Training, ohne jene ständige Körperbetätigung, die ich unter dem Begriff Life-time-Sport für den Sommer sowie Life-time-Sport für den Winter zusammengefaßt sehen möchte. Und das ist eine ganz wesentliche Unfallgefahr, und das ist vor allem auch eine ganz wesentliche Gefahr für interne Zwischenfälle, Herzinfarkte. Denn das gleiche,

6226

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Probst

was für den Nur-Skifahrer im Winter ... (Abg. Dr. Hafner: Keinen Schnee!) Herr Kollege Hafner! Ich habe nicht gesagt, daß Sie hier im Parlament Ski laufen sollen. Es ergeben sich ja hoffentlich heuer noch genug Gelegenheiten, daß auch so ein Extremsportler wie Sie auf seine Rechnung kommt. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Das gleiche, was sich im Winter durch fehlende Trainingsbasis im Sommer ereignen kann, kann sich natürlich auch im Sommer ereignen, wenn Menschen, die den Winter über nichts tun und dann das wunderbare Österreich unter ihre Sohlen nehmen und genießen, irgendwo am Berg mit Herzinfarkt liegen bleiben, mit Kreislaufzusammenbrüchen oder auf Grund des fehlenden muskulären Trainings ganz einfach auf einem relativ harmlosen Wanderweg schwerstens zu Sturz kommen und schwerste Verletzungen erleiden oder ihr Leben verlieren.

Das heißt, dem Österreicher muß bewußt werden — und auch das haben Sie betont und gesagt, und auch das kann ich voll unterstreichen —, daß die Betätigung im Sport natürlich ein wesentlicher Dienst an der eigenen Gesundheit, ein wesentlicher Beitrag zur Hebung des Gesundheitsbewußtseins der Menschen in unserem Land ist, daß Sport ein volkswirtschaftlicher Faktor ist. Und das nicht nur, weil man direkt am Sport verdienen kann, sondern weil man sich durch den Sport gesund erhalten kann und auf diese Art ja auch der Volkswirtschaft dient. Wir wissen, jeder Krankheitstag kostet viel.

Meine Damen und Herren! Es sollte unserer aller Anliegen sein, dieses Bewußtsein ungeachtet aller Parteigrenzen der Bevölkerung nahezubringen.

Herr Bundesminister! In diesem Sinne darf ich Sie, da Sie rossortneu sind, auch auf etwas aufmerksam machen, was seit acht Jahren in Graz blüht und gedeiht, das ist nämlich der Schulsportverein Graz Alpin. Ich habe mir erlaubt, Ihnen eine Broschüre zu übergeben. Das ist eine völlig neue Form des Versuches, das zu realisieren, was ich jetzt eben vorgebracht habe, nämlich, schon in der Schule beginnend, die individuellen Neigungen der Schüler herauszuholen. Die Schüler werden in ihrer Freizeit von der Schule weg in einem völlig unpolitischen Verein betreut, der von Pädagogen getragen wird. Das ist mir in diesem Fall wichtig, obwohl ich ja sonst eher kritisch den Lehrern gegenüberstehe. Im Sport oder wenn es um derlei Dinge geht, ist es ja sehr gut, wenn man gut ausgebildete Leute

hat. (Zwischenruf des Abg. Dr. Neisser.) Ich war immer ein schlechter Schüler, deswegen, Herr Kollege Neisser.

Es ist sehr wesentlich, daß hier Fachleute am Werk sind, die von ihrer fachlichen Basis aus ein Konzept erstellen und dieses Konzept durchführen. Bei der Gründung dieses Vereins vor acht Jahren waren es zwei junge Lehrer, die sich gesagt haben: In der Freizeit wissen die Kinder nicht recht, was sie tun sollen. Schlimmer ist noch, daß sie mit 14 oder 15 Jahren die Schule verlassen. Sie haben im Skisport, in der Leichtathletik oder sonstwo gute Leistungen erbracht und stürzen dann ab, weil sie die Schule, den Bezirk wechseln oder ins Gymnasium kommen oder, was in den meisten Fällen das totale Abbrechen des Sports bedeutet, in die Lehre gehen.

Da gibt es jetzt zwei Möglichkeiten.

Erstens: Durch Zurverfügungstellung eines von Anfang an mit der Schule mitgewachsenen Vereinsgeschehens, Trainingsgeschehens den jungen Menschen am Sport zu halten.

Die zweite Möglichkeit ist, wir müssen uns ernstlich Gedanken darüber machen, wie wir das Problem der dualen Lehrlingsausbildung auch in bezug auf den Sport bewältigen. Denn auch hier sollte mehr Raum geboten werden, auch hier sollte jede Gelegenheit ergriffen werden, den Lehrling auf die Notwendigkeit einer ausgleichenden körperlichen Betätigung hinzuweisen.

Das letzte, worauf Sie Bezug genommen haben, Herr Bundesminister, war der Spitzensport. In diesem Zusammenhang möchte ich ebenfalls unseren österreichischen Spitzensportlern danken, jetzt natürlich den wirklich überraschenden und umso glücklicheren Olympiasiegern von Los Angeles.

Mit diesem Dank möchte ich gleich auf ein häßliches Kapitel überleiten, das ich mit einem Satz streifen möchte, das sind die Boykottmaßnahmen, die Olympiaboykotts in Los Angeles, vier Jahre vorher in Moskau.

Hier geschieht nichts anderes, als daß sich eine Politik, die völlig versagt hat, irgendein Opfer sucht, in diesem Fall die völlig unschuldigen Sportler, und sagt: Weil wir in der Politik versagt haben, müßt ihr jungen Menschen jetzt auf die Teilnahme an der Olympiade in Moskau, in Los Angeles und womöglich auch in Seoul, in Korea, verzichten.

Das ist etwas, wo wir Österreicher sehr

Probst

genau schauen sollten, ob wir uns derart unfairen, unsportlichen Methoden der Abwälzung der Schuld auf andere jemals in irgend einem internationalen Gremium anschließen. Diesen Appell möchte ich ebenfalls an Sie richten.

Herr Bundesminister! Zum Schluß noch in drei Sätzen ein Anliegen zur Kulturpolitik.

Das Opernhaus in Graz wurde in den letzten 20 Monaten in einer beispiellos gelungenen Arbeit völlig restauriert. Aus einem husch-pfusch hingesetzten Serienopernhaus der störschneiderartig herumziehenden Architekten Helmer und Fellner wurde ein Schatzkästchen gemacht. Die beiden Herren haben 48 Theater in der Monarchie und in der Bundesrepublik gebaut und haben überall ein Stück weggelassen, weil sie mit den Kosten zu hoch gekommen sind. Es ist hier ein Wunder geschehen. Die Kosten für das Opernhaus wurden präliminiert mit 300 Millionen, das heißt 230 Millionen bei Planungsbeginn plus Wertsicherung. Es sind jetzt etwas über 300 Millionen.

Und das Wunder besteht darin, daß, obwohl es nicht vorgesehen war, sogar eine Innenrestaurierung vorgenommen wurde und die Kosten trotzdem nicht überschritten wurden. Das heißt, man hat nicht nur das Plansoll erfüllt und ist in den Kosten geblieben, sondern man hat eine perfekte Innenrestaurierung vorgenommen, hat aus der in den zwanziger Jahren restaurierten Spital-Oper wieder jene Oper gemacht, wie sie sein sollte, mit den alten Vergoldungen, hat den weißen Lack, der in dieser kargen Zeit daraufgepinselt wurde, abgetragen. Das war aber nur möglich, weil sich Grazer Spender gefunden haben, steirische Spender, natürlich Großspender, die Beträge bis zu 100 000 S und mehr hingelegt haben.

Und jetzt kommt mein Anliegen. Es wären viel mehr Spender gewesen, wenn diese Spender irgendeine Möglichkeit gehabt hätten, das steuerlich abzusetzen. Wenn ich das jetzt fordere, wird jeder sagen, jetzt will er schon wieder ein Loch ins Budget machen. Nein, Herr Bundesminister, das will ich nicht. Ich will kein Loch ins Budget machen, sondern man sollte solche Steueränderungen in einem Ausgleich der Dotierung vornehmen. Das heißt, wenn wir eine Möglichkeit schaffen, daß jene, die zum Beispiel 100 000 S spenden, dafür das Recht bekommen, auf einer Logentür eines restaurierten Opernhauses das Schild anbringen zu lassen: Firma Maier-Loge, und das für ewige Zeiten, und diese kleine Tafel eine Wer-

bung für die Firma bedeutet, dann sollte man der Firma die Möglichkeit geben, das als Werbekosten abzusetzen. Aber auf der anderen Seite kann man ja dann, wenn man sieht, daß derartige Maßnahmen zu greifen beginnen, die sowieso notwendigen Subventionen zurücknehmen.

Das gleiche gilt für Subventionen an lebende Künstler. Ich habe hier schon einmal einen Antrag eingebracht, ich bin nicht durchgedrungen, mit dem Begehr, den Ankauf von Kunstwerken lebender österreichischer Künstler steuerlich absetzbar zu machen, und zwar für jene, die selbst eine Steuernummer haben, unter dem Motto: Abgesetzt kann bei dem einen nur werden, was dem anderen versteuert werden kann!, oder jene, die über eine Galerie verkaufen unter dem gleichen Motto. Auch hier kann man kostenneutral bleiben und erreicht zusätzlich genau das, was Sie im Sport und in der Kunst haben wollen, nämlich eine Dezentralisierung.

Das ist eine Anregung, die ich Sie bitte aufzugreifen und weiterzuführen.

Ich fordere keinen Mehraufwand, ich wiederhole es abschließend. Ich will, daß auf diese Art eine Demokratisierung eintritt, daß nicht mehr eine kleine Lobby, eine viel beschimpfte, viel geshmähte kleine Lobby in Österreich über das befindet, was Kunst ist und was nicht — das wird immer bleiben müssen, das ist ganz logisch —, sondern daß zunehmend das passiert, was wir erreichen wollen, nämlich der Schritt in die Breite, in die Bevölkerung.

Genau in die gleiche Richtung zielt auch das folgende: Ein Gespräch mit dem Komponisten und Autor jenes berühmten Fürstenfeldliedes, das sogar in Deutschland in der Hitparade ganz oben war, hat mich auf eine Idee gebracht. Ich habe mich an meine Kindheit erinnert; mit 12 oder 14 Jahren waren mir die gängigen Opern, vor allem aus dem Neoverismo, Puccini und dergleichen, durchaus geläufig. Ich habe sie verstanden, weil die Opern damals deutsch gesungen wurden. Es waren italienische Opern. Es ist sicher der höchste aller Kunstgenüsse, wenn man eine Oper in der Ursprache aufführt. Aber jener Mann von STS, von dieser Gruppe mit dem erfolgreichen Lied, hat mir gesagt: Natürlich ist ein wesentlicher Anteil unseres Plattenerfolges der, daß wir mit der Verwendung einer Sprache, die jedermann versteht, dem Zuhörer eine weitere Dimension eröffnet haben. Das gilt für jede Oper genauso wie für jeden Schlager, und das gilt vor allem dann, wenn

6228

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Probst

einer Wolfgang Amadeus Mozart liest, hineingeht und dort feststellt, daß „Don Giovanni“ in italienischer Sprache aufgeführt wird. Das ist die Urfassung, Mozart hat italienische Texte verwendet. (*Abg. Helga Wieser: „Die Zauberflöte“ wird auch nicht auf italienisch aufgeführt!*)

Aber das Verständnis dafür fehlt, wenn das Werk eines Salzburgers, Frau Kollegin, in italienischer Sprache aufgeführt wird.

Oskar Czerwenka hat ein Interview gegeben und hat sich über einen berühmten österreichischen Regisseur wahnsinnig aufgeregt, weil dieser verlangt hat, daß eine Mussorgski-Oper, glaube ich, war es, in Österreich in russischer Ursprache aufgeführt werden mußte. Er hat gesagt, der ganze Chor und wir alle mußten ein halbes Jahr wie die Trottel russische Wörter auswendig büffeln, deren Sinn wir gar nicht verstehen. (*Abg. Helga Wieser: „Boris Godunow“!*) Das war „Boris Godunow“, glaube ich.

Damals ist mir auch schon der Gedanke gekommen, wozu ist das, bitte, notwendig. Das ist undemokatisch. Das verengt den Kreis der Rezipienten auf genau jenes Maß, dessen wir gescholten werden, wo die Menschen sagen, da versingen sie unsere Steuergelder in der Staatsoper — das gilt für jede Oper, in jeder Landeshauptstadt natürlich genauso — und wir haben nichts davon. Es muß auch hier, genau wie überall, der Schritt in die Breite versucht werden.

Herr Bundesminister! Ich appelliere an Sie, machen Sie in dieser Hinsicht Ihren Einfluß geltend, machen wir es vielleicht weniger hochgestochen, dafür aber mehr für die Menschen in unserem Land! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{17.33}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schuster.

^{17.33}

Abgeordneter Schuster (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist der Herr Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nicht mehr auf der Regierungsbank, wahrscheinlich hat er nicht damit gerechnet, daß um diese Tageszeit noch jemand zu diesem Kapitel sprechen wird.

Beim heutigen Kapitel XIV, Wissenschaft und Forschung, können wir eine Steigerung von 8,87 Prozent im Vergleich zum Vorjahr

feststellen. Dies ist erfreulich und wurde von einigen Vorrednern bereits festgestellt.

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtvoranschlag macht somit 2,76 Prozent aus. Während die Gesamtsteigerung gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 doch 8,87 Prozent aufweist, liegt die Steigerung beim Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung bei nur 6,44 Prozent.

Der Abgeordnete Neisser hat bereits darauf hingewiesen und auch der Herr Bundesminister hat in seiner Beantwortung gemeint, daß er trotzdem eine Art Dankschreiben vom zuständigen Direktor bekommen habe. Aber dieser Fonds würde unbedingt eine überproportionale Aufstockung brauchen, um den österreichischen Aufgaben gerecht werden zu können.

Wenn wir hier internationale Vergleiche anstellen, so liegen wir, laut OECD-Bericht, bei diesem Fonds für wissenschaftliche Forschung im unteren Feld. Und diese Entwicklung halten wir von der Volkspartei für falsch. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aus diesen ersten Vergleichen mit Nachbarstaaten zeigt sich, daß trotz hoher Qualität der österreichischen Forscher die österreichische Forschung keineswegs auf Überholspur ist. Eine richtungsweisende, zukunftsorientierte Forschung bedarf deshalb in Österreich über viele Jahre hinaus einer überproportionalen Steigerung des Budgets, bis wir das internationale Niveau erreicht haben. Eine normale Erhöhung des Forschungsbudgets bringt daher keine Verbesserung der derzeitigen Situation.

Wenn die Verantwortlichen für diesen Fonds großes Interesse gezeigt und mit großer Hoffnung die Erstellung des Budgets verfolgt haben, so mußten sie feststellen, daß die Regierung diese zukunftssichernde Investition in diesem Fonds verabsäumt hat, und das ist eben unsere Kritik.

Nun zu einem anderen Teilbereich. Ich habe schon Finanz- und Budgetausschuß auf die Notwendigkeit des Umweltschutzes hingewiesen. Ein besonderes Anliegen ist mir dabei der Wald und davon abgeleitet in der jetzigen Situation das Waldsterben.

Es wurde gestern beim Kapitel Landwirtschaft von den Sprechern der Volkspartei diese Situation eingehend erörtert. Alle Experten stimmen darin überein, daß die

Schuster

Waldschäden durch bekannte Schadstoffe verursacht werden, wie eben Schwefel und Stickoxide, unter Mitwirkung weiterer Faktoren wie Frost, Trockenheit, Wind und anderen Schadorganismen.

Lassen Sie mich kurz die Schäden in unseren Nachbarstaaten, in der Bundesrepublik Deutschland und in der ČSSR schildern. Die Waldschäden haben in den Jahren 1981 bis 1984 in der Bundesrepublik außerordentlich zugenommen, und zwar von 2 Prozent im Jahr 1981 auf derzeit 60 Prozent im heurigen Jahr. Diese Daten stammen vom Bundesministerium für Landwirtschaft und Forste in der Bundesrepublik.

Bei unserem nördlichen Nachbarn, in der ČSSR, ist es teilweise noch tragischer. Über Antrag der Prager Regierung hat die Akademie der Wissenschaften einen Bericht über die Umweltsituation erstellt. Das Ergebnis dieses Berichts, in einem Wort zusammengefaßt, ist schockierend. Das Originaldokument ist erstmals als Beilage zur Emigrantenzeitung im heurigen Sommer im Westen erschienen.

Es ist daher mein Ersuchen an den Herrn Bundesminister Dr. Fischer, der leider nicht hier ist, laufend neueste Mitteilungen über internationale Zusammenarbeit und neueste Mitteilungen über Forschungsergebnisse betreffend das Waldsterben dem Parlament mitzuteilen.

Im Weltmaßstab gehört die Tschechoslowakei zu jenen Staaten, die die höchsten Schwefeldioxidemissionen aufweisen. Der Bericht der tschechischen Akademie führt weiter aus: Da ein Teil dieser schädigenden Stoffe in der Luft oder im Wasser von diesem Land ins Ausland gelangen, können künftig im Rahmen internationaler Abkommen erhebliche Kosten für die Staatskasse erwachsen.

So werden eben in unserem Nachbarland, in der ČSSR, die geschädigten Waldflächen bereits auf eine Million Hektar geschätzt. Von den Schäden und Negativfolgen der Umweltverschmutzung zeugen zum Beispiel Angaben über den Gesundheitszustand der Kinder im nordböhmischen Kohlenrevier. Ich habe darüber bereits im Finanz- und Budgetausschuß gesprochen. Die Säuglingssterblichkeit liegt dort um 12 Prozent höher als im Durchschnitt und in einigen Bezirken sogar um 36 Prozent höher. Eine Vorsorgeuntersuchung an Heranwachsenden hat in diesen Bezirken ergeben, daß über 41 Prozent von Jugendlichen bis zu 20 Jahren bereits krank sind.

Wie können wir in Österreich dem Phänomen „kranker Wald“ begegnen. Wir haben nur eine Chance, dieses Problem zu lösen, nämlich: Es müssen Wissenschaftler und Forstforscher und Regierung gemeinsam eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, die rasch verwirklichbar sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Uns muß einmal klar werden, daß ein gesunder Wald nicht nur den Bauern oder den Forstarbeitern nützt, sondern der ganzen Gesellschaft. Ich will jetzt bestimmt keinen Vortrag über Biosprit halten, aber eines, geschätzte Damen und Herren, lassen Sie mich sagen: Gegen das Waldsterben müssen alle nur erdenklichen Schritte unternommen werden, und daher muß das Biospritprojekt rasch realisiert werden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Zum ersten aus gesundheitspolitischen und zum zweiten aus volkswirtschaftlichen Gründen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Unterschriftenaktion des Österreichischen Bauern- und Nebenerwerbsbauernbundes hinweisen. Es wird notwendig sein, daß die Regierungsmitglieder, die maßgeblich an der Forschungsinitiative gegen das Waldsterben beteiligt sind — es sind dies die Bundesminister Steyrer, Haiden und Fischer —, mehr als bisher zusammenarbeiten. Es dürfte nicht vorkommen, daß Bundesminister Haiden im Juni dieses Jahres von 300 000 ha geschädigten Waldes spricht und Bundesminister Steyrer Anfang September des gleichen Jahres von rund 519 000 ha geschädigten Waldes spricht.

Da der Wald in der Lage ist, rund fünfmal so viele Schadstoffe zu verarbeiten wie etwa landwirtschaftlich genutzte Flächen, würde mit dem Absterben des Waldes auch die Belastung für Ackerland, für Gewässer, aber auch für die Menschen proportional ansteigen.

Einen gesunden Wald, gesunde Luft und eine gesunde Umwelt will jede Österreicherin und jeder Österreicher haben. Daher müssen wir dort, wo bereits geholfen werden kann, beginnen, nämlich beim Biosprit. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Einen anderen Themenkreis, den ich bereits im Finanz- und Budgetausschuß erwähnt habe, möchte ich noch ganz kurz skizzieren: die Unterversorgung von Ärzten in einzelnen ländlichen Regionen. Auf meine Frage, wie der Herr Bundesminister Dr. Fischer, der erfreulicherweise hier wieder eingetroffen ist, zur sogenannten Ärzteschwemme steht, hat er mir im Ausschuß

6230

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Schuster

geantwortet — ich zitiere aus der „Parlamentskorrespondenz“ —:

„Der Minister lehnte neuerlich den Ausdruck ‚Ärzteschwemme‘ ab und verwies auf Klagen der Bevölkerung etwa in manchen steirischen und oberösterreichischen Bezirken über ungenügende ärztliche Versorgung oder auf Klagen, daß man zur zahnärztlichen Behandlung in eine Landeshauptstadt fahren muß. Er zeigte auch den Bedarf an Betriebsärzten und Sozialmedizinern auf. Der Engpaß, so sagte Minister Fischer, liegt beim Turnus, aber daß es zu viele Ärzte gäbe, entspricht nicht den Tatsachen.“ — Dies sagte Minister Fischer am 21. November.

Am Montag, dem 26. November, präsentierte Bundesminister Dr. Steyrer Ergebnisse des zweiten Teils einer Studie über die ärztliche Versorgung in Österreich. Ich zitiere aus der „Wiener Zeitung“ vom 27. November, wo in großen Lettern steht:

„Jungarzt, bitte warten.“ „Wer Medizin studieren will, muß zumindest bis zum Jahr 1995 damit rechnen, nach der Promotion bis zu zwei Jahren auf einen Ausbildungsplatz in einem Spital zu warten. Nach abgeschlossener Spitalsausbildung können Jungärzte nicht unbedingt mit einem Kassenvertrag rechnen. — Das sind die wichtigsten Ergebnisse des zweiten Teils einer Studie über die ärztliche Versorgung in Österreich, die vom Bundesinstitut für Gesundheitswesen erstellt und Montag von Bundesminister Dr. Kurt Steyrer präsentiert wurden.“

Weiters heißt es: „Zur Lösung des Problems der Jungärzteschwemme schlug Minister Steyrer eine Herabsetzung des Pensionsalters für Ärzte vor. Würden die Mediziner nicht wie jetzt mit durchschnittlich 71, sondern mit 65 Jahren in Pension gehen, würde, so Steyrer, ein Zusatzbedarf von 2 376 Ärzten entstehen.“

Eine gute Seite hat diese sogenannte ‚Ärzteschwemme‘ allerdings: In den kommenden Jahren wird sich durch den Ärzteüberschuß die medizinische Versorgung verbessern.“

Also: Laut Bundesminister Fischer gibt es keine Ärzteschwemme. Laut Minister Steyrer gibt es große Probleme. Im Bundesland Oberösterreich gibt es in 10 von 15 Bezirken auch eine fachärztliche Unterversorgung; es fehlen an die 50 Fachärzte. In meinem Bezirk Freistadt im Mühlviertel, ein Grenzlandbezirk, treten große Mängel bei der fachärztlichen Versorgung auf. Wir würden dringend sieben

Fachärzte benötigen. (*Zwischenruf des Abg. Elmcker.*) Es ist eine Zumutung, wenn eine Mutter mit dem Kleinkind zu einem Augenarzt oder zu einem Orthopäden über 50 km fahren muß (*Bundesminister Dr. Fischer: Da sind wir einer Meinung!*) und dort keine Sicherheit hat, überhaupt berücksichtigt zu werden.

Wenig Verständnis habe ich als Abgeordneter eines solchen Grenzlandbezirkes für ein Abkommen zwischen der Ärztekammer und den Sozialversicherungsträgern, wo es heißt: eine jährliche Zunahme der Kassenverträge um nur 2,2 Prozent.

In der Fragestunde vom 9. Mai 1984 hat der Herr Bundesminister zur Ärzteschwemme folgendes gemeint — ich zitiere aus dem Stenographischen Protokoll vom 9. Mai —:

„Was die Frage der Medizinerschwemme oder der Ärzteschwemme betrifft, so nehme ich dieses Schlagwort nie in den Mund, außer bei der Beantwortung von Fragen, die sich darauf beziehen ... Wenn von 140 000 Studenten in Österreich etwa ein Siebentel — also 20 000 — Medizin studieren, so ist das sehr viel. Aber wenn ich bedenke, daß die Zahl der Absolventen jährlich bei etwa 1 400 liegt, schaut das schon etwas anders aus ...“

Die „AZ“ schreibt in diesem Zusammenhang, wo sie wiederum Minister Fischer aus der Fragestunde zitiert:

„Im neuen Allgemeinen Krankenhaus in Wien werden auf 100 Patienten 40 Ärzte kommen, und es wird Platz für die Ausbildung von rund 1 000 Medizinstudenten geschaffen werden.“ — Das erklärte Wissenschaftsminister Fischer in der Fragestunde.

Herr Bundesminister! Wenn von 140 000 Studenten in Österreich etwa ein Siebentel, also 20 000, Medizin studieren, so ist das sehr viel. Darüber sind wir uns einig. Wenn im neuen Allgemeinen Krankenhaus auf 100 Patienten 40 Ärzte kommen, so ist auch das sehr viel. Wenn aber in einem Grenzbezirk eine große fachärztliche Unterversorgung ist, so können uns diese gigantischen Zahlen nicht helfen.

Herr Bundesminister! Wirken Sie ein, daß diese großen Unterschiede abgebaut werden, daß dieses fachärztliche Manko in einem Grenzlandbezirk behoben wird! (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.49

Präsident: Nächster Redner ist der Herr

Präsident

Abgeordnete Preiß. Ich erteile es ihm.

17.50

Abgeordneter Dr. Preiß (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses! Bevor ich auf das Kapitel Wissenschaft und Forschung eingehe, möchte ich noch kurz auf eine Bemerkung des Abgeordneten Wolf Johann zu sprechen kommen, der ein Zitat eines Vortrages meines Freundes Professor Seel brachte, wo es angeblich heißt, daß die Fachkoordinatoren der „Neuen Hauptschule“ zu Umstufungsingenieuren und Niveauwächtern gemacht werden sollen.

Lieber Herr Kollege Wolf, Sie haben das nicht ganz korrekt zitiert. Ihnen dürfte entgangen sein, daß die Befürchtung ausgesprochen wurde, es könnten diese Fachkoordinatoren zu einer solchen Funktion denaturieren, weil eben die Bedingungen für die „Neue Hauptschule“ von außen her durch andere Umstände eingeengt werden. — Soviel nur zur Richtigstellung. Ich glaube, das sind wir der intellektuellen Redlichkeit schuldig.

Daß wir uns in einer Zeit weltweit auftretender gesellschaftlicher Strukturveränderungen befinden, welche die bisherigen Lebensformen in Frage zu stellen beginnen, darüber besteht zwischen den unterschiedlichen weltanschaulichen Gruppen weitgehende Übereininstimmung.

Der hohe Stellenwert, den Wissenschaft und Forschung in der Debatte heute im Hohen Haus einnehmen, beweist, daß letztlich alle verantwortungsbewußten staatstragenden Kräfte, die hier im Parlament vertreten sind, sich nicht von den irrationalen Strömungen der Gegenwart hypnotisieren lassen, sondern sehr wohl wissen, daß nicht gegen Wissenschaft und Technik, sondern nur unter vernünftig kontrollierter Anwendung der vom Menschen entwickelten wissenschaftlichen Methoden und Technologien die menschliche Kultur den Weg zwischen Skylla und Charybdis, zwischen Grünfanatismus und Technokratentum zu einer besseren Zukunft gewinnen kann.

Ich glaube, gerade im Hinblick auf die heute erfolgte Erklärung im Zusammenhang mit den Vorfällen bei Hainburg kann man doch wohl sagen, daß hier ein Weg beschritten wird, der einen solchen Mittelweg der Versöhnung zwischen Wirtschaft und Natur mit Hilfe der Wissenschaft, die uns ja erst ermöglicht, diese Auflagen zu verwirklichen, die vorgesehen sind, darstellt.

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1985 für das Kapitel Wissenschaft und Forschung trägt dieser Notwendigkeit Rechnung, und es ist schon wiederholt festgestellt worden, daß die Steigerungsrate den Anteil des Wissenschaftsbudgets am Gesamthaushalt wieder auf 2,75 Prozent ansteigen ließ. Sicherlich hat es schon Perioden gegeben, wo man einen höheren Prozentanteil verbuchen konnte, aber es hat auch natürlich gewisse Phasen des Aufbaus geben müssen, und wir sind heute auf dem besten Weg, diesen Aufbau weiter auszubauen und fortzusetzen.

Es gehört zu den vordergründigen Taktiken der Opposition, im allgemeinen zum Sparen aufzufordern, im konkreten jedoch mit immer neuen, oft recht kostspieligen Vorschlägen aufzuwarten. Mehrere ÖVP-Redner haben heute schon mit wahrhaft ciceronianischer Beredsamkeit die Knappheit der Mittel für die Universitäten und Hochschulen beklagt. Kollegin Möst sagte, daß man sparsam und zweckmäßig die Mittel einsetzen muß. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Völlig richtig! Kollege Steinbauer sprach davon, daß hier Illusionspolitik betrieben werde.

Werte Damen und Herren! Dieser Argumentation kann man sicher im Zusammenhang mit der sozialistischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik nicht folgen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich möchte aber auf ein anderes Kapitel zu reden kommen, das sehr wohl in dieser Richtung verläuft. Denn dieselbe Volkspartei, die hier zu Sparsamkeit und illusionsloser Politik auffordert, tritt mit Plänen einer neuen Universitätsgründung auf und versucht, damit Medienstaub aufzuwirbeln. Worauf ich mich beziehe, ist unschwer zu erraten. Es ist der Plan des niederösterreichischen Landeshauptmanns, eine Art Alma Mater Ludoviciana ins Leben zu rufen. (*Abg. Vetter: Schlechtes Latein!*) Nein, nein! Schlagen Sie nach in Ihrem Liber latinus, Kollege Vetter, dann werden Sie draufkommen: So muß es nämlich heißen! — Ich habe fast die Vermutung, er möchte gern als „Siegfried der Stifter“ in die Geschichte eingehen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Höchtl: Sie sind ihm neidig wahrscheinlich!*) Nein! Warum denn? Hören Sie zu, Herr Kollege Höchtl, denn was dort gesagt wird, widerspricht nämlich diametral den Ausführungen, die Ihre Kollegen hier vorgebracht haben. (*Abg. Dr. Höchtl: Föderalistischer Sinn!*) Ja ob es einen Sinn hat, darüber können wir streiten! (*Zwischenruf des Abg. Vetter.*) Aber hören Sie mich einmal an.

6232

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Preiß

Von vielen — anscheinend nicht von Ihnen, aber von vielen — wird diese Forderung nach einer niederösterreichischen Landesuniversität, die sozusagen als Zuwaage, Kollege Vetter, beim Suchen nach einer eigenen niederösterreichischen Landeshauptstadt entstand, nicht sehr schmeichelhaft kommentiert. Ein bekannter Wissenschaftspublizist sprach von einer „Schnapsidee“, ein anderer etwas höflicher von einem „Luftschloß“.

Angesichts der Verpflichtung, öffentliche Mittel sparsam und effektiv einzusetzen, möchte ich mich nüchtern mit diesem Plan auseinandersetzen, bevor verfestigtes Prestigedenken eine sachliche Diskussion erschwert.

Die Republik Österreich weist ein Netz von insgesamt 18 Universitäten und Kunsthochschulen auf. Sie sind größtenteils historisch gewachsen und decken die Bedürfnisse in ausreichendem Maß. Nur die Universität Linz und die Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet und füllten allenfalls gegebene Versorgungslücken.

Das traditionelle akademische Ausbildungszentrum für die bildungswilligen Niederösterreicher war stets Wien, das sowohl verkehrsgeographisch als auch im Hinblick auf das geistige Klima dieser Funktion bestens gerecht wurde.

Wenn man nun in den Kreisen des niederösterreichischen Landeshauptmannes ein neues akademisches Sendungsbewußtsein auftreten sieht, so kommt es, bitte sehr, um 20 Jahre zu spät. Die Zeit der Neugründungen zwecks Stillung eines Nachholbedarfes ist vorbei. Die Ausbaupläne für die bestehenden Hochschulen sind erstellt, und die Bauten werden innerhalb der nächsten Jahre abgeschlossen.

Es wäre wirklich nicht sehr sinnvoll, wollte man nur zu dem Zweck, daß auch das Land Niederösterreich eine eigene Universität auf ihrem Territorium aufzuweisen hat, sich in ein solches finanzielles Abenteuer stürzen. Die Hochschulplanung des Bundes sieht jedenfalls keine eigene niederösterreichische Universität vor; das hat der Herr Bundesminister bereits eindeutig dargelegt.

Von den Proponenten wird einmal von einer internationalen Donauuniversität (*Zwischenruf bei der ÖVP*), dann von einer umfassenden Umweltuniversität oder einer niederösterreichischen Kunsthochschule gespro-

chen; jedenfalls redet man meistens von einer Hochschule ganz eigenen Zuschnittes. Wir wissen aber heute schon, daß sich eine solche Form angesichts der Bedarfs- und Nachfragestrukturen sehr kurzfristig wieder in die Richtung einer klassischen Universität entwickeln wird. Wir brauchen ja nur nach Linz oder nach Klagenfurt zu schauen.

Will man die kulturelle Infrastruktur der Weltstadt Wien sinnvoll nutzen, dann müßte man die niederösterreichische Universität als eine Art Satellitenhochschule in einem Vorort an der Landesgrenze konstituieren, was außer Kosten wenig Effekte im Bundesland hervorrufe.

Will man aber diese visionäre Universität aus dem Sog der Großstadt heraushalten (*Abg. Steinbauer: Zum Beispiel Krems!*) — das ist der einzige Milderungsgrund dabei (*Heiterkeit*) —, dann müßte man zusätzlich eine eigene Infrastruktur schaffen, wenn man einen peinlichen Provinzialismus vermeiden möchte. (*Abg. Vetter: Über Krems lassen wir reden!*) Warten Sie einen Augenblick! Ich komme dann zu einem positiven Vorschlag. Vielleicht können wir uns dort treffen.

Das Argument, die Wiener Hochschulen platzen aus den Nähten, ist zwar im Augenblick sicherlich nicht ganz unberechtigt, aber inzwischen sind bauliche Vorsorgen am gegenwärtigen Standort bereits durchgeführt oder im Anlaufen. Auf Grund der demographischen Entwicklung wird binnen kürzester Zeit der Ansturm auf die Hohen Schulen spürbar nachlassen und die Studenten werden in den neunziger Jahren durchaus akzeptable Bedingungen vorfinden.

Deshalb hielte ich es auch als niederösterreichischer Abgeordneter für richtig, sich nicht in unrealistischen Phantasien zu versteigen, sondern jene Chancen kurzfristig zu nutzen, die sich wirklich ergeben. Wir brauchen nicht justament eine eigene Landesuniversität, deren jährliche Betriebskosten bei etwa 300 bis 400 Millionen Schilling läge, sondern eine enge Zusammenarbeit mit den bestehenden akademischen Institutionen.

Das Land Niederösterreich könnte sich durch Förderung der Ansiedlung postuniversitärer Ausbildungsstätten, durch Schaffung von Fernstudienzentren und durch das Engagement bei Forschungsinstitutionen wie etwa Seibersdorf, eine den sozio-ökonomischen Bedingungen angemessene universitäre Institutionenkette hohen Niveaus sichern und damit einen sinnvollen Beitrag zur Entwick-

Dr. Preiß

lung von Wissenschaft und Forschung in unserer Republik leisten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Abschließend möchte ich noch einige Worte zu der Forcierung internationaler Beziehungen im Bereich von Wissenschaft und Forschung durch das Budget 1985 sprechen. Besonders muß man auf die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendienaktion verweisen. Diese Stipendien werden durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und durch den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung vergeben und gehen an junge österreichische Wissenschaftler, welche in führenden ausländischen Forschungseinrichtungen mitarbeiten. Dadurch können neue wissenschaftliche Ansätze, Methoden, Verfahren und Techniken für unser Land nutzbar gemacht werden.

Heuer stehen zunächst 5 Millionen Schilling aus Budgetmitteln zur Verfügung, doch wird eine Aufstockung der Summe durch Firmen- und Privatspenden mit Sicherheit eintreten. So hat etwa die Nationalbank 1 Million Schilling für diesen Zweck bereits bereitgestellt. Damit wird ein forschungspolitisches Anliegen, nämlich die Förderung wissenschaftlich qualifizierten Nachwuchs vor allem durch mehr Mobilität junger Wissenschaftler im internationalen Bereich in einem ersten sehr wesentlichen Schritt verwirklicht.

Hohes Haus! Die Bundesregierung hat in ihrer Gesamtheit beim Wissenschaftsbudget 1985 gezeigt, daß sie die Zeichen der Zeit versteht. Sie war bereit, diesem für die Bewältigung der Gegenwart und Zukunft so wesentlichen Bereich jene Mittel zuzuführen, die eine kontinuierliche, positive Entwicklung gewährleisten. Ich danke sehr. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) *18.03*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Schüssel.

18.03

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend zum Kapitel Unterricht und Kunst einige zusammenfassende Stichworte bringen.

Zunächst einmal das Thema Erwachsenenbildung. Ich möchte Ihnen, Herr Minister — er ist noch nicht da —, den Notschrei der freien Erwachsenenbildungsinstitutionen vermitteln, deren Förderungsmittel in den Jahren 1983 bis 1985 um 10 Millionen Schilling

gekürzt wurden, allein heuer um 3 Millionen, während gleichzeitig die Mittel für die Bundeseinrichtungen um 2 Millionen erhöht wurden.

Als es zum Beispiel darum gegangen ist, 250 arbeitslose Junglehrer in der Erwachsenenbildung anzustellen, wozu wir durchaus bereit waren, sind problemlos 46 Millionen Schilling vorhanden gewesen. Dies ist ein Dreijahresprogramm bis zum Jahre 1986.

Jetzt schlagen diese Kürzungen der Förderungsmittel voll ins Programm durch, das heißt, die Erwachsenenbildungseinrichtungen werden zwar arbeitslose Junglehrer einstellen können, aber sie werden kein Geld haben, um damit auch sinnvolle Programme machen zu können.

Unser konkreter Vorschlag, da man ja nicht nur für irgend etwas mehr Geld verlangen soll, ohne sich auf der anderen Seite den Kopf zu zerbrechen, woher das Geld kommen soll: Herr Unterrichtsminister! Ich mache Ihnen den Vorschlag, den Beitrag für das Kulturservice, das sind im Jahre 1985 und heuer 6 Millionen Schilling, einzusparen, denn das ist eine Stelle, die ja ohnehin nicht allzuviel Sinnvolles erreicht hat, die internen Beschwerden darüber, vor allem von den Schulen, haben sich gehäuft, mehr als ineffizientes Wortgeklingel war hier nicht zu holen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Punkt: Bundestheater. Ich bin sehr froh, daß die Studie Abele-Bauer, die wir ja schon vor einigen Monaten verlangt haben, jetzt endlich im Volltext vorliegt und den Abgeordneten zur Verfügung gestellt wurde. Ich glaube, es war gut angelegtes Geld, diese Studie zu machen, weil damit zum ersten Mal über einen sehr großen Ausgaben-Brocken, nämlich den der Bundestheater, endlich fundiertes Material auf den Tisch liegt. Ich bin auch sehr froh, daß unsere Argumente und unsere Kritik dadurch in manchen Punkten bestätigt wurden.

Zum Beispiel — Herr Minister, es wäre schon ganz interessant, einmal daraus Konsequenzen zu hören — lese ich hier, daß in der Staatsoper nur 70 bis 80 Prozent der maximal möglichen Einnahmen erzielt werden, in der Volksoper sind es zwischen 60 und 70 Prozent, im Burg- und Akademietheater nur 50 Prozent. Bitte, das ist nicht mit der zu niedrigen Kapazitätsauslastung allein zu erklären. Da sind offensichtlich ungezählte Freikartenkontingente, Pressekarten, billigere Abonnements et cetera drinnen. Da soll man schon

6234

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Schüssel

nachdenken, wie das besser gelöst werden könnte.

Oder eine andere These der Studie, die mir sehr gut gefällt, weil wir das ja auch immer wieder kritisiert haben. Die Autoren stellen fest: „Bei der Untersuchung des Sachaufwandes in den Bundestheatern wirkt sich das Fehlen einer Kostenrechnung besonders negativ aus.“

Ich frage Sie: Welchen Betrieb gibt es, wo man zwar über die Werkstätten genaue Kostenstellen hat, aber nicht genau weiß, wieviel zum Beispiel die Produktion einer konkreten Aufführung tatsächlich kostet.

Dennoch glaube ich zusammenfassend für diesen Punkt, daß es der Bundestheaterverwaltung gelungen ist, die Kostenentwicklung in den letzten Jahren besser in den Griff zu bekommen, und ich glaube, daß es auch richtig war, die Ansätze zu einer Produktionsausweitung zu nützen. Mir hat es zum Beispiel sehr gefallen, daß man begonnen hat, das kulturelle Sommerloch, dahin gehend zu verbessern, daß man immerhin das Sommertagspiel der Volksoper in der Staatsoper durchgeführt und das Angebot der Sprechbühnen verbessert hat.

Allerdings, da möchte ich Ihnen Kritik nicht ersparen, daß, was sich im heurigen Sommer abgespielt hat, war bestenfalls eine Art „Opernstadt“, denn die Qualität der Volksoperaufführungen in der Staatsoper war einfach der österreichischen Staatsoper nicht würdig. Das ist nicht verantwortbar, selbst wenn die Vorstellungen gerammelt voll waren, das war künstlerisch nicht in Ordnung.

Mein Vorschlag wäre daher: Warum nicht einfach ein Experiment mit jungen Käften? Wir haben angeblich, auch Jungbluth hat das im „Wiener Journal“ beschrieben, sehr viele gute junge Kräfte. Warum hier nicht einfach experimentieren und eine Art Opernstudio im Sommer für junge Künstler mit ansprechenden Produktionen zur Verfügung stellen? Der Fremdenverkehr wird es Ihnen sicherlich danken.

Nächstes Stichwort Theatersubventionen. Das ist ein Riesenbrocken in Ihrem Kunstbudget, Herr Minister. Ich darf Ihnen hier kritisch zwei Punkte nennen. Beim Volkstheater ist so, wie wir es vorausgesagt haben, die riesige Finanzkrise eingetroffen. Es mußte der kaufmännische Direktor ausgewechselt werden. Und obwohl die Subventionen für den

laufenden Betrieb um 35 Millionen pro Jahr erhöht wurden, mußte im jetzigen Budget noch eine Abgangsdeckung für die Jahre 1979 bis 1983 von zusätzlich 13 Millionen Schilling verankert werden.

Bitte, auch hier die Frage: Was sind eigentlich die Konsequenzen? Nicht Ihnen, sondern Ihren Vorgängern haben wir einige Male gesagt, daß die Dinge im argen liegen. Es ist nichts geschehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte auf noch einen Punkt hinweisen, der für die Öffentlichkeit vielleicht ganz interessant wäre, aber nirgends diskutiert wurde. Alle Welt hat sich den Kopf zerbrochen, wer Josefstadtdirektor wird. Alle Leute haben über Verträge, über Personen geredet. Das ist natürlich das lustigste Spiel in Österreich und in der Wiener Kulturszene — wer wird was. Niemand hat über das Geld geredet. Ich werde es daher tun.

Nachdem Herr Gobert engagiert wurde, und wir wissen ja alle, daß das Theater in der Josefstadt zu zwei Dritteln der Länderbank und zu einem Drittel dem ÖCI gehört, und von einer Betriebs-GesmbH geführt wird — das sind vier Personen, der Herr Kraus, der Herr Stohs, die Verlassenschaft Häussermann und der Rechtsanwalt Schuppich —, schloß diese Betriebs-GesmbH den Vertrag mit Gobert ab.

Der hat zunächst einmal für seine Vertragsdauer von fünf Jahren eine Subventionserhöhung von 90 Millionen Schilling verlangt. Zugesagt bekommen hat er — darüber hat man nie etwas offiziell gehört, leider auch nicht von Ihnen — zusätzliche 50 Millionen Schilling Subvention. Bund und Land müssen das jährlich zahlen. Das heißt, fünf Jahre lang sind jährlich plus 10 Millionen Schilling zur Hälfte vom Bund und von der Stadt Wien aufzubringen.

Anzumerken ist: Wenn Druck und politisches Interesse da sind, dann ist offensichtlich Geld in Hülle und Fülle vorhanden, und anzumerken ist zudem, daß diese zusätzlichen Gelder wahrscheinlich zu Lasten Dritter zugesagt wurden. Schade, Herr Minister, daß Sie bei Ihrem ersten Auftritt darüber kein Wort gesagt haben. Das wäre ganz interessant und vielleicht auch demokratisch gewesen.

Vierter Punkt: das Verlagswesen. Ende November, Anfang Dezember wurde eine Enquête des Unterrichtsministeriums zu diesem Thema einberufen. Die Bilanz österreichischer Verleger ist tatsächlich sehr traurig:

Dr. Schüssel

Molden in Konkurs, Residenz-Verlag um 13 Millionen Schilling an den staatlichen Bundesverlag verkauft. Diese Zahl ist ja monate lang vor der Öffentlichkeit verheimlicht worden. Ich behaupte hier, daß es mindestens zwei, drei Private gegeben hätte, die den Residenz-Verlag um diesen Betrag, der mir nicht sehr hoch zu sein scheint, gekauft hätten. Aber man hat halt nicht wollen.

Bei Jugend und Volk ist die Literaturproduktion mit Ausnahme der Protokolle und der Nestroy-Edition praktisch gestrichen worden, der Europa-Verlag hat seine Verlagsproduktion im Literaturbereich eingeschränkt. Medusa ist nach Anfangserfolgen in Schwierigkeiten. Es ist mit einem Wort keine sehr stolze Bilanz.

Wir haben 480 österreichische Verlage, 400 davon interessanterweise in Wien, und nur drei davon haben mehr als 10 Literaturtitel pro Jahr: Residenz, Zsolnay und Styria.

Die Abhängigkeit vom deutschen Markt hat sich deutlich verstärkt. Vier von fünf angebotenen Büchern kommen von ausländischen Verlagen.

Was tun? Sie haben jetzt ein Kleinverlagskonzept angekündigt. Das klingt gut, nur: Was soll das sein? Es kann sein eine Erhöhung der Vereinssubventionen; viele dieser neuen Verlage sind ja auf Vereinsbasis entstanden. Ich hielte das für falsch! Ich glaube eher, daß man das Geld in eine Professionalisierung der bestehenden Verlage, in eine Art Gewerbeförderung, wenn Sie so wollen, investieren sollte. Es gibt zum Beispiel in Wien keinen einzigen voll angestellten und arbeitenden Lektor. Ich halte das für ein riesiges Problem.

Was man noch machen könnte, ist, die sozialwissenschaftliche Forschung, die Anfang der siebziger Jahre begonnen wurde, fortzusetzen. Es wurde zum Beispiel der Mikrozensus zum Jahr des Buches im Jahre 1972 nie wieder wiederholt. Das wäre deswegen wichtig, weil sich zwar gezeigt hat, daß quantitativ mehr Bücher verkauft werden — der durchschnittliche Österreicher kauft heute vier statt früher drei Bücher —, aber für die echte Literatur sind die Zahlen nach wie vor erbärmlich.

Eine durchschnittliche Buchhandlung macht nicht einmal 10 Prozent ihres Umsatzes mit Literatur. Im Gegenteil: Trotz Maßnahmenkatalog, trotz ehrgeiziger Projekte ist der Anteil der Leser von klassischer Literatur von 11 auf 10 Prozent zurückgegangen, der

Anteil der Leser von Gegenwartsliteratur von 1972 bis 1980 sogar von 19 auf 13 Prozent gesunken, die Zahl der Lyrikkonsumenten von 7 auf 5 Prozent.

Wir nähern uns, Herr Minister, hier einer scharfen kulturellen Antithese: Es lesen in Österreich die Leute durchschnittlich täglich nur 8 Minuten in einem Buch, sitzen aber eineinhalb Stunden vor dem Fernsehapparat. Da entsteht eine scharfe Scheidung zwischen der literarischen Kultur und der elektronischen Allgegenwart.

Ich darf Ihnen, Herr Minister, hier Professor Neil Postman zitieren, Professor for Media Ecology — ein ganz lustiges Wort —, für „Medienökologie“ an der Universität New York, ein wichtiger Mann, der zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse eingeladen wurde und dabei folgendes interessante Denkspiel dargeboten hat. Er hat erklärt: „Ich fürchte, einige von uns haben vergessen, daß es außer Orwells düsterer Vision noch eine andere gab — ein wenig älter, nicht ganz so bekannt, aber gleichermaßen beklemmend. Ich meine Aldous Huxleys Schöne neue Welt.“

Huxley und Orwell haben nicht dasselbe prophezeit, obwohl das viele Leute fälschlicherweise glauben. Orwell hat gewarnt, daß wir durch eine Macht von außen unterdrückt werden. Huxley war der Ansicht, daß die Menschen ihre eigene Unterdrückung am Ende genießen werden, die Technologien, die ihre Denkfähigkeit zerstören, geradezu anbieten werden.

Orwell fürchtete jene, die Bücher verbieten würden, Huxley hatte Angst, daß es gar keinen Grund mehr geben werde, Bücher zu verbieten, weil kein Mensch noch irgend etwas lesen wollte. Orwell hatte Angst, man würde uns die Wahrheit vorenthalten, Huxley fürchtete, die Wahrheit würde in einem Meer von Belanglosigkeiten untergehen. Orwell fürchtete, wir würden alle in permanenter Gefangenschaft enden, Huxley dagegen sah uns zu völlig oberflächlichen Menschen verkommen.

„Kurzum, Orwell glaubte, wir würden im Gleichschritt, marsch, und in Handschellen in den Untergang getrieben werden, während Huxley davon überzeugt war, daß wir ganz von allein in den Abgrund tanzen würden — und mit einem idiotischen Lächeln im Gesicht.“

Und jetzt die harten Zahlen dazu: In ameri-

6236

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Schüssel

kanischen Haushalten läuft der Fernsehapparat täglich sieben Stunden, in Österreich immerhin bereits eineinhalb Stunden. Ein amerikanisches Kind sieht, bevor es überhaupt in die Schule kommt, 5 000 Stunden fern. In Österreich immerhin bereits 1 800 Stunden TV.

Die einzige Beschäftigung, die bei amerikanischen Jugendlichen gleich nach dem Schlafen kommt, ist Fernsehen. In Österreich ist dazwischen nur noch das „Spielen mit anderen“. Das ist an sich eine soziale Tätigkeit und soll vermerkt werden, aber der Trend ist der gleiche. In Österreich sind bereits 60 Prozent aller Dreijährigen und fast alle Vierjährigen regelmäßige Fernseher: eine Stunde im Durchschnitt, am Wochenende sogar zweieinhalb Stunden Fernsehen.

Neil Postman beklagt daher meiner Meinung nach zu Recht in einem Bestseller „das Verschwinden der Kindheit“, wobei Kindheit für ihn keine biologische Phase, sondern eher eine kulturelle Errungenschaft ist. Die Kinder — und das ist das Verschwinden der Kindheit — bekommen keine Antworten mehr auf die von ihnen selbst gestellten Fragen, aber sie werden überschüttet mit Antworten auf Fragen, die sie überhaupt noch nie gestellt haben. Fernsehen ist einfach die Technologie des freien Eintritts, ein Medium der totalen Enthüllung.

Hier sind, meine Damen und Herren von der Linken wie von der Rechten, von den Blauen, besondere Regeln notwendig. Das heißt für mich angewandte Kulturpolitik. Wenn wir in Amerika den im Modell durchgeführten Versuch sehen, mit totaler Fernsehfreiheit, Liberalisierung, mit Wahlmöglichkeiten bis zu 40 Stationen eine fragmentierte Welt zu vermitteln — Amerika ist hier Trendsetter mit jährlich 250 000 exportierten Fernsehstunden gleichermaßen nach Europa, Asien und Lateinamerika —, dann hat das eine Bedeutung auch für uns.

Ich weiß schon, wir können und wollen gar keine elektronischen Zäune rund um Österreich aufstellen, das wäre nicht wünschenswert. Aber wir haben noch Wahlmöglichkeiten: Wir können entweder in diesen Modellversuch mit einsteigen, mit allen Folgen, die wir sehen — Postman nennt das *amusing ourselves to death*, sich zu Tode vergnügen — oder gemeinsam einen geordneten koordinierten eigenständigen österreichischen Weg gehen.

Mit dazu gehört für mich zum Beispiel die

Diskussion um das ORF-Monopol. Ein Monopol kann gefährlich sein, aber es muß kein Fluch sein. Wir können sogar einen relativen Nutzen aus diesem Monopol machen. Wir sollten es jedenfalls aber nicht vorschnell opfern.

Jörg Mauthe hat geschrieben, „das Quantum an Scheinbildern, das uns die Massenmedien in der Kollektivpsyche täglich ins Haus liefern, ist schon zu groß, als daß wir es aus trüben Quellen noch vermehren sollten.“ — Ein sehr kluger und gescheiter Satz.

Wir müssen einfach wissen: Jegliche Konkurrenz, die der ORF bekommt, kann, wenn sie erfolgreich sein will, nur Qualitätsdumping bedeuten, kann nur an eine niedrigere Widerstandsschwelle appellieren: an die Kinder, an die weniger Gebildeten, an den Massengeschmack, an die Instinkte.

Der ORF ist darüber hinaus oder er kann es zumindest sein — er war es auch immer wieder — eines der wenigen gesamtösterreichischen Aushängeschilder mit einer verbindenden gesamtösterreichischen integrativen Wirkung. Das sollte man nicht leichthin schwächen, sondern eher, meine ich, stärken.

Die Vernunft spricht, so gesehen, für das Monopol. Man kann es ändern, man kann es verbessern, man kann es sogar teilweise auflockern in Kooperation mit den Partnern, die sich hier anbieten. Aber man kann nicht über Kunst reden und dabei den größten Kultur- und Kunstproduzenten, den Österreichischen Rundfunk, mit allen Möglichkeiten, aber auch allen seinen Gefahren und Gefährdungen ausklammern. (*Beifall bei der ÖVP.*) 18.21

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. — Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe VI, Unterricht und Kunst, des Bundesvoranschlages 1985 abstimmen.

Diese umfaßt die Kapitel 12, 13 und 71 samt den zu den Kapiteln 12 und 13 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 400 der Beilagen in der Fassung des Ausschußberichtes 470 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Präsident

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIV, Wissenschaft und Forschung, des Bundesvoranschlages 1985.

Diese umfaßt das Kapitel 14 samt dem dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 400 der Beilagen in der Fassung des Ausschußberichtes 470 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Beratungsgruppe III**Kapitel 20: Äußeres**

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe III: Äußeres.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Arnold Grabner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Arnold Grabner: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe III enthaltene Kapitel 20 „Äußeres“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr in seiner Sitzung am 19. November 1984 in Verhandlung genommen.

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1985 sind beim Kapitel 20 „Äußeres“ Gesamtausgaben von 1 832,440 Millionen Schilling und Einnahmen von 65,048 Millionen Schilling vorgesehen. Dies bedeutet gegenüber 1984 eine Steigerung der Ausgaben um 74,392 Millionen Schilling oder 4,2 Prozent. Die Einnahmen erfuhren eine Verringerung um 0,177 Millionen Schilling oder 0,3 Prozent.

Die Ausgabensteigerung verteilt sich auf die einzelnen Geburungsgruppen wie folgt:

1. Gesetzliche Verpflichtungen

a) Beim Personalaufwand wurden um 21,351 Millionen Schilling oder 5,06 Prozent mehr veranschlagt. Die Erhöhung ist auf die allgemeinen Bezugserhöhungen und auf Personalvermehrungen zurückzuführen.

b) Bei den internationalen Beitragszahlungen Österreichs mußten infolge Beitragserhöhungen und infolge von Kurssteigerungen des US-Dollars um 45,563 Millionen Schilling mehr veranschlagt werden.

c) Die übrigen gesetzlichen Verpflichtungen, wie die „Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG“ und die Familienbeihilfen mußten um 0,410 Millionen Schilling höher veranschlagt werden.

2. Die im Sachaufwand des Kapitels 20 veranschlagten Ermessenskredite erfuhren eine Erhöhung um 7,068 Millionen Schilling oder 0,72 Prozent.

3. Die Anlagenkredite wurden gegenüber 1984 um 9,865 Millionen Schilling niedriger veranschlagt.

4. Die Förderungskredite wurden gegenüber 1984 um 0,475 Millionen Schilling höher veranschlagt. Dadurch ergibt sich eine Erhöhung der Subvention für die Gesellschaft für Außenpolitik und die Liga der Vereinten Nationen.

5. Die Veranschlagung beim Ansatz 1/20048 „Internationale Konferenzen in Österreich“ sichert die Abhaltung der bisher vorhersehbaren jährlich stattfindenden Konferenzen.

6. Zur Aufrechterhaltung der kulturellen Aktivitäten infolge Kostensteigerungen wurde der Ansatz 20408 „Kulturelle Veranstaltungen“ um 3,440 Millionen Schilling angehoben.

7. Die Kosten für die Österreichische Delegation beim Europarat und den Parlamentarischen Rat der Europabewegung sind ab dem BVA 1985 beim Kapitel 02 „Bundesgesetzgebung“ veranschlagt.

Die Einnahmen wurden mit 65,048 Millionen Schilling veranschlagt. (Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

Bei der Abstimmung am 23. November 1984 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe III unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Marsch und Peter mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: Äußeres des Bundesvoran-

6238

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Arnold Grabner

schlages für das Jahr 1985 (400 der Beilagen) mit den dem Spezialbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Steiner. Ich erteile es ihm.

18.28

Abgeordneter Dr. Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was immer in der Weltpolitik passieren mag, eines ist sicher: Die Diskussion zum Kapitel Äußeres findet im Nationalrat immer nach Sonnenuntergang statt, aber die Lichtverhältnisse sind ja auch so ganz gut.

Wie immer möchte ich zuerst den Bediensteten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im Namen der Abgeordneten der ÖVP für ihre engagierte Arbeit im In- und Ausland Dank sagen, und in vielen Fällen gilt dieser Dank natürlich auch den Ehefrauen der Bediensteten, die oft völlig unbedankt wichtige Funktionen für unser Land freiwillig mit übernommen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Ausgaben für das Kapitel Äußeres haben heuer nur mehr einen Anteil von 0,39 Prozent an den Gesamtausgaben. Die Steigerungsrate dieses Budgetkapitels bleibt mit 4,2 Prozent unter der Steigerungsrate der Gesamtausgaben des Budgets in der Höhe von 6 Prozent zurück; das heißt, daß die Steigerungsrate unter der Inflationsrate liegt, womit die Mittel für das Außenministerium real sinken.

Dies ist ganz besonders im Hinblick auf oft sehr hohe Inflationsraten in Empfangsstaaten einschneidend, da dafür Regulierungen, wenn überhaupt, bekanntlich ja immer nur mit einer Zeitverschiebung im nachhinein erfolgen.

Wir lehnen auch dieses Budgetkapitel ab als Teil eines Budgets 1985, das ein Budget der versäumten Chancen ist. Trotz Regierungsumbildung geht es im alten Trott weiter. Trotz steigender Staatseinnahmen wird versäumt, das Defizit abzubauen. Es ist also gar keine Rede von dem, was Staatssekretär Holger Bauer in der „Tiroler Tageszeitung“ vor

zwei Wochen verlangte: „Es müsse mehr Druck hinter die Budgetsanierung gemacht werden.“ — Nein, es geht weiter wie bisher.

Aber da gibt es natürlich auch Jubler. Zum Beispiel Klubobmann Peter hat im Ausschuß diese Budgetmisere des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in einer recht einmaligen Art und Weise gepriesen. Er sagte, dieses geringe Budget beweise eben, mit wie wenigen Mitteln gute Arbeit geleistet werden könnte.

Ich halte das eigentlich für eine Verhöhnung derjenigen, die mit einem solchen Budget arbeiten müssen. Nicht nur weil die Bediensteten des Außenministeriums mit einem so beschränkten Budget arbeiten müssen, würden sie es verdienen, daß eine überlegtere Personalpolitik betrieben wird, als dies unter Ihren beiden Vorgängern, Herr Bundesminister, der Fall war. Das käme auch der Effektivität des Ministeriums zugute.

Es ist bei den Mitarbeitern des Außenministeriums ein großes Potential an Sachkenntnis, gutem Willen und Leistungsbereitschaft vorhanden, das allerdings nicht selten durch Personalzickzackentscheidungen stark strapaziert wurde. Besonders nötig wäre es auch, daß bei Versetzungen Probleme der Familien mehr Berücksichtigung finden würden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Natürlich wären auch einige technische Erneuerungen im Ministerium notwendig. Es ist seit langem meine Überzeugung, daß durch Ausnutzung moderner, anderswo bereits bewährter Bürotechnologie gerade in der Auswertung von Informationen nicht nur Arbeitserleichterungen und besserer Einsatz menschlicher Arbeitskraft möglich wäre, sondern daß damit auch eine bessere Auswertung und Zugriffigkeit des aufbereiteten Materials möglich wäre. Ich weiß schon, daß dazu vorerst einmal Investitionen notwendig sind, deren Kosten sich, so glaube ich, aber auf lange Sicht bezahlt machen würden. Heute bringen moderne Nachrichtenmittel täglich eine Flut von Berichten ins Haus, deren Auswertungen aber in einer Art erfolgt, wie sie noch vor Jahrzehnten üblich war.

Sie, Herr Bundesminister, legen hier Ihr erstes Budget als Außenminister vor. Das gibt natürlich Gelegenheit, einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen.

Sie haben in Ihren Erklärungen bei der Amtsübernahme und auch später von der „Kontinuität der Außenpolitik, beginnend bei

Dr. Steiner

der Regierung Figl I“ gesprochen. Kontinuität besteht nicht nur in der Beschwörung vergangener Zeiten, sondern in der Art der außenpolitischen Aktivitäten, die in dem Geist erfolgen sollen, wie er über lange Jahre die österreichische Außenpolitik ausgezeichnet hat; sehr zum Nutzen des Landes.

Wie viele politische Probleme, so hat auch die Außenpolitik im letzten Jahrzehnt Anlaß zur innenpolitischen Auseinandersetzung gegeben. Geblieben ist bei der Mehrzahl der Österreicher der Wunsch, das Gemeinsame in der Außenpolitik voranzustellen. Diese Gemeinsamkeiten waren besonders in den letzten Jahren der Regierungen Kreisky, mit Pahr und Lanc als Außenminister, immer wieder in Frage gestellt, und immer wieder haben wir hier und in der Öffentlichkeit auf Ungereimtheiten dieser Politik hinweisen müssen.

Außenpolitik ist, wie jedes Problem von öffentlichem Interesse, in einer pluralistischen Demokratie offener Diskussion unterworfen. Es wäre ja ganz schlecht, wäre es nicht so. Sicherlich ist aber die Außenpolitik genauso wie die Landesverteidigung ein Gebiet, auf dem gerade in einem Land in der Lage Österreichs die Suche nach Gemeinsamkeiten als ganz besonders im allgemeinen Interesse gelegen anzusehen ist.

Ich möchte wiederholen, was ich schon einige Male auch hier gesagt habe: Wer immer an Gemeinsamkeiten interessiert ist, muß das, was gemeinsame Politik sein soll, klarlegen; mit mehrdeutigen Gemeinplätzen und Schlagworten ist hier nicht auszukommen. Weiters muß man Vertrauen zu jenen haben können, die diese gemeinsame Außenpolitik dann auch durchführen.

Und schließlich: Nicht nur an Worten, an Taten wird man den Partner messen. Sind aber die Worte des Außenministers von der Kontinuität der Außenpolitik von Kabinett Figl I an so ernst gemeint, wie sie gesagt wurden — und ich nehme das sehr wohl an —, so müßte eigentlich auf einer ganzen Reihe von Gebieten über Gemeinsamkeiten konstruktiv zu reden sein. Auch das würde Sie sehr angenehm von Ihren bisherigen Vorgängern unterscheiden.

Wer von uns würde es da nicht begrüßen, daß sich diese widerwärtige Gadaffi-Abküsselei, die sich in der Vergangenheit abgespielt hat, nicht wiederholt? Was immer der Altbundeskanzler behaupten mag, gebracht hat dies alles nicht sehr viel: Auch nicht für den

Tschad. Präsident Mitterand weiß heute sehr gut, daß auch ihm und dem französischen Volk nicht zu etwas verholfen, sondern daß ihm etwas eingebrockt wurde — und das nicht zu knapp. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zwischen einer pluralistischen Demokratie mit allen ihren Stärken und Schwächen und einem Diktatursystem liegen für uns Welten in der Einschätzung. Daher haben wir auch nie das geringste Verständnis für diesen verbalen Amerikaner-Kannibalismus, den Kreisky und Lanc so liebevoll gepflegt haben, gehabt. Gott sei Dank ist er nun etwas aus der Mode gekommen.

Bei dem Bestreben, gute, freundschaftliche Beziehungen zu den Großmächten zu haben und zu erhalten, müssen wir uns immer wieder bewußt sein — bei aller sorgfältiger Betrachtung der Neutralitätspflichten —, daß es für uns keine Äquidistanz geben kann, dazu sind die ideologischen Unterschiede ganz einfach zu groß. Man kann es nur immer wiederholen: Ein neutraler Staat hat dafür zu sorgen, daß über seine weltanschauliche Position überall Klarheit besteht, damit weder Verdächtigungen auf der einen, noch falsche Erwartungen auf der anderen Seite aufkommen können. Neutralität ist kein dritter ideologischer Weg. Die Erfahrungen seit 1945 zeigen uns sehr deutlich, daß auch eine Großmacht wie die Sowjetunion es sehr wohl zu würdigen weiß und es als berechenbares Faktum zur Kenntnis nimmt, wenn man die eigene weltanschauliche Position unerschrocken vertritt. Noch dazu, wo auch die Sowjets gar keinen Zweifel über ihre eigene ideologische Position aufkommen lassen.

Für einen neutralen Staat ist es auch sehr wichtig, daß er nicht zum Transport-Vehikel taktischer Propaganda-Aktionen einer Seite wird.

Im Auf und Ab der Internationalen Politik in einer weit überrüsteten Welt ist für jedes Land die Sicherheitspolitik von ausschlaggebender Bedeutung. Die Außenpolitik hat ihren mitentscheidenden Platz in der Sicherheitspolitik. Zweifellos gehören die anderen mitentscheidenden Elemente, eine umfassende und glaubhaft dargestellte Landesverteidigung und eine Politik innerer Stabilität und Geschlossenheit, untrennbar zusammen. Diese Elemente der Sicherheitspolitik sind nicht auswechselbar; sie sind alle für unsere Freiheit und Unabhängigkeit unerlässlich. Die volle Aufrechterhaltung unserer Unabhängigkeit und unserer Neutralität ist ein wertvoller Beitrag zum Frieden der Region, in der wir leben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

6240

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Steiner

Wir haben in den letzten Monaten eine lautstark geführte Debatte über die Bewaffnung des österreichischen Bundesheeres erlebt. Meiner Meinung nach muß außer Streit gestellt sein, daß Österreich auch die Mittel für eine effektive Luftraumverteidigung und Panzerabwehr haben muß. Wenn dazu der politische Wille oder die finanziellen Mittel fehlen, dann sollte man sich nicht auf internationale Schwierigkeiten ausreden. Der Vorgang kann doch wohl nur der sein: Man stelle die Notwendigkeit bestimmter Verteidigungsmittel zweifelsfrei fest, treffe klare politische Entscheidungen — unter Berücksichtigung eingegangener internationaler Verpflichtungen, ohne sich unnötige selbsterfundene Hürden aufzurichten —, sichere die unbedingt notwendigen finanziellen Mittel und schaffe dann an, was für eine wirkungsvolle Landesverteidigung unerlässlich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) Vor allem unterlasse man langatmige theoretische Herumredereien, die nur zu internationalen Mißverständnissen führen können.

Herr Bundesminister, Sie haben nach den Wahlen in Nicaragua zu der Art deren Durchführung applaudiert und sie als weiteren Schritt hin zu einer Demokratie bezeichnet. Dem kann ich aus eigener Anschaugung der Situation an Ort und Stelle nicht zustimmen. Sie haben zum Beispiel nichts zu den dortigen Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten gesagt. Solch einseitige Sicht der Dinge und solche einseitigen Aussagen sind für Diktatursysteme — wie uns viele Erfahrungen seit den 30er Jahren lehren — immer eine Ermunterung, mit den repressiven Maßnahmen fortzufahren; so geschieht es auch gerade jetzt und das viel schneller, als manche nach diesen Wahlen angenommen haben.

Alle Nachrichten der letzten Tage zeigen deutlich, wohin der Marsch der Commandantes nun tatsächlich geht — jedenfalls nicht in Richtung Demokratie. Allen, die den Commandantes so freudig zuzubeln, fällt eine ganz schwere Mitverantwortung zu. „Wehret den Anfängen“, müßte das Leitmotiv sein, nicht zu vorzeitiger Applaus! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Gespräche zwischen Ost und West sind gerade in den letzten Wochen wieder in Gang gekommen; nicht unerwartet, denn nach der Wiederwahl von Präsident Reagan ist genau das eingetreten, was ja leicht zu prophezeien war, nämlich daß die Sowjetunion wieder gesprächsbereit ist. Man kann endlos darüber diskutieren, warum die Sowjetunion das nicht schon früher gemacht hat, mußte es doch klar

sein, daß, wer vom Verhandlungstisch einmal vorzeitig aufsteht, immer wieder eine Ausrede finden muß, um dann später doch wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren zu können.

Es hat den Anschein, als würden diesmal nicht nur Detailprobleme der Rüstungsfragen zwischen den Großmächten zur Diskussion stehen, sondern die gesamte Problematik der Beziehungen zwischen Ost und West und natürlich der Abrüstung. Es hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß isoliert geführte Abrüstungsgespräche über das eine oder andere bestehende Waffensystem einfach nicht erfolgreich sein können. Abrüstung kann selbstverständlich nicht mit technischen Maßnahmen allein beginnen.

Zuerst muß eine politische Entscheidung getroffen werden, damit die technischen Abrüstungsschritte mit allen ihren strategischen Risiken eine Chance haben, verwirklicht zu werden. Schrittweise muß das vollkommen zerstörte Vertrauen aufgebaut werden. Abrüstung und vor allem auch die Verhinderung von weiterer Aufrüstung ist nur möglich, wenn eine gegenseitige Überschaubarkeit des jeweiligen Rüstungspotentiales vorhanden ist. Auf Dauer ist dies wieder nur denkbar, wenn es eine volle Freizügigkeit in den Beziehungen zwischen den Staaten gibt. In Europa wäre dafür schon viel erreicht, würde man die Schlußakte von Helsinki voll verwirklichen; daß Ansätze zu einer Art Entspannung in Europa vorhanden sind, haben die letzten zwei Jahre gezeigt. Trotz erhöhten Spannungen zwischen den Großmächten hat es an der Nahtstelle der Paktsysteme keine krisenhaften Erscheinungen gegeben.

Auch das sind Überlegungen, die alle Bemühungen im Rahmen der Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa sinnvoll erscheinen lassen. Die Arbeit der österreichischen Delegation war auf diesem Gebiet bisher sehr erfolgreich, und es ist nur zu wünschen, daß sie in den nächsten Monaten ihre Arbeit mit praktischen Erfolgen krönen kann.

Ich glaube, man sollte auch den Vorschlag von Parteiobmann Dr. Mock überlegen, in Europa eine Zone der Transparenz, eine Zone mit völliger Offenheit diesseits und jenseits der Demarkationslinie zu schaffen. Man sollte das in Bemühungen, die über die KVAE hinausgehen, einbinden, aufgreifen. Dies würde die Staaten zwar noch nicht zur Reduzierung ihres Militärpotentials in einer solchen Zone verhalten, aber sie müßten riskieren, daß die-

Dr. Steiner

ses Potential allgemein sichtbar gemacht wird. Dies macht meiner Meinung nach eine realistische Einschätzung der jeweiligen Situation auf beiden Seiten möglich und verhindert so verhängnisvolle Fehlspeditionen. Dies könnte ein wichtiger Schritt zu einer Vertrauensbildung auf längere Sicht sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In letzter Zeit ist wieder die Idee atomwaffenfreier Zonen in Europa aufgetaucht. Ich glaube nicht, daß mit der Bildung von solchen oder einer solchen Zone mehr Sicherheit geschaffen wird. Ich fürchte, es wird nur eine Illusion von Sicherheit geschaffen, denn im Falle des Wahnsinns eines Atomschlages geht es darum, vermeintliche strategische Ziele auszuschalten, und diese Ziele sind mit den heutigen technischen Mitteln von jedem Punkt der Erde aus zu erreichen, ob sie nun in einer atomwaffenfreien Zone liegen oder nicht. Der allgemeine überprüfbare Abbau der Atombewaffnung ist das Allerwichtigste, was es zu tun gibt.

Ein weiteres Problem, dem die österreichische Außenpolitik meiner Meinung nach erhöhte Aufmerksamkeit schenken sollte, ist der sehr rasch fortschreitende Prestigeverlust internationaler Organisationen und deren damit verbundene rasch zunehmende Wirkungslosigkeit. Natürlich, die finanzielle Lage vieler Länder bestätigt solche Entwicklungen. Gerade einem neutralen Land kommt im Bemühen um eine Verbesserung dieses Zustands, so glaube ich, eine wichtige Rolle zu. Auch internationale Organisationen erleben natürlich bessere Zeiten, wenn die gesamte Weltlage entspannter ist, aber gerade in schwierigen Zeiten würden sie besonders gebraucht werden. Gut funktionierende, sachbezogene Spezialorganisationen können auch in Krisenzeiten Wertvolles leisten.

Die Straffung der Arbeit der internationalen Organisationen muß unser Ziel sein, Qualität muß vor Quantität der Arbeiten gehen, wollen wir eine Selbstzerstörung der Organisationen verhindern. Es kommt nicht darauf an, daß etwa bei den Vereinten Nationen noch und noch Resolutionen behandelt und beschlossen werden. Wichtig wäre es, daß solche Resolutionen nicht so verwaschen abgefaßt sind, daß sie überhaupt keine praktische Wirkung mehr haben können. Es ist zum Beispiel ohne Zweifel heute ein großer Fortschritt, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Konvention gegen die Folter beschlossen hat. Bedauerlich ist aber, daß einige Staaten, und vor allem diejenigen,

die es in erster Linie angeht, Vorbehalte anmeldet haben. Es ist nicht nur wichtig, daß auf dem Gebiete der Menschenrechte möglichst viele Konventionen abgeschlossen werden, sondern daß sie voll eingehalten werden. Ich glaube, das Betreiben der Einhaltung solcher Konventionen muß besonderes Ziel auch unserer Außenpolitik sein.

Ein Beispiel von besonders schlechter Führung einer internationalen Organisation ist leider die UNESCO. Darüber wird ja heute noch zu reden sein; bezeichnend ist, daß der Generaldirektor der UNESCO, der für die Führung voll verantwortlich ist, nach dem Austritt eines wesentlichen Zahlerlandes, nämlich den USA, meinte, es gäbe jetzt nur zwei Möglichkeiten: entweder die Programme der UNESCO müßten eingeschränkt werden, oder die Staaten müßten eben mehr zahlen. Er hat die dritte Möglichkeit vergessen, nämlich die seines eigenen Rücktrittes nach so vielen Jahren der Mißwirtschaft. Ein solches Beispiel würde sich wahrscheinlich befruchtend auf die Arbeitsweise vieler anderer internationaler Organisationen auswirken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben bei Ihrem Amtsantritt die Europapolitik und die Nachbarschaftspolitik als Schwerpunkte genannt. Dies entspricht auch einer langjährigen Forderung der ÖVP. Wir alle sind uns einig, daß wir die guten freundschaftlichen Beziehungen, die wir mit den meisten unserer Nachbarn haben, weiterentwickeln wollen. Nach wie vor bleibt natürlich die ČSSR ein Problemfall. Das Hohe Haus hat eine gemeinsame Entschließung zu dem Mord an der Grenze durch ČSSR-Grenzorgane gefaßt. Österreich hat trotz des empörenden Geschehens besonnen reagiert, das heißt aber nicht, daß es damit sein Bewenden hat. Es besteht, glaube ich, doch Einigkeit darüber, daß wir unbedingt von der Regierung in Prag Aufklärung und Sühne dieses Vorfalles mit allem Nachdruck verlangen müssen und auch Vorkehrungen, daß solche Verbrechen in Zukunft verhindert werden. Herr Bundesminister, Sie werden ja sicherlich Gelegenheit nehmen, uns über den Fortgang der Angelegenheit etwas zu sagen.

Bei Fortbestand der Teilung Europas in zwei Staatengruppen mit verschiedener Gesellschaftsordnung ist es für einen immerwährend neutralen Staat in der Mitte Europas mit einem demokratisch pluralistischen Gesellschaftssystem unerlässlich, alles zu unternehmen, damit nicht noch eine weitere Teilung dieses Kontinents stattfindet. Es ist

6242

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Steiner

dies eines der wichtigsten Probleme, dem wir gegenüberstehen.

Wie alle internationalen Organisationen und Institutionen haben auch die europäischen Institutionen, die europäische Gemeinschaft und der Europarat in den letzten Jahren zunehmende innere Krisenerscheinungen erkennen lassen. Wesentlich ist auch, daß es bisher nicht möglich war, eine Form zu finden, die eine harmonische Zusammenarbeit der beiden europäischen Institutionen möglich gemacht hätte.

Die bevorstehende Süderweiterung der europäischen Gemeinschaft läßt die Zahl der Staaten, die außerhalb der Gemeinschaft bleiben werden, die aber an einer breiteren Form der Zusammenarbeit des freien Europa ein vitales Interesse haben, weiterhin schrumpfen. Es wäre verhängnisvoll, würde diese Entwicklung zu einer neuerlichen Spaltung Europas, nämlich des Teiles der demokratisch pluralistischen Staatengruppe und sozusagen der Isolierung der Nicht-Mitgliedstaaten der EG im westlichen Europa führen.

Gerade das immerwährend neutrale Österreich kann in all diesen Fragen eine Reihe wertvollen Initiativen ergreifen und die praktische Durchführung von Ideen in Angriff nehmen. Auf diesem Gebiete der praktischen Zusammenarbeit etwa auch zwischen West und Ost, über die bilateralen Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung hinaus, ist die österreichische Aktivität in Institutionen wie der Europäischen Sicherheitskonferenz und der Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa oder die Arbeit in der ECE oder etwa in der Donaukommission zu sehen. In der Zusammenarbeit des freien Europa ist in erster Linie Österreichs Interesse an der tatkräftigen Mitarbeit im Europarat zu nennen und das Interesse an der Zusammenarbeit der Institutionen EG und Europarat.

All diese Fragen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Österreich und der europäischen Gemeinschaft sind für unsere weitere wirtschaftliche und technologisch-wissenschaftliche Entwicklung sicherlich ausschlaggebend. Ich glaube, Österreich ist prädestiniert, hat aber auch alles Interesse daran, das Verständnis für die Arbeit des Europarates und seine weitere Entwicklung bei allen Mitgliedstaaten des Europarates zu wecken, und ich hoffe, dies gelingt uns auch in diesem Hohen Haus. Dies kann nicht nur durch gelegentliche Erklärungen geschehen, sondern es

ist dazu auf lange Sicht geplante Aktivität auch in den Hauptstädten des Europarates notwendig. Nur so können die politischen und materiellen Entscheidungen getroffen werden, die eine bessere Wirksamkeit des Europarates als Dach für die europäischen Institutionen gewährleisten.

Eine wichtige Aufgabe hat der Europarat einem Gremium von erfahrenen Europäern gestellt, dem auch unser Parteiobmann Dr. Alois Mock als Präsident der EDU und IDU angehört. Im Sinne der Beschlüsse der Parlamentarischen Versammlung sollte die Arbeit dieser Gruppe erfahrener Politiker von allen Staaten voll unterstützt werden und schließlich auch dafür gesorgt werden, daß die erarbeiteten Vorschläge eingehendst geprüft und nach Möglichkeit in die Tat umgesetzt werden.

Sie, Herr Bundesminister, haben zugesagt, die Arbeit dieser Kommission voll zu unterstützen. Dafür möchte ich Ihnen danken.

Sicherlich muß die Verbesserung der Arbeit des Europarates in Angriff genommen werden. Dazu sind Schritte in der Assemblée und im Ministerrat notwendig; dazu sind bereits konkrete Vorschläge vorhanden.

Leider hat das Ministerkomitee so selbstverständlich und einfach klingende Vorschläge, wie etwa, daß ein Staat, der keine Delegation in die Parlamentarische Versammlung entsenden kann, im Ministerkomitee nur mehr beratende und nicht mehr entscheidende Stimme haben soll, oder daß die Delegationen zur Parlamentarischen Versammlung das politische Spektrum der nationalen Parlamente wiederspiegeln sollen, überhaupt nicht in Behandlung gezogen. Es würde zu weit führen, alle Vorschläge, die zur Verbesserung gemacht wurden, heute und hier aufzulisten, ich glaube, wir haben ein anderes Mal Gelegenheit dazu, aber soweit es meine politischen Freunde angeht, werden wir nicht müde werden, alles das, was die Arbeit des Europarates wirksamer gestalten kann, unermüdlich zu betreiben.

Natürlich ist es auch so, daß der Europarat in seinem Haus für Ordnung sorgen muß; dies betrifft nicht nur unsere Sorge um die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei und die dortige Entwicklung zur Demokratie, sondern auch die Zustände etwa in Malta. Dieses Land hat nunmehr über Jahre hinweg keine Delegation in die Parlamentarische Versammlung entsenden können oder wollen und ist bedauerlicherweise auch eine Umschlag-

Dr. Steiner

stelle für internationalen Terrorismus geworden. Die Militärverträge mit Libyen und Nordkorea haben diesen Inselstaat dem Europarat noch mehr entfremdet. Vor allem muß uns die Radikalisierung der politischen Entwicklung, die unter der Regierung Mintoff ausgelöst wurde, bedrücken.

Nun zum Kapitel Südtirol. Seit der Landesfeier am 9. September in Innsbruck ist das Problem Südtirol international wieder ins Gerede gekommen. Die übertriebene Berichterstattung der italienischen Presse und die noch übertriebenere Reaktion des italienischen Außenministers haben ein weites internationales Echo gefunden und wenigstens über einige Tage hinweg Südtirol ins internationale Bewußtsein gerückt. Dies hat der Sache Südtirol sicher nicht geschadet. Zweifellos ist es nützlich, wenn Südtirol als ungelöstes Problem der italienischen Öffentlichkeit in Erinnerung gerufen wird, und noch wichtiger ist, daß die Verwirklichung der noch offenen Punkte des Autonomiepaktes endlich Fortschritte macht.

Herr Bundesminister! Sie haben in einem Interview in der südtiroler Zeitung „Dolomiten“ gesagt, daß für die Streitbeilegungserklärung gemäß dem Operationskalender Voraussetzung sei — ich zitiere —: „die Lösung, wenn schon nicht aller offenen Punkte, so doch der großen substantiellen Punkte, die noch offen sind“, durchzusetzen. Ich weiß nicht, ob ihre Worte genau wiedergegeben wurden, doch dazu eine Feststellung: Die „Streitbeilegungserklärung“ setzt die Erfüllung aller Paketpunkte voraus, und hier sind ja noch neben dem Sprachgebrauch bei Gericht und Polizei sehr wichtige und schwierige Punkte offen. Ich erinnere nur an das Problem der Orts- und Flurnamen, der Telekommunikation und so weiter.

Die Südtiroler haben bei der Landesversammlung der SVP wieder an Österreich den Appell gerichtet, gemeinsam mit ihnen alle notwendigen Schritte zu tun, damit die Autonomie-Paketerfüllung endlich abgeschlossen werden kann.

Sie haben, Herr Bundesminister, in diesem Interview in den „Dolomiten“ sehr nette Worte für Ministerpräsident Craxi und seine Bemühungen im Zusammenhang mit Südtirol gefunden. Wir wollen niemandem den guten Willen absprechen; es ist immer wieder erfreulich, wenn jemand seine guten Absichten kundmacht. Leider haben wir schon viele italienische Ministerpräsidenten erlebt, die Ähnliches sagten und in der Kürze ihrer

Regierungszeit nicht mehr die Zeit gefunden haben, auch in der Tat Lösungen herbeizuführen. Der Beschuß der Sechserkommission über den Gebrauch der Sprache liegt seit Monaten im Ministerratspräsidium. Der Ministerpräsident könnte relativ leicht dafür sorgen, daß auch die Regierung ihrerseits entsprechende Dekrete erläßt; er sollte es nur endlich tun. Mit Hinauszögern werden die Lösungen nur noch schwieriger. Die große Schau des Ministerpräsidenten Craxi in Bozen mit Audienz-Minuten-Intervallen mag eine inneritalienische parteipolitische Notwendigkeit gewesen sein. Nun wäre aber höchste Zeit für Taten und für Lösungen! (Beifall bei der ÖVP.)

Die verantwortungsvolle Zusammenarbeit aller Parteien in diesem Hause ist für das Südtirol-Problem ganz besonders wertvoll und wichtig. Wir sind alle an einer baldigen und vollen Verwirklichung des Autonomie-Paketes und an der vollen Durchführung des Operationskalenders interessiert. Die Südtiroler müssen uns sagen, mit welchen Lösungen sie glauben, ihr Überleben als Volksgruppe sichern zu können, und wir müssen bereit sein, mit ihnen die Verantwortung für solche Lösungen zu übernehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Auf Grund der Novellierung der Bundesministeriengesetze 1973 wird das Bundesministerium für Äußere Angelegenheiten ab 1. Jänner 1985 für die bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe sowie für die Koordination der Entwicklungspolitik zuständig sein. Es wäre also durchaus interessant von Ihnen, Herr Bundesminister, zu hören, welche Vorstellungen Sie für dieses neu übernommene Aufgabengebiet haben.

Schließlich übernimmt ja das Bundesministerium für Äußere Angelegenheiten mit dieser neuen Kompetenz eine recht schwierige Aufgabe: Entgegen den Beteuerungen im Regierungsprogramm der SPÖ haben die für Entwicklungshilfe zur Verfügung stehenden Mittel in den letzten Jahren — vor allem im bilateralen Bereich — keine nennenswerten Erhöhungen erfahren. Auch der lautstark propagierte Marshallplan für Entwicklungshilfe hat sich als ein Luftballon der Illusionen erwiesen. Illusionen wurden bei jenen geweckt, die Hilfe dringend brauchen würden, und Kopfschütteln bei jenen, die jetzt schon große Summen für die Entwicklungshilfe aufwenden. Die österreichische Entwicklungshilfe hat seit Jahren kein wirkliches Konzept und keine langfristige finanzielle Planung. Es wird sich also zeigen, ob die Kompetenzverän-

6244

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Steiner

derung daran etwas ändert; vor allem bringt die Kompetenzänderung keine zusätzlichen Mittel, und darum ginge es wohl ganz besonders.

Das Resultat dieser Misere der Entwicklungspolitik ist es nun, daß Volumen und Qualität der österreichischen Entwicklungshilfe in den internationalen Gremien, vor allem etwa in der OECD, aber auch in der UNO stark kritisiert werden; Österreich liegt weit hinter den Leistungen vergleichbarer Staaten zurück.

Dazu ist noch zu sagen, daß es Österreich leider nicht gelungen ist, im Ausland die Leistungen unseres Landes als Erst-Asyl-Land entsprechend darzustellen und darzutun, daß wir auf diesem Gebiet beachtliche Leistungen erbringen. Etwas, was man sicherlich bei den geringen Summen für die österreichische Entwicklungshilfe nicht übersehen kann.

Wir bedauern diese ganze Entwicklung auch deswegen, weil dies auf die Dauer nachteilige Folgen im außenpolitischen, aber auch in wirtschaftlichen und handelspolitischen Bereich haben wird. Sicherlich ist es auch notwendig, bei der Bevölkerung selbst mehr Verständnis für die Entwicklungshilfe zu wecken. Ich bin überzeugt, die österreichische Bevölkerung — und das zeigt sich in sehr vielen Fällen — ist immer wieder hilfsbereit, wenn sie deutlich sieht, daß mit ihren Opfern sinnvoll anderen geholfen werden kann. Sicherlich wird man bei unserer Bevölkerung am meisten dann auf Verständnis stoßen, wenn die Hilfe sichtbar eine Hilfe zur Selbsthilfe für die Ärmsten der Armen ist. Die Neuverteilung der Kompetenz soll meiner Meinung nach eine Gelegenheit sein, die bisherige österreichische Entwicklungshilfepolitik neu zu überdenken und zu überlegen, was besser gemacht werden kann. Sachliche Überlegungen sollen dabei Vorrang vor ideologischen Wunschvorstellungen haben.

Im bilateralen Bereich wurden im Laufe der letzten zehn Jahre seit der Verabschiebung des Entwicklungshilfegesetzes 1974 von der Regierung immer wieder sogenannte Schwerpunktprogramme der österreichischen Entwicklungshilfe vorgelegt, aber selten wurden sie dann konsequent verfolgt. Entwicklungshilfe-Projekte wurden untermixt — oft nach der politischen Ausrichtung eines gerade eingeflogenen ausländischen Besuchers oder überhaupt, weil gerade ein entsprechender Besuch da war — vergeben, sodaß wir heute eine Vielzahl und Vielfalt von Projekten in verschiedenen Ländern haben,

die nur mangelhaft betreut werden können. Der Großteil der Projekte wird ganz einfach von Jahr zu Jahr verlängert, weil sie mangels entsprechender Mittel nicht abgeschlossen werden können.

Diesen Zustand müssen wir schon allein deshalb beheben, weil diese Art von Entwicklungshilfe nach dem Gießkannenprinzip weder für das betreffende Entwicklungsland noch für Österreich etwas bringt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine Konzentration auf wenige Projekte in einigen ausgewählten Ländern wird ratsam sein, die für die Bevölkerung des betreffenden Landes von direktem Nutzen sind und die die österreichische Entwicklungshilfe im Empfängerland und bei uns mehr sichtbar machen würden. Dabei könnte sich eine Grundlage für eine echte bilaterale Zusammenarbeit auf Dauer zur Entwicklung eines Landes ergeben.

Ein weiterer Gegensatz zwischen erklärten Zielen und getroffenen Entscheidungen betrifft die Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder:

Statt die ohnehin spärlichen Mittel auf die ärmsten Entwicklungsländer zu konzentrieren, werden Länder wie Kuba, das genügend Geld hat, um seine Truppen in Afrika zu stationieren — offensichtlich aus ideologischen Erwägungen —, immer wieder bevorzugt behandelt, obwohl ein solches Land nach UN-Statistiken keinesfalls zu den ärmsten zählt.

Dies hat mit dazu beigetragen, daß sich Österreich nun im Rahmen der OECD sagen lassen muß, daß es auf diesem überwiegend humanitären Bereich der Entwicklungshilfe versagt hat.

Aus Gründen der verfehlten Budgetpolitik der letzten Jahre war es offensichtlich auch nicht möglich, jährlich eine vernünftige und tragbare Erhöhung der für die Entwicklungshilfe erforderlichen Budgetmittel vorzusehen. Lediglich im multilateralen Bereich konnte in den letzten Jahren eine zwar bescheidene, aber kontinuierliche Erhöhung der Mittel erzielt werden.

Was nun die Art der Aufbringung der Mittel betrifft, sind wir der Meinung, daß die zweifellos zusätzlich erforderlichen Mittel über das Budget allenfalls durch Umschichtung aufgebracht werden sollen. Die vor Monaten noch zur Diskussion gestandene Errichtung des Entwicklungshilfefonds scheint uns nicht der richtige Weg zu sein. Abgesehen davon, daß

Dr. Steiner

es sich dabei um eine Flucht aus dem Budget handeln würde, würde die Aufnahme von Mitteln am Kapitalmarkt sicher teurer kommen als eine schrittweise kontinuierliche Erhöhung des Entwicklungsbudgets. Ferner würde damit ein zusätzlicher Apparat geschaffen, den wir aus grundsätzlichen Erwägungen und aus Gründen der gebotenen Sparsamkeit ablehnen.

Daß der Apparat ohnehin teuer genug ist, zeigt eine Analyse des bilateralen Entwicklungshilfe-Budgets:

Rund ein Drittel der Mittel muß für die Entwicklungshelfer und vor allem für die Tätigkeit der verschiedenen Entwicklungshilfsorganisationen aufgewendet werden. Mehr Mittel für die Entwicklungshilfe kann nicht bedeuten, daß man Apparate ausdehnen soll.

Ich glaube, wir alle schulden jenen Menschen, die sich an Ort und Stelle mit Projekten der Entwicklungshilfe abmühen und unter schwierigen Bedingungen idealistisch ihren Dienst tun, unseren vollen Dank. Ihnen muß der größte Teil der Mittel für ihre praktische Arbeit zukommen. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Es muß auch einmal darauf hingewiesen werden, daß Publikationen der österreichischen Entwicklungshilfe-Organisationen, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, oft den Eindruck erwecken, als wäre es ihre Hauptaufgabe, bestimmte Ideologien zu vertreten und politischen Einfluß auszuüben. Dies steht meiner Meinung nach im krassen Widerspruch zu Verhaltensweisen, wie sie bei bewährten internationalen Hilfsorganisationen, wie etwa beim Roten Kreuz oder bei der Schweizer Katastrophenhilfe, gehandhabt werden, deren Mitarbeiter sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten haben und daher universell einsetzbar sind.

Natürlich ist sich auch die Österreichische Volkspartei bewußt, daß es in Anbetracht der gespannten Budgetsituation und der Wirtschaftslage nicht möglich ist, plötzlich zusätzliche Milliarden für die Entwicklungshilfe vorzusehen; zumal Österreich, wie schon gesagt, als ein Erst-Asyl-Land auch andere gewichtige Aufgaben im humanitären Bereich erfüllt. Es müßte Ziel der zukünftigen Entwicklungshilfepolitik des Ministeriums sein, zu versuchen, schrittweise und kontinuierlich eine Erhöhung der Entwicklungshilfemittel in der Relation zum Gesamtbudget vorzunehmen und damit mögliche Aufgaben mit dem bereits zur Verfügung stehenden Apparat zu bewältigen.

Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt, geht aus folgenden Überlegungen hervor:

Österreich sollte bis Ende 1990 0,7 Prozent des Bruttonationalproduktes aufwenden. Es wendet gegenwärtig durch die OECD anerkannt 0,213 Prozent auf; die Schweiz wendet 0,33 Prozent auf. Wollten wir mit der Schweiz gleichziehen, so müßte Österreich jährlich eine Milliarde Schilling mehr für Entwicklungshilfe ausgeben als bisher. Um die Zielmarke für 1990 zu erreichen, müßte man jährlich die Entwicklungshilfe von 2,8 Milliarden auf 14 Milliarden erhöhen. Das ist natürlich eine gigantische, kaum je erreichbare oder denkbare Summe.

Jedenfalls sollte Österreich alle nur möglichen Anstrengungen unternehmen, um von der Position des Schlüpflichtes in der Reihe der Industrieländer, bezogen auf Entwicklungshilfe, wegzukommen. Herr Bundesminister! Ich glaube, daß Sie auf diesem Gebiet eine sehr bedeutende Aufgabe vor sich haben. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Nun zum Schluß noch ein Wort zu den Menschenrechten: Es liegt ein gemeinsamer Entschließungsantrag zur Situation in Chile vor. Wir stimmen diesem Antrag voll zu, bedauern nur, daß man bei der Mehrheitsfraktion kein Verständnis gefunden hat auch die Verletzungen der Menschenrechte etwa in Nicaragua anzuprangern.

Unabhängig vom ideologischen Hintergrund eines Regimes verurteilen wir jede Art von Menschenrechtsverletzungen auf das tiefste. (*Beifall bei der ÖVP*) 19.08

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Marsch.

19.08

Abgeordneter Marsch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Gewiß ist es für ein kleines neutrales Land in einer so kritischen Situation der Weltpolitik wie in der derzeitigen nicht leicht. Aber Österreich hat auch in einer schwierigen Zeit wie im nun ablaufenden Jahr den prinzipiellen Belastungen standgehalten.

Unsere Neutralität wird durchaus anerkannt, und wir haben viel Gelegenheit gehabt, unsere Positionen bei Staatsbesuchen zu erläutern. Die intensive Nachbarschaftspolitik hat Früchte getragen.

Ein oft völlig informelles Zusammenkom-

430

6246

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Marsch

men hat unter Beweis gestellt, daß heute manche Begegnung viel leichter ist, als es früher war.

Im nächsten Jahr, im Jahr 1985, begehen wir eine Reihe von Jubiläen. Es werden vier Jahrzehnte her sein, daß Österreich nach diesem grausamen Krieg wiederbesteht, es werden drei Jahrzehnte her sein, daß wir den Staatsvertrag haben, daß wir aus eigenem und freiwillig die immerwährende Neutralität beschlossen haben und den Vereinten Nationen angehören.

Das sind Anlässe, um zu betonen, wie gefestigt dieses Österreich dasteht — ich verweise auf das moralische Gewicht eines Landes pluralistischer Gesellschaftsordnung —, ein Land, in dem die Menschenrechte voll eingehalten werden und in dem es den sozialen Frieden gibt.

Es gebührt aber auch, gerade in dieser Budgetdebatte daran zu erinnern, daß der österreichische Nationalrat vor 25 Jahren das Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten beschlossen hat. Das war am 22. Juli 1959. Das Gesetz trat wenige Tage danach in Kraft, und der erste echte Außenminister in dieser Zeit war Bruno Kreisky, der nach der Nationalratswahl 1959 dazu bestellt wurde. In der Zeit vorher gab es zwar einen Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, er verfügte aber nicht über ein eigenes Ministerium, sondern nur über eine Sektion im Bundeskanzleramt.

Dennoch war die Bedeutung der Ministerpersönlichkeiten in der Zeit von 1945 bis 1959 keineswegs gering. Es waren ja nur zwei Persönlichkeiten: Karl Gruber und Leopold Figl. In ihre Zeit fiel aber der Abschluß des Staatsvertrages — Kreisky war damals als Staatssekretär wesentlich beteiligt —, die Entscheidung für die immerwährende Neutralität, der Beitritt zu den Vereinten Nationen und das erste Südtirolabkommen, um nur einige Meilensteine dieser Politik zu erwähnen.

In der Zeit echter Ministerschaft wurde dann die aktive österreichische Neutralitätspolitik geprägt und auch eine Nachbarschaftspolitik ebenso wie eine Europapolitik entwickelt, die uns allen in Österreich so viel gebracht hat. Auch das soll heute hier einmal festgestellt werden.

Gerade in einer Zeit so harter Konfrontationen ist die Fortsetzung einer geradlinigen österreichischen Außenpolitik so wichtig

oder, wie unser Außenminister Leopold Gratz in einem Interview mit der „Arbeiter-Zeitung“ gesagt hat, fast vorhersehbar. Und die bedeutenden Staatsbesuche unseres Bundeskanzlers und Außenministers und seines Vorgängers, die in diesem Jahr überall Anerkennung und Respekt vermittelt haben, sind ein Beweis dafür, daß wir hier gute Arbeit geleistet haben.

Es wurde ein umfangreiches Reiseprogramm bewältigt, aber auch eine Reihe von Staatsmännern und Regierungschefs empfangen. In diesem Jahr war der italienische Regierungschef Craxi da mit seinem Außenminister Andreotti — nach über hundert Jahren ein italienischer Regierungschef in Wien —, und die Errichtung eines eigenen Verwaltungsgerichtshofes ist ein beachtliches Ergebnis dieses Besuches, wenn auch erst dann wirksam, wenn dort das Sprachenproblem gelöst wird. Aber das Klima ist günstig, und wir sind ein großes Stück nach vorne gekommen. Es bedarf gewiß noch einer letzten Anstrengung, und dann kann das Südtirolpaket bald zu Ende gebracht werden.

Wir haben auch die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien unterstrichen. Die jugoslawische Seite hat die Unterstützung Österreichs hervorgehoben — ich habe selbst die Ehre gehabt, mit dem Herrn Bundeskanzler an diesem Besuch in Belgrad und Zagreb teilzunehmen —, und in der Frage der Umschuldung und Finanzhilfe, bei der Österreich gegenüber den internationalen Organisationen diese Hilfestellung für Jugoslawien unterstrichen hat, war von besonderem Wert für dieses Land in einer Zeit, in der es darum ging, die Wirtschaft, aber vor allem ihr Finanzsystem umzustellen.

Mit Ungarn ist durch den Besuch unseres Herrn Präsidenten mit dem ungarischen Staatsoberhaupt eine Besuchsdiplomatie fortgesetzt worden, die wohl beispielgebend zwischen zwei Staaten so unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Ordnungen ist. Das sind mehr als normale Beziehungen, wenn man weiß — es war erst vor einigen Wochen —, daß man sich am Vormittag auf der ungarischen Seite und am Nachmittag auf der österreichischen Seite getroffen hat und wie einfach und wie problemlos das alles gegangen ist.

Nur mit der ČSSR: Der schwere Grenzzwischenfall — er wurde von meinem Vorredner erwähnt —, der sich auf österreichischer Seite, auf österreichischem Gebiet abspielte — wir haben darüber im Hohen Haus gespro-

Marsch

chen —, ist natürlich eine bedauerliche Diskrepanz zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder. Man hätte doch erwarten können, daß man diesen Vorfall zumindest bedauert und versucht, zu erklären und vielleicht eine Sühne als Konsequenz zu setzen.

Aber das war der einzige Schatten, und je mehr wir uns davon entfernen, desto richtiger erscheint uns unsere Haltung dazu. Unser Herr Außenminister Gratz hat von einer Nachbarschaftspolitik der konzentrischen Kreise in der Zeitschrift „Die Welt“ gesprochen und damit gemeint, daß wir gegenüber und mit unseren Nachbarn eine Politik des Friedens betreiben und daß wir auch im größeren Bereich Europa — und das gelte für beide Seiten des Kontinents — nicht nur formal korrekte Beziehungen zu unterhalten haben, sondern dafür zu sorgen haben, daß sich diese Beziehungen im Geiste der Schlußakte von Helsinki entwickeln, sei es beim freien Austausch von Informationen, von Personen, von Gütern oder von Waren.

Diese Grundeinstellung Österreichs ist ja auch zu einem Begriff der politischen Praxis in Mitteleuropa und darüber hinaus geworden, und ich glaube, daß wir darauf mit Stolz hinweisen können.

Europa ist ja nicht so groß, daß man nicht auch dann von guter Nachbarschaft sprechen kann, wenn es keine gemeinsamen Grenzen gibt, etwa unser Verhältnis zu Polen — Polens Schicksal beobachten wir mit Interesse und echter Besorgnis —, unser Verhältnis zu den südosteuropäischen Staaten, die ihre eigene Identität gefunden haben, aber auch zur DDR. Und es war der deutsche Bundeskanzler Kohl, der vor der fatalen Sprachdeformation warnte — so sagte er —, nämlich Europa sei mit der Europäischen Gemeinschaft gleichzusetzen, und er fügte hinzu, die Europäische Gemeinschaft sei ein Teil Europas. Und ich füge hinzu, daß wir immer wieder unsere Stimme erheben müssen, daß man Europa nicht kleiner machen darf. Ich glaube, das ist so wichtig, daß man bei all diesen Problemen, die die Gemeinschaften, die Europäische Gemeinschaft, der Europarat und darüber hinaus haben und haben müssen und haben sollen, das ganze Europa, das geografische Europa nicht vergibt.

Bei aller Problematik, vor der die Europäische Gemeinschaft heute steht, ist diese Einstellung doch sehr wichtig. Natürlich, die Europäische Gemeinschaft befindet sich schon seit Jahren in einer tiefen strukturellen

Anpassungskrise, wie es auch hier der Präsident Gaston Thoorn im September dieses Jahres sagte. Auch auf die Arbeitsmarktsituation wies Präsident Thoorn hin. Sie ist ja im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie die österreichische; obendrein sind 40 Prozent davon junge Menschen unter 25 Jahren, also bei weitem kein Vorbild für uns.

Aber immerhin, die Gemeinschaft ist für uns ein sehr wichtiger Partner. Sie bildet gemeinsam mit der EFTA, der wir angehören, einen Freihandelsraum für rund 400 Millionen Europäer. Es ist für uns sehr wichtig, daß man in der Europäischen Gemeinschaft zu einer gemeinsamen industriellen Strategie findet und daß man dort auch die Landwirtschaftsfragen weiterbringt. Das Dubliner Treffen, das Gipfeltreffen der Staatschefs der Europäischen Gemeinschaft, hat — wie es in der ausländischen Presse dargestellt wurde — mehr geleistet, als man erwartet haben möchte. — So schrieb zum Beispiel die „Zürcher Zeitung“. Man hat zwar endlich die Restfinanzierung des EG-Haushaltes 1984 ermöglicht, man die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal deblockiert, womit man nur zögernd gerechnet hat, aber man hat nicht über die weitere Zukunft der Gemeinschaft mit der erhofften Gründlichkeit nachdenken können, und da gibt es zu wenig Kooperation.

Das alles ist für uns schon wichtig, weil wir eben als neutraler Staat auf pragmatischem Wege an dieser Integration teilnehmen. Wir leben in diesem Raum, und hier haben wir unsere Politik auszurichten. Unsere Nachbarschaftspolitik ist ein Beitrag zur Entspannung in Europa. Wir engagieren uns daher auch bewußt bei den Verhandlungen der KVAE in Stockholm, der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa, weil wir der Rüstungskontrolle neue Impulse geben wollen. Aber Stockholm ist kein Ersatz für Genf, weil Vereinbarungen der beiden Supermächte, die über Raketen verfügen, nicht durch die Konferenz der 35 Staaten in Stockholm ersetzt werden können.

In den vergangenen Jahren ist nämlich das Gegenteil von Vertrauensbildung erfolgt. Daher ist die für Jänner festgesetzte Zusammenkunft der beiden Außenminister Shultz und Gromyko jedenfalls ein Signal, und es ist zu hoffen, daß es der Beginn eines echten Dialogs ist. Und das bewegt ja heute die ganze Welt, noch dazu, weil man sich auch zur Geheimhaltung der Gespräche verpflichtet hat. Man redet nicht mehr beim Fenster hinaus.

6248

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Marsch

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein Zitat vorbringen, das vor einigen Tagen in einer schwedischen Zeitschrift erschienen ist. Es stammt vom ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten Eisenhower, der in bezug auf den Rüstungsstopp, eine der elementarsten und dringendsten Fragen unserer Zeit, gesagt hat: „Jedes Gewehr, das erzeugt wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen, und jede Rakete, die abgefeuert wird, bedeutet einen Diebstahl! Einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen haben, an denen, die frieren und keine Kleidung haben.“ Ich glaube, dieses Zitat ist auch heute noch zutreffend.

Von westlicher Seite wird oft auf die unklare Führung in der Sowjetunion hingewiesen, wer denn dort wirklich kompetent sei. Aber auf der anderen Seite gibt es die Schwierigkeiten in der Führungsschicht im Weißen Haus und im Pentagon. Auch das muß man sehen! Das Treffen der Außenminister kann uns aber mit einem gewissen Optimismus erfüllen. Dieses etwas entspannte Klima zwischen Ost und West allein schon nach der Ankündigung dieses Außenministertreffens hat sich auch positiv auf die europäische Abrüstungskonferenz in Stockholm ausgewirkt.

Man war sich einig, daß die Verhandlungen aus dem Plenum in die Arbeitsgruppe verlagert werden. Dieser finnisch-schwedische Kompromißvorschlag ist begrüßenswert, weil die politischen Maßnahmen, die vom Osten her als vorrangig angesehen werden, und die rein militärisch-technischen Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs in Europa gleichwertig und gleich intensiv behandelt werden. Das ist eine andere Verfahrensart. Man redet nicht mehr nur im Plenum darüber hinweg.

Es sind nun knapp zwei Jahre Zeit, sich über einen Katalog von Maßnahmen zu verständigen, weil man bis zur dritten Folgekonferenz von Helsinki, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der KSZE, im November 1986 in Wien fertig sein muß. Dabei geht es um den Gewaltverzicht überhaupt, wie es auch in der UNO-Satzung und bei der Helsinki-Konferenz vereinbart wurde. Dieser Gewaltverzicht bedeutet aber in seiner letzten Konsequenz nicht nur eine Verhinderung des nuklearen Krieges, sondern auch eine Verhinderung des konventionellen Krieges. Das kann ja auch der Beginn einer größeren Gefahr sein. Und wie soll ein solcher Gewaltverzicht ausschauen? — Ich glaube, das wäre die wichtigste, kon-

krete Aufgabe, die man sich auch in Stockholm überlegen muß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch auf ein Ereignis aufmerksam machen, das in der österreichischen Öffentlichkeit viel zuwenig gewürdigt wurde. Ich meine die gemeinsame Erklärung einer Gruppe von über 30 ehemaligen Staatsmännern, Premierministern, Kanzlern und Ministern, auf Veranlassung des Aspen-Institutes im amerikanischen Colorado. Eine „Suche“, eine „Forderung“ nach einer neuen Politik, so nannten diese Staatsmänner das. Eine Forderung nach einer neuen Objektivität in den internationalen Beziehungen haben sie gestellt. Und sie sind weit über die Analyse hinausgekommen, und zwar gewiß in einem schicksalhaften Augenblick, wie es Bruno Kreisky als einer, der an diesem Dokument mitwirkte, meinte.

Gerade vor der Aufnahme neuer Ost-West-Gespräche im Jänner des kommenden Jahres ist das besonders wichtig. Das Dokument wurde vor einigen Tagen, genau am 26. November, in New York, in London und in Bonn vorgestellt und hat auch in unseren Zeitungen — ich habe davon in der „Arbeiter-Zeitung“, in der „Kleinen Zeitung“ und in der „Wiener Zeitung“ gelesen — ein Echo gefunden.

Die deutsche Wochenzeitschrift „Die Zeit“ hebt sieben Persönlichkeiten dabei besonders hervor: James Callaghan, Edward Heath, Bruno Kreisky, Robert McNamara, Helmut Schmidt, Pierre Trudeau und Cyrus Vance. Sie haben darüber nachgedacht, wie die Welt am Ende dieses Jahrtausends aussehen soll und was heute geschehen muß, um dorthin zu gelangen. Sie haben eineinhalb Jahre beraten und gehen von zwei Voraussetzungen aus:

Erstens: Sie glauben nicht, daß der Antagonismus zwischen Ost und West enden wird. Sie betrachten aber die Sowjetunion als ebenbürtige Großmacht — das wird ja nicht von allen Staaten der Welt so gesehen —, bis auf die moralischen Aspekte, nämlich in den Fragen Freiheit und Menschenrechte, in denen es keinerlei Übereinstimmung und keinen Kompromiß gibt.

Sie glauben zweitens, daß man den Rahmen der Verhandlungen erweitern muß, daß es zu nichts führt, nur über den militärischen Bereich zu reden, man müsse über die ganze Breite zwischenstaatlicher Beziehungen verhandeln, über die Wirtschaft, den Handel, die Kultur, die Wissenschaft.

Marsch

Ihr Resümee lautet, daß Verteidigung ohne Entspannung nur dazu führt, die Spannungen zu erhöhen und die Gefahr des Krieges auch. Aber sie fügen auch hinzu, daß Entspannung ohne Entschlossenheit zur Verteidigung in den Untergang führt. Also Stärke plus Entspannung oder, wie es in ihrem Bericht heißt, „sustained engagement“: Das ist ihr Vorschlag.

Es heißt dann abschließend: „Der Westen muß rivalisieren, wo notwendig, aber kooperieren, wo immer es geht. Das Ost-West-Verhältnis soll endlich objektiviert werden.“ Man kann eben in der heutigen Situation der Weltpolitik, sehr geehrte Damen und Herren, nicht auf gewaltsame militärische Auseinandersetzungen setzen; in einer Zeit, in der sich der Sinn des Krieges geändert hat, in der ein Krieg nicht mehr gewinnbar, nicht mehr überlebbar ist, in der es eine ganz andere Ausgangssituation gibt.

Dieses Dokument ist ein Anlaß zum Nachdenken und verdient größte Publizität. Daher wollte ich es gerade am heutigen Tag unserer Budgetdebatte zum Kapitel Äußeres erwähnen.

Ich möchte abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, dem Herrn Außenminister Gratz, seinem Vorgänger Lanc, allen Beamten seines Hauses und den Diplomaten, die in der Welt Österreich vertreten, sehr herzlich für ihre Arbeit danken. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich glaube, in dieser Situation der Weltpolitik, in der unsere Reputation groß ist, können wir besonderes Selbstbewußtsein an den Tag legen und stolz auf unsere eigenen Leistungen sein und auch immer wieder darauf hinweisen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{19.29}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Peter.

^{19.30}

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Außenpolitik zählt neben der Verteidigungspolitik und der Währungspolitik zu den staatspolitischen Gemeinsamkeiten. Von diesem Grundsatz haben wir Freiheitlichen uns auch stets in der Oppositionszeit leiten lassen. In diesem Sinne bedarf es daher keiner besonderen Unterstreichung, daß wir dem in Verhandlung stehenden Budgetkapitel unsere Zustimmung erteilen werden.

Meine Damen und Herren! Wie hält es der

Österreicher mit den Fragen der Außenpolitik? Bewegt ihn die weltpolitische Situation, und welchen Anteil nimmt er daran? Diese Fragen stelle ich deswegen in den Raum, weil heute vielfach behauptet wird, daß außenpolitische Fragen die Menschen in Österreich nicht wirklich bewegen.

So schrieb etwa die „Presse“ am 17. April dieses Jahres anlässlich der Präsentation der Studie „Außenpolitik und Demokratie in Österreich“ folgendes — ich zitiere —: „Sie haben wenig Ahnung von Außenpolitik, sie wissen nicht einmal, was das überhaupt ist, und sie glauben schließlich nicht, daß die Vorgänge in der Welt draußen, von denen man bisweilen doch hört, mit ihrem Land irgend etwas zu tun haben könnten. Dieses traurige Bild der Österreicher zeichnet eine nun publizierte Studie.“ — Ende des Zitates aus der „Presse“.

Diese Behauptung ist meiner Erfahrung nach unrichtig bzw. trifft nur auf die formalen oder technischen Fragen der Außenpolitik zu. Die österreichische Bevölkerung, insbesondere die jungen Menschen, sind keineswegs an internationalen Fragen und an der Außenpolitik uninteressiert, vorausgesetzt, man erwartet von ihnen nicht, daß sie die Aufgaben von Spezialisten übernehmen und man hinterfragt Außenpolitik nicht im Sinne akademischer Fingerübungen.

Mit dieser Meinung stehe ich im Gegensatz zur zitierten Studie durchaus nicht allein. So etwa hat der „Kurier“ unter dem Titel „Österreicher wurden internationaler“ folgende Zusammenfassung der Ergebnisse einer vom Wiener Fessel-Institut durchgeföhrten Umfrage zum Interesse an der Außenpolitik und Weltpolitik veröffentlicht. Ich zitiere den „Kurier“:

„Die Österreicher haben ihr Interesse an der Weltpolitik entdeckt.“ Eine neue Umfrage zeigt, daß internationale Politik nun im Durchschnitt mehr Aufmerksamkeit findet als Bundes-, Landes- oder Gemeindepolitik zu Hause.“ — Ende des Zitats.

Schließlich hat auch eine heuer durchgeführte Umfrage vom Institut für empirische Sozialforschung ergeben, daß zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung die Meinung aussprachen, daß für sie die Außenpolitik persönlich bedeutsam sei. Die Außenpolitik spielt also in der öffentlichen Meinung erfreulicherweise eine doch sehr wesentliche Rolle. Die Menschen erkennen in zunehmendem Maße, was Außenpolitik für ihre persönliche Sicherheit bedeutet.

6250

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Peter

Ein wesentlicher Grund dafür liegt sicherlich in der Angst vor einer möglichen atomaren Auseinandersetzung und damit auch in der Angst davor, wie lange es wohl noch dauern mag, bis das „Gleichgewicht des Schreckens“ zu einem „Gleichgewicht des Wahnsinns“ zu entarten droht.

Die Menschen, vor allem die jungen, erwarten daher heute von beiden Supermächten die Aufnahme echter und zielführender Friedensgespräche. Es versteht sich daher von selbst, daß wir Freiheitlichen gerade der von der Jugend so stark artikulierten Friedenssehnsucht mit großer Anteilnahme und Sympathie gegenüberstehen.

Notwendig ist heute mehr denn je die Bereitschaft zur friedlichen Koexistenz im Geiste gegenseitiger Toleranz, und das wieder setzt die Bereitschaft voraus, das System des anderen zu respektieren und sein Recht auf friedliche Existenz anzuerkennen.

Meine Damen und Herren! Ich bin der festen Überzeugung, daß es Wege gibt, ein stabiles Gleichgewicht der Macht und eine ausgewogene, kontrollierte Abrüstung herbeizuführen. Neben den bisherigen Möglichkeiten wird man nach neuen suchen müssen; vor allem bedarf die internationale Politik neuer Ideen und neuer Impulse.

Die steigenden Gegensätze und Spannungen der beiden Supermächte haben auch in Europa ihre Spuren hinterlassen, obwohl es eine Zeitlang so schien, als könnte durch kleine Schritte der Entspannung die Konfrontation in Richtung einer für beide Seiten nützlichen Koexistenz gemildert werden.

Dieser langjährige und schwierige, aber eigentlich erfolgreiche Prozeß der Entspannung scheint heute gefährdet. Destabilisierende Rüstungsschritte auf beiden Seiten haben dazu erheblich beigetragen, sind aber nicht Ursache der Spannungen, sondern eine ihrer betrüblichen Folgen. Obwohl im westlichen wie im östlichen Teil Europas die jetzige Situation mit ihren gefährlichen Potentialen weitgehend als unbefriedigend empfunden wird, begibt sich der, der die Situation in Europa daraufhin untersucht, wie sie friedlich verändert werden könnte, in den Augen vieler sehr schnell in den Verdacht der Träumerei und des Utopismus.

Es gehört schlechte Absicht dazu, wenn man die Vision eines Europa als Zone des Friedens, die militärische Bündnissysteme

eines Tages vielleicht doch obsolet machen könnte, als Neutralismus verunglimpt.

Meine Damen und Herren! Jugend braucht Hoffnung — und dazu gehört auch die Utopie. Vizekanzler Dr. Steger hat die reale Utopie folgendermaßen skizziert: „Wer die Zukunft Europas mitgestalten will, kann sich nicht mit der Vorstellung zufriedengeben, daß der Status quo für immer aufrecht bleibt. Mehr Eigenständigkeit ist ein in jeder Hinsicht wünschenswertes Ziel für Europa. Je mehr es gelingen wird, Europa auf den Platz einer echten dritten Kraft zwischen den Supermächten zu stellen, desto wirksamer wird auch der Beitrag sein, den wir zur Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens leisten können.“ — Ende des Steger-Zitates.

Es ist daher verständlich, wenn wir Freiheitlichen der Europapolitik in der Regierungserklärung einen besonderen Akzent zu verleihen versuchten. Und wir sind darum dem Koalitionspartner dankbar, daß er dem mit viel Verständnis begegnet ist und daß die Bedeutung der Europapolitik eine sehr akzentuierte programmatiche Verankerung in der Regierungserklärung erfahren hat. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Dies ist vor allem in einer Zeit notwendig, in der die Europaidee vor allem für die Menschen in den Ländern der EG einiges oder sogar vieles von ihrer Faszination eingebüßt hat. Aus der großen und mitreißenden Idee von einst ist die mühevolle Erfahrung des politischen Alltags geworden. Aus der hehren Theorie wurde die beschwerliche Praxis mit ihren ganz normalen Konflikten, nationalen Reibungsverlusten und bürokratischen Schwerfällen.

Der Erwartungshorizont der Menschen hat diesen Wandel nicht mitvollzogen. Viele Schwierigkeiten beruhen auch auf einer Überforderung der europäischen Integration, weil man fälschlicherweise von der Erwartung ausgeht, die europäische Identität allein sei der Schlüssel zu den Problemen unserer Zeit. Damit wird die Diskrepanz zwischen den Ansprüchen und Hoffnungen einerseits und dem Leistungsvermögen der Europäischen Gemeinschaften andererseits zu einem Zentralproblem.

Zu all dem kommen leider die sehr wenig ermutigenden Entwicklungen in der EG selbst. Hatte man beim Gipfeltreffen in Athen noch manchmal den Eindruck — ich verwende eine treffende Beschreibung Gaston Thorns —, als wollten die einen einen Schup-

Peter

pen dort hinstellen, wo die anderen Kathedralen errichten wollten, so hat sich dieser Eindruck in Brüssel dahin gehend verstärkt, daß sich dort die Schuppenbauer durchzusetzen vermochten.

Was sich dann an widersprüchlichen Kompromißlösungen herausbildete und doch noch in letzter Minute an halsstarrigen Rabattforderungen scheiterte, das war — ich bleibe in der Terminologie Gaston Thorns — ein „Europa der Minimalisten“.

Das ernsteste Wort hat der scheidende Präsident der EG-Kommission wohl im Zusammenhang mit Dublin gesagt. Gaston Thorn meinte, daß es Europa nur in Sonntagsreden gäbe und daß die Europäischen Gemeinschaften vom Zerfall bedroht seien.

Eine der wesentlichsten Ursachen für das „Europa der verpaßten Chancen“, wie er es formulierte, sieht der bisherige Präsident der EG-Kommission in der nicht überwundenen nationalistischen und protektionistischen Praxisbezogenheit der Mitgliedsländer und ihrer Abgeordneten im EG-Parlament.

Das neutrale Österreich ist sich des Umstandes bewußt, daß es keine Alternative zu den Europäischen Gemeinschaften als einem der wesentlichsten Instrumente der europäischen Einigung gibt. Daher war die sozialistisch-freie Koalitionsregierung gut beraten, daß sie den Beziehungen und der Weiterentwicklung des Verhältnisses zu der EG in ihrer Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 einen besonderen Stellenwert einräumte.

Meine Damen und Herren! Dasselbe gilt auch für das Südtirolproblem. Zielvorgabe und Verpflichtung lassen auch in diesem Zusammenhang in der Regierungserklärung nichts an Klarheit zu wünschen übrig. Das beweist die Rede des Bundesministers Gratz vor der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen, ebenso wie seine bilateralen Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister der Republik Italien.

Ich gehöre zu jenen, die fest davon überzeugt sind, daß sich Minderheitenfreundlichkeit diesseits und jenseits unserer Staatsgrenzen nicht in verbalen Wohlmeinungen erschöpfen kann und darf. Eine Politik, die auf friedliche Konfliktlösung abzielt und bewaffnete Konflikte, wachsende Spannungen und revolutionäre Unruhen ablehnt, muß danach trachten, das Lebensrecht aller Völker zu achten und die legitimen Rechte von Minderheiten zu sichern und zu schützen.

In diesem Sinne sei daher Italien mit Nachdruck an folgendes erinnert: Je länger es die Sprachengleichstellung vor sich herschiebt, und je länger es diese Autonomieverpflichtung unerfüllt läßt, umso mehr Probleme schafft die italienische Regierung in Südtirol. Je länger der römische Zentralstaat den Südtirolern die Sprachengleichheit vorenthält, umso mehr dynamisiert er die Zentrifugalkräfte in der Südtiroler Volkspartei.

Ich unterstelle der italienischen Regierung nicht, daß dies ihre Absicht ist, halte es aber für notwendig, rechtzeitig von diesem Platze aus darauf aufmerksam zu machen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Hohes Haus! So knapp die Zeit für diesen außenpolitischen Gedankenaustausch auch bemessen sein mag, so darf dabei die Rolle des neutralen Österreichs im Bemühen um Entspannung und Friedenssicherung nicht unerwähnt bleiben. Österreich hat mit Geschick, Bedacht und Umsicht immer eine konsequente Entspannungspolitik betrieben.

Die Leistungen der österreichischen Diplomatie im Dienste der Friedenssicherung stellen ein besonderes Kapitel der Versöhnungs- und Ausgleichspolitik dar, ein Kapitel, auf das die Republik Österreich mit Recht stolz sein darf. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Unzweifelhaft hat sich jedoch der Entspannungsprozeß nicht den Hoffnungen und Erwartungen entsprechend entwickelt. Wo aber stünden wir heute, wenn es die von Österreich maßgeblich beeinflußten KSZE-Nachfolgekonferenzen in Belgrad und Madrid nicht gegeben hätte?!

Ohne diesen Entspannungsprozeß gäbe es, um mit Erwin Lanc zu sprechen, „kein Stockholm, sondern nur spannungsgeladenes Warten, wer jetzt was tun wird“. Der bisherige Verlauf der Stockholmer Konferenz berechtigt immerhin zu einem maßvollen realistischen Optimismus, den ich darin begründet sehe, daß wahrscheinlich kein Teilnehmerstaat angesichts der möglichen Auswirkungen auf den KSZE-Prozeß als Ganzes die Verantwortung auf sich nehmen wird, Stockholm scheitern zu lassen.

Dennoch ist klar, daß das Ergebnis der KVAE davon abhängen wird, wie sich die West-Ost-Beziehungen in nächster Zukunft entwickeln werden.

Die österreichische Außenpolitik ist von Augenmaß und Verantwortung, aber auch von

6252

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Peter

einem entsprechenden Selbstbewußtsein geprägt. Dies hat der neue Ressortchef vor kurzem nicht nur in der „Presse“ verdeutlicht, das wurde auch aus Anlaß des zutiefst bedauerlichen und für mich nach wie vor unverständlichen, von der ČSSR verursachten Grenzzwischenfalles durch die Bundesregierung und durch das Parlament unmißverständlich und einmütig unter Beweis gestellt.

In diesem Sinne ist dem Herrn Bundesminister Gratz für sein wohlüberlegtes und entschlossenes Handeln sowie allen Fraktionen des Hohen Hauses für die vom Geiste der Gemeinsamkeit getragene Vorgangsweise rückschauend zu danken. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle darf ich aber auch der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Beziehungen zwischen Österreich und der ČSSR sehr bald wieder an jene positiven Ansätze anknüpfen, die vor dem Grenzzwischenfall vom 30. Oktober 1984 bereits klar erkennbar waren.

Ich komme schon zum Schluß. Aus zeitökonomischen Gründen habe ich mich heute auf einen Europaschwerpunkt beschränkt. Der kommende Außenpolitische Bericht wird neu erlich Gelegenheit zu einer außenpolitischen Grundsatzdebatte geben.

Eineinhalb Jahre erfolgreicher Außenpolitik der Regierung Sinowatz—Steger liegen hinter uns, einer Außenpolitik, welche den staatspolitischen Gemeinsamkeiten die gebührende Rangordnung zumißt.

Bundesminister Gratz wurde in seiner kurzen Amtszeit bereits mit großen und schwierigen Problemen konfrontiert. Er hat dabei bewiesen, daß das Ressort in guter Hand ist. Das, meine Damen und Herren, beweist nicht zuletzt die vom Parlament morgen zu beschließende Dreiparteieninitiative zur Lösung der noch offenen Probleme im Bereich des Technologietransfers.

Die österreichischen Diplomaten haben in Vergangenheit und Gegenwart — und ich bin sicher, daß das auch in Zukunft der Fall sein wird — für ihr Land große Leistungen erbracht, Leistungen, auf welche die Republik stolz sein kann.

In diesem Sinne darf ich Ihnen, Herr Bundesminister, Ihrem Haus und allen Beamten des Außenministeriums den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

19.45

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz.

19.45

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte die Gelegenheit dieser außenpolitischen Debatte benützen, um zu einigen Themen, die von den Herren Abgeordneten aktualisiert wurden, Stellung zu nehmen. Ich möchte zuerst den Abgeordneten Dr. Steiner, Marsch und Peter für ihre Ausführungen danken, auch dafür danken — das möchte ich an den Beginn stellen —, daß sie alle drei die Tätigkeit der Diplomaten und der Mitarbeiter des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gewürdigt haben.

Gerade da ich beruflich nicht aus diesem Haus komme, kann ich umso besser feststellen, vielleicht umso objektiver feststellen, daß ich in der kurzen Zeit meiner Amtstätigkeit bereits eindeutig weiß, daß es — weit über die Dienstvorschriften hinaus — eine Hingabe an die Idee der Vertretung Österreichs in der ganzen Welt gibt, daß es ein akkumuliertes Fachwissen und die Erfahrung gibt, um die uns wahrscheinlich jedes andere Land beneiden könnte. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Und ich möchte mich diesem Dank anschließen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Aus langer parlamentarischer Erfahrung weiß ich und anerkenne ich, daß die Debatte den Sinn hat, den Mitgliedern des Hohen Hauses vor allem die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu sagen. Ich möchte mich daher als Minister kurz halten, kurz antworten, und ich bitte es nur nicht als Abwertung der Reden zu betrachten, wenn ich nicht auf alle Themen eingehe, weil dadurch naturgemäß meine Rede zu lang werden würde.

So möchte ich nur zu einigen Schwerpunkten Stellung nehmen.

Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Steiner an, wenn er sagt, es soll natürlich in der Außenpolitik auch Meinungsunterschiede und Diskussionen geben. In einer Demokratie, wie wir sie in Österreich haben, gibt es überhaupt keinen Grund, irgendein Sachgebiet zu finden, wo man sagt: Es ist schrecklich, wenn es hier Meinungsunterschiede gibt, es müsse alles nur übereinstimmend und einheitlich sein.

Es gibt Vorbilder in großen Demokratien, wo sogar die Frage, unter welchen Bedingungen eine militärische Intervention im Ausland

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

vorgenommen wird, Mittelpunkt sehr heftiger Debatten, noch dazu innerhalb einer einzigen Partei und von Regierungsfunktionären ist. Ich möchte mir das nicht als Beispiel nehmen, ich möchte nur sagen, es gibt in einer Demokratie die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten auch in der Außenpolitik.

Ich bin aber dennoch dankbar für die Bereitschaft, in den wesentlichen Grundsätzen nach außen hin eine gemeinsame Linie zu finden, weil wir eben keine Großmacht sind, sondern ein kleines Land im Herzen Europas, an der Schnittlinie der beiden Machtblöcke und weil wir mit diesem Grundsatz einer gemeinsamen Außenpolitik gut gefahren sind.

Ich möchte meinerseits sagen, ich weiß, daß das Suchen nach Gemeinsamkeit in der Außenpolitik nicht im Appell an die anderen Parteien bestehen kann. Ich bin mir dessen bewußt, daß es auch nicht im Finden von möglichst allgemein klingenden Formulierungen bestehen kann, sondern es muß darin bestehen, daß man über Einzelfragen sehr offen und unter Umständen auch sehr hart diskutiert, um eben dann gerade als Vertretung Österreichs gegenüber dem Ausland eine einheitliche Meinung zu finden.

Ich möchte nur noch auf eines eingehen, weil ich das für sehr wesentlich halte, Herr Abgeordneter Steiner: Ich habe auch immer die Meinung vertreten, daß Dinge wie „genau in der Mitte liegen“ und „Äquidistanz“ nicht die Essenz der Neutralitätspolitik sein können, schon allein deswegen, wenn ich die Mitte oder die Äquidistanz rein geometrisch betrachte, so liegen diese Punkte auch nicht auf einer geraden Linie, weil die Mitte immer davon abhängig ist, wo sich gerade die beiden Extreme befinden. Ich habe immer gesagt, es ist besser, eine kontinuierliche gerade Linie der Politik zu finden, auf die Gefahr hin, daß man mit dieser geraden Linie wegen der Änderungen der Extreme halt einmal näher beim einen und dann näher beim anderen ist. Das möchte ich daher aufgreifen und noch einmal unterstreichen.

Jetzt aber zu einigen konkreten Punkten. Zur Frage Nicaragua möchte ich darauf hinweisen, daß ich eine Erklärung abgegeben habe, aus der ich doch kurz zitieren darf. Diese Erklärung stammt vom 13. November. Ich sagte damals: „In Nicaragua haben am 4. dieses Monats Wahlen stattgefunden. Wenn auch vor allem der vorangegangene Wahlkampf nicht frei von Schönheitsfehlern war, sind diese Wahlen doch ein Fortschritt in Richtung Demokratie und Pluralismus.“

Und hier möchte ich doch vor diesem Haus ein persönliches Wort sagen. Ich glaube, daß man nie vergessen soll, um welches Land es sich handelt und wie die Entwicklung eines Landes war. Die Regierung dieses Landes, um das es hier geht, hat ja nicht eine funktionierende Mehr-Parteien-Demokratie abgelöst. Dieses Regime, um das es sich dort handelt, hat eine der furchtbarsten und grausamsten Diktaturen abgelöst, die wir in der Welt gekannt haben.

Und daher, glaube ich, kann man nicht einfach die Tatsache übersehen, daß es sich hier um eine Entwicklung — und ich möchte das positiv unterstreichen, daß ich das glaube — zur Demokratie handelt.

Ich habe allerdings auch dazugesagt — und dazu bekenne ich mich auch —: „Die demokratischen Kräfte Nicaraguas brauchen die Unterstützung, die Hilfe und auch den kritischen Rat der demokratischen Welt. Sie in die Isolierung zu treiben, treibt sie nur dazu, anderswo Hilfe zu suchen. Hilfe von dort wäre schon zu bekommen, aber natürlich mit politischen Hintergedanken.“

Und ich habe dann weiter gesagt: „Gerade das neutrale Österreich muß für das Recht auch kleiner souveräner Staaten eintreten, ihre inneren Angelegenheiten ohne Einmischung von außen und unter dem Schutz der allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechtes zu regeln.“

Aber natürlich haben auch kleinere Staaten die Verpflichtung, sich ihrerseits an diese Grundsätze zu halten.“

Hohes Haus! Ich möchte diesen Worten, die ich mir sehr genau überlegt habe, nichts weiter hinzufügen. Ich glaube, daß wir alle hoffen müssen und dazu beitragen sollten, daß es diesem Land gelingt, nach einer wirklich furchtbaren Vergangenheit, nach einer blutigen Vergangenheit für die Menschen dieses Landes, sich zu einer funktionierenden Demokratie zu entwickeln durch Rat und durch kritische Hilfe, aber nicht durch Isolierung. Das ist zu diesem Punkt meine Meinung. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Was die Ost-West-Gespräche betrifft, so möchte ich hier nicht in Details oder in Spekulationen eingehen. Ich möchte sagen, daß alle Vorschläge — auch der Vorschlag etwa einer transparenten Zone, sofern er vertrauensbildend wirken kann, weil er ausbalanciert, ausgewogen, kontrollierbar ist — beachtet werden sollen und daß man keinen

6254

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

Vorschlag vom Tisch wischen, sondern daß man alle überprüfen soll.

Ich möchte zur Vorgangsweise nur sagen, daß ich glaube, daß Anfang des nächsten Jahres, Ende Jänner, zu überlegen sein wird — nachdem die Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten bereits zusammengetreten sind, um unter anderem über ein gemeinsames Vorgehen in Stockholm zu beraten, nachdem ein ähnliches Ministertreffen ins Auge gefaßt wird auch auf der anderen Seite —, ob nicht dann im Frühjahr der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo man auch im Rahmen der neutralen und blockfreien Staaten auf Außenministerebene zusammenkommen soll, um hier die Initiativen zu besprechen und zu ergreifen.

Ich möchte das noch einmal sagen, ganz grundsätzlich, nicht aus irgendeinem Gefühl, unbedingt wieder dabei sein zu müssen, sondern weil wir immer eines vertreten haben bei allen Konferenzen, bei allen Abrüstungskonferenzen, wo immer, und besonders in Helsinki und bei allen Nachfolgekonferenzen: Warum wir dabei sein wollen gemeinsam mit den anderen kleinen Ländern ist, weil es genauso unsere Welt ist, um die es geht und die gefährdet ist wie die Welt der beiden Großmächte, und daß daher die Kleinen auch dabei sein sollten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich möchte nur kurz hinzufügen, daß ich die Besorgnisse wegen der Arbeitsmöglichkeiten der internationalen Organisationen teile. Ich möchte positiv den Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen erwähnen, wo er selbst darauf hingewiesen hat — wie ich glaube, in einer sehr couragierten Form, weil es sich letzten Endes bei den Mitgliedsstaaten um seine kollektiven Vorgesetzten handelt —, die Staaten mögen nicht in den Vereinten Nationen jährlich Resolutionen neu einbringen, wenn die vom vergangenen Jahr noch nicht implementiert sind; sie mögen nicht die Spezialorganisationen der Vereinten Nationen dadurch belasten, daß sämtliche politische Probleme hineingetragen werden.

Ich glaube, daß das ein guter Vorschlag ist. Ich möchte nur, um ins Detail zu gehen, hinzufügen, daß sich auch unsere Delegation bei der UNESCO sehr dafür einsetzt, daß die Effizienz dieser Organisation wiederhergestellt wird und daß die Arbeitsweise verbessert wird.

Zur Nachbarschaftspolitik — und da alle drei Redner in dieser Debatte noch einmal auf den Grenzüberschreitungen, oder sprechen wir es

aus, auf die Tötung eines Flüchtlings auf österreichischem Boden Bezug genommen haben — möchte ich auch als Außenminister noch einmal sagen: Ich danke allen drei Fraktionen des Hohen Hauses, daß wir hier in dieser Form mit Würde und Selbstbewußtsein, aber ohne Überheblichkeit aufgetreten sind und unseren Standpunkt dargelegt haben. Ich glaube, es geht jetzt darum, zu zeigen, daß wir Freundschaft wollen, aber ohne Ambitionierung. Ich sage das deswegen so deutlich, weil es notwendig ist zu sagen, es wird hier nicht einfach einige Zeit vergehen und dann wird alles so sein wie vorher.

Wir müssen ein für alle mal klarstellen, daß wir als Republik Österreich gut-nachbarschaftliche Beziehungen wollen, aber nicht in verschiedenen Schubladen verteilt. In der Schublade Sport ist alles in Ordnung, in der Schublade Kultur ist es in Ordnung, in der Schublade Wirtschaftsbeziehungen ist alles in Ordnung und in der Schublade Grenze gibt es keine friedliche Grenze, sondern Zwischenfälle und Tötungen. Das wird es nicht geben!

Ich stelle hier, wie ich glaube, mit Zustimmung aller Fraktionen, fest: Wir wollen gut-nachbarliche Beziehungen, auch mit unserem nördlichen Nachbarstaat, aber nach wie vor müssen wir sagen, daß gut-nachbarliche Beziehungen eine Einheit darstellen, zu der auch eine friedliche Grenze gehört. (*Allgemeiner Beifall.*)

Zur Europapolitik, zu der auch alle drei Redner Stellung genommen haben, möchte ich allerdings nur sagen, daß wir als Republik Österreich gegenüber den Europäischen Gemeinschaften vor einer Schwierigkeit stehen bei der Entwicklung der bilateralen Beziehungen, und ich möchte das hier nur andeuten: Es geht gar nicht so sehr um die mangelnde Bereitschaft der Europäischen Gemeinschaften, mit uns über Einzelfragen, nachdem sie innerhalb der Gemeinschaften bereits entschieden sind, zu verhandeln.

Es geht um die Schwierigkeit, für uns — und ich möchte das hier sagen — ein System zu finden, wo wir besser als bisher bereits bei der Ausformung der Politik zwar nicht formal dabei sein können, aber doch mitsprechen können, um nicht einfach bereits beschlossene Regelungen übernehmen zu müssen. Ich weiß, daß das schwierig ist, aber ich betrachte das als eine der Hauptaufgaben, was das bilaterale Verhältnis Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften betrifft.

Was den Europarat betrifft, so möchte ich

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

nur mitteilen, daß ich mit großem Interesse und mit Freude zur Kenntnis genommen habe, daß der neue Vorsitzende des Ministerkomitees, der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, in einem Brief an alle Außenminister mitgeteilt hat, daß er als Vorsitzender die Politik des Ministerkomitees des Europarates etwas intensivieren möchte und daher bereits für Ende Jänner zu einer Sonder-Ministerkomitesitzung nach Straßburg eingeladen hat, bei der ohne formale Tagesordnung die Frage im kleinsten Kreis besprochen werden soll, wie der Europarat auf allen seinen Ebenen dynamischer arbeiten kann.

Hohes Haus! Ich greife jetzt auf eine persönliche Erinnerung zurück, die ich mit einigen in diesem Hohen Hause noch teile. Was wir oft übersehen, ist, daß das einzige Menschenrechtsinstrument der Welt, bei dem ein Staatsbürger seinen eigenen Staat vor einem Internationalen Gerichtshof verklagen kann, das einzige Menschenrechtsinstrument der Welt, das mit Hilfe von internationalen Organisationen durchsetzbar ist, ein Produkt der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war. Das war meiner Ansicht nach die Sternstunde dieser Parlamentarischen Versammlung des Europarates, daß nämlich aus ihrer Mitte, wie gesagt, ein Menschenrechtsinstrument geschaffen wurde, auf das wir alle in Europa stolz sein können, weil es das einzige funktionierende in der Welt ist. Diesen Geist wiederzufinden, glaube ich, sollten wir uns alle gemeinsam bemühen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Nächster Punkt: Südtirol. Zu Südtirol möchte ich feststellen, daß das, was ich vor den Vereinten Nationen gesagt habe, eindeutig gilt. Wir erwarten den Ablauf des Operationskalenders; dazu gehört die Sprachenverordnung. Mein Optimismus bezüglich des guten Willens des italienischen Ministerpräsidenten Craxi ist auch darauf zurückzuführen, daß eine Zusage, die er Wien gegeben hat, nämlich die Etablierung der autonomen Sektion des Verwaltungsgerichtshofes, binnen weniger Monate verwirklicht wurde. Daher kann ich nur hoffen — wir können alle nichts mit Sicherheit vorhersagen —, daß sich dieser gute Wille in der weiteren raschen Verwirklichung des Operationskalenders, das heißt, der offenen Paketpunkte zeigt. Ich bin mit Herrn Abgeordneten Steiner sowie mit allen anderen Sprechern einer Meinung, daß die Vertreter der Südtiroler in diese österreichische Entscheidung eingebunden werden müssen, so wie es auch bisher geschehen ist.

Was die Entwicklungshilfe betrifft, möchte

ich nicht aus dem Handgelenk persönliche Erklärungen dem Hohen Haus abgeben. Ich glaube, auch für einen neuen Minister muß das gelten dürfen, was für jemand gilt, der eine Firma neu übernimmt: er macht eine Übernahmobilanz. Ich bin gerade dabei, die Übernahmobilanz zu ziehen, und werde sie gerne in den Instrumenten Außenpolitischer Ausschuß und Beirat für Entwicklungshilfe dann noch im einzelnen erläutern und darlegen, weil ich glaube, daß es immer gut ist, sich vorher zu überlegen, in welcher Form man seine ohnedies bescheidenen Mittel einsetzen kann.

Ich möchte nur eines noch sagen: Ich glaube, man sollte die ideologische Motivation der Entwicklungshelfer — sei sie religiöser Art, politischer Art oder humanistischer Art — deswegen nicht negativ beurteilen, weil unsere Entwicklungshilfe zu einem großen Teil durch Entwicklungshilfeorganisationen geschieht, die entweder religiös, politisch oder überparteilich sind. Man könnte wahrscheinlich durch eine noch so hohe Bezahlung das Engagement nicht erreichen, das erzielbar ist, weil diese Menschen diese Motivation haben. Es schadet gar nicht, wenn sie, wie jüngeren Menschen es eben eigen ist, diese Motivation in besonders starkem Ausmaß haben. Ich glaube, das ist eine gute Methode, Entwicklungshilfe zu betreiben, sie nämlich nicht nur staatlich zu organisieren, sondern auch mit Hilfe von Organisationen, die viele Freiwillige haben.

Abgeordneter Peter hat die Grundsatzfrage des Interesses der Bevölkerung an außenpolitischen Fragen angeschnitten. Dazu möchte ich folgendes sagen: Ich bin persönlich auch überzeugt und ich weiß es so wie jeder aus Debatten, daß das Interesse vorhanden ist. Von selbst gibt es für nichts ein Interesse und in Österreich kann man es wecken:

Erstens deswegen, weil es Ideale gibt, die vielleicht manchmal durch Enttäuschungen etwas verschüttet sind. Ich habe persönlich auch nach dem Krieg geglaubt, wenn man Grenzbalken verbrennt, dann hat man das Vereinte Europa geschaffen, und bin draufgekommen, daß wir zwar die Grenzbalken verbrannt haben, aber daß statt dessen gigantische Organisationen, Europäische Organisationen, in Hochhäusern in die Höhe gewachsen sind.

Ich glaube trotzdem nach wie vor, daß ein großes Ideal darin liegen kann, daß man sagt: Es gibt hier einen Kontinent mit Tradition, mit Ressourcen, mit Bildungsmöglichkeiten,

6256

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

der sich wahrlich mit allen anderen Großmächten dieser Welt messen kann.

Zum zweiten: Das, was in Österreich internationale Politik ist, ist in einem großen Staat, ob das jetzt die Vereinigten Staaten von Amerika sind oder ob das die Sowjetunion oder ein anderer großer Staat ist, noch immer zu 60 Prozent oder zu 70 Prozent Innenpolitik. Das, was wir als Europapolitik machen, als Bestandteil der Außenpolitik, ist, wie gesagt, in Staaten, die halbe Kontinente umfassen, Binnenpolitik und wird dort als innenpolitische Frage behandelt. Ich glaube, daß sich die Menschen sehr wohl der Abhängigkeit vom internationalen Geschehen bewußt sind. Von diesem Bewußtsein gilt es dann sie dazu hinzuführen, daß das Bewußtsein der Abhängigkeit allein zuwenig ist, sondern daß man mitgestalten muß, wenn man nicht ein Spielball werden will.

Daher, glaube ich, daß es uns gemeinsam gelingen wird, dieses vorhandene latente Interesse an außenpolitischen Fragen zu intensivieren und weiter zu wecken. — Ich danke. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 20.05

Präsident: Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer.

20.06

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war heute schon sehr viel vom Konsens in der Außenpolitik die Rede, das ist prinzipiell gut. Ich möchte aber doch auch bemerken — gerade in Österreich scheint mir dieser Hinweis berechtigt zu sein —, daß auch im DisSENS eine kreative Kraft liegen kann und soll.

Der Konsens wurde zweifellos gezeigt, als an der tschechoslowakischen Grenze ein Flüchtling erschossen wurde; Sie hatten damals, Herr Bundesminister und auch die Bundesregierung, die volle Unterstützung von Seiten der Österreichischen Volkspartei erhalten. Andererseits hat die Österreichische Volkspartei in der Vergangenheit immer wieder bei ihr wesentlich erscheinenden Fragen der Außenpolitik keine Übereinstimmung feststellen können.

Sie, Herr Bundesminister, haben nun gleich zu Beginn Ihrer Tätigkeit — Sie haben das sicherlich gut gemeint — auf die Kontinuität in der Außenpolitik hingewiesen. Sie haben dabei einerseits eine große Perspektive entwickelt, von Leopold Figl gesprochen. Andererseits entsteht aber nun die Frage, inwie-

weit die Kontinuität bei ganz konkreten Fragen der Außenpolitik fortgesetzt werden soll und wo Sie sich von der Politik Ihrer Vorgänger abheben wollen. Etwa was den Antiamerikanismus betrifft, der doch einen nicht unwesentlichen Stellenwert eingenommen hat und der selbst Kritik in den Reihen der SPÖ gefunden hat. Oder was das Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen betrifft; diesbezüglich geht aus einer amerikanischen Untersuchung hervor, daß das österreichische Abstimmungsverhalten in den UN die meisten Divergenzen mit jenem der USA aufweist.

Ich möchte Sie daher fragen, Herr Bundesminister: Soll dieser Teil der Außenpolitik geändert werden? Die Art der Propagierung der Entspannung hat bei Ihren Vorgängern zeitweise — ich möchte das ganz deutlich sagen — naive Formen angenommen. Es wurde eine internationale Konstellation propagiert ohne Rücksicht auf die Sicherheit unseres Landes. Welche konkreten Vorstellungen, Herr Bundesminister, haben Sie in dieser Hinsicht?

Die Frage nach der Kontinuität der Außenpolitik muß auf den Stellenwert eingehen, den Bundeskanzler Kreisky, den die Außenminister vor Ihnen der Nahostpolitik eingeräumt haben. Man konnte in den Zeitungen immer wieder lesen — ich zitiere nur eine Überschrift aus der „Presse“ vom 11. Juni 1982: Pahr für die Verurteilung Israels.

Glauben Sie, Herr Bundesminister Gratz, daß, was den Nahen Osten betrifft, diese Politik mit diesem Stellenwert, ich möchte fast sagen mit dieser Einseitigkeit fortgesetzt werden soll, oder meinen Sie, daß es hier zumindest zu Akzentverschiebungen kommen muß?

Es ist sicherlich positiv, Herr Bundesminister, daß Sie sich von der Art der Äquidistanz, wie sie einmal von Bundesminister Pahr propagiert wurde, distanziert haben.

Es wäre aber meines Erachtens genauso notwendig, daß Sie klären, ob Sie etwa noch die Art der Beurteilung der Landesverteidigung haben, wie sie Ihre Vorgänger praktiziert haben, wo praktisch der alleinige Akzent in der Aufrechterhaltung der Sicherheit auf die Außenpolitik gelegt wurde, was dazu geführt hat, daß heute Österreich für seine Landesverteidigung bedeutend weniger ausgibt als Schweden oder die Schweiz, was internationale Kommentatoren bereits dazu gebracht hat zu sagen, wir tun nicht genug für die militärische Absicherung unserer Landesverteidigung.

Dr. Ettmayer

Es gäbe, Herr Bundesminister, noch eine ganze Reihe von anderen Fragen, etwa was die Beziehungen zu Staaten betrifft, die den Terrorismus fördern. Außenminister Lanc etwa hat zu den ersten gehört, die in den Iran gefahren sind, obwohl wir wissen, daß von dort aus immer wieder die Unterstützung terroristischer Gruppen gekommen ist. Erst unlängst mußten wir hören, daß auch die Geiselentführung in Teheran dadurch sehr gelitten hat, daß, wie gesagt wurde — es kann ja nicht bewiesen werden —, die Geiselnehmer offiziell von der Regierung mit Waffen unterstützt wurden.

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß es eine ganze Reihe von Fragen gibt, wo es konkret darum geht, daß geklärt wird, inwieweit Sie Kontinuität wollen und ob Sie bereit sind, sich so von Ihren Vorgängern zu distanzieren, wie das in der Frage der Äquidistanz geschehen ist.

Es gibt aber meines Erachtens auch eine ganze Reihe anderer Themen, wo durchaus eine Änderung wünschenswert wäre, etwa die ständige Ankündigungs- und Schönwetterpolitik, die immer wieder gerade im Rahmen von Staatsbesuchen praktiziert wurde.

Erst im Frühjahr dieses Jahres, im März, war Bundesminister Lanc, Ihr Vorgänger, in Prag. Zeitungsmeldungen haben damals den Staatsbesuch hochgejubelt, haben den offiziellen Besuch des Außenministers so hingestellt, als werde damit doch eine gänzlich neue Ära in den Beziehungen geschaffen werden. Etwa eine Überschrift in einer Tageszeitung: „Vertrauensbasis, die offene Gespräche ermöglicht, wurde geschaffen“, und Wien und Prag haben sogar gemeinsam das Wettrüsten verurteilt. Nach kurzer Zeit mußten wir leider sehen, daß dieses Wunschdenken vielfach auf Sand gebaut war.

Ich will jetzt gar nicht die ganze Reihe von Projekten aufzählen, die angekündigt wurden, angefangen von Cancun, wo eine neue Weltwirtschaftsordnung für die Entwicklungsländer angekündigt wurde — seither konnte man sich nicht einmal auf die Tagesordnung einigen —, eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Projekten, euphorische Äußerungen anlässlich des EFTA-Gipfels 1977, des jüngsten EFTA-Gipfels, wo man dann immer wieder feststellen muß, daß eben doch sehr viele Worthülsen gebraucht wurden und daß das Ganze in Seifenblasen zerinnt.

Herr Bundesminister! Sie könnten sich sehr wohltuend von dieser Art der Außenpolitik,

wie sie bisher vielfach praktiziert wurde, durch einen entsprechenden Realismus absetzen. Wenn Sie das tun, dann würden wir das sicherlich anerkennen, würden dem sicherlich zustimmen, wenn nicht, Herr Bundesminister, dann würden Sie dafür auch die Verantwortung mit tragen müssen.

Ich möchte nun auf drei konkrete Themen eingehen, von denen ich glaube, daß in diesen Bereichen eine Zusammenarbeit durchaus wünschenswert und notwendig wäre: erstens Mitteleuropa, zweitens die Auslandskulturpolitik und drittens die administrative Erneuerung des Hauses. (*Zwischenruf bei der SPÖ*)

Erstens: Mitteleuropa. Warum Mitteleuropa? Warum soll Mitteleuropa ein zentrales Ziel unserer Außenpolitik sein? — Schlicht und einfach deshalb, weil wir uns schon viel zu sehr an die Spaltung Mitteleuropas in Ost und West gewöhnt haben, so als wäre das sozusagen ein Naturgesetz. „Ost“ und „West“ sind prägende Begriffe geworden: im politischen Geschehen, bei den wirtschaftlichen Beziehungen, beim kulturellen Austausch. Diese Begriffe „Ost“ und „West“ prägen heute nicht nur die staatlichen Beziehungen, sondern vielfach auch die Lebensverhältnisse, das Denken der Menschen, und es wäre meines Erachtens deshalb wünschenswert, daß schon durch den Gebrauch des Begriffes „Mitteleuropa“ eine Überwindung dieser Spaltung zumindest gedanklich einmal vollzogen wird, daß Mitteleuropa seine eigene Identität stärker wiederfindet.

Mitteleuropa ist immerhin eine Schicksalsgemeinschaft. Alle Staaten dieser Region müssen daran interessiert sein, daß Auseinandersetzungen, ja Kriege nicht auf dem Rücken der Mitteleuropäer ausgetragen werden, daß Mitteleuropa eine Zone des Friedens ist und daß in Mitteleuropa zumindest jene Möglichkeiten des zwischenmenschlichen und des zwischenstaatlichen Kontaktes geschaffen werden, die die heutige Technik erlaubt.

Ich bin durchaus kein Illusionist, ich gehe auch davon aus, daß die Spannungen zwischen den Großmächten weiter anhalten werden, ob sie nun einmal stärker sind und einmal schwächer.

Die Frage ist nun, ob eine Zusammenarbeit in Mitteleuropa auch dann möglich ist, wenn es zwischen den Supermächten, also zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, Spannungen gibt; das heißt also konkret, ob es neben der Logik, die nur in Blöcken denkt, auch andere Maßstäbe für die

6258

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Ettmayer

Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen geben kann.

Dazu eines: Die Großmächte werden sicherlich immer in Kategorien der Staatsräson denken. Staatsräson also als eine Maxime, die für die Gestaltung der Außenpolitik einmal vor allem den Ausbau der eigenen Macht, den Ausbau des eigenen Nutzens sieht. Diese Art des Denkens wurde in der Zeit des Absolutismus entwickelt, wurde dann in der Zeit des Nationalismus besonders ausgeprägt und wird, wie gesagt, heute von den Großmächten noch durchaus anerkannt.

Ich zitiere etwa Walter Lippmann, der einmal gesagt hat: Eine funktionierende Außenpolitik besteht eben darin, daß die Verpflichtungen einer Nation mit ihrer Macht in Einklang gebracht werden, wobei es immer eine komfortable Machtreserve geben soll. Für Lippmann — und ich möchte fast sagen für die Großmächte — gibt es somit ausschließlich Sicherheit nur durch Macht.

Ich glaube nun, daß die Staaten Mitteleuropas, die kleinen und mittleren Staaten dieser Region, diesem Denken in Kategorien der Staatsräson ein anderes Denken entgegenstellen sollen, da das ausschließliche Denken in Kategorien der Staatsräson für einen kleinen oder mittleren Staat ja ohnehin obsolet geworden ist. Ich glaube, daß es neben diesem traditionellen Denken in der Außenpolitik, wo eben die Außenpolitik primär auf die Interessen des Staates abgestellt ist, ein anderes Denken geben kann und geben muß, das auf die Wohlfahrt des Bürgers abgestellt ist.

Das heißt, daß eine Legitimation, die es jetzt schon seit Generationen in der Innenpolitik gibt, nämlich die Legitimation der Politik durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, auf den internationalen Bereich übertragen wird, noch dazu, wo wir ja heute sehr deutlich sehen, daß die internationalen Beziehungen sehr wohl Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bürger, auf die Frage, ob Touristen, ob Geschäftsleute über die Grenzen fahren können und in welcher Weise, ja ob die persönliche Freiheit gesichert und gewährleistet ist, haben. Sie, Herr Bundesminister, haben selbst das positive Beispiel des Europarates gebracht.

Also mit einem Wort: Die Außenpolitik wurde von einer gestaltenden Kraft der zwischenstaatlichen Beziehungen schon längst zu einer Kraft, die auch die zwischenmenschlichen Beziehungen sehr stark fördert.

Da komme ich jetzt zu Mitteleuropa zurück,

weil ich glaube, daß darin die Chance der Staaten Mitteleuropas liegt. Wie gesagt, die Großmächte werden immer ihre Staatsräson in den Vordergrund stellen. Die Staaten Mitteleuropas sollen darüber hinaus ihre Überlegungen darüber nicht nur anstellen, sondern in den Vordergrund stellen, in welchem Ausmaß für die Menschen dieses Raumes neue Möglichkeiten geschaffen werden können. Dadurch können diese Staaten nicht nur einen Beitrag zur Entwicklung der zwischenmenschlichen Beziehungen, zur Entwicklung der Lebensverhältnisse, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern sicherlich auch einen Beitrag zum Frieden leisten. Ich würde sogar sagen: eine Lockerung der Blöcke — denn ich bin nicht so phantastisch, daß ich glaube, daß von heute auf morgen die Blöcke abgeschafft werden —, eine durch diese Politik bewirkte Lockerung der Blöcke würde sogar mehr Stabilität bedeuten, und ich glaube auch, daß die Großmächte letztlich dieser Politik zustimmen müßten. (Abg. DDr. Hesele: Das ist der KSZE-Gedanke!) Vollkommen richtig, Kollege Hesele, das ist an sich der Gedanke, der ja in der KSZE festgelegt wurde, und ich habe versucht, das in einen theoretischen Unterbau einzugliedern.

Herr Bundesminister! Ich glaube, Mitteleuropa wäre einmal ein wesentlicher Bereich, wo wir uns treffen sollten und treffen könnten.

Zweitens: Auslandskulturpolitik. Auslandskulturpolitik wird immer wieder als die dritte Säule der Außenpolitik hingestellt, leider nur verbal. Konkret entnehme ich dem Budgetheft, daß die Mittel für die Kulturinstitute um 5 Millionen Schilling zurückgehen werden. Es sind für das nächste Jahr 62 Millionen Schilling vorgesehen.

Aber was meines Erachtens jetzt viel gravierender ist, ist die Tatsache, daß das operative Budget der Kulturinstitute vielfach immer nur einen Bruchteil des Gesamtbudgets ausmacht. Mir wurde etwa gesagt, daß ein Kulturinstitut, das mit 7 Millionen Schilling im Jahr veranschlagt wird, konkret für die Durchführung verschiedener Veranstaltungen nicht mehr als 400 000 S ausgeben kann. Und was meines Erachtens nach das allergravierendste ist, ist eben die Tatsache, daß die Kulturinstitute heute — ich will es gar nicht generalisieren, aber das ist ein Problem, glaube ich, mit dem man sich einmal wirklich auseinandersetzen soll — einerseits in der Administration, in der Bürokratie ersticken, andererseits gerade im Westen das kulturelle

Dr. Ettmayer

Geschehen, der Kultauraustausch vielfach an den Kulturinstituten vorbeigeht, sich über den freien Markt, über Manager abspielt, sodaß sich wirklich die Frage erhebt, ob nicht auch die österreichischen Kulturinstitute im Westen generell umstrukturiert werden sollten und etwa durch Agenturen oder durch Manager ersetzt werden müßten. Das wäre meines Erachtens ein Punkt, den wir doch einmal ausführlicher diskutieren sollten.

Und das zweite ist, daß die Ausgaben für den kulturellen Bereich absolut unzulänglich sind. Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen: Für die Kulturpolitik in einem Nachbarstaat wie die Tschechoslowakei sind 40 000 S für ein Jahr vorgesehen, für die DDR 43 000 S, für die Tschechoslowakei waren im Jahr 1983 67 000 S vorgesehen. Das sind absolute Minimalbeträge.

Herr Klubobmann Wille wird jetzt sagen, da kritisiert die ÖVP auf der einen Seite, daß zuwenig Ausgaben sind, auf der anderen Seite wird mehr verlangt. Da kann man durchaus eine Lösung finden, Herr Klubobmann. So sind die Institute für Konfliktforschung zehnmal so hoch dotiert, als das Jahresskulturbudget einer Botschaft beträgt. Es gibt Institute für Konfliktforschung in Österreich, die mit 6 bis 7 Millionen Schilling dotiert werden.

Herr Botschafter Steiner hat schon das Problem mit der UNESCO angeschnitten, der internationalen Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die zum Großteil vom Westen finanziert wird, um vielfach überhaupt nichts zu tun oder um Ehrenpreise an kommunistische Funktionäre zu verleihen.

Österreich bezahlt in den nächsten zwei Jahren ... (Abg. Dr. Janekowitsch: Sie haben vergessen, daß Professor Ermacora einen Preis für Menschenrechtsarbeit bekommen hat!) Ausnahmen bestätigen die Regel. Österreich wird in den nächsten zwei Jahren an die UNESCO 50 Millionen Schilling bezahlen, wenn ich das richtig gelesen habe im Außenpolitischen Bericht. Das heißt, wir zahlen allein an die UNESCO fast soviel, als der Aufwand für unsere Kulturinstitute beträgt. Und ich glaube sehr wohl, Herr Bundesminister, daß hier eine Umschichtung stattfinden soll, daß wir mehr ausgeben für den bilateralen kulturellen Austausch und man durchaus bei der UNESCO einsparen könnte. (Beifall bei der ÖVP.)

Drittens, zum Schluß noch kurz: Administrative Erneuerung des Hauses. Auch ein

grundlegendes Problem, das meines Erachtens darin besteht, daß das Außenministerium seit seiner Gründung 1959 ja ständig neue Agenden dazu bekommen hat, ohne sie richtig zu integrieren. Das führt einerseits zu einer räumlichen Katastrophe, andererseits zu einer schwierigen personellen Situation, die man jetzt sicherlich genauer darstellen sollte. Ich möchte hier einen Ausdruck aus der Indianersprache verwenden und sagen: Es gibt im Haus viele Häuptlinge und wenig Indianer, was zu verschiedenen Problemen führt, etwa dazu, daß... (Abg. Dr. Kohlmaier: Zu viele Rothäute!) Das ist die politische Seite. Das führt also dazu, daß es heute schon eine Reihe von Botschaften gibt, in denen hochqualifizierte Personen oft unqualifizierte Tätigkeiten verrichten müssen. (Abg. Dr. Hesele: Aber besser als Spazierengehen. Unter Waldheim sind viele Botschafter in der Sektion Volksgarten spazierengegangen. Besser unterqualifizierte Arbeit als Spazierengehen!) Ich habe den Herrn Bundesminister gefragt, wie weit er sich von der Kontinuität abhebt.

Herr Bundesminister! Sie haben bereits angekündigt, daß Sie Initiativen setzen wollen. Die Frage wird jetzt sein, wo Sie für die Kontinuität plädieren, wo Sie neue Wege einschlagen wollen, inwieweit Sie den Ballast der Ära Kreisky abwerfen. Ich glaube, Sie haben sehr deutlich gesehen, die Österreichische Volkspartei ist durchaus kooperativ. Wir werden Sie an Ihren Taten messen. (Beifall bei der ÖVP.) 20.27

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Hesele.

20.27

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre sehr verlockend, auf die Ausführungen des Kollegen Ettmayer einzugehen. Nur eines, was ich bereits durch den Zwischenruf getan habe: Selbstverständlich ist ein Aufweichen der Blöcke in Mitteleuropa möglich durch menschliche Kontakte. Das war ja eines der Grundthemen des KSZE-Prozesses seit 1975, das gibt es ja in der Schlusssakte von Helsinki, nur funktioniert es nicht. Man muß nur versuchen, diesen KSZE-Prozeß immer wieder in Funktion zu setzen, aber es ist nicht notwendig, etwas Neues zu schaffen.

Ich darf aber zu meinen eigentlichen Ausführungen kommen und mich dem Dank aller drei Vorredner an die Bediensteten des Hauses anschließen und für die Unterstützung

6260

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

DDr. Hesele

danken, die sie uns als Mitglieder des Europarates im Ausland gegeben haben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir werden dem Budgetkapitel Äußeres zustimmen, weil wir im Gegensatz zur Opposition der Auffassung sind, daß in diesen Budgetansätzen die Mittel vorhanden sind, die der Herr Außenminister braucht, um seine erfolgreiche Außenpolitik auch 1985 durchführen zu können.

Wenn der Hauptredner der Österreichischen Volkspartei davon spricht, daß dieses Budget überhaupt nichts bietet, so bitte ich doch, zwei Positionen herausgreifen zu dürfen. Die eine Position ist der Betrag von 232 Millionen Schilling für die Auslandsbezüge. Eine sehr wichtige Budgetpost, weil man eine Außenpolitik und eine Diplomatie nicht ohne entsprechend entlohnte Bedienstete führen kann. Selbstverständlich ist das Auslandsbezugssystem — der Herr Bundesminister hat im Finanzausschuß darüber gesprochen — noch immer verbesserungsbedürftig. Aber eines nicht zu vergessen: Vor 20 Jahren sind die ersten Richtlinien für die Festsetzung der Auslandsbezüge geschaffen worden. Seit dieser Zeit ist das Auslandsbezugssystem im Interesse der Bediensteten sehr, sehr verfeinert worden. Diese Erfolge sollte man würdigen, und ich bin überzeugt, Herr Bundesminister, bei Ihrem Verständnis für diese Probleme werden Sie im Einvernehmen mit der Personalvertretung auch in den nächsten Jahren die noch offenen Fragen lösen.

Ein zweites: Im Sachaufwand sind neben den laufenden Aufwendungen bedeutende Investitionen an Amtsgebäuden im Ausland im Budget vorhanden. Es sind Gebäude, die entweder in Planung oder in Bau sind. Ich habe mir das herausschreiben lassen.

Erstens: Im nächsten Jahr soll eine neue Vertretungsbehörde in Seoul eröffnet werden; notwendig sind ein Amtsgebäude und eine Residenz.

Zweitens: Die Botschaft Canberra wird neu gebaut. Für die ersten Kosten sind 1,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Drittens: In Riad in Saudi-Arabien werden ein neues Botschafts- und Residenzgebäude und sechs Wohnhäuser für entsendetes Personal gebaut: 2 Millionen Schilling.

Viertens: Neubau eines Amtsgebäudes in Algier. Planungskosten 1 Million.

Fünftens: Das Kulturinstitut New York soll auf dem Nachbargrundstück gebaut werden, ebenso sechstens: Kulturinstitut in Warschau.

Siebentens: Eine Generalsanierung des Amts- und Residenzgebäudes der Botschaft Paris, Gesamtkosten 47 Millionen Schilling. 1985 werden 30 Millionen Schilling verbaut.

Ebenso achtens in der Botschaft Oslo: Generalsanierung des Amts- und Residenzgebäudes, Kosten 85,6 Millionen.

Neuntens: Botschaft Athen. Hier wird für neue Konsulatsräume und deren Heizung ein Betrag von 85,5 Millionen Schilling verbaut.

Ich glaube, meine Damen und Herren, sowohl im Personalaufwand als auch im Sachaufwand sind neben den laufenden Aufwendungen auch bedeutende Investitionen vorgesehen.

Als drittes: Sowohl der Herr Abgeordnete Ettmayer als auch der Herr Dr. Steiner haben von einer modernen Büroorganisation gesprochen. Es ist sicher richtig, daß auch ein Außenministerium wie jedes Ministerium eine moderne Büroorganisation benötigen wird. Ich möchte darauf hinweisen, daß es bei einigen Vertretungsbehörden schon Wang-Wortprozessoren gibt, daß es New-York-Rapifix-Textübertragungsmaschinen gibt und daß — wie ich jetzt in Erfahrung gebracht habe — an einer datengestützten Dokumentation gearbeitet wird, die gerade für das Außenministerium sehr notwendig sein wird.

Die Übersiedlung des Europaratbüros vom Außenministerium zum Parlament darf ich, Herr Bundesminister, zum Anlaß nehmen, Ihnen und auch Ihren Herren im Außenministerium für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren meinen herzlichen Dank auszusprechen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich möchte daran anschließen, daß in Zukunft alle außenpolitischen Aktivitäten des Parlaments wie IPU, EFTA-Parlamentarier, Europaparlament, Europarat und UNO-Delegation in einer Abteilung konzentriert sein werden.

Wir sollten als Parlamentarier diese Chance und alle Möglichkeiten wahrnehmen, um außenpolitische Kontakte zu knüpfen und auch zu nützen.

Ich darf nur ein Wort aus der Sicht Niederösterreichs zur Nachbarschaftspolitik sagen. Für uns niederösterreichische Abgeordnete

DDr. Hesele

war die Nachbarschaftspolitik immer eine Priorität, vor allem mit den Staaten, die ein anderes gesellschaftliches und politisches System haben. Besonders die Verbesserung der Beziehungen mit der ČSSR war für uns lebenswichtig. Jahrzehntelang hat man von der toten Grenze gesprochen, wovon insbesondere das Wald- und das Weinviertel betroffen waren und auch heute noch zum Teil betroffen sind.

Es war der guten österreichischen Außenpolitik in den siebziger Jahren zu danken, daß der Vermögensvertrag mit der ČSSR und als Folge ein Abkommen über die friedliche Beilegung von Grenzstreitigkeiten abgeschlossen werden konnte.

Auf Grund des Vorfalls im November — die Ermordung des tschechischen Staatsbürgers Faktor durch ČSSR-Organe auf österreichischem Gebiet — sieht man allerdings, daß Verträge allein es noch nicht ausmachen, sondern daß es auch auf den Geist ankommt, in dem sie angewendet werden.

Ich darf mich auch den Vorrednern anschließen und Ihnen danken, Herr Außenminister, daß Sie die schon in der Regierungserklärung grundgelegten Gedanken zur Europapolitik noch konkretisiert haben, daß nämlich die Europapolitik auch in Hinkunft nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen einen Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik bilden wird. In der wirtschaftspolitischen Integration — das ist allgemeine Ansicht auch Ihres Hauses — konnte im abgelaufenen Jahr durch das Luxemburger Treffen der EG- und EFTA-Staaten ein großer Fortschritt erzielt werden. Es gilt allerdings jetzt, die vielen Absichtserklärungen des Luxemburger Treffens zu realisieren.

Ein Beginn war das Treffen der Regierungschefs der EFTA-Staaten im Mai 1984. Es wird noch vieler Anstrengungen bedürfen, um das beim Luxemburger Treffen der EG- und EFTA-Staaten deklarierte Ziel eines umfassenden dynamischen europäischen Wirtschaftsraumes auch zu realisieren.

Es ist Ihnen zuzustimmen, wie Sie in einem Papier für die Mitglieder des Außenpolitischen Rates gesagt haben, daß eine Abkopplung Österreichs oder anderer EFTA-Staaten von diesem europäischen Integrationsprozeß weitreichende politische und wirtschaftliche Konsequenzen hätte.

So optimistisch man in den Aussichten für

die wirtschaftspolitische Integration sein kann, so pessimistisch bin zumindest ich persönlich, was die politische Integration Europas anlangt. Ich kann mich den Auffassungen aller drei Vorredner über die Bedeutung des Europarates für uns und für die österreichische Außenpolitik durchaus... (Abg. Dr. Ettmaier: Vier Vorredner waren es!) — Du hast über den Europarat wenig gesprochen, du hast mehr von großen Dingen gesprochen, nicht von Europa.

Aber bitte, wir sind uns dessen bewußt, daß der Europarat für uns das einzige Organ ist, Herr Außenminister, in dem wir gleichberechtigt mit den anderen Staaten arbeiten können.

Ich habe mir die Mühe gemacht, auf Grund unserer letzten Debatte in der Parlamentarischen Versammlung eine Zusammenstellung über all die Gremien anzufertigen, die sich mit der politischen Integration in Europa befassen.

An der Spitze unsere Parlamentarische Versammlung, Kollege Blenk. Wir debattieren seit zwei Jahren über die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit, haben eine sehr gute Empfehlung 994 einstimmig beschlossen. Es sind pragmatische Vorschläge, wie eine Zusammenarbeit zwischen Europaparlament und der Parlamentarischen Versammlung zu finden wäre. Es wäre bei einem guten Willen mancher dieser Vorschläge zu realisieren.

Daß gemeinsame Aktionen möglich sind, zeigt das Jahr der Musik im nächsten Jahr, wo sich Europarat und Europaparlament gefunden haben.

Als zweites Organ hat das Ministerkomitee im November bei seiner letzten Sitzung zwei Resolutionen beschlossen, in denen die Rolle des Europarates für die europäische Zusammenarbeit betont und die Intensivierung der Kontakte zwischen beiden Organisationen auf allen Ebenen gefordert wird.

Man sollte, Herr Bundesminister, immer darauf hinweisen, daß all die Beschlüsse und die Ergebnisse, die jetzt dem Ministerkomitee vorliegen, auf eine österreichische Initiative zurückzuführen sind. Die „Mission de Reflexion“ hat Außenminister Pahr als Vorsitzender des Ministerkomitees initiiert.

Als drittes: Die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaften haben bei einem Treffen in Fontainbleau ein Ad-hoc-Komitee eingesetzt, das in erster Linie Vorschläge für

6262

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

DDr. Heselé

die europäische Zusammenarbeit in den Gemeinschaften, aber auch für andere Bereiche erstatten soll. Das Treffen von Dublin der Staats- und Regierungschefs vom November 1984 läßt allerdings wenig Hoffnung aufkommen, daß konkrete Vorschläge von diesem Ad-hoc-Komitee kommen.

Viertens: Im Europaparlament liegt der Spinnelli-Plan und der Genscher-Colombo-Plan, der Vorschläge über die Neugestaltung einer politischen Union zur Diskussion stellt. Es ist zu begrüßen, daß der deutsche Außenminister die Absicht hat, im Jänner in einer Sonderministerkomiteesitzung über die europäische Integration zu sprechen. Es ist sicher ein Fortschritt, daß er von seinem Genscher-Colombo-Plan abrückt und das größere Europa sieht.

Und letztlich — fünftens — hat das Committee mixed im November über Anregung der Parlamentarischen Versammlung die sogenannte Kommission 2000 beschlossen, die aus acht europäischen Persönlichkeiten besteht. Auch wir sind stolz darauf, daß ein Österreicher, wenn auch nicht von unserer Partei, diesem Komittee angehört, der Präsident der IDU und der EDU.

Herr Bundesminister! Ob es in diesen fünf Gremien — es gibt sicher mehr, die sich mit der politischen Integration befassen, die jede ein Eigenleben führt — möglich ist, diese Aktivitäten zu koordinieren, ist nicht abschätzbar.

Aber ich komme auf die Worte des Kollegen Steiner zurück. Wir sind sicherlich in zwei Bereichen der Europapolitik kompetent: Erstens in der humanitären Außenpolitik und in Flüchtlingsangelegenheiten, da haben wir als Erstasylland große Erfahrungen gesammelt und auch materiell viel geleistet. Wir stellen aber diese unsere Rolle und unsere Leistungen zu wenig dar. Ich würde zweitens meinen, die Empfehlung, von der ich über die zukünftige Arbeit des Europarates gesprochen habe, sieht auch einen Schwerpunkt in der Teilnahme der osteuropäischen Länder an intergouvernementalen Aktivitäten des Europarates wie Kultur, Erziehung und so weiter. Der Präsident der Versammlung, der auf Besuch in Österreich war, hat die Österreicher und die österreichische Delegation eingeladen, ihre Erfahrungen mit der Kontaktknüpfung, mit der Herstellung von Beziehungen zu den Oststaaten dem Europarat bekanntzugeben und da aktiv mitzuarbeiten. Ich würde meinen, das sind zwei Schwerpunkte, wo wir kompetent sein müßten.

Es ist heute viel über die Zusammenarbeit der politischen Parteien in außenpolitischen Fragen gesprochen worden. Ich persönlich habe den Eindruck, daß sie gut funktioniert und sich nicht nur in allgemeinen Erklärungen erschöpft, die Beschlüsse des außenpolitischen Rates sind heute zitiert worden, geben zumindestens mir als Beobachter zur Hoffnung Anlaß, daß in wichtigen außenpolitischen Fragen des Landes ein Konsensus durchaus möglich ist. Der Technologietransfer wurde heute zitiert, es wurde ein gemeinsamer Initiativantrag erarbeitet. Es gab eine einheitliche Auffassung über die österreichische Haltung bezüglich des Zwischenfalles an der ČSSR-Grenze und ebenso konnte ein Gleichklang der Meinungen über die bisherigen Ergebnisse der Stockholmer Konferenz festgestellt werden, wie ich überhaupt glaube, daß der Rat für außenpolitische Angelegenheiten gerade in der letzten Zeit zu einem echten Gesprächsforum zwischen der Bundesregierung und den drei Fraktionen des Parlaments in außenpolitischen Fragen geworden ist.

Herr Bundesminister! Sie vertreten heute in dieser Ihrer Funktion als Außenminister das erste Budget in diesem Hause. Ich habe zwei sehr richtungsweisende Erklärungen von Ihnen gelesen, die man hier zitieren sollte.

Die erste: Österreich nimmt seine Neutralität sehr ernst und geht dabei nach zwei Grundsätzen vor. Erstens muß die Neutralität von Österreich selbst gestaltet werden und zweitens muß sie glaubwürdig nach allen Seiten sein, das heißt, auch andere Staaten müssen an die österreichische Neutralität glauben.

Die zweite Erklärung: Der Minister stellte fest, wichtig sei, daß Österreichs Außenpolitik geradlinig, von erkennbaren Prinzipien geleitet, verständlich, abschätzbar und berechenbar für die Partner in der internationalen Gemeinschaft sei. Kein Rütteln gäbe es am Staatsvertrag, der Wort für Wort, ja Beistrich für Beistrich zu erfüllen sei. Diese Erklärungen, Herr Bundesminister, geben uns die Gewißheit, daß Sie die bisherige erfolgreiche Außenpolitik fortsetzen werden. Wir wünschen Ihnen dazu alles Gute und werden dem Budgetkapitel Äußeres unsere Zustimmung geben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) ^{20.45}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Jankowitsch.

Dr. Jankowitsch

20.45

Abgeordneter Dr. Jankowitsch: (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundesminister! Diese außenpolitische Debatte findet fast schon traditionellweise am Ende der Budgetberatungen, damit aber auch schon gegen Ende des Jahres und auch fast schon traditionellweise am Ende eines Parlamentstages statt, was vielleicht eine weniger nachahmenswerte Tradition ist.

Aber diese Plazierung der außenpolitischen Debatte, Herr Präsident, hat besonders heuer einen Vorteil, nämlich den, am Ende eines ereignisreichen, eines widerspruchsreichen Jahres mit größerer Übersicht und daher mit ein bißchen mehr Gewißheit Bilanz ziehen zu können. Wenn wir nun die Frage stellen: Was unterscheidet eigentlich das Jahr 1984 vom Jahr 1983? Was ist anders, besser oder schlechter geworden?, so fällt doch einiges auf. Es hat sich zwar nur wenig geändert an den Realitäten, an der Realverfassung der Welt, an dem allzureichen Inventar an Krisen, Konflikten, Interessensgegensätzen, die vor einem Jahr zu einem so gefährlichen Maß an Spannungen geführt haben. Anderseits hat sich aber doch einiges an den Rahmenbedingungen geändert, wenn man genauer hinsieht, an der internationalen Atmosphäre. Damit haben sich aber auch die Aussichten erhöht auf ein besseres internationales Jahr 1985.

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen exemplifizieren. Ende 1983 haben die Beziehungen zwischen den Supermächten USA und UdSSR mit dem Abbruch aller Rüstungskontrollverhandlungen einen gefährlichen Höhepunkt an Spannung erreicht. Und auch der Großteil des Jahres 1984 war noch erfüllt von feindseligen Monologen statt von Dialogen, voll von Polemik, von Mißtrauen. Dagegen werden Anfang 1985 der sowjetische und der amerikanische Außenminister erstmals wieder zu einem Gespräch zusammenkommen, bei dem die Bedingungen für die Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen vereinbart werden sollen.

Im Nahen Osten, einem anderen permanenten Krisenherd, stehen zwar die israelischen Truppen noch im Libanon, belasten Konflikte zwischen arabischen Staaten und innerhalb der PLO zwar nach wie vor die Friedensausichten, aber doch gibt es auch hier neue Elemente der Hoffnung. In Israel steht mit dem Sozialdemokraten Shimon Peres erstmals wieder ein Politiker an der Spitze des Staates, der im Gegensatz zu seinen unmittelbaren Vorgängern um eine neue, nicht unbedingt

auf militärische Stärke gebaute Politik gegenüber den Nachbarn Israels bemüht ist. Und für einen Weg des Friedens und Verhandelns hat sich die große Mehrheit der einzigen politischen Vertretung der Palästinenser, die PLO, entschieden und dieser Option durch die Wiederwahl Yassir Arafats Rechnung getragen. Schließlich reduziert die spektakuläre Wiederannäherung zwischen Ägypten und Jordanien Spannungen zwischen den arabischen Nachbarn Israels, stärkt ihr Verhandlungspotential, das sie vielleicht gemeinsam mit den Palästinensern, das heißt, mit der PLO, ausüben könnten.

Und in Zentralamerika, um noch eine dritte Krisenregion zu erwähnen, hat es 1984 durch die Wahlen in El Salvador, vor allem aber auch in Nicaragua Fortschritte, bescheidene, aber doch Fortschritte zur Demokratie gegeben, damit aber auch mehr Hoffnung der Menschen auf eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung, eine Lösung der Konflikte der Region durch demokratisch legitimierte Bevollmächtigte. Sowohl in El Salvador als auch in Nicaragua gehen auf dieser Basis demokratischer Wahlen, wenn auch keiner vollkommenen, die Bemühungen voran, durch einen Prozeß des nationalen Dialogs alle politischen Kräfte am gemeinsamen Werk der Errichtung einer demokratischen Ordnung zu beteiligen.

Der gute Wille, der bei diesem Vorhaben vor allem auch in Nicaragua zum Vorschein kommt, sollte alle jene... (Abg. Dr. Blenk: ...da gehen ja die Meinungen doch auseinander!) Gott sei Dank, Herr Abgeordneter Blenk, sind wir nicht in allem so furchtbar einig. (Abg. Dr. Blenk: Leider Gottes, nicht Gott sei Dank!) Aber Sie geben zu, daß es hier doch gewisse Fortschritte auch in Nicaragua gibt.

Aber dieser gute Wille, Herr Abgeordneter Blenk, der bei diesem Vorhaben, vor allem auch in Nicaragua, zum Vorschein kommt, sollte alle jene, die immer wieder versucht sind, gerade kleine Länder durch äußeren Druck in Bewegung zu versetzen, veranlassen, hier nachzudenken und andere Wege einzuschlagen. (Abg. Dr. Blenk: Die Sozialistische Internationale...!)

Die sozialistische Internationale ist ein Hort der Demokratie und der Mahnung zur Demokratie in Lateinamerika, Herr Abgeordneter Blenk. Viele Internationalen wären froh, wären sie dort auf einem so guten Weg. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)

6264

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Jankowitsch

Es wäre ein verlockendes Unterfangen, jetzt auch noch kurz einige der Hintergründe zu analysieren, die zu dieser Aufhellung — ich sehe eine gewisse Aufhellung des internationalen Klimas —, zu dieser größeren Einsichtigkeit mancher Verantwortlicher in den großen und kleinen Krisenzentren der Weltpolitik geführt haben.

Zu den vielen Gründen, die hier angeführt werden müssen, gehören die Wahlen in den Vereinigten Staaten, unbestreitbar der größten Demokratie der Welt. Durch sie wurde ein für die USA in den letzten Jahren ungewöhnliches Maß an Kontinuität, vielleicht aber, wir wollen es hoffen, auch ein neuer Geist der Mäßigung signalisiert.

Jedermann weiß heute, mit wem er in Washington zu rechnen hat und an wen man sich anzupassen, zu gewöhnen hat.

Wenn aber gerade von den Protagonisten des Ost-West-Konfliktes wieder mehr Verständigungsbereitschaft, Mäßigung signalisiert wird, dann ist das nicht zuletzt auch ein Ergebnis — meine Damen und Herren, das möchte ich hier besonders unterstreichen — des beharrlichen, des unermüdlichen Eintretens vieler Menschen in West und Ost, einer praktisch ungeteilten öffentlichen Meinung für eine Politik, die wieder stärker dem Frieden und weniger der Konfrontation dient.

Österreich, die Politik dieser Bundesregierung kann es sich zugute halten, zu dieser atmosphärischen Änderung das Ihre beigetragen zu haben. Und wenn heute der Horizont ein bißchen heller ist, dann auch deswegen, weil es eine österreichische Politik gegeben hat, deren „Aufgeschlossenheit“ gegenüber den Ideen der Entspannung“ mit Recht in dem Kommuniqué, das anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Sinowatz in der Sowjetunion veröffentlicht wurde, als „wesentlicher Beitrag zur Stabilität in Europa anerkannt wurde“.

Im Klartext: Wenn es heute in Europa wieder Hoffnung auf mehr Entspannung gibt, ist das auch ein Erfolg der österreichischen Außenpolitik und ihrer konsequenten Linie. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Damit, Herr Präsident, meine Damen und Herren, soll aber keineswegs einem allzu billigen und noch nicht allzu stark zu begründenden Optimismus für das Jahr 1985 das Wort geredet werden. Denn trotz vieler zum Besseren gewendeten Voraussetzungen müssen wir sagen: Die Hindernisse sind noch längst nicht

verschwunden, es kann jederzeit wieder zu Wettereinbrüchen kommen. Ost und West sind heute gewiß einig über eine grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft, wenn es zur Einigung kommt über eine noch strittige Tagesordnung, noch strittige Prioritäten, noch strittige Fakten.

Und wenn auch Gromyko und Shultz darüber einig sind, in Genf zusammenzukommen — das Wettrüsten und auch die Polemik gehen weiter!

So will zum Beispiel die Sowjetunion im kommenden Jahr ihre Verteidigungsausgaben, die in den vergangenen Jahren, obwohl nicht alle Experten das wirklich ernst genommen haben, nicht gewachsen sind, um 12 Prozent erhöhen. Damit soll ohne Zweifel signalisiert werden, daß es für die UdSSR auch einen anderen Weg als den der Rüstungskontrolle gibt.

Die USA dagegen sehen für ihre Rüstungsausgaben im kommenden Budget fast 300 Milliarden Dollar vor und halten damit das für Friedenszeiten bisher ungewöhnlichste Tempo an Rüstungswachstum, das im übrigen selbst diese gewaltige, diese leistungsfähige Wirtschaft, vor allem aber das amerikanische Budget vor immer schwierigere Probleme zu stellen verspricht.

Damit ein neuer Kalender, ein neues Programm für rüstungsbegrenzende Verhandlungen, Maßnahmen — für START II oder wie immer das Akronym heißen wird —, zustande kommt, bedarf es auch der Lösung anderer wichtiger Vorfragen, widersprüchlicher Prioritäten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

So ist das Stoppen des Wettrüstens im Weltraum für die UdSSR prioritär, wozu heute vermutlich mehr gehört als ein amerikanischer Verzicht, gemeinsam mit der Sowjetunion, auf ASAT-Waffen. Für die USA wieder prioritär ist das Problem der sowjetischen Überlegenheit an Mittelstreckenraketen in Europa. Hier sind noch viele Fragen zu klären.

Welch große Bedeutung gerade Österreich zusammen mit anderen neutralen und blockfreien Staaten auf die Wiederaufnahme dieser Verhandlungen legt, hat Bundeskanzler Sinowatz bei seinem kürzlich so erfolgreich verlaufenen Besuch in Moskau zum Ausdruck gebracht. Das hat auch Bundesminister Gratz seinem sowjetischen sowie seinem amerikanischen Kollegen zum Ausdruck bringen können.

Dr. Jankowitsch

Auch für das Klima in Europa kommt dieser Entwicklung größte Bedeutung zu. Das gilt insbesondere für die schon erwähnten Verhandlungen in Stockholm.

Nicht minder bedeutsam erscheint eine positive Entwicklung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses auch für die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten insgesamt, gleichgültig, ob sie ihre Sicherheitsinteressen heute innerhalb oder außerhalb eines Blocksystems verfolgen.

Gewiß, der Mut, der Ideenreichtum dieser kleinen Staaten hat in den letzten Jahren tiefere Einbrüche in den europäischen Spannungsprozeß verhindert. Am Beispiel von Ländern wie Österreich — das wurde heute abend schon gesagt — hat sich gezeigt, wie auch in Zeiten erhöhter Spannung Beziehungen guter Nachbarschaft, produktive, vertrauensvolle Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung möglich sind.

Allerdings sind gerade von den Spannungen zwischen den Supermächten immer wieder Störungen auf diesen Prozeß der europäischen Entspannung ausgegangen. Da gibt es einen ganzen Katalog verhinderter Besuche, nicht zustandegekommener Projekte der Zusammenarbeit. Es gibt aber auch eine immer wieder aufflackernde innereuropäische Polemik, die sich in letzter Zeit mit besonderer Intensität gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtet hat und zeigt, wie wenig stabil das Klima in diesem Bereich noch ist.

Noch weniger Garantien, Herr Präsident, meine Damen und Herren, besitzen wir dafür, daß sich die Krisenherde in der Dritten Welt, außerhalb Europas, trotz hoffnungsvoller Ansätze positiv entwickeln werden. Kleine Staaten in Zentralamerika bleiben nach wie vor einem fast unerträglichen Druck von außen ausgesetzt. Das gilt vor allem für Nicaragua, das heute nach Wahlen — diese hat Herr Bundesminister Gratz sehr treffend charakterisiert —, nach demokratischen und korrekten Wahlen, über deren Wert und Aussagekraft sich viele internationale Beobachter einig sind, als aufrichtiger Partner ernst genommen werden sollte.

Der Prozeß von Contadora bildet im übrigen nach wie vor den Rahmen für die friedliche Regelung dieses Konfliktes unter Berücksichtigung aller Interessen, auch der der Vereinigten Staaten.

Gerade die kleinen Staaten Zentralamerikas bedürfen daher nach wie vor der fortgesetzten Solidarität aller Gutgesinnten vor allem in den demokratischen Industrieländern Nordamerikas und Westeuropas. Hören Sie zu, Herr Abgeordneter Blenk! (Abg. Dr. Blenk: Ich höre sehr gut zu! Leider höre ich sehr genau zu!)

Diese Solidarität hat schon bisher ihren Ausdruck gefunden in einem politischen Dialog, in dessen Mittelpunkt die Wege und Möglichkeiten stehen — darüber sind wir uns sicher einig, Herr Abgeordneter Blenk —, die Mittel und Möglichkeiten zur Wiederherstellung, aber auch zur Konsolidierung der Demokratie. So war es gerade der politische Dialog zwischen demokratischen Kräften in Westeuropa, vor allem der Sozialistischen Internationale, die die politische Führung Nicaraguas zur Abhaltung dieser Wahl ermutigt hat. (Abg. Dr. Blenk: Terror durch Desinformation! Das hat der Apostolische Nuntius in Nicaragua gesagt!) Sie werfen mir Terror durch die Desinformation vor? Das ist eine sehr ausgewogene Information, die Sie hier bekommen, Herr Abgeordneter Blenk, sehr ausgewogen. (Abg. Dr. Blenk: Das ist eine ausgewogene Beurteilung! Da haben Sie recht!)

Diese Solidarität muß sich aber auch bewahren in Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen, des sozialen Aufbaus in diesen Ländern: eine Aufgabe, die sich gerade die industriellen Demokratien Westeuropas gestellt haben. In diesem Zusammenhang ist auch die Solidarität größerer lateinamerikanischer Staaten gerade gegenüber Nicaragua beeindruckend.

Die Bewältigung der Krise in Zentralamerika bleibt aber jedenfalls eine Aufgabe, bei der ein Zusammenwirken der Demokratien und der Demokratien in Nordamerika, in Westeuropa unerlässlich sein wird, bei der demokratische Solidarität, auch kritische Solidarität, wenn Sie wollen, die sicherste Barriere sein wird gegen Intervention und Aggression von außen.

Allerdings, meine Damen und Herren, man muß ja nicht nur nach Zentralamerika schauen. (Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.) Auch auf dem Rest dieses Kontinents wird es sichtbar: Mehr als andere Kontinente ist heute gerade Lateinamerika der Kontinent des demokratischen Aufbruchs, der Kontinent, in dem sich in einem Land nach dem anderen, besonders in Südamerika, die Demokratie gegenüber der

6266

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Jankowitsch

Diktatur durchsetzt, und das ist ein Hoffnungszeichen und wiederlegt jene neokonservativen Philosophen des Unterganges, die uns noch vor einigen Jahren weismachen wollten, daß die Demokratie eine im Aussterben begriffene Gattung ist. Wollen Sie bestreiten, daß die Demokratien in Südamerika im Vormarsch sind? (Abg. Dr. Blenk: *Das ist schon fast peinlich, muß ich sagen, wie Sie dieses Gemälde hier versuchen zu skizzieren!*) Schauen Sie, daran kann niemand etwas ändern. So ist vor wenigen Tagen Uruguay dem Beispiel Argentiniens gefolgt.

Es wird am 15. Jänner 1985 der erste freigewählte Präsident Brasiliens bestimmt werden. Nur die Diktatur des Generals Pinochets bäumt sich noch ein letztes Mal gegen Freiheitsregungen im eigenen Land auf.

Meine Damen und Herren! Als einen Beitrag, um diesen gefährlichen Entwicklungen in Chile Einhalt zu gebieten, darf ich Ihnen einen Entschließungsantrag unterbreiten, den ich auch namens der Herren Abgeordneten Peter und Steiner dem Hohen Haus vorlegen darf. Er lautet:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dipl.-Vw. Dr. Steiner und Genossen betreffend die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile zum Kapitel 20: Äußeres, des Bundesfinanzgesetzes 1985.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben die bescheidenen Ansätze zur Wiederherstellung der politischen Freiheit in Chile zunichte gemacht und an ihre Stelle — durch die neuerliche Einführung des Belagerungszustandes, Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit sowie des Koalitionsrechtes — eine neue Serie repressiver Maßnahmen gesetzt.

Diese Maßnahmen, durch die vor allem die Repräsentanten der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften Chiles und der Kirche getroffen werden, geben Anlaß zu ernster Sorge und verlangen nach einer Verurteilung der dafür Verantwortlichen.

Angesichts dieser Lage bekräftigt der Nationalrat seine Solidarität mit dem chilenischen Volk und allen demokratischen Kräften dieses Landes und unterstützt ihr Bestreben, mittels eines demokratischen Prozesses, der in freie Wahlen münden soll, die durch eine elfjährige Diktatur zerstörte

verfassungsmäßige Ordnung, die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie einen echten demokratischen Pluralismus wiederherzustellen.

Die unternommenen Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, für diese Grundsätze — vor allem auch im Rahmen internationaler Organisationen — einzutreten und alle ihr für die Wiederherstellung der Demokratie in Chile förderlich erscheinenden Schritte zu unterstützen.

(Beifall bei SPÖ, FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geht es in Lateinamerika heute vor allem um den Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur, so geht es heute auf einem anderen Kontinent, in Afrika, ganz einfach um das nackte Leben. Dürrekatastrophen, ökologische Einbrüche und ein nicht zu beschönigendes Ausmaß an Mißwirtschaft haben diesen Kontinent zum Hungerpol der Welt gemacht. Ein breiter Gürtel der Not durchzieht heute Afrika von einem Ende zum anderen und verlangt nicht nur nach der unmittelbaren Solidarität reicherer Länder, sondern auch nach Plänen und Maßnahmen zu einer tiefen strukturellen Veränderung, die den afrikanischen Völkern die regelmäßige Wiederkehr solcher Katastrophen erspart.

Auch von den politischen Krisen Afrikas wäre hier zu reden, von denen starke Tendenzen zur Destabilisierung der Weltpolitik ausgehen und zu denen die Politik Südafrikas so viel beiträgt. Eine Politik, die zu Widerspruch, auch zum Widerstand, auffordert, deren Einfluß auf die öffentliche Meinung der demokratischen Staaten allerdings im Schwinden ist, wie das Anschwellen der Protestbewegungen gerade in den Vereinigten Staaten zeigt, wo in diesen Tagen amerikanische Demokraten ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe gegen die südafrikanische Politik protestieren. Und wie sehr auch das Weltgewissen mit dieser Frage beschäftigt ist, mit diesem unmenschlichen System der Apartheid, zeigt der Umstand, daß der Friedensnobelpreis einem großen südafrikanischen Bürgerrechtskämpfer, dem anglikanischen Bischof von Johannesburg, verliehen wurde.

Wir begrüßen diesen symbolischen Akt, mit dem dem ganzen System der Apartheid eine

Dr. Jankowitsch

überzeugende moralische Absage erteilt wird, mit dem auch die vielen anderen namelosen Bürgerrechtskämpfer zwischen Kapstadt und Johannesburg, zwischen Durban und Windhuk geehrt werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was schließlich die Krisengebiete im Nahen Osten betrifft, so kann niemand übersehen, wie viel an zerstörerischem, an destabilisierendem Potential auch dort positiven Faktoren gegenübersteht. Zu diesen Faktoren gehört vor allem der im Nahen Osten von Beirut bis zum Flughafen von Teheran und manchmal, man muß es leider sagen, auch bis auf die Schottenkreuzung wirkende und immer wieder zuschlagende internationale Terrorismus mit seinen kaum verhüllten Hintermännern. Obwohl von der ganzen zivilisierten Menschheit verurteilt, versucht er immer wieder das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Diesen Versuchen aber muß ganz entschieden entgegengetreten werden, muß eine überzeugende, auch international koordinierte Absage erteilt werden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts dieses Ausmaßes an Krisen, an krisenartigen Situationen, hat die Außenpolitik Österreichs auch im vergangenen Jahr an ihrem bewährten Kurs festgehalten, sich vor allem bewährt auch als eine Verfechterin der Menschenrechte, der Grundfreiheiten, sich in sichtbarer Weise immer wieder dem zugewendet, was wir heute mit dem Begriff der humanitären Außenpolitik umschreiben. Und gerade hier liegt ja für Staaten wie Österreich — und unser Nachbarland, die Schweiz, mit Einrichtungen wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz ist hier ein Beispiel —, gerade hier liegt ja für Staaten wie Österreich ein fruchtbare Betätigungsfeld, dem in Zukunft eine nicht geringere Beachtung zukommen sollte.

Bewährt hat sich die österreichische Außenpolitik vor allem auch in dem rauher gewordenen Klima der Weltpolitik, wo sie sich nicht beirren ließ, auch wenn manchmal ein weniger sanfter Ton gegenüber unserem Land angeschlagen wurde. Und dies war nur möglich, weil sich Österreich in seiner Politik, in seinen außenpolitischen Entscheidungen nur von den bewährten Grundsätzen seiner Außenpolitik, von der unbirrten Verfolgung seiner eigenen Interessen, nicht aber von den oft recht deutlich hörbaren Einflüsterungen kleiner oder großer Ratgeber leiten ließ.

Diese Praxis Österreichs und der Österrei-

cher sollten sich alle die ins Stammbuch schreiben, die gelegentlich anderes vorhaben, von den Verkäufern politischer Allheilmittel bis zu den internationalen Proponenten des Kampfes gegen Kraftwerke, die in diesen bewegten Tagen von Hainburg den plumpen Versuch unternommen, diese ausschließlich österreichische und von Österreichern zu erledigende Angelegenheit zu internationalisieren. Selbst wenn also solche Versuche aus benachbarten Republiken kommen, werden wir sie mit Entschiedenheit zurückzuweisen haben (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*), weil es ja auch keinem Österreicher einfallen würde, sich uneingeladen oder unaufgefordert etwa mit den Problemen der schweizerischen chemischen Großindustrie auseinanderzusetzen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So nimmt die österreichische Außenpolitik ihren bescheidenen, wenn nicht unbedeutenden Anteil an der Weltpolitik wahr, durch eine unermüdliche Arbeit in den internationalen Organisationen, in ihren bilateralen Beziehungen bemüht, ständig ihre Instrumente zu verfeinern, sie zielgerechter zu machen. Ich denke hier nur an die österreichische Auslandskulturnpolitik mit ihren vielen Innovationen. Und es ist ja nichts kennzeichnender für den Erfolg der österreichischen Außenpolitik als das heute erkennbare hohe Maß an Anerkennung, das unserem Land, seiner Wirtschaft, seiner Kultur draußen in der Welt, von der ersten bis zur dritten Welt, immer widerfährt. Nichts ist kennzeichnender für den Erfolg dieser Außenpolitik als der Umstand, daß österreichische Staatsmänner in Washington, in Moskau, in New Delhi, im arabischen Raum zu geschätzten und gerne gehörten Gesprächspartnern gehören.

Für die Fortsetzung dieser guten Außenpolitik im Dienste der Menschen dieses Landes, aber auch im Dienste des Friedens, des europäischen Friedens und des Weltfriedens, sind gute Voraussetzungen gegeben: Die Existenz eines kleinen, aber schlagkräftigen auswärtigen Dienstes, der hier schon mehrmals gerühmt wurde, vor allem aber die inhaltliche Ausrichtung dieser Außenpolitik nach einem großen Grundprinzip des friedlichen Zusammenlebens der Völker.

Und lassen Sie mich in diesem Geiste einen zweiten Entschließungsantrag hier vorlegen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dipl.-Vw. Dr. Steiner betreffend Bericht der österreichischen Bundesregie-

6268

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Jankowitsch

rung über fortgesetzte Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit unter besonderer Berücksichtigung des zehnten Jahrestages des Beginnes des KSZE-Prozesses zum Kapitel 20: Äußeres, des Bundesfinanzgesetzes 1985.

Im Verlauf des vergangenen Jahres war das Klima der Weltpolitik von widersprüchlichen Entwicklungen gekennzeichnet: Nahmen in einigen Bereichen die Spannungen weiter deutlich zu und schien sich insbesondere das Verhältnis zwischen den Hauptmächten des heutigen Weltsystems weiter zu verkrampen, so deuteten insbesondere gegen Jahresende manche Anzeichen in eine positivere Richtung.

Über Bemühungen der Bundesregierung in diesem Klima der Spannung und der Unsicherheit wurde der Nationalrat durch einen „Bericht der Bundesregierung über die Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit“ informiert, der dem Hohen Haus in seiner Sitzung vom 24. Mai 1984 vorgelegt wurde und Gegenstand einer Debatte war.

Da die internationale Lage weiterhin besondere Anforderungen an die österreichische Außenpolitik stellt — insbesondere im Hinblick auf unablässige Bemühungen zur Erhaltung des Friedens auf unserem, aber auch auf anderen Kontinenten — stellen die unterfertigten Abgeordneten den nachfolgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird aufgefordert, dem Nationalrat zum ehestmöglichen Zeitpunkt einen Bericht der österreichischen Bundesregierung über ihre fortgesetzten Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit vorzulegen, der den durch die Schlussakte von Helsinki ausgelösten Prozeß — dessen 10. Jahrestag bevorsteht — besonders berücksichtigt.

Mit diesem Bericht, meine Damen und Herren, vor allen Dingen aber auch durch die Fortsetzung dieser Politik wird Österreich den besten Beitrag leisten für ein gutes weltpolitisches Jahr 1985. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 21.10

Präsident Mag. Minkowitsch: Die beiden soeben verlesenen Entschließungsanträge der

Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dipl.-Vw. Dr. Steiner und Genossen sind genügend unterstützt und stehen mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Khol. Ich erteile es ihm.

21.11

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Herr Außenminister! Soweit die Konturen der Außenpolitik des Kabinetts Sinowatz II erkennbar sind, sind sie durch eine weitere und deutliche Absetzbewegung von der Außenpolitik der Regierung Kreisky gekennzeichnet. Wenn auch der Abgeordnete Marsch uns das Gegenteil zu beweisen suchte, so macht das mißtrauisch und bestätigte meine These. Wir begrüßen diese Absetzbewegung, weil sich damit die Außenpolitik realistischeren Zielen verschreibt, Zielen, die im Interesse Österreichs liegen und allzu lange vernachlässigt wurden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mit Aufmerksamkeit haben wir die grundsätzlichen Aussagen des neuen Außenministers zu Staatsvertrag und Neutralität verfolgt. Wir stimmen ihm dabei zu, wenn er in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. September sagt, daß er alles vermeiden will — und ich zitiere jetzt — „um 30 Jahre nach Abschluß des Staatsvertrages die ehemalige Vormundschaftsrolle der Unterzeichnerstaaten wieder in Erinnerung zu rufen oder gar sie wieder als solche zu betrachten.“

In diesem Sinne aber, Herr Bundesminister, sollte es keine Verhandlungen über die Auslegung des Staatsvertrages mit Drittländern geben. Wir sollten nicht über die Interpretation bestimmter Bestimmungen mit vermeintlich interessierten dritten Ländern verhandeln.

Ihre diesbezüglichen Aussagen in der Pressestunde am 16. September 1984 — zugegebenermaßen, Sie waren damals ganz neu im Amt — sind daher ganz einfach als Ausrutscher zu qualifizieren. Sie haben damals zu einer Bestimmung des Staatsvertrages gesagt — wieder ein Zitat —: „Dann bin ich eher dafür, auch wenn es langwieriger ist, dann soll man versuchen, wen es unbedingt notwendig ist, eine Interpretation im Einvernehmen mit allen zu finden.“ Sie sprachen dabei vom Raketenverbot im Staatsvertrag.

Wir von der Volkspartei hoffen zumindest, daß dies ein einmaliger Ausrutscher war,

Dr. Khol

denn, Herr Minister, über österreichische Entscheidungen brauchen wir nicht zu verhandeln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Wir hoffen, daß die jüngste Ära der Redseligkeit zu unserem Staatsvertrag damit zu Ende geht. Müssen wir denn wirklich durch Aussagen von Beamten, Politikern, Wissenschaftlern immer wieder selbst an Beschränkungen erinnern, die uns vielleicht auferlegt sind? Müssen wir immer wieder durch solche Fleißaufgaben unsere eigene Handlungsfreiheit einschränken und vertragliche Bestimmungen in der Öffentlichkeit so präsentieren, daß sie uns selbst die Hände binden?

Ich glaube, es ist an Ihnen, Herr Minister, zu handeln und sich auch im Kabinett gegen eine solche Redseligkeit durchzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wird aber auch Ihre Aufgabe sein, durch geeignete VORARBEITEN in Ihrem Bereich sicherzustellen, daß jene Richtlinien und Interpretationen im internen Bereich vorgedacht und dann veröffentlicht werden, die uns ein Maximum an Handlungsfreiheit zur Wahrung österreichischer Interessen sichern.

Sie wissen als Jurist sehr gut, daß es gerade im Völkerrecht verschiedenste mögliche Interpretationen gibt, daß es einen breiten Spielraum für Interpretationen gibt und daß für die Auslegung von Verträgen der Grundsatz gilt, daß Souveränitätsbeschränkungen restriktiv auszulegen sind; im Zweifelsfalle, Herr Minister, also immer für die Handlungsfreiheit unseres Landes. Diesen Grundsatz und nicht den gegenteiligen, den sollten wir herausarbeiten.

Auch in der Frage der Raketenbewaffnung des Bundesheeres, Herr Minister, wollen wir von Ihnen Klarheit, Worte und Taten. Es ist dies eine außenpolitische Frage, denn sie betrifft die Glaubwürdigkeit unserer Landesverteidigung, das Wahrnehmen von Neutralitätspflichten, und hier fehlt noch Ihre klare und unzweideutige Stellungnahme.

Herr Minister! Umso mehr haben wir Ihre Worte geschätzt, die Sie in einem Interview im amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek“ zu folgender Frage gefunden haben: Auf welcher Seite steht denn nun Österreich eigentlich, wenngleich es neutral ist?

Sie sagten hier sehr deutlich — und da möchte ich wieder zitieren —: „Unsere Neu-

tralität bindet den Staat, nicht die einzelnen und nicht die Presse und nicht unsere Gedanken. Wir haben daher niemals einen Zweifel darüber gelassen, welchem politischen System wir angehören.“ Das ist gut so.

Im gleichen Interview sind Sie aber auch einer Antwort ausgewichen, Herr Minister. Auf die Frage, ob die NATO-Nachrüstung nun zur Wiederherstellung des Kräftegleichgewichtes nützlich gewesen sei, sagten Sie nichts. Hier setzten Sie eine Tradition der Zweideutigkeit fort, wenn Sie nur auf die Notwendigkeit der Abrüstung hingewiesen haben. Abrüsten bei wem? Herr Minister! Zweideutigkeiten in derart essentiellen Fragen lehnen wir von der Volkspartei ab; ebenso, wie wir Ihre grundsätzlichen Äußerungen zum Staatsvertrag teilen, teilen wir Ihre Stellungnahme in Sachen Neutralität.

Wir wenden uns aber dagegen, daß aus dem Rechtsinstrument der immerwährenden Neutralität ein alles legitimierender Mythos wird, der die gesamte Außenpolitik überlagert und durchzieht. Die Neutralität ist ein Rechtsinstrument mit klar umrissenen Pflichten und Rechten im Neutralitätsfall. In Friedenszeiten sind diese Pflichten gering. Sie beschränken sich im wesentlichen auf die Notwendigkeit, eine Politik zu führen, die darauf abstellt, den Rechtspflichten im Konfliktfall nachkommen zu können. Ich glaube, wir sollten hier auch intellektuelle Disziplin üben. Nicht alle politischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ost-West-Konflikt berühren die Sphäre unserer Neutralität. Seien wir sparsam mit der Konstruktion von Vorwirkungen des Neutralitätsrechts auf die Neutralitätspolitik. Wir laden nämlich nachgerade zu Einmischungen in unsere inneren Angelegenheiten ein, wenn wir immer wieder die Neutralitätspolitik selbst als Begründung unserer Maßnahmen heranziehen.

Das letzte Beispiel für diese Einmischungsversuche war die Diskussion um die Abfangjäger. Da hat sich die staatlich gesteuerte Presse in kommunistischen Ländern in die Frage der Typenwahl eingemischt und dies mit neutralitätspolitischen Erwägungen begründet.

Herr Minister! Es muß klar hervorgehoben werden, irgendwelche Vorwirkungen aus dem Bereich des Neutralitätsrechtes, auf die Frage der Typenwahl und die Herkunft österreichischer Waffenkäufe, gibt es nicht. Und welche Waffen Österreich wo kauft, ist seine eigene, souveräne Entscheidung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

6270

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Khol

Das Ost-West-Verhältnis tritt in ein neues Stadium, das hat sogar Herr Jankowitsch anerkannt, das will schon viel heißen. In naher Zukunft werden die Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten wieder aufgenommen werden, ohne inhaltliche Begrenzung. Und es wird dabei auch über die Mittelstreckenraketen verhandelt werden.

Wir begrüßen diese Verhandlungen. Das sollte aber allen zu denken geben, die den NATO-Doppelbeschuß vehement kritisiert haben; jenen, die einseitige Abrüstungsvorleistungen von Seiten des Westens verlangten; jenen, die leugneten, daß eine Vorrüstung im Bereich der Sowjetunion bestanden habe. Sie sollte auch allen jenen zu denken geben, die so vehement kritisierten, daß die NATO ihren Doppelbeschuß auch durchführte.

Nach einer Periode langen Zuwartens, in der die Sowjetunion Zeit zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes durch Abrüstung bei den Mittelstreckenraketen hatte, wurde dieser Beschuß durchgeführt. Zu jenen, die sich hier besonders hervortaten mit den einseitigen Vorleistungen, gehörte Dr. Kreisky und gehörte auch der Abgeordnete Cap. Wo ist er? Er steht da hinten! Beide haben immer wieder einseitige Abrüstungsvorleistungen von der NATO verlangt. Dr. Kreisky hat sogar einen Brief an Reagan geschrieben.

Aber es kam trotzdem zur NATO-Nachrüstung; und das von den Ideologen der einseitigen Abrüstung vorausgesagte eisige Klima ist nicht eingetreten; im Gegenteil, die Verhandlungen werden nun aufgenommen, und wie mein Freund Ludwig Steiner gesagt hat, war das für jeden Kenner der Außenpolitik von vornherein sichtbar. Diese Verhandlungen stehen jetzt auf einer realistischen Grundlage.

Wer diese Verhandlungsaufnahme aber vor einem Jahr vorausgesagt hatte, wurde gerade von diesen einseitigen Abrütern mit Spott übergossen und verhöhnt und als unkritischer Reagan-Freund bezeichnet. Nun, meine Damen und Herren, sind die Verhandlungen da und sie werden voraussichtlich zu guten Ergebnissen führen.

Wo sind sie aber nun, die Ideologen der einseitigen Abrüstungen? Sehen sie ein, daß ihre Politik die falsche war und daß nur eine realistische Entspannungspolitik wirklich zur Abrüstung führt? — Ich habe noch nichts gehört. Ich hoffe nur, daß die Ideologen der einseitigen Abrüstung zwar gescheitert sind,

aber vielleicht doch auch gescheiter geworden sind.

Herr Bundesminister! In diesem Zusammenhang kommt auch in wenigen Wochen die Stunde der Wahrheit für Sie. In der Generalversammlung der Vereinten Nationen wird im nächsten Monat über einen mexikanisch-schwedischen Vorschlag bezüglich des Einfrierens der Produktion von Nuklearwaffen zu entscheiden sein. Der Vorschlag enthält schärfste Kritik an der Verteidigungsstrategie der NATO, lobt das Vorgehen der Sowjetunion und erwähnt nicht das Ungleichgewicht, das durch die Aufstellung der SS-20-Raketen eingetreten ist.

Die Frage, die ich an Sie richte, Herr Minister: Welche Weisung werden Sie der österreichischen Delegation zu diesem Antrag geben: zustimmen, ablehnen oder der Stimme enthalten?

Auch in dieser Frage, Herr Minister, werden wir Sie nicht an Absichtserklärungen, sondern an den Taten messen.

Meine Damen und Herren! Das gleiche betrifft auch Europa. Wir hören schon seit Jahren und Jahrzehnten das gleiche Lied. Wir gehen im Gleichschritt mit der EFTA. Wir gehen hier nicht im Geschwindschritt, sondern im Schritt der Langsamkeit. Wir haben die Entwicklungsklausel noch nicht angewendet. Wir haben nun den Jumbogipfel zwischen EG und EFTA, hinter uns, und es hat jetzt den Anschein, daß wir trotz großer Erklärungen und großer Programme wieder zurück sind auf Feld 1. Wir verhandeln wieder über die gleichen Dinge wie vor dem Gipfel: Über die nichttarifären Handelshemmnisse, die Ursprungsregeln, die Vereinfachung der Grenzkontrollen und die Schaffung von einheitlichen Normen. Über die Agrarpolitik, über Wissenschaft und Forschung, über die Verkehrspolitik, über eine ganze Reihe von anderen Fragen wird nicht geredet, sie gehören eben nicht zu den vorrangigen Maßnahmen.

Herr Minister! Auch hier wollen wir Fortschritte sehen! Wir glauben, daß wir uns nicht dem Langsamsschritt der EFTA anpassen sollten.

Lassen Sie mich noch kurz zu zwei Brennpunkten der Weltpolitik in Mittelamerika kommen.

Die Lage auf dem Isthmus ist durch zwei Länder geprägt. Hier — das muß ich sagen —

Dr. Khol

kann ich die Analyse von Herrn Jankowitsch ganz einfach nicht teilen. Die Entwicklungen in El Salvador und Nicaragua gehen in gegensätzliche Richtungen. In beiden Ländern gibt es seit den letzten außenpolitischen Debatten in diesem Haus beachtliche Änderungen.

In El Salvador hat sich der gewählte Präsident Duarte durchgesetzt und damit die Demokratie. Es gibt Fortschritte; Fortschritte, die auch von der Kirche und ihren Organisationen anerkannt werden. Ein nationaler Dialog ist eingeleitet. Daran nehmen auch die Guerillas teil. Wir begrüßen diese Entwicklung in El Salvador, weil wir glauben, sie ist ein Schritt hin zur Demokratie.

Wie halten Sie es nun, Herr Bundesminister, mit El Salvador? Wird diese Entwicklung endlich eine Änderung der grundsätzlichen Haltung gegenüber El Salvador herbeiführen? Werden Sie endlich unseren Botschafter anweisen, sein Beglaubigungsschreiben in San Salvador zu überreichen? Wird endlich auch El Salvador in die österreichische Entwicklungshilfe einbezogen? Herr Minister, öffnen Sie bitte das zweite geschlossene Auge, sonst bleiben Sie in Mittelamerika einäugig! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Schieder.*)

Auch in Nicaragua wurden inzwischen Wahlen durchgeführt. Nur die Sandinisten konnten daran teilnehmen, einige von ihr geduldete Minisplitterparteien der Linken und gleichgeschaltete Absplitterungen der traditionellen Oppositionsparteien. Die wirkliche Opposition, die in der Coordinadora Democratica zusammengeschlossen ist, konnte an den Wahlen nicht teilnehmen. (*Unruhe bei der SPÖ.*) Ich weiß schon, Sie sind jetzt laut, weil es Ihnen unangenehm ist, daß Sie dort Diktaturen unterstützen.

Die Coordinadora hat an den Wahlen nicht deshalb nicht teilgenommen, weil es ihr technisch unmöglich war, zu kandidieren, sondern es waren ganz einfach die politischen Voraussetzungen nicht gegeben. Das politische Klima in Nicaragua war so beschaffen, daß echte Wahlfreiheit nicht bestand. Eine solche Demokratieauffassung lehnen wir ab! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir können daher, Herr Bundesminister, Ihre Feststellung nicht teilen: „Wenn auch vor allem der vorangegangene Wahlkampf nicht frei von Schönheitsfehlern war, sind diese Wahlen doch ein Fortschritt in Richtung Demokratie und Pluralismus.“

Wir glauben, daß diese Wahlen kein Fortschritt waren. Die Wahlen waren eher ein Rückschritt. Denn jetzt können die Sandinisten mit Unterstützung wie etwa der Ihren die Daumenschrauben wieder stärker anziehen. Die ersten Schritte sind gesetzt: Die Zensur ist verschärft worden. Die Opposition hat Ausreisebeschränkungen erhalten, die Pässe wurden ihnen abgenommen. Die katholische Kirche wurde erneut unter Zensur gestellt und hat es abgelehnt, weiterhin ihre Gottesdienste im Rundfunk übertragen zu lassen, weil siezensuriert werden. Die Menschenrechtsverletzungen gehen weiter. Wir wurden wieder von unserer Schwesterpartei aufgefordert, für eine ganze Reihe von verschleppten und getöteten Menschen zu intervenieren.

In dieser Haltung, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, bestärken Ihre Stellungnahmen die Diktatur in Nicaragua. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir können uns nur mit dem letzten Punkt Ihrer Stellungnahme, Herr Minister, befreunden. Sie haben ihn heute verlesen. Sie treten darin für das Recht aller Staaten ein, ihre inneren Angelegenheiten ohne Einmischung von außen und unter dem Schutz des allgemeinen Völkerrechts zu regeln. Wir haben dazu die gleiche Meinung. Sie betonen, daß auch jene kleineren Staaten, die selbst diese Rechte für sich beanspruchen, die Verpflichtung haben, sich ihrerseits an diese Grundsätze zu halten.

Herr Minister! Das bedeutet doch wohl, daß Sie damit auch Nicaragua auffordern, sich nicht in die inneren Angelegenheiten von El Salvador einzumischen und mit der Unterstützung der dortigen Guerilla gegen die gewählte Regierung von Napoleon Duarte aufzuhören. Auch wir sind dafür, daß Nicaragua seine eigene Entwicklung frei von Furcht und Intervention und militärischer Gewalt betreiben kann.

Ich bringe daher folgenden Entschließungsantrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Khol und Kollegen betreffend die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Nicaragua.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben die bescheidenen Ansätze der politischen Freiheit in Nicaragua während des Wahlkampfs wieder zunichte gemacht und an ihre Stelle — durch den Belagerungszu-

6272

Nationalrat XVI. GP — 71. Sitzung — 11. Dezember 1984

Dr. Khol

stand, die Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit sowie des Koalitionsrechtes und des Rechtes auf Ausreise — eine neue Serie repressiver Maßnahmen gesetzt.

Diese Maßnahmen, durch die vor allem die Repräsentanten der demokratischen Parteien, der demokratischen Gewerkschaften Nicaraguas und der Kirche getroffen werden, geben Anlaß zu ernster Sorge und verlangen nach einer Verurteilung der dafür Verantwortlichen.

Angesichts dieser Lage bekräftigt der Nationalrat seine Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk und allen demokratischen Kräften dieses Landes und unterstützt ihr Bestreben, mittels eines demokratischen Prozesses, der in eine demokratische Verfassung münden soll, die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie einen echten demokratischen Pluralismus wiederherzustellen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g :

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, für diese Grundsätze — vor allem auch im Rahmen internationaler Organisationen — einzutreten und alle ihr für die Wiederherstellung der Demokratie in Nicaragua förderlich erscheinenden Schritte zu unterstützen.

Ich hoffe, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, daß Sie nicht mit doppeltem Maßstab messen. Denn das, was wir hier in der Entschließung sagen, ist spiegelverkehrt genau das, was wir zum Entschließungsantrag betreffend Chile vorhin über Chile gehört haben, wozu meine Fraktion auch ihre Zustimmung geben wird. Das, was für Chile recht ist, muß für Nicaragua billig sein! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir lehnen das doppelte Maß überall ab. Wir sind grundsätzlich gegen jede Diktatur, gegen jede Diktatur von rechts und gegen jede Diktatur von links!

Ich muß schon sagen: daß ich heute Herrn Jankowitsch zwar reden hörte über Mittelamerika, über Chile und über Südamerika, aber kein Wort über die Diktatur in Kuba von

ihm hörte, finde ich befreudlich! (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{21.29}

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Khol und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III des Bundesvoranschlages 1985.

Diese umfaßt das Kapitel 20 in 400 der Beilagen in der Fassung des Ausschußberichtes 470 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dipl.-Vw. Dr. Steiner und Genossen betreffend Bericht der österreichischen Bundesregierung über fortgesetzte Bemühungen zur Erhaltung des Friedens in Freiheit unter besonderer Berücksichtigung des zehnten Jahrestages des Beginnes des KSZE-Prozesses.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 33.)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Peter, Dipl.-Vw. Dr. Steiner und Genossen betreffend die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 34.)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Khol und Genossen betreffend die Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Nicaragua.

Ich bitte jene Damen und Herren, die die-

Präsident Mag. Minkowitsch

sem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die **Minderheit. Abgelehnt.**

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1053/J bis 1055/J eingelangt sind.

Vertagung

Präsident Mag. Minkowitsch: Es liegt mir der Antrag vor, die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 gemäß § 53 Abs. 7 der Geschäftsordnung zu vertagen, um eine Sitzung zur Erledigung anderer Vорlagen einzuschieben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Mittwoch, den 12. Dezember, um 9 Uhr ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 33 Minuten